

Das Jahr 1866 ist eine Wegmarke der deutschen Geschichte. Preußen setzte seine Vorherrschaft in Deutschland gegen Österreich durch. Bayern stand im Krieg auf der Seite Österreichs. Nach dem Krieg wandte es sich Preußen zu. War es eine plötzliche Wende oder das Ergebnis einer langen Entwicklung?

Die Ausstellung konzentriert sich auf den Feldzug in Franken und damit die Kämpfe zwischen Bayern und Preußen. Sie zeigt die Soldaten ebenso wie die Monarchen und ihre Minister. Es war ein Krieg mitten in der ersten Hochphase der Industrialisierung. Der Katalog dokumentiert alle der knapp 300 Objekte, Dokumente und Fotografien in der Ausstellung. Hinter diesen Puzzleteilen stehen die großen Fragen: Waren die Menschen oder war die Technik entscheidend? Bestimmte die Politik oder das Militär?

NORD GEGEN SÜD Der Deutsche Krieg 1866

NORD GEGEN SÜD

Der Deutsche Krieg 1866

Deutscher Bund 1866



- FL = Fürstentum Lippe
 - FW = Fürstentum Waldeck und Pyrmont
 - HH = Hansestadt Hamburg
 - HL = Hansestadt Lübeck
 - KH = Kurfürstentum Hessen
 - M-St = Ghzm Mecklenburg-Strelitz
 - OL = Großherzogtum Oldenburg
 - RÄL = Fürstentum Reuß ältere Linie
 - RJL = Fürstentum Reuß jüngere Linie
 - SA = Herzogtum Sachsen-Altenburg
 - SCG = Hzm Sachsen-Coburg und Gotha
 - SL = Fürstentum Schaumburg-Lippe
 - SM = Herzogtum Sachsen-Meinigen
 - SSH = Fsm. Schwarzburg Sondershausen
 - SR = Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt
 - SWE = Ghzm Sachsen-Weimar-Eisenach
 - Fsm = Fürstentum
 - Kfsm = Kurfürstentum
 - Ghzm = Großherzogtum
 - Hzm = Herzogtum
 - Kgr = Königreich
- Grenze des Deutschen Bundes
● Stadt ⬮ Bundesfestung ◆ Festung

Norddeutscher Bund 1867



- FL = Fürstentum Lippe
 - FW = Fsm Waldeck und Pyrmont
 - HH = Hansestadt Hamburg
 - HL = Hansestadt Lübeck
 - M-St = Ghm Mecklenburg-Strelitz
 - OL = Großherzogtum Oldenburg
 - RÄL = Fürstentum Reuß ältere Linie
 - RJL = Fürstentum Reuß jüngere Linie
 - SA = Herzogtum Sachsen-Altenburg
 - SCG = Hzm Sachsen-Coburg und Gotha
 - SL = Fürstentum Schaumburg-Lippe
 - SM = Herzogtum Sachsen-Meinigen
 - SSH = Fsm. Schwarzburg Sondershausen
 - SR = Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt
 - SWE = Ghm Sachsen-Weimar-Eisenach
 - Fsm = Fürstentum
 - Hzm = Herzogtum
 - Ghzm = Großherzogtum
 - Kgr = Königreich
- Grenze des Norddeutschen Bundes

Nord gegen Süd
Der Deutsche Krieg 1866

Nord gegen Süd Der Deutsche Krieg 1866

Herausgegeben von Dieter Storz und Daniel Hohrath

Kataloge des Bayerischen Armeemuseums
Band 13

Herausgegeben von Ansgar Reiß

Die Umschlagabbildung basiert auf dem Gemälde „Bayerisches Feldgeschütz in Stellung“
von Anton Marussig, Inv.-Nr. B 6866 (siehe S. 207)

ISBN: 978-3-00-053589-5

© 2016 Bayerisches Armeemuseum,
Paradeplatz 4, 85049 Ingolstadt

www.armeemuseum.de

Alle Rechte vorbehalten!

Inhalt

Grußwort	7
Vorwort	8
Impressum	11
Ansgar Reiß: Vor 1866	13
Dieter Storz: Warum dieser Krieg?	19
Dieter Storz: Das Heer des Deutschen Bundes	27
Dieter Storz: Die bayerische Armee 1866	31
Daniel Hohrath: Die Uniformierung	39
Dieter Storz: Die Bewaffnung	47
Dieter Storz: Der Feldzug	57
Dieter Storz: Betrachtung	71
Walter Hamm: Die Toten der bayerischen Armee 1866	77
Frank Wernitz: Das bayerische Armeedenkzeichen von 1866	85
Tobias Hirschmüller: Vom „Bruderkrieg“ zum Klischee	93
Katalog	
Prolog: Soldaten im Foto-Atelier	107
Die Revolution von 1848/49	125
Das Heer des Deutschen Bundes	137
Militärische Zustände am Vorabend des Krieges	155
Die bayerische Armee	163
Die Gewehrfrage	185
Die Artillerie	207
Kriegsausbruch	223
Die Schlacht von Königgrätz	245
Der Feldzug in Franken	251
Die Sorge für die Verwundeten	329
Erinnerung	339
Preußen erreicht seine Ziele	353
Gewehrboom	357
Denkmäler	373

Grußwort

Gern nehme ich die Gelegenheit wahr, die Ausstellung *Nord gegen Süd. Der Deutsche Krieg 1866* mit meinem herzlichen Dank an ihre Gestalter und mit meinem Gruß an ihre Besucher zu begleiten.

Ich freue mich, dass das Bayerische Armeemuseum an ein weit zurückliegendes Ereignis der deutschen Geschichte erinnert. In der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts war die Idee der deutschen Einheit zwar verbreitet, aber eine politische Realität stand ihr entgegen, die von Jahrhunderten der Rivalität zwischen deutschen Fürsten geprägt wurde. Der Krieg von 1866 setzte hier insofern eine Zäsur, als er diese Rivalität endgültig entschied.

Besonders freue ich mich, dass in der Ausstellung die Menschen im Vordergrund stehen, die an diesem historischen Vorgang teilgenommen haben. Auf der einen Seite mag es dem heutigen Publikum schwer fallen, in den gezeigten Exponaten eine damals „moderne Technik“ zu erkennen. Auf der anderen Seite aber berühren uns die Gesichter der Männer, die in diesen Krieg zogen: Sie wirken erstaunlich lebendig und vertraut. Wie sollte es anders sein: Sie sind die Großväter unserer Großväter.

Die Ausstellung weckt Interesse und vermittelt Verständnis. Sie verbindet die große Geschichte mit den kleinen Leuten. Sie zeigt die militärischen und politischen Abläufe, sie geht ins notwendige Detail und erklärt, warum das preußische Gewehr besser war als das bayerische.

Insgesamt zielt sie auf ein Gesamtbild ab, in dem 1866 als der letzte Deutsche Krieg erscheint:

Als eine erfreulich ferne Vergangenheit.

Meinen herzlichen Dank an das Bayerische Armeemuseum in Ingolstadt!

Horst Seehofer
Der Bayerische Ministerpräsident

Vorwort

Im Frühjahr 1866 bereiteten sich das Königreich Preußen und das Kaisertum Österreich auf einen Krieg vor. Die Öffentlichkeit sah mit gebanntem Entsetzen zu: Sollte Deutschland nun in Nord und Süd zerbrechen? Der Konflikt beider Monarchien datierte lange zurück, zumindest bis zu Friedrichs II. Einmarsch in Schlesien 1740. Aber die Zeiten hatten sich seitdem gewandelt. 1740 erwies sich die Rechts- und Friedensordnung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation als ohnmächtig. Ebenso erging es 1866 der seit 1815 bestehenden „festen und dauerhaften Verbindung“ der deutschen Fürsten im Deutschen Bund. Aber 1866 war in den Köpfen der Zeitgenossen längst eine neue politische Vorstellung verankert, die Vorstellung einer geeinten deutschen Nation. Die Revolution von 1848 war darin gescheitert, einen deutschen Nationalstaat zu gründen. Mit dem drohenden inneren Krieg schien sich Deutschland noch weiter von diesem Ziel zu entfernen und womöglich auf Dauer in Nord und Süd zu zerfallen.

Tatsächlich waren, wie wir heute wissen, der Krieg von 1866 mit dem eindeutigen Sieg Preußens und seine unmittelbaren Folgen: der Norddeutsche Bund, der Ausschluss Österreichs aus Deutschland und die Schutz- und Trutzbündnisse zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten historische Voraussetzungen für die Gründung des Deutschen Kaiserreichs 1871. Es fiel also eine die Geschichte Deutschlands auf lange Sicht bestimmende Entscheidung. Diese für die Zeitgenossen nicht

absehbare Entwicklung und die lange anhaltende Prosperität des Kaiserreichs haben dazu geführt, dass „1866“ heute weitgehend vergessen ist. Wenn das Bayerische Armeemuseum 2016 an diesen Krieg erinnert, so leitet uns nicht der Aktualitätsbezug. Allerdings spielen auch heute der „Norden“ und der „Süden“ in Deutschland eine nicht ganz unerhebliche Rolle in der politischen Rhetorik. Und vielleicht lässt sich der eine oder andere im politischen System der neuen Bundesrepublik nicht recht Angekommene zu vorwitzigen oder augenzwinkernden Überlegungen hinreißen – nun, da nach dem Referendum für einen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union auch die Unabhängigkeitsbestrebungen Schottlands wieder aufflammen. Aber Bayern wird diesem Beispiel nicht nachstreben.

Wir folgen also vor allem einem Bildungsauftrag, wenn wir die Bedeutung des Jahres 1866 für den Lauf der bayerischen und der deutschen Geschichte herausstreichen. Der Fokus liegt dabei ganz auf den kriegerischen Ereignissen im Königreich Bayern. Hier stoßen wir noch auf eine ganz andere Bedeutung der geografischen Pole. Es gab 1866 durchaus Befürchtungen, das dem alten kurfürstlichen Bayern insgesamt ganz fremde, ja zum Teil sogar ehemals preußische Franken könne es an Loyalität mangeln lassen. Mit „Nord gegen Süd“ rücken also nicht nur, wie schon in der großen Ausstellung „Napoleon und Bayern“ des letzten Jahres, die Artefakte und Dokumente des 19. Jahrhunderts in den Fokus

der Arbeit des Museums – jetzt besonders mit den Zeichen der Moderne in Waffentechnik und Fotografie. Sondern wesentlich ist für uns zugleich, dass die fränkischen Landesteile, die Schauplatz des Krieges wurden, im Mittelpunkt stehen. Beides, der Einbruch der Moderne im 19. Jahrhundert und die gleichmäßige Berücksichtigung aller Landesteile in der älteren Geschichte werden Leitlinien für die künftige Präsentation der alten Sammlungen sein. Dies bedeutet auch eine Abkehr von der Teleologie einer wittelsbachisch-bayerischen Geschichte.

Für die sorgfältige und couragierte Arbeit an der Ausstellung danke ich den Kuratoren Dieter Storz und Daniel Hohrath. Die Verwirklichung des Katalogs ist dem energischen und stets flexiblen Einsatz von Tobias Schönauer zu danken. Mein Dank gilt ebenso den Leihgebern der Ausstellung und den weiteren Autoren des Katalogs. Was die Umsetzung der Ausstellung in die räumliche Realität angeht, so danke ich dem Ausstellungsbüro Janet Görner für die Klarheit des Konzeptes und die sorgfältige Planung. Gebaut wurde die Ausstellung von der Firma Schelm & Sohn und den Werkstätten des Museums unter der bewährten Leitung von Heinz Weininger. Für den erneut bewiesenen Teamgeist und das Engagement danke ich allen Mitarbeitern des Hauses in den vielen anderen Bereichen wie Depot, Haustechnik, Verwaltung, Bibliothek, Aufsicht und Reinigung. Hervorgehoben zu werden verdient auch Franz Hofmeier, der aus eigener Initiative umfangreiches didaktisches

Begleitmaterial zur Ausstellung erarbeitet hat, und Wilhelm Birker für die Gestaltung der Karten. Ihrer aller Einsatz ist es zu danken, wenn es uns gelingt, das Bayerische Armeemuseum jung und lebendig zu erhalten.

Ansgar Reiß
Museumsdirektor

Ingolstadt, im Juni 2016

Ausstellung Katalog

Veranstalter

Bayerisches Armeemuseum

Gesamtleitung

Dr. Ansgar Reiß

Idee und Grundkonzept

Dr. Dieter Storz, Daniel Hohrath M.A.,
Dr. Ansgar Reiß

Kuratoren

Dr. Dieter Storz, Daniel Hohrath M.A.

Wissenschaftliche Mitarbeit

Dr. Ansgar Reiß, Dr. Tobias Schönauer,
Dr. Frank Wernitz

Gestaltung

Ausstellungsbüro Janet Görner, Berlin

Plakat

malyma.Werbung Neumarkt

Werkstätten und Depots

Leitung: Heinz Weininger
Tobias Baur, Matthias Gabler M.A.,
Roland Hopp, Klaudia Hutter, Kornelia
Oppenländer, Rudolf Pems, Anja Pilz,
Franz Prummer, Hans-Peter Roth, Melita
Schlottenhofer, Jakob Schwaiger, Robert
Zelyk

Haustechnik

Konrad Mayer, Christina Thurn

Lehrerhandreichung

Franz Hofmeier

Leihgeber

Wehrgeschichtliches Museum, Rastatt
Heeresgeschichtliches Museum, Wien
Hartmann Hedtrich

Kataloge des Bayerischen

Armeemuseums Bd. 13

herausgegeben von Ansgar Reiß

© 2016

Bayerisches Armeemuseum, Ingolstadt
und Autoren

Herausgeber

Dieter Storz und Daniel Hohrath

Redaktionsleitung

Dr. Tobias Schönauer

Redaktion und Gestaltung

Dr. Tobias Schönauer, Daniel Hohrath
M.A., Dr. Dieter Storz

Katalogtexte

Dr. Dieter Storz, Daniel Hohrath M.A.,
Dr. Frank Wernitz, Dr. Tobias Schönauer

Karten

Wilhelm Birker

Umschlaggestaltung

malyma.Werbung Neumarkt

Satz

Dr. Tobias Schönauer

Druck und Verarbeitung

druckpruskil. gmbh, Gaimersheim



Ansgar Reiß

Vor 1866



Auf dem Wiener Kongress galt es, eine Friedensordnung für Europa zu finden. Vorangegangen war eine lange Periode der Kriege und der politischen Umwälzungen, entsprechend schwierig war das Unterfangen. In einem komplexen Verhandlungsgeschehen kristallisierten sich drei Dinge heraus: Erstens wurde nicht zurück geblickt. Die Opfer, egal ob Staaten, Fürsten, die Kirche oder einfache Privatpersonen, hatten keine Chance, ihre Stimme zur Geltung zu bringen. Damit hing zweitens zusammen, dass die Großmächte die neue Friedensordnung diktierten, ohne dabei Rücksicht auf andere zu nehmen. Drittens wurde das unterlegene Frankreich an den Tisch geholt und trat wieder in seine Rolle als Großmacht ein. Wie bei den meisten großen Verträgen machten sich die verschiedenen Vertragspartner unterschiedliche Vorstellungen von dem, was sie unterzeichneten. Großbritannien stellte sich ein Gleichgewicht unter den Kontinentalmächten vor, das ihm selbst freies Spiel für seine Weltmachtambition lassen sollte. Die drei östlichen Mächte Russland, Österreich und Preußen präsentierten sich der Öffentlichkeit als „Heilige Allianz“ und sahen im Vertrag ein Bollwerk gegen alle Angriffe auf ihre jeweiligen monarchischen Vorrechte. Frankreich setzte auf die Garantie eines kleinteiligen und entsprechend schwachen Deutschland. Deutschland lag im Schnittpunkt all dieser Vorstellungen. Versuchte der Wiener Kongress vornehmlich, die Macht zwischen den Großmächten auszutarieren, so sah er für Deutschland eine komplexere rechtliche Ordnung vor. Darin lag ein gewisser Widerspruch

und wohl auch eine Erinnerung an die Zeit vor 1806, also an die Rechtsordnung des Heiligen Römischen Reichs deutscher Nation. Die deutschen Staaten wurden im Deutschen Bund mit einem unauflöslichen Band zusammengefügt, das von allen europäischen Großmächten garantiert wurde. Dieser Bund stellte im Wesentlichen eine Defensivallianz dar, die Mitglieder garantierten sich wechselseitig ihre Integrität, die notfalls auch mit militärischer Unterstützung sicherzustellen war. Gleichzeitig waren die Hürden für eine Offensivallianz fast unübersteigbar hoch, denn letztlich hatte jeder Kleinstaat ein Vetorecht.

So wie in der Bundesakte auf dem Wiener Kongress festgelegt, hatte der Deutsche Bund zwar durchaus gewisse Entwicklungspotentiale in Richtung auf eine engere Gemeinschaft. Aber selbst im Bereich des Militärischen, noch in dieser Zeit der Kernbereich der Staatlichkeit, kam dies nur schleppend zu einer gewissen Umsetzung. Vielmehr war schon durch die Karlsbader Beschlüsse von 1819, die Wiener Schlussakte von 1820 und erst recht die Konferenzbeschlüsse des Jahres 1834 klar, dass sich eine übergreifende Tätigkeit des Bundes nur auf die Erhaltung des Status quo beziehen würde. Der Deutsche Bund profilierte sich vornehmlich als ein Instrument derer, die die Gefahr einer neuen Revolution sahen und polizeiliche Maßnahmen dagegen ergreifen wollten. Gerade zur frühen Nationalbewegung tat sich eine unüberbrückbare Kluft auf. Der Deutsche Bund hatte nicht einmal Bezug zur Reformpolitik in den einzelnen Staaten, wie sie unter dem Druck der napoleo-

nischen Herrschaft in Gang gesetzt worden war. Auch der Zollverein, der für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands entscheidend war, entfaltete sich neben und unabhängig vom Deutschen Bund. Weitergehenden nationalen Hoffnungen gab er keine Nahrung. Vielmehr wurde er zum Instrument der eifersüchtigen Bemühungen um die Erhaltung der jeweiligen einzelstaatlichen Souveränität.

Die Geschichte des Bundes kann und soll hier nicht im Einzelnen nacherzählt werden. Herausgehoben werden soll aber der Einbruch der Revolution von 1848 in diese scheinbar geschlossene Welt. Als im Februar 1848 in Paris mit dem Sturz Louis Philipps die Revolution ausbrach, geriet Europa in Bewegung. Die Konservativen sahen ihre schlimmsten Befürchtungen Wirklichkeit werden, für die Radikalen rückte die Erfüllung aller ihrer Hoffnungen in greifbare Nähe. Die Revolution war auch in Deutschland nicht die Sache einer Minderheit. Vielmehr bündelte sich in ihr ein bunter Strauß von Erwartungen, und es wuchs ihr eine ungeahnte Kraft zu. Unter den großen Schlagworten von Freiheit und Nation, von Recht, Verfassung und Gerechtigkeit und in den überall ähnlichen Formen von Volksversammlungen, Demonstrationen, Eingaben und Petitionen bildeten sich wenigstens für den Moment umfassende Koalitionen all derer, die sich Veränderungen wünschten. Auch wenn diese große Partei der Bewegung bald wieder in unterschiedlichste Gruppierungen zerfiel, so schien sie doch zunächst allmächtig.

Was die Revolution am Anfang einte, war der Gegner, der autoritäre Staat und sein Agent, der Deutsche Bund. Freiheit sollte nicht mehr eine Ausnahme sein, eine jeweils nur punktuelle Erlaubnis, sondern die Regel. Die allen gemeinsame Negativfolie bildeten Bürokratie, Bevormundung, Kontrolle, Schikane und Zensur, verhasst waren Abgaben und Zölle, Verbote, Prü-

gel und feudale Vorrechte. Die Obrigkeiten, allen voran Hof und Militär, traf der Generalverdacht von Korruption, Laster und Verschwendung. Erstaunlicher Weise machte es dabei kaum einen Unterschied, ob einzelne Staaten wie Bayern und andere Staaten des sogenannten Dritten Deutschland Verfassungsstaaten waren oder ob eine Verfassung hartnäckig verweigert wurde wie vor allem in Österreich und Preußen. Der Unmut und die Diagnose waren die gleichen, ja die kleineren Territorien sahen sich noch stärker dem Vorwurf der Kleinstaaterei ausgesetzt, die mit einer Behinderung des Fortschritts gleichgesetzt wurde.

Dies wirkt ein wenig paradox, denn die Revolution erhielt ihre Schubkraft zunächst ganz entscheidend aus lokalem und regionalem Protest heraus. Wo es eine selbständige Bauernschaft gab, kam es vielerorts zu Agrarunruhen, in denen in der Regel recht rasch die Abschaffung der Relikte der feudalen Abgaben durchgesetzt werden konnte. Diese Unruhen richteten sich gegen den lokalen Herrschaftsträger, den Grundherren, und sie fanden oft in altertümlichen Formen des Protests und der Revolte statt. Aber auch die Städte und das Stadtbürgertum bildeten ein Rückgrat des Protests, und auch hier waren die Ansprechpartner zunächst die Magistrate und Stadtobrigkeiten. Die Kommunen waren auch der Ort, wo manchmal ein radikaler sozialer Protest seine Stimme erhob. Aber im Mittelpunkt der Rhetorik der Revolution stand das Nationale, überall in Europa. Alle konkrete Kritik und alle Reformprojekte fanden ihren Zusammenhang, ihr übergeordnetes Ziel und ihre Sinnggebung in der Idee der Nation.

Die Revolution in Deutschland ist ohne die Spannung zwischen ihrem Verlauf in den Einzelstaaten und dem Schicksal des großen nationalen Projektes – konzentriert in der Nationalversammlung in der Paulskirche – nicht zu verstehen. In Bayern war

die Revolution zunächst durchaus radikal. Es gab am 14. März einen Sturm auf das Zeughaus, und dass am 20. März mit Ludwig I. der Monarch abtreten musste, blieb einzigartig. Allerdings lag letzteres eher an der persönlichen Uneinsichtigkeit des Königs als etwa am ausgeprägt demokratischen Charakter der Revolution im Königreich. Im unerbittlichen und öffentlichen Festhalten an seiner Mätresse Lola Montez wurde er zum leichten Opfer der bürgerlichen Angriffe auf die Lasterhaftigkeit und Korruptionsanfälligkeit von Hof und Monarchie. Ansonsten blieb die Revolution in Bayern mit der Berufung eines liberalen Ministeriums und dessen Reformpolitik in einem betont gesetzlichen Rahmen – mit Ausnahme der bayerischen Pfalz, die schon seit dem Hambacher Fest 1832 einen demokratischen Nimbus hatte und in der Reichsverfassungskampagne 1849 den bewaffneten Aufstand für die Durchsetzung der Verfassung proben sollte.

Eine besondere Rolle in der Revolution spielten die beiden deutschen Großmächte. Sowohl in Berlin wie in Wien traten, da in beiden Staaten verfassungspolitisch ein Rückstand aufzuarbeiten war, revolutionäre verfassungsgebende Versammlungen zusammen. Und in beiden Großstädten spielte das radikale Element, die „Straße“, eine erhebliche Rolle. In Berlin erzwangen die Versammlungen im Tiergarten „in den Zelten“ weitgehende Zugeständnisse des Königs. Während der Kronprinz Wilhelm sich vorübergehend nach England in Sicherheit brachte, schlug Friedrich Wilhelm IV. das Angebot Otto von Bismarcks, die Konterrevolution zu organisieren, aus, und erwies am 19. März in einem aufsehenerregenden Totengedenken den revolutionären Opfern seine Referenz. Zwar wurde das preußische Militär am 14. Juni durch die Plünderung des Zeughauses gedemütigt, und dabei gerieten auch einige der modernen Hinterladergewehre in „fal-

sche“ Hände. Aber der Aufstand wurde rasch niedergeschlagen und dem König gelang es, die Befehlsgewalt über sein Heer in der Hand zu behalten. So konnte Preußen – mit Rückhalt in Russland – weiterhin als europäische Großmacht agieren. Österreich sah sich nicht nur mit dem Radikalismus konfrontiert; trotz Metternichs unfreiwilligem Abgang – er fand ebenfalls in England Asyl – gelang eine Reformpolitik in gesetzlichen Bahnen nur sehr eingeschränkt. Dies hatte paradoxer Weise ein besonders großes Gewicht der demokratischen Kräfte zur Folge. Die „Massen“ – kleinbürgerliche Handwerker und proletarisierte Arbeiter – spielten dort, genauso wie die Studenten, fortwährend eine große Rolle. Im Oktober 1848 eskalierten die Kämpfe und wurden schließlich durch Windischgrätz militärisch niedergeschlagen. Die unflexible Haltung des Hofes erklärt sich natürlich nicht zuletzt daraus, dass Österreich sich durch die Revolution mit der Problematik der vielen verschiedenen unter habsburgischer Herrschaft stehenden Nationalitäten konfrontiert sah. Auf diese entscheidenden Konflikte kann hier nicht näher eingegangen werden. Auch die Paulskirche fand keine Lösung für diese Frage und gewährte schließlich Österreich in der Verfassung von 1849 nur eine Art Beitrittsoption für das geplante Deutsche Reich.

Die komplexe und aufregende Geschichte der Paulskirche kann hier nur angedeutet werden. Die Nationalversammlung war aus einer freien, geheimen und innerhalb der männlichen Bevölkerung auch gleichen Wahl hervorgegangen. Auf das deutsche Parlament richteten sich alle nationalen Hoffnungen in Deutschland. Anstatt konsequent revolutionär von Beginn an die Gewalt in allen deutschen Staaten zu übernehmen, ging die Mehrheit der Abgeordneten allerdings den Weg des Kompromisses und versuchte mühsam und mit aller Sorgfalt eine neue Rechtsordnung zu

begründen. Ihr Ziel war eine Einigung, sozusagen ein Verständigungsfrieden, mit den Monarchen in Deutschland. Es wird immer eine offene Frage bleiben, ob im Frühjahr 1848 ein radikalerer Weg möglich gewesen wäre. Zentraler Grund für das Scheitern des Staats- und Verfassungsprojektes der Paulskirche war zweifellos das ungeklärte Verhältnis zu den beiden deutschen Großmächten und der ungelöste Gegensatz zwischen diesen beiden. Aber die problematische Einbettung des geplanten Deutschen Reiches in Europa verdient ebenfalls Erwähnung.

Thomas Nipperdey hat Schleswig-Holstein als „existenzielles Problem der Revolution“ bezeichnet. Kurz gesagt ist an der Frage der Zugehörigkeit dieser beiden Landschaften zu Deutschland oder Dänemark jegliche Verständigung gescheitert. Zu groß war der Eigensinn eines mit dem Gedanken eines mächtigen Staates verbundenen Nationalismus. Auf Bitten der provisorischen Regierung, die die Kompetenzen des Bundestages übernommen hatte, und mit breiter Zustimmung der Öffentlichkeit führte Preußen Krieg gegen Dänemark. Es nutzte diesen aber nicht zu einem Annexionsfrieden, wie dies die nationalen Emotionen erwartet hatten, sondern schloss mit Rücksicht auf Großbritannien und Russland am 26. August den zurückhaltenderen Waffenstillstand von Malmö. Dieser wurde zu einer großen Niederlage des Parlamentarismus in Deutschland. Zuerst verurteilte die Paulskirche ihn in Bausch und Bogen, nur um ihn dann am 16. September doch anerkennen zu müssen. Die Folge war eine große und nachhaltige Welle des Protestes, doch die Schere zwischen der Politik der großen Mächte einerseits und den Erwartungen der politisch Engagierten hatte sich entscheidend weiter geöffnet.

Ob ein mächtiges Deutsches Reich 1848/49 von den europäischen Großmächten akzeptiert worden wäre, ist historisch nicht

erprobt worden. Der Sieg der Gegenrevolution in Preußen und Österreich kam dem zuvor. Aber damit allein war das nationale Projekt der Paulskirche noch nicht gestorben, dafür war seine demokratische Legitimation zu stark. Am 20. Dezember verabschiedete das Parlament den Katalog der Grundrechte als Teil der künftigen Verfassung. Nun stand die Frage des Reichsoberhauptes und der Regierung zur Entscheidung an. Da es mittlerweile deutlich war, dass Österreich seine aus vielen Völkern bestehende Gesamtstaatlichkeit nicht aufgeben würde und da der neue Staat ein Nationalstaat sein sollte, kam nur ein Deutschland unter Ausschluss Österreichs in Frage. Weil andererseits die radikalen Ideen einer Absetzung aller Monarchen in Deutschland und der Zerschlagung Preußens nur von einer radikalen Minderheit ernsthaft vertreten wurden – beides sollte bekanntlich erst viel später Wirklichkeit werden –, gab es kaum eine Alternative zu einem Deutschland mit einem unverhältnismäßig großen Preußen und zu dem Angebot an den preußischen König, den Titel eines deutschen Kaisers anzunehmen. Die Verfassung wurde am 28. März 1849 verkündet, sie fand breite Zustimmung und wurde von 28 der deutschen Staaten anerkannt. Aber das genügte nicht. Friedrich Wilhelm IV. fühlte sich seiner Herrschaft inzwischen wieder sicher, auch konnte er sich notfalls auf den Rückhalt in Russland stützen, und schließlich wollte er sich von den althergebrachten Gedanken des Gottesgnadentums und eines Heerkönigtums nicht verabschieden: Er lehnte das Angebot am 28. April ab. Damit war der Versuch der Mehrheit der Paulskirche, die Revolution auf einen Pfad der Rechtlichkeit und Vereinbarung zum Ziel zu bringen, gescheitert.

Im Mai begann dennoch eine breite Agitation für die Verfassung. Die Radikalen machten Sie zu ihrem Thema und nutzten sie nun als ihr Vehikel, um das Volk zu

mobilisieren. Noch einmal sollte die „Straße“ ihre Macht zeigen. Rasch entwickelten sich neben Protesten auch bewaffnete Kämpfe. Die Schwerpunkte lagen in Sachsen, der bayerischen Pfalz und in Baden. In der Pfalz bildete sich am 17. Mai eine provisorische Regierung, die ein Bündnis mit dem revolutionären Baden beschloss. Hier entbrannte ein regelrechter Bürgerkrieg, der erst durch preußisches Militär gewaltsam beendet wurde. Am 23. Juli kapitulierte die Bundesfestung Rastatt, in die sich die badischen Truppen zurückgezogen hatten. Dies war das Ende der Revolution in Deutschland.

Nach verschiedenen verfassungspolitischen und bündnistechischen Manövern wurden schließlich im Jahr 1851 die Verhältnisse des Deutschen Bundes wiederhergestellt. Darin schien sich zwar kurzfristig ein Erstarken Österreichs auszudrücken, tatsächlich aber spiegelt es eine gegenseitige Blockade der beiden deutschen Großmächte, die bis 1866 andauern sollte. Durch diese Pattsituation verlor der Deutsche Bund zunehmend an lebendiger Bedeutung. Wiederum kann es nicht darum gehen, die einzelnen Stationen dieser Geschichte nachzuzeichnen. Wichtig ist aber Zweierlei: Erstens veränderte sich auch die Konstellation der Großmächte; mit dem Krimkrieg 1853-1856 und der italienischen Einigung 1859 zerbrach die Ordnung des Wiener Kongresses oder jedenfalls der Konsens der Großmächte, der dieser zugrunde gelegen hatte. Die Macht und die „Realpolitik“ traten zunehmend an die Stelle der Vorstellung einer internationalen Rechtsordnung, in deren nicht nur geografischem Zentrum der Deutsche Bund gestanden hatte. Seine Bedeutung schwand also auch von dieser Seite her.

Zweitens erreichte die Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland in den 1850er und 1860er Jahren eine ungeahnte Dynamik. Während die Revolution in ihren zentralen politischen Anlie-

gen eine Niederlage erlebt hatte, waren ihr doch in vielen gesellschaftlichen Bereichen entscheidende Durchbrüche gelungen, die die Entfaltung jener Dynamik erleichterten. Die stärkere wirtschaftliche Integration stockte aber an der Grenze zur Habsburgermonarchie. Auf Bayern bezogen kann man sagen, dass das Königreich sich immer stärker mit dem Norden und Westen verband, dagegen in nur sehr viel geringerem Maß mit Österreich. Wenig verwunderlich, dass der vom erstarken Bürgertum getragene Nationalverein kaum ernsthaft Alternativen zu einem „kleinen“ Deutschland ins Auge fasste. Für ihn war der Deutsche Bund ohnehin eine Größe, die er jederzeit aufzugeben bereit war.

Die Bindekraft des Deutschen Bundes war schwach geworden, die Erinnerung an die Revolution und ihr nationales Versprechen blieb stark. War also Bayern, als die Frage der Verwaltung Schleswig-Holsteins den Konflikt zwischen Österreich und Preußen 1866 eskalieren ließ, gewissermaßen reif für eine Art feindlicher Übernahme durch Preußen? Die politischen und mentalen Folgen des Krieges von 1870/71 überdecken die Erinnerung und lassen die Antwort auf diese Frage eindeutig scheinen. Es darf aber nicht vergessen werden, wie stark die süddeutschen Vorbehalte waren, wie sehr der Liberalismus gerade mit der Regierung Bismarck verfeindet war, und dass schließlich die Entscheidung im Krieg für die Zeitgenossen alles andere als vorhersehbar war.

Wir Historiker können diese Argumente abwägen; der junge König Ludwig II. wurde über den Krieg und seinen Folgen schwermütig.

Dieter Storz

Warum dieser Krieg?

Der Krieg, um den es hier geht, hat mehr als nur einen Namen: „Krieg von 1866“, „Preußisch-Österreichischer Krieg“ oder einfach nur „Deutscher Krieg“. Jede dieser drei Benennungen beschreibt etwas Richtiges: das Jahr, in dem der Krieg stattfand, die Hauptgegner und schließlich das Problem, um das es ging: die „deutsche Frage“. Sie stand seit 1815, als Napoleons Macht endgültig gebrochen war, ungelöst im Raum.

Mit der Schaffung des Deutschen Bundes durch den Wiener Kongress war das Problem weniger gelöst als vielmehr eingefroren. Für die Mächte Europas und insbesondere die deutschen Fürsten hatte die Wiederherstellung einer legitimen politischen Ordnung für die nächsten Jahrzehnte Vorrang, und das konnte nur eine monarchische, keine nationale Ordnung sein. Die große Frage des 19. Jahrhunderts war aber die nationale. Der große Nachbar im Westen, Frankreich, hatte längst zur nationalen Form, zu kultureller und politischer Größe gefunden. England, das „Vereinte Königreich“, beherrschte die Weltmeere. Rußland erstreckte sich über eine ungeheure Landmasse, die von Sankt Petersburg aus zentral kontrolliert wurde. Der russische Einfluss reichte weit nach Deutschland hinein. Sogar Italien – seit Jahrhunderten ein Verfügungsraum für allerlei europäische Dynastien – wandelte sich seit 1859 zum Nationalstaat.

Die Deutschen aber lebten immer noch in einem heterogenen Vielstaatenbund, der weder einen einheitlichen Wirtschaftsraum bildete noch eine Einheit nach außen darstellte. Österreich und Preußen waren

Großmächte von europäischer Bedeutung: Der norddeutsche Staat war moderner und kompakter, das Donaureich aber größer, durch sein Herrscherhaus über Jahrhunderte hinweg mit der Krone des Heiligen Römischen Reichs verbunden und dadurch mit einem einzigartigen historischen Prestige ausgestattet. Österreich hatte die Führung im Bund, und dieser Anspruch wurde von den anderen, auch von Preußen, lange Zeit respektiert. Die Rivalität dieser beiden Mächte, der „deutsche Dualismus“, der sich im 18. Jahrhundert in mehreren Kriegen entladen hatte, war damit eingehegt, aber nicht aufgehoben.

Neben den beiden Großmächten gab es im Deutschen Bund vier mittlere Staaten – Königreiche allesamt: Hannover, Sachsen, Württemberg und Bayern. Ihr Einfluss auf den Gang der deutschen Dinge war gering. Es gelang ihnen nicht, sich zu gemeinsamem Handeln zu verbinden. Und die beiden Großen hatten auch kein Interesse daran, die Rivalität, die zwischen ihnen bestand, durch Dritte moderieren zu lassen.

In reicher Abstufung setzte sich die deutsche Staatenwelt über kleinere Mittelstaaten wie Baden, die beiden Hessen (Darmstadt und Kassel) bis zu der scheinbar idyllischen Welt der thüringischen Kleinststaaten fort. Zuletzt zählte der Deutsche Bund 35 Mitglieder. Das zentrale Bundesorgan war ein Gesandtenkongress in Frankfurt am Main, der „Bundestag“. Dort hatte Österreich den Vorsitz.

Die Revolution des Jahres 1848 war bei dem Versuch, den Deutschen ein natio-



nales Gehäuse zu geben, gescheitert. Die Herrscherhäuser hatten an einer solchen Neuordnung der deutschen Dinge kein Interesse, und nach einer kurzen Schrecksekunde, in denen sie die Forderungen der Aufrührer widerstandslos „bewilligt“ hatten, gewannen sie ihre Fassung wieder und kehrten zur Ordnung des Wiener Kongresses zurück, also dem Deutschen Bund. Es waren aber nicht nur die Dynastien, die einer solchen Nationalisierung im Weg standen, sondern auch der lebendige Eigenwille der Bundesstaaten. Der bestand auch unabhängig vom Träger der Krone – in Bayern mehr, in Österreich weniger.

Immerhin hatten die Ereignisse des Revolutionsjahres gezeigt, dass die nationale Frage weiterhin offen war. Zwei Wege schien es zu ihrer Lösung zu geben: Eine „kleindeutsche“, das war die Einigung unter Führung Preußens. Abgesehen von dem polnischen Bevölkerungsanteil in den preußischen Ostprovinzen wäre dieser Staat national homogen gewesen, hätte aber Millionen von Deutschen im Habsburgerreich aus einem deutschen „Vaterland“ ausgeschlossen.

Preußen hatte 1850 in einem kurzen historischen Moment versucht, die deutsche Karte zu spielen und sich selbst an die Spitze der Nation zu setzen. Das hätte die Hinausdrängung Österreichs bedeutet, das sich diesem Projekt mit Unterstützung Russlands energisch und erfolgreich in den Weg gestellt hatte.

Bei der „großdeutschen“ Variante wäre Österreich im gemeinsamen Deutschland enthalten gewesen. Welchen Status hätten dann aber die vielen Völker gehabt, die in den österreichischen Grenzen lebten, aber zweifellos keine Deutschen waren und auch keine sein wollten? Bei keiner der beiden Varianten wären Österreich oder Preußen verschwunden. Der „deutsche Dualismus“ hätte fortbestanden.

Die Auseinandersetzung mit Dänemark hatte in der Revolution von 1848 eine wichtige Rolle gespielt. Der Streit ging um die „Elbherzogtümer“ Schleswig und Holstein (mit Lauenburg), wobei Schleswig den eigentlichen Zankapfel darstellte. Holstein, das schon zum Heiligen Römischen Reich gehört hatte, war seit 1815 Teil des Deutschen Bundes. Schleswig dagegen war ein dänisches Reichslehen, hatte aber eine weitgehend deutsche Bevölkerung. Staatsrechtlich bildeten beide Herzogtümer eine Einheit („up ewig ungedeelt“, nach einem Vertrag von 1460), obwohl sie zwei verschiedenen völkerrechtlichen Gebilden angehörten. Der dänische König war in diesen Elbherzogtümern zugleich Herzog und damit legitimer Landesherr.

1848 hatte der dänische König versucht, aus Schleswig eine dänische Provinz zu machen, denn der Nationalismus blühte nicht nur in Deutschland, sondern auch in Dänemark. Das löste einen Aufstand in den Elbherzogtümern aus, die sich in Kiel eine eigene Regierung gaben und sogar eine Armee aufstellten, die den dänischen Streitkräften allerdings nicht standzuhalten vermochte. Die Frankfurter Nationalversammlung stellte sich hinter die bedrohten Schleswig-Holsteiner, und preußische Truppen sowie Bundestruppen, darunter auch ein bayerisches Kontingent, rückten gegen die Dänen ins Feld.

Ein Erfolg blieb ihnen aber verwehrt, denn Dänemark fand Unterstützung bei England, Russland und Schweden. Die „Dardanellen des Nordens“, also die Ostseezugänge, sollten nicht in die Reichweite eines möglichen deutschen Nationalstaats gelangen. Unter diesem Druck mussten die preußischen und natürlich auch die Bundestruppen die umstrittenen Gebiete räumen. Die beiden Londoner Protokolle von 1850 und 1852 garantierten die Integrität des dänischen Gesamtstaats, bekräftigten aber auch den besonderen Status der Elb-

herzogtümer und verwehrten eine engere Anbindung Schlesiens an Dänemark.

Mit diesem Status Quo war die dänische Seite indes unzufrieden. Im November 1863 erließ der dänische Reichsrat eine Gesamtstaatsverfassung, die für das eigentliche Dänemark und für Schleswig galt, was nun eine Verletzung des Londoner Protokolls darstellte, das die Autonomie Schlesiens garantierte. Angesichts dieser Entfremdung des mehrheitlich deutsch bewohnten und gesonnenen Herzogtums schlugen die Wellen der Empörung in Deutschland hoch. Der Deutsche Bund hatte nun einen legitimen Grund, dort im Norden zu intervenieren. Sächsische und hannoversche Truppen besetzten Holstein, also den südlichen, zum Deutschen Bund gehörenden Teil der Elbherzogtümer.

Der Zufall wollte es, dass wenige Tage nach der Verkündung der neuen dänischen Verfassung der König, Friedrich VII. aus dem Haus Oldenburg, kinderlos starb. Für diesen Fall hatte das Londoner Protokoll die Thronfolge eines Prinzen aus dem Haus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg – einer Nebenlinie des Hauses Oldenburg – vorgesehen, der als Christian IX. den dänischen Thron bestieg. Dieses Londoner Protokoll war aber durch die dänische Novemberverfassung geschwächt. Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg (1829-1880), einer weiteren Nebenlinie, erhob in dieser Situation Ansprüche auf die Herzogswürde in Schleswig und Holstein und wurde vom Deutschen Bund darin auch anerkannt. Dieser „Friedrich VIII.“ spielte als „Augustenburger“ für einige Jahre die historische Rolle eines Thronprätendenten in einem internationalen politischen Konflikt. Der Deutsche Bund wurde nun, sehr zum Missfallen seiner kleineren und mittleren Staaten, von den beiden deutschen Großmächten überspielt, welche die Sache in die eigene Hand nahmen. Dabei zog Otto von Bismarck die Fäden. Seit 1862 leitete

er als Ministerpräsident die preußische Politik, und er zeigte in der dänischen Krise erstmals seine diplomatische Meisterschaft. Die nationale Empörung in Deutschland ließ ihn kalt: Er behandelte die Sache strikt vom völkerrechtlichen Standpunkt aus, was bei den ausländischen Großmächten, insbesondere in London und St. Petersburg, einen guten Eindruck machte. Mit dieser Argumentation gelang es Bismarck auch, Österreich ins Schlepptau zu nehmen, denn in Wien glaubte man, dass eine national desinteressierte, auf europäischen Verträgen gegründete Politik dem Wesen des eigenen Staates entspreche.

Den Krieg gegen Dänemark, der 1864 aus dem Konflikt um Schleswig entstand, führte also nicht der Deutsche Bund, sondern eine preußisch-österreichische Allianz. Beide Staaten waren zugleich Garantmächte des Londoner Protokolls. Angesichts der Kräfteverhältnisse war der Ausgang des Kampfes nicht fraglich.

Die Einigkeit der beiden Großmächte, Rivalen seit Generationen, konnte den Sieg über Dänemark jedoch kaum überleben, und Österreich war in der schlechteren Position, lagen die Elbherzogtümer doch weit vom Donaureich der Habsburger entfernt, aber unmittelbar vor den Toren Preußens. 1865 kam es mit der Konvention von Gastein noch einmal zu einer vorübergehenden Entspannung, als Berlin und Wien die bis dahin gemeinsame Verwaltung der Nordprovinzen räumlich teilten: Österreich kontrollierte fortan Holstein und Preußen Schleswig. Gegen eine Zahlung von 2,5 Millionen Talern trat Österreich seine Ansprüche an Lauenburg endgültig an Preußen ab. In den Mittelstaaten löste diese Vereinbarung heftige Kritik aus, denn aus ihrer Sicht war der Konflikt um diese Nordprovinzen eine Bundesangelegenheit, welche die beiden Großen nicht einfach unter sich ausmachen durften. Sie hielten weiterhin an ihrem Kandidaten für

die Thronfolge in den Nordprovinzen fest, dem „Augustenburger“. Ziel dieser Politik war es, aus Schleswig-Holstein einen weiteren Mittelstaat im Deutschen Bund zu machen. Auch für Österreich war diese Lösung attraktiver als dessen Umwandlung in eine weitere preußische Provinz, was Bismarcks Ziel war. In Holstein ließen die Österreicher jenen „Friedrich VIII.“ frei gewähren, der sogar eine eigene, wenn auch machtlose Regierung bildete. Aus preußischer Sicht war das eine gewiss nicht unwillkommene Provokation. Jedenfalls gab sie Bismarck Gelegenheit, die Sprache gegenüber Österreich zu verschärfen. Ein preußischer Kronrat vom 28. Februar 1866 fasste erstmals einen Krieg mit Österreich zur Erlangung der unbeschränkten Herrschaft über die Elbherzogtümer ins Auge. Die internationale Konstellation war für Bismarcks Pläne nicht ungünstig: Mit dem jungen Königreich Italien, das den Habsburgern Venetien entreißen wollte, schloss Bismarck am 8. April ein Angriffsbündnis. Das war ein gravierender Verstoß gegen die Wiener Bundesakte, deren Artikel XI jedes Bündnis verbot, das gegen die Sicherheit des Bundes oder eines seiner Mitglieder gerichtet war. Der wohlwollenden Neutralität Russlands konnte er sicher sein, denn seit der zwielichtigen Rolle, die Österreich während des Krimkriegs (1853-1856) gespielt hatte, grollte das Zarenreich dem Kaiser in Wien. Dagegen hatte Preußen die Unterdrückung eines polnischen Aufstandes im Zarenreich im Jahr 1863 wohlwollend begleitet und sich damit dem Zaren als zuverlässiger Freund empfohlen.

Besonders wichtig war die Haltung der Großmacht im Westen: Frankreich war an der Regelung der deutschen Dinge seit jeher lebhaft interessiert. Sein Herrscher, Kaiser Napoleon III., hatte sich als Förderer der großen Tendenz der Zeit, also der Gliederung politischer Herrschaft entlang der Linien der Nationalität, bereits bisher

profiliert. Im Falle Deutschlands war das aus Pariser Sicht allerdings eine heikle Perspektive.

Napoleon III. setzte auf einen langen Krieg in Deutschland, in dem er als „Vermittler“ den lachenden Dritten würde spielen können, und er tat das Seine, diesen Krieg zustande zu bringen. Es war sein Rat, der Italien dazu bestimmte, das Angriffsbündnis mit Preußen abzuschließen. Das bedeutete, dass Österreich im Kriegsfall seine Streitkräfte teilen musste, was das militärische Risiko für Preußen erheblich verminderte.

Zwei Monate später schloss Napoleon aber auch mit Franz Joseph I. einen Geheimvertrag, in dem er ihm für den Kriegsfall die Neutralität Frankreichs zusicherte. Dafür willigte Österreich auch für den Fall eines Sieges in Deutschland in die Abtretung Venetiens an Italien ein, und die Schaffung eines Rheinstaates auf Kosten der westlichen Gebiete Preußens wurde ins Auge gefasst. Auch dieser Vertrag Österreichs war mit den Verpflichtungen dem Deutschen Bund gegenüber unvereinbar.

Wichtig war indes nicht nur die Haltung der fremden Mächte, sondern auch die der deutschen Mittelstaaten, die in ihrer Summe ein nicht unbeträchtliches militärisches Gewicht in die Waagschale werfen konnten. Sie hätten den Krieg am liebsten vermieden. Wenn dessen Ausbruch aber nicht zu verhindern war und sie eine Seite wählen mussten, so war das die österreichische, denn in einem von Wien geführten Deutschland wäre von ihrer Selbständigkeit gewiss mehr erhalten geblieben als in einem von Preußen dominierten.

Bismarck setzte bei dem Werben um die Gunst der mittleren Staaten besonders auf Bayern. Die bayerische Politik lag in den Händen Ludwig von der Pfordtens (1811-1880), den König Ludwig II. bei seiner Thronbesteigung im Jahr 1864 zum Ministerpräsidenten ernannt hatte. Von der Pfordten hatte eigene Vorstellungen von

der Gestaltung der deutschen Dinge. Er wollte die Mittelstaaten zu einem handlungsfähigen politischen Körper zusammenschließen, der bewusst den Platz zwischen Preußen und Österreich einnehmen sollte. Dass dabei Bayern als größtem in dieser dritten Gruppe eine besondere Bedeutung zukommen würde, verstand sich aus der Sicht von der Pfordtens von selbst. Zu einem festen Zusammenschluss des „Dritten Deutschland“ ist es allerdings nie gekommen, da die Kandidaten für diesen Sonderbund ihre Interessen untereinander nicht ausgleichen konnten. Sachsen hielt sich zu nahe an Österreich, und Baden orientierte sich an Preußen. Bayern beanspruchte wie selbstverständlich eine führende Stellung in Süddeutschland, die von Württemberg nicht akzeptiert wurde. Während die Sympathien des bayerischen Volkes und die des Hofes dem Habsburgerstaat galten, hielt von der Pfordten auf strikte Äquidistanz, solange die Großen im Rahmen des Bundesrechts handelten. Der preußische Ministerpräsident lockte Bayern, indem er an dem bayerischen Sonderbewusstsein schmeichelte, wie seine Anweisung an den preußischen Gesandten in München vom März 1865 zeigte:

„Auch in Preußen wird in den Kreisen, die überhaupt zu politischem Urteil befähigt sind, die selbständige Bedeutung Bayerns vollständig anerkannt, welche der bayerische Minister mit so gerechtem Selbstgefühl betont. Bayern ist vielleicht das einzige deutsche Land, dem es durch seine materielle Bedeutung, durch die bestimmte ausgeprägte Stammeseigentümlichkeit und die Begabung seiner Herrscher gelungen ist, ein wirkliches und in sich selbst befriedigtes Nationalgefühl auszubilden.“¹

Bismarck hat 1865 und 1866 seine Politik nicht mit dem Ziel betrieben, das „Deutsche Reich“ zu schaffen, wie er es dann 1870/71 tat. Wenn er auch den Norden Deutschlands zu einem größeren preußischen Staat ausbauen wollte, so respektierte er, schon im Hinblick auf Frank-

reich, doch noch die symbolische Grenze zwischen Nord- und Süddeutschland, die als „Mainlinie“ geläufig war. Gegenüber dem italienischen General Govone, mit dem er das Bündnis verhandelte, äußerte er mit einer der für ihn typischen plastischen Formulierungen überhaupt Zweifel an der Integrierbarkeit Bayerns: Die Bayern seien die Kalabreser Deutschlands, welche in den preußisch-deutschen Staat nicht hineingezwängt werden könnten.² Allerdings zielte Bismarcks Politik darauf, Österreich aus Deutschland zu verdrängen. In diesem Punkt konnte von der Pfordten nicht nachgeben, so schmerzlich ihm und seinem königlichen Herrn die Vorstellung eines deutschen Krieges auch war. Dem preußischen Gesandten berichtete der bayerische Ministerpräsident, dass Ludwig II., konfrontiert mit der Gefahr eines preußisch-österreichischen Krieges, sich erstmals für eine ernste Angelegenheit interessiert und für eine Staatsangelegenheit regere Teilnahme bekundet habe. Österreich und Preußen hatten schon im März 1866 mit militärischen Vorbereitungen begonnen. Österreich verlegte Truppen nach Böhmen und Mähren, und Preußen erhöhte die Friedenspräsenzstärken durch Einziehen von Reservisten. In München wurde am 21. März 1866 eine „militärische Beratungskommission“ eingesetzt, die Inventur über die militärischen Möglichkeiten Bayerns machen sollte. Der Krieg des Jahres 1866 kam nicht wie ein Blitz aus heiterem Himmel, sondern kündigte sich für die Zeitgenossen über Monate hinweg drohend an.

Bismarcks Angriffsbündnis mit Italien war auf drei Monate befristet. In dieser Zeit musste der preußische Ministerpräsident also handeln, und er ließ nichts anbrennen. Schon am nächsten Tag stellte er vor der Bundesversammlung in Frankfurt den Antrag auf Einberufung eines deutschen Nationalparlaments, hervorgegangen aus allgemeinen und gleichen Wahlen. Jetzt

ging es nicht mehr nur um die Elbherzogtümer, sondern um die Reform des Deutschen Bundes, also um die Frage nach der künftigen Gestalt der deutschen Nation. Die Zeitgenossen verblüffte dieser Schritt, galt Bismarck doch als reaktionärer preußischer Machtpolitiker, der sich für die deutsche Frage nicht interessierte, während die nationalstaatliche Einigung der Deutschen als liberaldemokratisches Projekt galt.

Ein Parlament, wie Bismarck es nun plötzlich vorschlug, war für den Vielvölkerstaat Österreich natürlich inakzeptabel. In seinem Bestreben, den Draht nach Berlin nicht abreißen zu lassen, signalisierte von der Pfordten allerdings Verständnis für den preußischen Vorschlag, was bei Bismarck die Hoffnung nährte, Bayern in letzter Stunde noch aus der Verbindung mit Österreich lösen zu können.

Die Eskalation war nun aber nicht mehr aufzuhalten. Bismarck wollte die Entscheidung, und auch Österreich war inzwischen von der Unvermeidlichkeit einer gewaltsamen Lösung überzeugt oder, wie Alexander II., der russische Zar, es ausdrückte: Es war „zum Krieg resigniert“.

Am 27. April 1866 sprach Kaiser Franz Joseph I. die Mobilmachung aus, Preußen vollzog diese Maßnahme im Mai. Darauf, dass Österreich damit voranging und das Odium des Aggressors auf sich lud, obwohl es Preußen war, das zum Krieg trieb, konnte sich Bismarck verlassen, denn die Herstellung der militärischen Kampfbereitschaft dauerte im Habsburgerstaat viel länger als in Preußen. Man konnte in Wien also nicht warten.

Bayern musste sich nun auch rüsten. Am 10. Mai verfügte Ludwig II. die Mobilmachung des bayerischen Heeres, eine Maßnahme, für die, sehr im Gegensatz zu Preußen, keinerlei Vorbereitungen getroffen waren. Illusionen über die Chancen eines Sieges in einem Krieg gegen Preußen machte sich von der Pfordten allerdings

keine, denn er schätzte die militärische Leistungsfähigkeit Österreichs gering ein. Dem preußischen Plan, ein Nationalparlament wählen zu lassen, setzte Österreich am 1. Juni eine eigene Provokation entgegen: Abweichend von der bisherigen Politik, die Zukunft von Schleswig und Holstein als eine Frage zu behandeln, die zwischen den beiden deutschen Großmächten auszuhandeln sei, überwies Österreich deren Regelung dem Deutschen Bund, was die Berliner Annexionswünsche natürlich blockiert hätte.

Der österreichische Statthalter in Holstein, Feldmarschall-Leutnant Ludwig von Gablenz, verfügte am 5. Juni die Einberufung der Stände, also der Volksvertretung, für den 11. Juni 1866. Dass die Holsteiner für den „Augustenburger“ und nicht für Preußen entscheiden würden, galt als sicher. Diesen Schritt stellte nun Preußen als eklatante Verletzung eines Vertrages aus dem Jahr 1864 hin, der bestimmte, dass nur Preußen und Österreich gemeinsam über die Herzogtümer verfügen dürften. Bismarck kam das gerade recht, denn er konnte den Krieg nicht ohne seinen König beginnen, und der war über die österreichische Ankündigung hell empört.

Um das Votum der Ständeversammlung zu unterdrücken, marschierten am 7. Juni 1866 preußische Truppen in Holstein ein. Zu diesem Zeitpunkt hatten die preußischen Armeen bereits ihre Aufmarschräume an der Grenze zu Böhmen und Mähren erreicht. In einem illusionären Versuch, den Gang der Dinge noch aufzuhalten, erklärte von der Pfordten am 8. Juni, vom Einmarsch der Preußen in Holstein noch nicht informiert, vor dem bayerischen Abgeordnetenhaus, dass Bayern jene Seite bekämpfen werde, die als erste zu den Waffen greife.

Österreich verlangte in dieser Lage beim Deutschen Bund die Mobilisierung der sieben nichtpreußischen Armeekorps des Bundes gegen den norddeutschen Frie-

denbrecher. Bismarck setzte der Wiener Initiative am 10. Juni einen Verfassungsentwurf für Deutschland entgegen, der den Ausschluss Österreichs aus Deutschland voraussetzte. Das verbleibende Deutschland sollte militärisch in eine Nord- und eine Südhälfte geteilt werden, wobei Bayern den Oberbefehl in der Südhälfte haben sollte. Das war ein letzter Versuch Bismarcks, Bayern von Österreich abzuziehen, doch ohne Erfolg.

Ein Deutschland ohne zweite Großmacht war aus bayerischer Perspektive gefährlich, weil die Mittelstaaten zwangsläufig in Abhängigkeit von der verbleibenden geraten würden. Um gewisse formaljuristische Klippen zu umschiffen, wurde der österreichische Antrag durch von der Pfordten modifiziert und als bayerischer angebracht, der nur noch die Mobilisierung der vier Armeekorps der Mittelstaaten vorsah und Preußen nicht erwähnte. Zur Abstimmung gelangte der Antrag am 14. Juni. Mit Ausnahme Badens, das sich der Stimme enthielt, votierten alle Mittelstaaten für die Mobilmachung. Der preußische Gesandte verließ die Versammlung mit der Erklärung, dass seine Regierung den Deutschen Bund als aufgelöst betrachte, an der Einheit der Nation jedoch festhalte.

Den Bundesbeschluss betrachtete Preußen als Kriegserklärung, richtete aber trotzdem an Hessen-Kassel, Hannover und Sachsen am 15. Juni noch eine ultimative Aufforderung zur Neutralität im kommenden Krieg. Als eine solche Zusage ausblieb, erklärte Preußen diesen Staaten förmlich den Krieg und rückte am 16. Juni in deren Gebiete ein.

Damit ist der äußere Weg in den Krieg umrissen. Seine eigentliche Ursache war nicht der Streit um die Zukunft von Schleswig und Holstein, sondern die Rivalität zwischen Preußen und Österreich und damit die Auseinandersetzung um die Lösung der deutschen Frage jenseits der Ordnung,

die der Wiener Kongress 1815 geschaffen hatte.

Literatur

Heinrich Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland, 2 Bände, Stuttgart, Berlin 1897-1917 (10 Auflagen).

Michael Doeberl, Entwicklungsgeschichte Bayerns, Bd. 3, Vom Regierungsantritt König Ludwigs I. bis zum Tode Ludwigs II. mit einem Ausblick auf die innere Entwicklung Bayerns unter dem Prinzregenten Luitpold, München 1931.

Golo Mann, Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt am Main 1958.

Andreas Kraus, Geschichte Bayerns. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1983.

Thomas Nipperday, Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat, 6. Aufl., München 1993.

Hans-Michael Körner, Geschichte des Königreichs Bayern, München 2006.

1 Doeberl, S. 403.

2 Friedjung, Bd. 1, S. 203.

Dieter Storz

Das Heer des Deutschen Bundes

Nach der endgültigen Niederwerfung Napoleons musste für die Staaten auf dem Boden des ehemaligen Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation eine neue völkerrechtliche Form gefunden werden. Diesem Zweck diente der 1815 während des Wiener Kongresses errichtete „Deutsche Bund“.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Bundes war es, die Sicherheit seiner zunächst 41 Mitgliedstaaten zu gewährleisten, darunter mit Österreich und Preußen zwei europäische Großmächte, aber auch 14 Kleinstaaten mit Bevölkerungszahlen von weniger als 50.000 „Seelen“. Im Artikel XI der Wiener Bundesakte des Jahres 1815 verpflichteten sich die Bundesmitglieder, „sowohl ganz Deutschland als auch jeden einzelnen Bundesstaat gegen Angriffe zu schützen“¹. Verboten waren Bündnisse, die gegen den Bund oder ein Bundesmitglied gerichtet waren. 1866 sollten sowohl Preußen wie Österreich gegen diese Bestimmung verstoßen.

1820, in der ebenfalls in Wien unterzeichneten Schlussakte, wurde ausdrücklich festgelegt, dass das Bundesheer nach außen nur der Verteidigung dienen sollte. Auch seine Verwendung im Innern des Bundesgebietes war vorgesehen, wenn die innere Ordnung des Bundes bzw. eines seiner Mitglieder gefährdet war. Die Bundesstaaten hatten die monarchische Ordnung der Zeit vor 1789 wiederhergestellt und durch zeitgemäße Reformen revitalisiert. Bei diesem Zustand der Dinge sollte es bleiben.

Nach langen Verhandlungen wurden am 9. April 1821 die „Allgemeinen Umriss und wesentlichen Bestimmungen der Kriegsverfassung des deutschen Bundes“ beschlossen. Ausgangspunkt dieses Regelwerks musste natürlich die militärpolitische Realität in Deutschland sein. Es gab kein einheitliches Bundesheer, konnte ein solches auch nicht geben, weil das Militärwesen auf der Ebene der Bundesmitglieder organisiert war.

Das Bundesheer setzte sich aus den Kontingenten dieser Staaten zusammen und besaß im Frieden nur eine virtuelle Realität. Jeder Bundesstaat musste Truppen in der Stärke von einem Prozent der Bevölkerung marsch- und schlagfertig erhalten. Damit wäre das Bundesheer 1820 ca. 301.637 Mann stark gewesen.²

Aus den Kontingenten wurden zehn Armeekorps gebildet, von denen sieben „national“ waren, also nur aus Truppen eines Kontingents bestanden. Das I. bis III. Armeekorps wurde von Österreich gestellt, das IV. bis VI. von Preußen und das VII. von Bayern. Die anderen drei Armeekorps waren gemischt. Das VIII. Korps umfasste die Kontingente des Südwestens, das IX. die der mitteldeutschen Staaten und das X. die norddeutschen Kontingente. § 24 der „Bestimmungen“ gab zwar Richtlinien für die Gliederung – „Ein Armeekorps enthält mindestens zwei Divisionen“ usw. –, doch war es auf Grund der Zusammensetzung aus Kontingenten unterschiedlicher Größe unmöglich, den Korps eine einheitliche, gleichmäßige Organisation zu geben.

Es stand den Bundesstaaten frei, mehr Truppen zu unterhalten als dieses Statut verlangte. So musste Preußen nur drei Korps zum Bundesheer stellen, verfügte aber insgesamt über deren neun. Ähnlich verhielt es sich mit Österreich. Auch für Bayern war es aus politischen Gründen wichtig, mehr Militär zu besitzen als der Bund forderte. Natürlich rechnete man stillschweigend damit, dass die Großstaaten bei einer echten Kraftprobe, gar im Fall eines Zweifrontenkrieges, sich mit ihren zusätzlichen Streitkräften an einem Krieg beteiligen würden.

Die Kontingente sollten in sich gleichmäßig strukturiert sein: Die Kavallerie sollte ein Siebtel ihrer Stärke ausmachen, auf je 1.000 Mann sollten zwei Geschütze kommen. Die Feldartillerie sollte zu einem Viertel aus Haubitzen, einem Viertel Zwölfpfünder-Kanonen und zwei Vierteln Sechspfünder-Kanonen bestehen (§ 13).

Dass Kleinstaaten, deren Heeresstärke nicht einmal 500 Mann erreichte, kein ausgewogenes Kontingent bereitstellen konnten, leuchtet ein. Es hätte nahegelegen, solche Kontingente an die größeren, nationalen Kontingente anzuschließen, was indes aus politischen Gründen ausdrücklich untersagt war (Art. V). Davon hätte nämlich Preußen profitiert, in dessen Umgebung die meisten der kleineren Staaten lagen. Eine solche einseitige Kräftigung hätte die Balance des deutschen Dualismus gefährdet.

1830 wurden die Kontingente von 19 Kleinstaaten zu einer „Reservedivision“ zusammengeschlossen, die ausschließlich aus Infanterie bestand und für den Festungsdienst vorgesehen war. Die Kontingente dieser Division besaßen acht verschiedene Ausbildungsvorschriften.

Von einer einheitlichen Bewaffnung des Bundesheeres konnte nicht die Rede sein. Es gab bis zu 50 verschiedene Gewehr- und Büchsenkaliber. Bei der Artillerie waren es immerhin neun verschiedene Sechs-

pfünder-Geschütztypen und acht verschiedene Zwölfpfünder, Folge der unterschiedlichen Gewichtsnormen in den einzelnen Staaten. Da zunächst noch glattläufige Rohre in Gebrauch waren, konnten die Varianten mit dem größeren Rohrdurchmesser immerhin die Munition der enger gebohrten Rohre verschießen.³ Zwar verlangten die „Bestimmungen“, dass innerhalb eines Armeekorps die Kaliber so weit übereinstimmen sollten, dass die Munition austauschbar war (§ 37), aber dieses Ziel wurde nicht erreicht.

Die Kriegsverfassung verlangte, dass die Kontingente „auch im Frieden vollständig“ zu erhalten seien (§ 30), gestattete aber nichtsdestoweniger ausgiebige Beurlaubungen. So genügte es, wenn bei der Infanterie eine Mindestpräsenzstärke von einem Sechstel der Mannschaften gewährleistet war. Bei der Artillerie und insbesondere bei den berittenen Waffen waren die Normen höher, aber auch hier unterschieden sich Präsenz- und Sollstärke erheblich. Es war nur vorgeschrieben, die beurlaubte Mannschaft jährlich zu einer mindestens vierwöchigen Übung einzuziehen.

Durch die Beurlaubungen sparten die Staaten einerseits an Sold und Verpflegung und beließen andererseits so viele Arbeitskräfte wie möglich im Wirtschaftsleben.

Der Abschnitt VI der „Allgemeinen Umrisse“ regelte ausführlich die Frage des Oberbefehls und den Umfang der Rechte und Pflichten des Oberbefehlshabers. Er war, wenn das Kriegsheer des Bundes aufgestellt wurde, vom „engeren Rat“ des Bundes zu wählen. Wie verschiedene Krisen der folgenden Jahrzehnte zeigen sollten, war die Bestimmung eines solchen Oberbefehlshabers ein aussichtsloses Unterfangen. Nach Lage der Dinge kam dafür nur ein Österreicher oder ein Preuße in Frage. Indes wäre keine der beiden deutschen Vormächte bereit gewesen, sein

Kontingent einem General der anderen Macht zu unterstellen.

Als permanente Einrichtung bestand seit 1819 die sechsköpfige Bundes-Militärkommission. Ihr gehörten je ein Vertreter Österreichs, Preußens und Bayerns sowie je einer der drei gemischten Armeekorps an. Sie sollte die Bundesversammlung in Militärfragen beraten, den Zustand der Kontingente überwachen und die Bundesfestungen betreuen. Seit 1831 führten die Kommission bzw. von ihr beauftragte Generale in fünfjährigen Abständen Musterrungen der Kontingente durch, die in der Regel sehr wohlwollend ausfielen.

Die wichtigste bereits im Frieden bestehende Einrichtung des Bundesmilitärwesens waren die Bundesfestungen: Luxemburg, Mainz, Landau, Rastatt und Ulm. Sie dienten ausschließlich der Sicherung gegen Frankreich. So, wie es in Deutschland starke Truppen gab, die nicht in das Bundesmilitärwesen integriert waren, stand es auch mit den Festungen: Die preußischen Festungen Köln, Wesel und Koblenz-Ehrenbreitstein sowie das bayerische Gernersheim hätten bei einem französischen Angriff zusammen mit den Bollwerken des Bundes ein gemeinsames Sperrsystem gebildet. Auch hier findet man also eine Verflechtung einzelstaatlicher und gemeinschaftlicher militärischer Ressourcen. 1855 wurden die „Bestimmungen“ von 1821 überarbeitet. Das „Hauptkontingent“ wurde um ein Sechstel Prozent der Bevölkerungsstärke vermehrt. Die Stärke der Feldarmee stieg damit auf 433.460 Mann.⁴ Mit den Besatzungstruppen der Festungen hätte das Gesamtheer des Bundes im Jahr 1859 eine Stärke von 506.725 Mann erreicht.⁵

Das Militärwesen des Deutschen Bundes war auf den Verteidigungsfall zugeschnitten. Zu einem Angriff wäre es schon aufgrund der langwierigen kollektiven Entscheidungsprozesse innerhalb des deutschen Staatenbundes nicht fähig gewesen.

Das war beabsichtigt. Das Bundesheer konnte von einem Angriff auf die europäische Mitte abschrecken, aber es war nicht in der Lage, das europäische Gleichgewicht aktiv zu gefährden. Bewahrung, nicht Veränderung war das Ziel der europäischen Politik in den Jahrzehnten nach 1815.

Das änderte sich seit der Mitte des Jahrhunderts, insbesondere seit dem Krimkrieg (1853-1856). Zu dieser veränderten, härteren Welt passten die Institutionen des Bundeskriegswesens nicht mehr, und eine Anpassung an die neuen Umstände gelang nicht. Der sich verschärfende Gegensatz der beiden deutschen Vormächte musste jeden Versuch zum Scheitern bringen, das kollektive, staatenbündische deutsche Sicherheitssystem wieder effektiv zu machen.

Literatur

Jürgen Angelow, Von Wien nach Königgrätz. Die Sicherheitspolitik des Deutschen Bundes im europäischen Gleichgewicht (1815-1866), München 1996 (= Beiträge zur Militärgeschichte, 52).

Peter Galperin, Deutsche Wehr im Deutschen Bund 1815-1866, Osnabrück 2000.

Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Band 1: Reform und Restauration 1789 bis 1830, 2. Aufl., Stuttgart 1967.

Wolfgang Petter, Deutscher Bund und deutsche Mittelstaaten. In: Handbuch der deutschen Militärgeschichte, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, 6. Lieferung, IV/2, Militärgeschichte im 19. Jahrhundert 1814-1890, München 1976, S. 226-301.

1 https://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Bundesakte (aufgerufen am 4.5.2016).

2 Angelow, S. 324 f.

3 Woldemar Streubel, Die Kalibereinheit im Bundesheer, in: Deutsche Vierteljahrs-Schrift, 1862, Heft 3, S. 173-193, S. 187 f.

4 Angelow, S. 326 f.

5 Ebd., S. 327 f.

Dieter Storz

Die bayerische Armee 1866



Das heutige Bayern versteht sich als „modernes Industrieland im Herzen Europas“. Im Blick zurück sehen die Bayern ihr Land gern als Kulturstaat, nicht zuletzt, um sich so von der verhängnisvollen machtsstaatlichen deutschen Vergangenheit abzusetzen, deren Wurzel man im Norden verortet. Natürlich war Bayern nie ein Militärstaat wie Preußen, und es war sich dessen auch bewusst.

Nichtsdestoweniger war die königlich-bayerische Armee bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1919 die wichtigste staatliche Einrichtung des Landes und beanspruchte bereits im Frieden den größten Einzelposten des Staatshaushalts. Die größte Baustelle im Bayern des 19. Jahrhunderts waren eben nicht die Schlösser König Ludwigs II., sondern es war die Festung Ingolstadt. In keiner anderen Einrichtung erfuhren die Bayern ihren Staat so intensiv wie in der Armee, die damit auch zum wichtigsten Integrationsfaktor des neuen Staates wurde, der die Franken und Schwaben erst einmal davon überzeugen musste, dass auch sie fortan Bayern seien.

Die großen militärischen Anstrengungen im Zeitalter Napoleons hatten Bayern zwar erhebliche Gebietsvergrößerungen und die Königskrone gebracht, indes hatten sie das Land auch erschöpft und einen riesigen Schuldenberg hinterlassen. Für Jahrzehnte war nun Sparsamkeit die Leitschnur der bayerischen Militärpolitik. Bereits wenige Tage nach seiner Thronbesteigung setzte König Ludwig I. eine „Ersparungskommission“ ein, welche die Militärausgaben

so weit wie irgend möglich drücken sollte. Diese Politik verfolgte auch die Kammer der Abgeordneten, der das Budgetrecht zustand.

Die möglichste Beschränkung der Militärausgaben lag durchaus im Interesse des Landes, sie schuf aber über Jahrzehnte hinweg einen Zustand chronischer Unterfinanzierung, der die Leistungsfähigkeit der Armee stark einschränkte. Anders formuliert: Gemessen an den Mitteln, die ihr zur Verfügung standen, war diese Armee zu groß. Sie war in das Militärwesen des Deutschen Bundes eingebunden und hätte bei einer Mobilmachung im Rahmen des Bundesheeres ein eigenes Armeekorps, das VII., formiert.

Tatsächlich war die bayerische Armee aber größer als der Bund verlangte. Das hatte ausschließlich politische Gründe: Eine große Zahl an „Streitbaren“ sollte den Eindruck einer bedeutenden militärischen Macht vermitteln. Nur so konnte Bayern seinen Anspruch als führende Kraft des „dritten Deutschland“ neben Österreich und Preußen glaubhaft machen. Solange nicht die Probe aufs Exempel gemacht werden musste, mochte die Rechnung aufgehen, denn mit Ausnahme Preußens vernachlässigten alle deutschen Staaten ihre Streitkräfte.

1838 machten die preußischen Militärausgaben pro Kopf der Bevölkerung 2,28 Gulden aus, während es in Bayern in diesem Zeitraum nur 1,1 Gulden waren,¹ wobei die Militärausgaben in Bayern damals ihren Tiefpunkt erreicht hatten. 1850 entfie-

len in Preußen 37,8 % des Staatshaushalts auf den Militäretat, während es in Bayern noch 25,4 % gewesen sind.² Das war auch im Vergleich der Mittelstaaten untereinander ein niedriger Wert.

Heeresaufbau

An der Spitze der Armee stand, natürlich, der König. Den faktischen Oberbefehl im Frieden übte jedoch der Kriegsminister aus, ein Posten, den stets ein General bekleidete. Ihm unterstanden neben der Heeresverwaltung auch der Generalstab (in Bayern „Generalquartiermeisterstab“ genannt) und die Personalsachen der Armee. Dabei ging es um die Offiziere: Die Kontrolle ihrer Karrieren war eines der wichtigsten Machtmittel der Heeresleitung überhaupt. So blieb es bis 1918, sehr im Unterschied zu Preußen, wo der Kriegsminister nur der Verwaltungschef der Armee war. Über den Generalstab hatte der preußische Kriegsminister keine Befehlsgewalt, dieser unterstand dem König unmittelbar, der auch zur Bearbeitung der Personalangelegenheiten eine eigene Behörde besaß, das Militärkabinett.

In diesem Fehlen einer zentralen Spitze unterhalb des preußischen Königs drückte sich dessen besondere „Kommandogewalt“ aus, eine Eigentümlichkeit des Hohenzollernstaates.

Die bayerische Armee enthielt alle Einrichtungen, die ein Landheer zur Durchführung selbständiger Operationen besitzen musste. 1866 setzte sie sich zusammen aus:

- 16 Infanterie-Regimentern
- 8 Jäger-Bataillonen
- 3 Kürassier-Regimentern
- 6 Chevaulegers-Regimentern
- 3 Ulanen-Regimentern
- 4 Artillerie-Regimentern
- 1 Genie-Regiment (Pioniere)
- 4 Sanitäts-Kompanien.

Diese Truppen waren in vier Divisionen zusammengefasst, an deren Spitze jeweils

ein Generalkommando stand (München, Augsburg, Nürnberg, Würzburg).

Die bayerische Wehrverfassung, die bis 1868 Bestand haben sollte, war im Zeitalter Napoleons entstanden. Die Dienstpflicht der Untertanen erfolgte nach dem Konskriptionsmodell, das aus Frankreich übernommen worden war (Konskriptionsgesetz von 1812, überarbeitet im Heeresergänzungsgesetz von 1828). Unter „Konskription“ verstand man die listenmäßige Erfassung der Militärdienstpflichtigen. Jeder junge, unverheiratete Bayer wurde in dem Jahr konskriptionspflichtig, in dem er das 21. Lebensjahr vollendete. Mit dem 1. Januar des folgenden Jahres begann die Militärpflicht, die darin bestand, innerhalb der nächsten zwei Jahre der Einberufung Folge zu leisten. Die aktive Dienstzeit dauerte sechs Jahre.

Dieses System erfuhr in der Praxis aber ganz erhebliche Einschränkungen: Die Armee benötigte pro Jahr nur ca. ein Drittel der Dienstpflichtigen, die durch das Los bestimmt wurden. Als größter, schon den Zeitgenossen bewusster Schaden des Systems galt die Stellvertretung: Jeder, den das Los getroffen hatte, war berechtigt, einen Stellvertreter zu bezahlen. Bei der Infanterie, der mit Abstand zahlreichsten Waffengattung, kostete so ein Stellvertreter 1.000-1.200 Gulden. Das entsprach, um eine ganz ungefähre Vorstellung zu geben, etwa 20.000 €. Die tatsächliche Wehrpflicht lastete also ausschließlich auf den ärmeren und mittleren Bevölkerungsklassen. Das wurde schon damals als große Ungerechtigkeit empfunden.

Diese Ersatzleute, die „Einsteher“ hoben die Qualität der Armee keineswegs, denn sie dienten meist nicht aus Freude am Soldatenberuf, sondern deshalb, weil sie keine andere Beschäftigung fanden oder wollten.

Die sehr lang erscheinende sechsjährige Dienstzeit darf man nicht mit der tatsächlichen Präsenzzeit verwechseln: Nach einer

fünf Monate dauernden Grundausbildung wurden die Soldaten beurlaubt und weiterhin lediglich zu den herbstlichen Waffenübungen eingezogen. Solche Beurlaubungen waren nach der Bundeskriegsverfassung ausdrücklich gestattet. Die Nettodienstzeit überschritt bei der Infanterie kaum anderthalb Jahre, erreichte mitunter nicht einmal 15 Monate. In der übrigen Zeit gingen die Soldaten des „Aktivstandes“ ihren bürgerlichen Berufen nach.

Von der Nominalstärke von 180 Mann pro Kompanie waren im Frieden etwa 30 Mann ständig präsent, eine Zahl, die für eine wirkungsvolle Ausbildung umso weniger ausreichte, als sie sich durch Wachdienste, Krankheit und Kommandierungen weiter verminderte. Diese Reduzierung ging nicht nur auf Kosten der Ausbildung der einfachen Mannschaftssoldaten, sondern führte auch dazu, dass ihre Vorgesetzten kaum die Fähigkeit zur Führung kriegsstarker Verbände erwerben konnten.

In Preußen betrug die aktive Dienstpflicht drei Jahre, die aber auch tatsächlich abgeleistet wurden. Preußische Kompanien waren Anfang der 1860er Jahre im Frieden ca. 130 Mann stark, bei einer Kriegsstärke von 250 Mann. Das waren also ganz andere Verhältnisse. Die unterschiedliche Kriegsstärke der Kompanien in Bayern und Preußen kann man hier vernachlässigen, denn sie wurden durch die Zahl der Kompanien ausgeglichen: bayerische Regimenter zählten deren 18, preußische nur 12.

Die Beurlaubungen betrafen auch die „Einsteher“. Es waren nicht Rücksichten der Humanität, die zu diesen Befreiungen führten, sondern in erster Linie der Spargedanke: Ein präsenter Soldat war viel teurer als ein beurlaubter, denn er beanspruchte Sold und Verpflegung. An der Finanzklippe scheiterten alle Versuche, die Präsenzzeiten mit dem Ziel einer verbesserten Ausbildung wesentlich zu verlängern.

Ein anderer Ausdruck des Sparwillens war die Einrichtung der sogenannten „Assentiert-Unmontierten“. Das waren Dienstpflichtige, die weder eingezogen (assentiert), noch eingekleidet (montiert) wurden, aber in den Listen als Truppenangehörige geführt wurden. Aus ihnen ersetzte man die Abgänge der tatsächlich Einberufenen während ihrer laufenden Dienstzeit, und sie bildeten im Mobilmachungsfall ein Ersatzreservoir für die Verluste des Krieges. Die imposante bayerische Heeresstärke – der Friedensrahmen umfasste bei Kriegsausbruch 71.918 Mann – stand also nur auf dem Papier: 21.490 von ihnen waren Assentiert-Unmontierte, also Männer ohne jede militärische Ausbildung.³ Der Deutsche Bund verlangte von Bayern lediglich ein Kontingent von annähernd 43.000 Mann.

Geldmangel verhinderte auch größere Truppenübungen in gemischten Verbänden. Geldmangel führte zur Überalterung des Offizierskorps, denn so sparte der Staat an den Pensionen. Geldmangel verhinderte, dass die bayerische Armee ausreichend mit Stabsoffizieren versehen war. Dieser Mangel auf der Führungsebene war besonders schwerwiegend: Stabsoffiziere sind nicht Leute, die mit großen Pfeilen auf kleinen Karten geniale Operationen entwerfen, sondern in minutiöser Kleinarbeit dafür sorgen, dass solche Operationen so reibungsarm wie möglich ablaufen: Der württembergische Generalquartiermeister Joseph von Theobald schrieb 1810, der Generalstab sei „*der eigentliche Diener der Intelligenz, der Gehülfe des Feldherrn und oftmals sein Organ, er ist eines seiner Räder, durch welche die große Heeresmaschine, nach dem Sinn des Feldherrn bewegt und in Tätigkeit gesetzt wird*“.⁴ Diese Intelligenz war in der bayerischen Armee des Jahres 1866 nur schwach entwickelt, und die Folge war eine eigentümliche Unbeholfenheit der Führung bei der Leitung

ihrer Truppen, die ihrerseits nur unzureichend geschult waren.

Die Bekleidung der Soldaten machte einen nicht unerheblichen Teil der Militärausgaben aus. Die bayerische Armee verminderte sie, indem sie die Soldaten an der Finanzierung ihrer Uniform durch das sogenannte „Monturratensystem“ beteiligte. Der Soldat erhielt zu Beginn seiner Dienstzeit eine bestimmte Anzahl Uniformstücke, wobei ihm deren Wert als „Schuld“ übertragen wurde. Sie verminderte sich nach und nach im Lauf der Dienstzeit, worüber peinlich genaue Listen geführt wurden. Nach dem Ende gingen die Sachen in das Eigentum der Soldaten über, die dadurch ein Interesse daran hatten, ihre Bekleidung sorgfältig zu behandeln. Schied ein Soldat vorher aus dem Dienst aus, etwa durch Tod, mussten seine nächsten Angehörigen die verbleibende „Monturschuld“ begleichen. Sogar bei Angehörigen von Gefallenen des Feldzugs von 1866 versuchte die Militärverwaltung, diese „Schuld“ noch einzutreiben.

Dass dieses System jedem Gerechtigkeitsempfinden Hohn sprach, liegt auf der Hand. Es war aber auch militärisch nachteilig, da nur soviel Uniformen vorhanden sein durften, wie Soldaten in den Listen standen. Bekleidungsreserven für den Mobilmachungsfall existierten nicht.

Ganz anders war es in Preußen, wo die Uniformen der Mannschaften dem Staat gehörten und an sie nach Bedarf von der Kleiderkammer ausgegeben wurden. Durch fleißiges Flicken und bewusstes Überschreiten der festgesetzten Tragezeiten gelang es dort, im Lauf der Zeit erhebliche Bekleidungsreserven zu bilden.

Mobilmachungsvorbereitungen fehlten in Bayern fast zur Gänze. Pferdemonsterungen im Frieden gab es keine, so dass die Armee über den Zustand der Pferde, auf die sie bei der Mobilmachung zugreifen musste, nicht unterrichtet war. Der Aufenthaltsort der Reservisten war nicht zu-

verlässig bekannt. Erst nach ausgesprochener Mobilmachung legte man Kriegsgliederung und Stärke der mobilen Armee fest, nach der sich dann der Bedarf an Reservisten berechnete. Die Mobilmachung der bayerischen Armee war eine große Improvisation, gelangte aber immer noch schneller zum Abschluss als die der Kontingente des VIII. Bundeskorps im deutschen Südwesten.

Kampfweise

Die wichtigste Waffengattung war die Infanterie. Im Zeitalter Napoleons hatten sich zwei unterschiedliche Gefechtsformen entwickelt, die bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts die Taktik der Infanterie bestimmten: der Kampf in „geschlossener“ Formation oder in „zerstreuter“ bzw. „geöffneter“ Ordnung. Das exerziermäßige Einüben fester Aufstellungen und ihrer Bewegungen prägte in allen Armeen den Soldatenalltag.

Bei den einzunehmenden geschlossenen Formationen handelte es sich meist um „Linien“ oder „Kolonnen“. Kolonnen waren vor allem eine Bewegungsformation. Dabei standen die Unterabteilungen, aus denen sich eine Truppe zusammensetzte, hintereinander. Die wichtigste dieser Aufstellungen war die Kompaniekolonne: Eine Kompanie bestand aus mehreren Zügen. Bei der Kompaniekolonne wurden diese Züge jeweils in eine zweigliedrige Linie formiert und diese Züge mit einem gewissen Abstand hintereinander aufgestellt. Das war eine damals nicht unumstrittene Innovation, weil der Kompaniechef, der bei der früheren (Bataillons-) Kolonnentaktik bloß der Unteraufseher in einem größeren Ganzen gewesen war, jetzt selbständig taktisch handeln musste. Die offene Frage war, ob die Kompaniechefs (in der Regel Hauptleute) die dazu nötige Qualifikation besaßen, was (rang-)ältere Offiziere vielfach bezweifelten. Im-

merhin musste die Leitung der Verbände umso schwieriger werden, in je mehr Teile das Ganze sich zerlegte.

In der „geöffneten“ Ordnung sandten die Kolonnen eine Kette von Schützen voraus, die so genannten „Plänkler“, in deren Schutz die Kolonnen folgten. Diese Kampfweise war schwierigen Geländeverhältnissen weit besser anzupassen, als es mit Kolonnen allein möglich gewesen wäre, und sie sollte die Verluste vermindern, weil einzelne Schützen eben ein schwieriger zu treffendes Ziel bildeten als kompakte Menschenquader.

Der wichtigste Baustein des Infanteriegefechts war das Bataillon, etwa 1.000 Mann stark. Es bestand in Bayern aus vier Füsiliers- und zwei Schützen-Kompanien, zusammen also aus sechs Kompanien. Auch wenn grundsätzlich alle Infanteristen zur Beherrschung des Gefechts in geschlossener und zerstreuter Ordnung befähigt sein sollten, machte man doch noch einen Unterschied: Schützen sollten im Plänklerdienst besonders geschult werden und erhielten für ihre Schießausbildung fast doppelt soviel Patronen wie die gewöhnlichen Infanteristen, die Füsiliere. Allgemein wendete man der Schießausbildung seit der Einführung der modernen „Präzisionsgewehre“ vom System Podewils wesentlich mehr Aufmerksamkeit zu.

Die Jägerbataillone sollten für besonders anspruchsvolle Gefechtsaufgaben reserviert bleiben:

„Wenn gleich dieselben zu allen Gefechten in geöffneter Ordnung vorzugsweise geeignet sind, so sollen sie doch nur da hierzu verwendet werden, wo der mögliche Verlust durch den wahrscheinlichen Erfolg aufgewogen wird, um sie nicht vorzeitig für Kämpfe zu schwächen, in welchen durch Scharfschießen und besondere körperliche und taktische Gewandtheit große Resultate erzielt werden können.“⁵

1863 waren zwei neue Jägerbataillone errichtet, die Zahl der Schützen-Kompanien (bisdahinnureineproBataillon) durch Um-

wandlung von Füsiliers-Kompanien verdoppelt worden. Das zeigt schon, dass die Tendenz entschieden zum Gefecht in geöffneter Ordnung ging. Das war modern, entsprach aber auch den Vorgaben des Deutschen Bundes, der 1855 den Anteil der Jäger und Scharfschützen an der Infanterie von 1/20 auf 1/15 erhöht hatte.

Bayerische Infanterieregimenter hatten drei Bataillone, rückten 1866 aber zunächst nur mit zweien aus. Das dritte wurde später nachgesandt. Im Gefecht kämpften die Bataillone in wechselnder Zusammensetzung in Brigaden. Das trug wesentlich zur Vermischung der Verbände und dem Verlust an Kontrolle durch die Führung bei. Die preußische Armee dagegen wahrte den Regimentszusammenhang im Gefecht so lange wie möglich und entwickelte dadurch eine überlegene Geschlossenheit und Durchsetzungskraft.

Jede bayerische Infanterie-Division enthielt neben vier Infanterie-Regimentern und einem Jäger-Bataillon ein Kavallerieregiment, das vor allem für Aufklärungszwecke eingesetzt werden sollte. Die Masse der Kavallerie mit sieben Regimentern aber bildete das „Reserve-Kavalleriekorps“. Beim damaligen Stand der Taktik wollte man über eine starke Kavallerie verfügen. Sie sollte in Gefechtskrisen rasch durch Massenangriffe mit blanker Waffe eingreifen oder einen geschlagenen und desorganisierten Gegner verfolgen, um seine Niederlage zu vollenden.

Der Schockangriff mit blanker Waffe, die sogenannte „Attacke“, wurde im Frieden viel geübt, kam aber nur selten zur Anwendung, und noch weit seltener hatte diese Kampfweise Erfolg. In weiträumiger Aufklärung hätte die starke bayerische Kavallerie 1866 von großem Nutzen sein können, aber das hatte man im Frieden nicht geübt, und so unterblieb es auch im Krieg. Die Artilleriesregimenter bildeten im Krieg keine taktische Einheit, sondern wurden auf die Infanteriedivisionen und die Re-

servekavallerie verteilt sowie zu einer „Reserveartillerie“ zusammengefasst, die acht von 19 Batterien umfasste. Diese Reserveartillerie stellte ein Geschützreservoir dar, mit dem die Führung im Gefecht Feuerschwerpunkte bilden konnte. Die Artillerie besaß eine Mischbewaffnung aus glatten und gezogenen Geschützen, wobei die Batterien, die jeweils acht Geschütze umfassten, in sich einheitlich bewaffnet waren.

Seit 1858 hatte Bayern erhebliche Mittel in die Bewaffnung der Armee investiert. Gewehre und Geschütze waren durchweg jünger als zehn Jahre. Damit befand sich die Armee vollkommen auf der Höhe der Zeit, war besser bewaffnet als die Armeen Frankreichs, Russlands oder Englands. Preußen, aber auch nur Preußen besaß mit dem Zündnadelgewehr einen markanten Vorteil, den schon die Zeitgenossen nach dem Feldzug stark herausstrichen. Sogar von einem „Zündnadelkrieg“ war damals die Rede.⁶

Das hat den Blick dafür verstellt, dass die Ursache der Niederlagen in Böhmen und Westdeutschland nicht vorrangig in der Bewaffnung zu suchen war, sondern in der preußischen Überlegenheit in Ausbildung, Taktik und Führung, aufbauend auf einer vorausgegangenen intensiven theoretischen Analyse des Krieges der Zukunft.

Literatur

Oscar von Lettow-Vorbeck, Geschichte des Krieges von 1866 in Deutschland, Bd. 1: Gastein-Langensalza, Berlin 1896; Bd. 3: Der Main-Feldzug, Berlin 1902.

Karl Müller, Die Organisation, Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung der Königlich Bayerischen Armee von 1806 bis 1906, München o.J.

Oskar Bezzel, Geschichte des Königlich Bayerischen Heeres von 1825 mit 1866, München 1931 = Geschichte des Bayerischen Heeres, Bd. 7.

Wolf D. Gruner, Das Bayerische Heer 1825 bis 1864, Diss. München 1971, Boppard a. Rhein.

Gundula Gahlen, Das bayerische Offizierskorps 1815-1866, Paderborn 2011.

Achim Fuchs, Einführung in die Geschichte der bayerischen Armee, München 2014.

-
- 1 Jürgen Angelow, Von Wien nach Königgrätz. Die Sicherheitspolitik des Deutschen Bundes im europäischen Gleichgewicht (1815-1866), München 1996, S. 73, 81.
 - 2 Ebd., S. 85.
 - 3 Lettow-Vorbeck, Bd. 3, S. 5.
 - 4 Zit. nach Fuchs, S. 40.
 - 5 Vorschriften für den Unterricht der K.B. Infanterie, Fünfter Teil: Unterricht im Manövrieren mit größeren Truppen-Körpern, München 1864, S. 15, Ziff. 47.
 - 6 Szenen und Bilder aus dem Feld- und Lagerleben, 8. Kriegsleben im Spessart, in: Die Gartenlaube, Jg. 1866, H. 38, S. 588.

Daniel Hohrath

Die Uniformierung der deutschen Heere um das Jahr 1866

Im 19. Jahrhundert war es längst eine Selbstverständlichkeit, dass das Militär eine einheitliche Bekleidung trug, die alle seine Angehörigen auf den ersten Blick als Soldaten kenntlich machte. So grenzte sich die Armee als staatliche Institution eindeutig von der zivilen Gesellschaft ab. Zugleich erlaubten die militärischen Uniformen eine außerordentlich feingliedrige Differenzierung: Sie unterschieden zum einen die Angehörigen verschiedener Armeen voneinander, zum anderen aber innerhalb der Armeen alle einzelnen Truppenteile und innerhalb dieser wiederum die unterschiedlichen Rangstufen und Funktionsträger.

Die Uniformierung, deren Erforschung heute oft noch als skurrile Liebhaberei oder allenfalls nebensächliche Faktensammlung gilt, war für das Militärwesen zwischen 1700 und 1900 von weitaus höherer Bedeutung als dies zunächst erscheinen mag: Den Stellenwert, der Uniformen zugemessen wurde, erkennt man schon an dem Aufwand, der für sie getrieben wurde: Die Bekleidung der Soldaten war bis um etwa 1840 nach der Besoldung der teuersten Posten im Militärwesen. Erst dann setzte – namentlich mit dem Zündnadelgewehr – jener rasante Wettlauf in der Waffentechnik ein, der letztlich bis heute andauert und einen ständigen Modernisierungs- und Investitionsdruck erzeugt. Dies war nicht immer so gewesen: Die neuzeitliche Waffenentwicklung verlief

bis ins Erste Drittel des 19. Jahrhunderts sehr langsam und bis in die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts gab es überhaupt keine Uniformen. Wenn man vom Krieg und vom Kämpfen ausging, waren Uniformen auch nichts Notwendiges. Der kriegspraktische Bedarf an einer sichtbaren Unterscheidung von Freund und Feind erforderte keine Uniformierung.

Zwischen ähnlich ausgerüsteten Parteien reichten hierfür irgendwelche Zeichen am einzelnen Kämpfer oder der Gruppe aus, wie z. B. aufgenähte Kreuze, farbige Schärpen, Federn oder auch nur grünes Laub an der Kopfbedeckung. Noch im Krieg von 1866 wurden teilweise Armbinden getragen, um die Zugehörigkeit zu einer Partei deutlich zu machen. In der Nähe des Kampfes „Mann gegen Mann“ waren diese eindeutig. Aber schon bei geringer Entfernung kamen im Gewühle und im Nebel des Pulverdampfes in der Schlacht immer wieder fatale Verwechslungen vor. Uniformen halfen da wenig: So kam es auch bei uniformierten Soldaten oft zum „friendly fire“ auf eigene Truppenteile.

Auch nach allgemeiner Verbreitung der Uniform war es eher die Ausnahme als die Regel, dass die kämpfenden Parteien durchgängig unterschiedliche, eindeutig erkennbare Farbkombinationen trugen. Die mit Ausnahme der Österreicher fast durchgängig blauen Uniformen der Kontrahenten von 1866 zeigten dies besonders deutlich, aber dies galt schon früher und



in anderen Kriegen nicht weniger: Viele Farben kamen in fast allen Armeen vor, und ähnliche Farbkombinationen bei einzelnen Einheiten begegneten sich so regelmäßig auf den Schlachtfeldern Europas.

So gehört auch die verbreitete Meinung, leuchtend bunte Kriegstrachten oder Uniformen seien auf dem vernebelten Schlachtfeld der Schwarzpulver-Epoche eben zwingend notwendig gewesen, um Gegner und Kameraden auseinanderhalten zu können, zweifellos ins Reich der Legende.

Die Entstehung der Uniform ist also nicht auf dem Schlachtfeld, sondern da zu suchen, wo Soldaten einzeln und in Formation schön und eindrucksvoll aussehen sollten: auf dem Paradeplatz gegenüber dem fürstlichen Schloss und im Zusammenleben mit anderen Teilen der Gesellschaft in den Garnisonstädten.

Uniformen waren, wie andere Bekleidung und Mode auch, Mittel der gesellschaftlichen Kommunikation.

Im Kriegswesen tauchten Vorformen einer Uniformierung denn auch zunächst an der Schnittstelle zum höfischen Bereich auf: bei Leibgarden (Trabanten), die im Zeichen der Repräsentation herrscherlicher Gewalt einheitlich bekleidet und ausgerüstet wurden. Es ging also sehr wohl um Sichtbarkeit und Erkennbarkeit, aber eben gewissermaßen nach „Innen“. Der Soldat in Uniform repräsentierte seinen Dienstherrn und damit die Autorität des Staates. Noch eine Stufe weiter nach Innen wirkte die Uniformierung auch als Mittel der Einordnung und Disziplinierung: Seine „Montur“ stets richtig zu tragen und die von ihrem Schnitt vorgegebene Körperhaltung einzunehmen, sie sauber zu halten und zu pflegen, gehörte zwingend zur „Bildung des Soldaten“. Es ging und geht (bis heute) auch in besonderem Maße darum, sich mit denen verbunden zu fühlen, die die gleiche Uniform tragen und da-

durch eine gemeinsame Gruppenidentität anzunehmen.

Hieraus folgt auch, dass diese gemeinsame Bekleidung der Akzeptanz durch ihre Träger bedarf; mit anderen Worten, der Soldat muss sich selbst und seiner Umgebung darin gefallen können. Hier bindet sich die Entwicklung der Uniformgestaltung auch ganz unmittelbar an das jeweils vorherrschende Männlichkeitsideal. Es war auch für den einzelnen Offizier und Soldaten wichtig, dass die Uniform Männlichkeit, Stärke und sozialen Rang demonstrierte.

Bei aller Vielfalt gilt allgemein, dass sich die Uniform in ihren Formen an der üblichen Männerkleidung orientierte. Die Unterschiede zur „zivilen“ Bekleidung wurden durch stark akzentuierte Vielfarbigkeit, durch spezielle Schmuckelemente und Kopfbedeckungen betont. In den Details stand sie mit der jeweils aktuellen Mode in einem Wechselwirkungsverhältnis. So beeinflussten Uniformen gelegentlich die zivile Mode, während modische Einflüsse, die an der gleichzeitigen Zivilkleidung zu beobachten sind, sich regelmäßig auch in den Uniformen widerspiegeln. Manchmal geschah dies mit einer gewissen Verzögerung oder zunächst gewissermaßen unterhalb der Vorschriften, wenn z.B. die Breite von Kragen und Ärmelaufschlägen, das Ausmaß der Taillierung oder die Form von Hüten und Mützen individuell der aktuellen Mode angepasst wurden.

Auf der anderen Seite musste Soldatenbekleidung stets ein Mindestmaß an Robustheit und Praktikabilität aufweisen, sie sollte preiswert und zugleich haltbar sein. Eine Uniform sollte bestimmte Bewegungsabläufe, etwa bei der Bedienung der Waffe, begünstigen und dem Soldaten einen gewissen Tragekomfort bieten, indem sie ihn wenigstens halbwegs vor der Witterung schützen konnte.

Es bleibt jedoch bemerkenswert, dass sich die Gestaltung von Uniformen von den Anfängen an kaum an praktischen Bedürfnissen wie Bequemlichkeit und Schutz orientierte, sondern ganz auf die repräsentative Außenwirkung ausgerichtet war. Viele wohlmeinende Reformversuche, die auf einen bequemeren Schnitt, besseren Wetterschutz oder praktischere Kopfbedeckungen zielten, blieben Episode oder endeten gar in noch problematischeren, aber aktuellen Modegeschmäckern schmeichelnden Formen.

So lässt sich die Vielfalt der militärischen Uniform im 19. Jahrhundert nur begrenzt als lineare Entwicklungsgeschichte beschreiben.

Der Übergang der stehenden Söldnerheere in nationale Armeen im Gefolge der französischen Revolution und der anschließenden Kriegsepoche von 1792 bis 1815 äußerte sich auch im stilistischen Gestaltwandel der Uniform.

Die Abgrenzung der bunten Uniform von der Zivilkleidung wurde zwar tendenziell nochmals deutlicher, namentlich durch die spezifisch militärischen Kopfbedeckungen wie den Tschako und die antikisierenden Kavalleriehelme, aber das jeweils aktuelle Schönheitsideal, das sich etwa in Überhöhung der gesamten Gestalt, schmaler, hochgezogener Taille oder besonders betonten Schultern äußerte, spiegelte sich in der militärischen Parallelwelt um nichts weniger deutlich wider. Das galt auch für die Konsolidierungsphase der Friedensheere nach 1815, in der sich an der Uniformierung allgemein nur wenig änderte.

Während der weitgehend friedlichen Jahrzehnte nach 1815 hatte sich auch wieder überall die Tendenz verstärkt, die „Schönheit“ der Uniform auf Kosten praktischer Aspekte zu steigern, und dies führte auch wieder zu wachsender Kritik an der Soldatenbekleidung und entsprechenden Verbesserungsvorschlägen. Die Unifor-

mierung wurde ebenso wie die Bewaffnung und andere Bereiche Gegenstand wissenschaftlicher Überlegungen, die von den zunehmend ausgebauten und effektiver organisierten Militärbehörden auch umgesetzt werden konnten.

Die militärische Bürokratie war nunmehr in der Lage, die gesamte Ausrüstung des Militärs vom Entwurf bis zur Herstellung zentral zu planen und zu überwachen. Die Qualität der Uniformen (wie der meisten Produkte des täglichen Lebens) stieg im Laufe des ersten Jahrhunderts der Industrialisierung im Vergleich zur Frühen Neuzeit deutlich. Medizinische, orthopädische und hygienische Überlegungen wurden einbezogen. Rationalisierung und Vereinheitlichung sowie neue Herstellungsmethoden wie mechanische Webstühle ermöglichten eine vorher nicht denkbare Massenproduktion und Einheitlichkeit.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts bildeten sich die Grundformen heraus, die für die Uniformierung der europäischen Staaten bis ins 20. Jahrhundert bestimmend bleiben sollten. Mit dem geschlossenen „Waffenrock“ (als Vorläufer der bis heute gebräuchlichen, halblangen Uniformjacke) und dem schließlich in ganz Europa verbreiteten Lederhelm beziehungsweise dem verkleinerten Tschako oder der Mütze, wurden Uniformen gewiss für den täglichen Gebrauch geeigneter als es die eng geschnittenen Röcke, Kollets und Fräcke, die Grenadiermützen und Filzhüte der früheren Zeiten gewesen waren. Zumindest waren die Zeitgenossen überzeugt, hier deutliche Verbesserungen einzuführen.

Auf dem jeweiligen Level ihrer Gegenwart hatten militärische Uniformen auch weiterhin stets vor allem „schön“ zu sein. Repräsentation nach außen, Identitätsstiftung und Disziplin nach innen blieben die maßgebenden Prinzipien für die Gestaltung der Uniform, während die Kriegsprä-

xis letztlich nur die Minimalanforderungen bestimmte.

In den 1860er Jahren hatten sich die grundlegenden Veränderungen der Uniformierung in nahezu allen Armeen durchgesetzt. Dabei gaben die Heere der deutschen Staaten als Kontingente des Deutschen Bundes ein auf den ersten Blick scheinbar einheitliches, in der Nahsicht jedoch sehr differenziertes Bild ab.

Das Hauptstück der Oberbekleidung bildete der sogenannte „Waffenrock“. Es handelte sich dabei um eine ein- oder zweireihig bis oben zugeknöpfte Jacke mit Stehkragen und geschlossenen Schößen, die bis zum Oberschenkel reichten, wobei die Schöße in den Anfangsjahren länger waren und nach und nach kürzer wurden. Der Waffenrock hatte das bis dahin getragene, wie ein Frack geschnittene Kollet abgelöst, das den Unterleib vorne ganz unbedeckt gelassen hatte. Der Waffenrock bot damit deutlich mehr Schutz gegen Kälte und erlaubte außerdem, in den Schoßtaschen einige kleinere Gegenstände unterzubringen. Er bot dem Soldaten mehr Bewegungsfreiheit, ohne dabei eine allzu lässige Körperhaltung zu gestatten: Der feste, gefütterte Stoff und der relativ enge, taillierte Schnitt mit dem geschlossenen Stehkragen erzwangen „ganz natürlich“ einen stets aufrechten, leicht angespannten Oberkörper.

Ungefähr parallel zur Entwicklung des Waffenrocks wurde auch verstärkt darüber nachgedacht, wie den Soldaten das Tragen ihrer Ausrüstung erleichtert werden konnte; dies war eigentlich seit jeher ein Hauptproblem gewesen, denn die Masse der Heere bewegte sich zu Fuß, oft über riesige Distanzen. Seit man auf den früheren „Tross“ verzichtete, der die Heeresbewegungen verlangsamt hatte, mussten die Soldaten sogar noch mehr am Körper tragen. Nachdem lange Zeit alles allein über Riemen auf den Schultern gelastet hatte, wurde nunmehr (in Frankreich

1845, in Preußen 1847, in Bayern 1860) der Gürtel (Koppel) um den Leib geschnallt und mit den Trageriemen des Tornisters verbunden, so dass sich mit dieser „Gürtelrüstung“ ein erheblicher Teil des Gewichts der Ausrüstung gleichmäßig auf Schulter- und Hüftpartie verteilte.

In Preußen war der Waffenrock bereits 1842 eingeführt worden, ganz unabhängig davon in Frankreich im Jahre 1845. Bayern hatte ihn 1848 eingeführt und die meisten anderen deutschen Staaten ebenso wie Österreich übernahmen bereits 1849 Waffenröcke für ihre Armeen, zunächst stets für die Infanterie und Artillerie. Der Übergang vom Frack zum geschlossenen Gehrock oder Sacco fand ungefähr zur gleichen Zeit auch in der zivilen Männermode statt, wobei das Militär hier vorangegangen zu sein scheint.

Die Neuuniformierung der Kavallerie kam meistens später, soweit diese nicht ohnehin ganz spezielle Uniformschnitte trug wie die traditionell an der ungarischen Tracht orientierten Husaren. Überhaupt gelten die allgemeinen Feststellungen in diesem Zusammenhang nur bedingt für die bei den meisten Armeen weiterhin sehr vielgestaltig uniformierten Gattungen der Reiterei, bei denen sich auch eine deutlich höhere Vielfalt erhielt. Den zahlenmäßig bei weitem größten und militärisch wichtigsten Teil aller Heere bildete aber zu dieser Zeit bereits die Infanterie; sie stand auch im Mittelpunkt aller Reformbemühungen.

Die Grundfarbe des Waffenrocks war bei fast allen deutschen Armeen ein mehr oder weniger dunkles Blau, wobei Bayern mit seinem sogenannten „Hellblau“ oder „Kornblumenblau“ eine Ausnahme bildete. Allerdings handelt es sich auch dabei um einen eher mittleren Farbton, der sich an realen Stücken vom „Dunkelblau“ anderer Heere weniger unterscheidet, als bildliche Darstellungen dies oft vermuten lassen. Von den größeren Armeen behielt

einzig das österreichische Heer seine traditionelle weiße Rockfarbe bei, ging aber 1868 ebenfalls zum Dunkelblau über, nachdem man sich 1866 als leuchtende Zielscheibe gefühlt hatte.

Die aus der Entfernung unauffälligere dunkelblaue Grundfarbe kann aber trotzdem noch kaum als erster Schritt zur Tarnuniform angesehen werden, zumal die leuchtenden Farben von Kragen und Ärmelaufschlägen, blank polierte Knöpfe und weiß gestrichenes Lederzeug eine tarnende Wirkung zum guten Teil konterkarierten. Auch in internationaler Perspektive wurde dunkelblau damals zur absolut häufigsten Uniformfarbe; nur die britische Armee behielt ihre (heute noch bei den Garden zur Parade getragene) leuchtend rote Rockfarbe bis in die Anfangszeit des Burenkriegs (1899-1902) bei.

So erschließen sich die Vielfalt und der bewusste Wille zu jeweiliger Eigenständigkeit bei den Uniformen der Kontingente des Deutschen Bundes erst bei näherem Hinsehen. Verschieden waren die Formen und Farben von Kragen und Ärmelaufschlägen und zahlreiche Details im Schnitt der Waffenröcke, wie die ein- oder zweireihige Knöpfung und die Länge der Schöße. Ein weites Feld ergaben auch die unterschiedlichen feingegliederten Systeme von Rangabzeichen. Sterne oder Tressen und Streifen am Kragen oder auf Epauletten oder Schulterstücken kennzeichneten die hierarchischen Stufen; bei jedem Heer gab es ein eigenes Zeichensystem. Obwohl sich die Dienstgrade international schon im 18. Jahrhundert stark angeglichen hatten, um den Gefangenen austausch zu erleichtern, erhielten sich in jeder Armee besondere Bezeichnungen und Abstufungen. Dies alles sorgte ebenso für erwünschte Unverwechselbarkeit (was allerdings genaue Informiertheit voraussetzte) wie für mögliche Verwirrung. Die kleinteilige Heterogenität der Uniformierung bildete die Probleme der Kontingente des Deut-

schen Bundes mit ihrer unterschiedlichen Bewaffnung und Ausrüstung sowie den abweichenden Ausbildungs- und Exerzier-Vorschriften, Normen und Signalen somit auch rein äußerlich ab.

Augenfälliger noch als der Waffenrock, weil die Silhouette des Soldaten auf weite Sicht bestimmend, waren aber die neuen Kopfbedeckungen, die sich zur gleichen Zeit durchsetzten.

In den Napoleonischen Kriegen und danach in den 1820er und 1830er Jahren hatte sich in Deutschland und Europa mehrheitlich der Tschako verbreitet. Dies war eine zylindrisch geformte oder nach oben breiter werdende Filz-Leder-Konstruktion. Er stammte von einer steifen hohen Filzmütze ab, die als Kennzeichen der gefürchteten und bewunderten leichten Truppen aus Südosteuropa populär geworden war. Mit einem Vorderschirm versehen, entstand daraus eine relativ preiswert herzustellende und anfangs recht praktische und bequeme Kopfbedeckung. An ihm zeigte sich aber auch die immer wieder zu beobachtende Tendenz vom Praktischen zum Prächtigen. Tschakos konnten mit Metallbeschlägen, Tressen und Behängen aus Schnüren, Troddeln und Schuppenketten sowie hoch aufragenden Stützen und Federbüschen beliebig reich verziert werden und auch durchaus abenteuerliche Formen und Größen annehmen.

Um 1840 war in den Armeen neben solchen immer größer gewordenen Tschakos, die bei den Fußtruppen vorherrschten, eine relativ große Vielfalt an militärischen Helmen und Kaskets im Gebrauch.

Unter den deutschen Heeren spielte Bayern bereits zu dieser Zeit hinsichtlich der Kopfbedeckungen eine Sonderrolle. Hier wurde seit 1800 durchgängig kein Tschako, sondern das sogenannte „Kasket“, ein mit einem Kamm und einer Fell- bzw. Wollraupe überhöhter Lederhelm, getragen. Ähnliche Formen waren um die Wen-

de vom 18. zum 19. Jahrhundert auch bei anderen Armeen verbreitet. Damals hatten sie die bis dahin üblichen Filzhüte abgelöst, die den militärischen Reformern jener Zeit als unpraktisch und unmilitärisch galten.

Bei der Gestaltung ihrer Form hatte man sich antiken Vorbildern anzuverwandeln versucht. Auch hier ist zu beobachten, wie sich das Verhältnis von Pracht und Praxis meist schnell zuungunsten der letzteren entwickelte. Es fällt auf, dass in den meisten Armeen solche Kaskets nur für relativ kurze Zeit eingeführt und dann wieder durch andere Kopfbedeckungen ersetzt worden waren. Nur in Bayern hielt man am Prinzip des Kaskets mit „Raupe“ eisen fest und versuchte recht mühselig, die vorhandenen Modelle zu verbessern, möglichst ohne Kosten zu verursachen. Als um 1840 die militärische Kopfbedeckung wieder Thema der Reformdiskussionen wurde, fand dies, zumindest was die Konsequenzen anging, außerhalb Bayerns statt. Sowohl praktische Erwägungen als auch der Wunsch nach neuer martialischer Pracht waren die Motive langjähriger Überlegungen und technischer Experimente auf der Suche nach einer neuen Kopfbedeckung für Soldaten, wie sie in vielen Armeen angestellt wurden und zu durchaus unterschiedlichen Ergebnissen führten.

Jedoch gab es ein eindeutiges „Erfolgsmodell“, das einerseits die weiteste Verbreitung erfahren, andererseits aber auch zum Symbol des preußisch-deutschen Militarismus werden sollte: Die „Pickelhaube“. Der lederne „Helm mit Spitze“ entstand als Ausdruck eines spezifischen Zeitgeschmacks. Als er 1842 in Preußen für Infanterie und Artillerie eingeführt wurde, war er zunächst als leichtgewichtiger Variante eines schweren stählernen Kürasiershelms konstruiert worden, der sich in Versuchen sehr bewährt hatte.

Insgesamt stellte der „Helm mit Spitze“ einen gelungenen Kompromiss dar, indem er eine gewisse Schutzfunktion (gegen Säbelhiebe von oben) mit vergleichsweise angenehmen Trageeigenschaften verband: er war leichter und billiger als ein Metallhelm und zudem wasserdicht. Dies unterschied ihn sowohl von all den gebräuchlichen Filzkonstruktionen wie den hohen Tschakos und auch textilen Mützen, die im Regen ihre Form zu verlieren drohten und immer schwerer wurden; das war auch der große Nachteil von Helmen mit Haarbüschchen und Raupen aus Wolle. Allerdings ist dies auch nicht zu hoch zu bewerten: So mag die preußische Pickelhaube gegenüber einem hohen Tschako aus Filz im Vorteil gewesen sein, zu einer „praktischen“ Bekleidung wurde sie gleichwohl nicht. Vor Geschossen und Splintern schützte der neue Lederhelm so wenig wie Tschakos oder Mützen, dafür waren auch die Metallhelme der schweren Kavallerie zu schwach.

Optisch orientierte sich der neue Helm an den Vorstellungen der Zeitgenossen von Helmen der Antike und an manchen orientalischen Formen, die im frühen 19. Jahrhundert populär waren, dazu bot er auf der großen gewölbten Stirnseite Platz für repräsentative Zierate aus blitzendem Blech wie etwa den preußischen Adler.

So entwickelte sich die Pickelhaube zu einem internationalen Erfolgsmodell. Zwischen 1850 und 1914 wurde sie, das preußische Muster imitierend oder bewusst variierend, zeitweilig von einer Vielzahl europäischer Armeen getragen: In Schweden und Norwegen, den Niederlanden, Portugal, Parma und später noch dem Militär des Kirchenstaats, in Russland und England, Rumänien und den USA, ebenso in vielen der Staaten Südamerikas. In einigen Armeen gehört sie bis heute noch zur Paradeuniform.

Innerhalb Deutschlands war die Einführung der Pickelhaube zunächst vor allem

ein militärpolitisches Signal: Die ersten, die den „Helm mit Spitze“ einführten, waren diejenigen deutschen Kleinstaaten, die sich zu dieser Zeit an Preußen orientierten, wie etwa Oldenburg (1843), Anhalt-Bernburg (1846), Waldeck (1846), Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz (1848), Nassau (1849) und Baden (1849). In den 1850er Jahren folgten zahlreiche weitere Heere, vornehmlich im nord- und mitteldeutschen Raum. Diejenigen deutschen Staaten, die sich dem preußischen Übergewicht im Deutschen Bund entgegenstellten, vermieden dagegen vielfach die Verwendung der Pickelhaube; im Königreich Hannover wurde sie 1846 bis 1850 getragen, aber bereits 1859 im Zuge der politischen Abgrenzung gegenüber Preußen wieder abgeschafft. Die wichtigsten Mittelstaaten, die Königreiche Sachsen, Bayern und Württemberg verzichteten von Anfang an konsequent auf den preußischen Kopfschmuck. Hier brachten die Ausrüstungsreformen der Jahrhundertmitte verkleinerte und damit praktischere Versionen des Tschakos hervor, dessen Formen sich in einem fließenden Übergang über ein steifes „Käppi“ aus verstärktem Filz nach österreichischem Vorbild bis zur ähnlich geformten Mütze aus Stoff bewegten.

Allerdings war die „Pickelhaubengrenze“ keineswegs mit den Bündnislinien von 1866 kongruent: der „Helm mit Spitze“ war auf beiden Seiten zu sehen.

In Bayern blieb als Nachfolgemodell des Kaskets der Raupenhelm bestimmend; Kritik an seinen Nachteilen versandete nicht nur aus finanziellen Gründen. Im „kaputtgesparten“ bayerischen Militär verzögerten sich auch dringende Erneuerungen und Ersatzbeschaffungen immer wieder erheblich. Es ist kennzeichnend, dass noch auf Bildern von 1867 und später Raupenhelme mit dem „M“ für König Maximilian II. zu sehen sind, der ja bereits im

März 1864 verstorben und durch seinen Sohn Ludwig II. beerbt worden war.

Letztlich war aber auch entscheidend, dass der Raupenhelm zum „nationalen“ Symbol der bayerischen Kriegsmacht erhoben wurde. Auch nachdem in Folge der Reichsgründung von 1871 eine weitgehende Angleichung der Kontingente erfolgte und auch in Bayern 1873 ein (immer noch „hellblauer“) Waffenrock nach preußischem Muster eingeführt wurde, verhinderte Ludwig II. bis zu seinem Tod im Jahre 1886 die Einführung der Pickelhaube anstelle des Raupenhelms.

Literatur

Daniel Hohrath, Uniform [Lexikonartikel], in: Enzyklopädie der Neuzeit, hg. von Friedrich Jäger et al., Bd. 13, Stuttgart 2011, Sp. 978-980

Jürgen Kraus, Vom Bunten Rock zum Kampfanzug. Uniformentwicklung vom Dreißigjährigen Krieg bis zur Gegenwart (Veröffentlichungen des Bayerischen Armeemuseums, Bd. 9), Ingolstadt 1987

Karl Müller, Louis Braun, Die Organisation, Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung der königlich Bayerischen Armee von 1806 bis 1906, München 1899-1906

Walter Seibold, Gerd M. Schulz, Die Helme der königlich bayerischen Armee 1806 – 1918, Gröbenzell 1999

Dieter Storz

Die Bewaffnung

In den Jahren zwischen 1850 und 1860 fand ein rapider technischer Wandel der Bewaffnung statt. Insbesondere stiegen Reichweite und Präzision der Schusswaffen. Deren Einfluss auf das Gefecht der Zukunft gehörte zu den viel diskutierten Fragen in der Militärpublizistik. Die Heere, die 1866 in Böhmen und Süddeutschland aufeinandertrafen, waren nach dem Standard ihrer Zeit modern bewaffnet, insgesamt wohl fortschrittlicher als die Heere des eben erst zu Ende gegangenen Amerikanischen Bürgerkriegs.

Handfeuerwaffen

Das Zündnadelgewehr war das erste praxistaugliche Militärgewehr, das nicht von der Mündung geladen wurde. Darin liegt seine historische Bedeutung. Als die Waffe in den 1830er Jahren entwickelt wurde, ging es aber zunächst nur darum, den Ladevorgang zu vereinfachen. Beim Vorderlader mit Perkussionszündung vereinte eine Hülle aus kräftigem Papier Geschoss und Pulver. Sie musste vor dem Laden mit den Zähnen aufgerissen, das Pulver eingeschüttet, das Geschoss samt Papier (Verdämmung!) hinterher gestopft werden, und dann musste noch das Zündmittel, also das Zündhütchen, einer weiteren Tasche entnommen und von außen aufgesteckt werden. Sehr viel eleganter wäre es gewesen, wenn alle drei Teile – Pulver, Geschoss und Zündmittel – in einer Patrone vereint gewesen wären, die so wie sie war in den Lauf gebracht werden konnte. An solch einer Waffe arbeitete Nikolaus von Dreyse (1787-1867),

ein Büchsenmacher aus Thüringen, der seine Kenntnisse durch einen Aufenthalt in Paris erweitert hatte. Er befestigte das Zündmittel (die „Zündpille“, die aus einem schlagempfindlichen Material bestand) an der Rückseite des Geschosses, das zusammen mit dem Pulver in einer Papierhülle steckte. Um die Zündpille zu erreichen, konstruierte er einen Mechanismus, dessen Herz ein Stahlstift bildete, der mit einer Spiralfeder umwickelt war und eine Nadel an seiner Spitze trug. Beim Druck auf den Abzug schnellte die Feder den Stahlstift vorwärts, die Nadel durchdrang Papierhülle und Pulver, erreichte die Zündpille und löste so den Schuss aus. Die ersten Zündnadel-Versuchsgewehre der preußischen Armee waren Vorderlader. Dieses Prinzip war aber ungeeignet, da nach dem Schuss die Nadel vom Schützen wieder zurückgezogen werden musste. Vergaß er das und lud die Waffe erneut, traf die Patrone auf die vorstehende Nadel und löste den Schuss während des Ladevorgangs aus. Um dieses Unfallrisiko auszuschließen, gab Dreyse der Waffe einen von hinten zu öffnenden Verschluss, den er so einrichtete, dass er sich nur mit zurückzogener Nadel öffnen ließ. Damit wurde die Waffe schützensicher.

1841 erhielt Dreyse einen Auftrag zur Anfertigung von 60.000 Zündnadelgewehren. Von diesem Jahr hat sie auch ihre Modellbezeichnung: M/41. Ein preußischer Offizier schrieb damals:

*„60.000 mit Zündnadelgewehren bewaffnete Soldaten unter Führung eines talentvollen Generals, und Seine Majestät der König kann bestimmen, wo Preußens Grenze gehen soll.“*¹



Einstweilen war dieser König aber mit seinen Grenzen zufrieden. Bis in die 1850er Jahre galt das Zündnadelgewehr als Sonderwaffe für nur einen Teil der Infanterie. Was im Rückblick als ein besonderer Vorteil des Gewehrs erscheint, nämlich seine hohe Feuergeschwindigkeit im Vergleich zum Vorderlader, gab den Militärs damals auch Grund zur Sorge. Sie befürchteten, dass die Soldaten im sprichwörtlichen Eifer des Gefechts ihren Munitionsvorrat viel zu schnell verbrauchen würden.

Der größte Vorzug der Waffe war allerdings, dass sie sich nicht nur im Stehen, sondern ebenso im Knien und sogar im Liegen laden ließ. Eine mit Zündnadelgewehren bewaffnete Truppe bot also viel kleinere Ziele als herkömmliche Infanterie mit Vorderladern, und sie konnte Deckungen ausnutzen, die für zwangsläufig stehende Vorderladerschützen nutzlos waren. Eine preußische Denkschrift aus dem Jahr 1847 fasste die Argumente zusammen:

„Der junge, unerfahrene Soldat kann hierdurch, namentlich wenn er als Tirailleur [= Schütze im Gefecht in „geöffneter Ordnung“, Anm. d. Verf.] sich selbst überlassen ist, leicht zu einer gefährlichen Munitionsoverschwendung verleitet werden. Dagegen ist nicht zu verkennen, dass das Dreyesesche Gewehr mit dieser Eigentümlichkeit in den Händen kriegsgewohnter, gewiegter Soldaten, die der Führer völlig in der Gewalt hat, bei dem entscheidenden Feuergefecht der Infanteriemassen den Ausschlag zu geben geeignet ist, [...] da es den Gegner physisch und moralisch niederwerfen muss, wenn er bereits die zweite Salve erhält, während er noch mit dem Wiederladen seiner Gewehre beschäftigt ist ... Gewehre dieser Konstruktion lassen sich im Liegen fast ebenso leicht als im Stehen laden, und wenngleich die Möglichkeit, ein rasches Feuer abzugeben, für den Tirailleur weniger wichtig ist, so gewährt doch die erwähnte Eigentümlichkeit des Dreyeseschen Gewehrs dem Schützen den Vorteil, sich auch in ebenem und offenem Terrain

*durch Niederlegen eine Deckung verschaffen zu können, ohne der Wirkung des eigenen Feuers Eintrag zu tun“.*²

Das Zündnadelgewehr M/41 war nur für die Infanterie bestimmt. Ihre vollständige Umbewaffnung mit dem neuen Gewehr zog sich über mehrere Jahre hin. Erst 1858 wurden alle preußischen Linien-Infanterieregimenter mit dieser Waffe ausgerüstet. Neben der Infanterie führten auch andere Waffengattungen Langwaffen: Im Lauf der Jahre wurden für Jäger und leichte Kavallerie besondere Varianten auf der Grundlage des Zündnadelsystems entwickelt, die an die speziellen Bedürfnisse und Wünsche dieser Truppen angepasst waren.

Das Zündnadelgewehr besaß bereits einen gezogenen Lauf. Das war 1841 noch nicht selbstverständlich. Mit 15,43 mm war das Kaliber des Zündnadelgewehrs ziemlich groß. Um das Munitionsgewicht zu vermindern, gab man den Bleigeschossen einen geringeren Durchmesser – 13,6 mm – und glich die Differenz durch einen Pappbecher aus, in dem das Geschoss saß. Dieser „Treibspiegel“ übertrug den Drall auf das eigentliche Projektil. Nach dem Verlassen des Laufes löste er sich durch den Luftwiderstand vom Geschoss, das alleine weiterflog.

Der Vorteile des neuen Gewehrs war man sich in Preußen trotz aller Bedenken so sehr bewusst, dass man die Waffe geheim hielt. Ihre Ausgabe an die Truppe begann erst 1848, und in diesem turbulenten Jahr verschwanden auch mehrere Exemplare in dunklen Kanälen. Das Geheimnis war damit für immer verloren. Trotzdem blieben die übrigen Staaten des Deutschen Bundes und des übrigen Europa noch mehr als 15 Jahre skeptisch, was den Hinterlader anging. Preußen hatte mit dem Rückladungsgewehr also einen Sonderweg beschritten, auf dem ihm für viele Jahre keine andere Armee folgte, obwohl sie alle in den 1850er Jahren ihre Infanterie

neu bewaffneten, und zwar durchweg mit Vorderladern. Das waren bewusste Entscheidungen gegen das preußische Schnellfeuergewehr. Nicht die Steigerung der Feuergeschwindigkeit stand damals im Mittelpunkt des Interesses, sondern die Optimierung der Treffgenauigkeit.

Das war natürlich nur mit gezogenen Läufen möglich. Man kannte sie seit Jahrhunderten und hatte beim Infanteriegewehr trotzdem den glatten Lauf beibehalten. Das lag an der schwierigen Ladeweise des gezogenen Vorderladers. Der Vorzug gezogener Läufe besteht darin, dass sie das Geschoss beim Laufdurchgang in eine rasche Rotation versetzen, die sie auf ihrer Flugbahn stabil hält. Dazu mussten sie beim Vorderlader aber erst in den Lauf hineingezwängt werden, was Kraft und Zeit erforderte. Seit etwa 1850 entwickelte man verschiedene Verfahren, ein Geschoss zu laden, das erst im Lauf den Durchmesser einnahm, der nötig war, um sich in die Züge zu pressen. Dazu nutzte man die Verformbarkeit des relativ weichen Geschossmaterials aus: Blei. Solche Geschosse besaßen nicht mehr die klassische Kugelgestalt, sondern waren länglich, mit bogenförmig zulaufender Spitze. Die Österreicher entwickelten ein „Kompressionsgeschoss“. Es besaß tiefe, umlaufende Rillen von keilförmigem Querschnitt. Unter dem Stoß der Pulvergase presste sich das Geschoss zusammen. Dabei verkürzte es sich, vergrößerte aber seinen Durchmesser und füllte so die Züge aus. Eine ähnliche Wirkung erzielte man mit ausgehöhlten Geschossböden. Dort drangen die Pulvergase ein und weiteten das Geschoss auf. Nach dieser Verbreiterung füllte es das Zugprofil des Laufs.

Langgeschosse waren bei gleichem Durchmesser schwerer als Kugeln, wodurch sich die Zahl der Patronen verminderte, die man dem Infanteristen aufladen konnte. Die damals eingeführten Gewehre hatten meist Rohrweiten von 17 bis 18 mm. Mit

Langgeschossen ergab das eine sehr schwere Munition. Man musste mit dem Kaliber also heruntergehen, wenngleich man vielen der großkalibrigen Vorderlader als Übergangslösung Züge in den Lauf schnitt. Die Anfertigung der dafür nötigen neuen Patronen kostete nicht viel: Die vorhandenen Bleikugeln wurden in die neue Form umgegossen, das Pulver konnte weiter verwendet werden. Verloren war nur die billige Papierumhüllung.

Kleinere Projektile senkten nicht nur das Munitionsgewicht, sondern flogen auch schneller. Bezogen auf die gleiche Schussdistanz ergab das eine flachere Flugbahn als bei langsameren Geschossen. Das erhöhte die Treffwahrscheinlichkeit. Seit 1850 konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Fachwelt ganz darauf, die optimale Rohrweite festzulegen, das beste Zugprofil und die dazu passende optimale Geschossform zu ermitteln.

Österreich führte 1854 ein Gewehr mit einem Kaliber von 13,9 mm ein. Im damals üblichen Maß waren das 0,53 rheinische Zoll. Eine weitere Verkleinerung wollte man noch nicht vornehmen, weil man befürchtete, dass schwächere Läufe zu sehr der Gefahr des Verbiegens ausgesetzt seien. Nur die Schweizer wagten Läufe, die mit 10,5 mm noch enger waren. Die letzte Generation der Vorderlader mit kleinkalibrigen, gezogenen Läufen besaßen eine wesentlich größere Treffgenauigkeit als das Zündnadelgewehr. Sie wurden deshalb auch ganz richtig als „Präzisionswaffen“ bezeichnet.

1856 beschlossen die Staaten des VIII. Bundes-Armeekorps (Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, Hessen-Homburg, Frankfurt am Main), ihre Truppen mit Gewehren im österreichischen Kaliber auszurüsten. Das war ein wichtiger Schritt zur Angleichung der Kaliber im Deutschen Bund.

In Bayern hatte man das Zündnadelgewehr sorgfältig geprüft. 1849 war ein sol-

ches Gewehr vorübergehend in bayerische Hand geraten, wurde zerlegt, vermessen und in der Gewehrfabrik Amberg nachgebaut. Die langwierigen Versuche führten aus Sicht der Experten zu einem negativen Resultat. Philipp von Podewils, Vorstand der staatlichen Gewehrfabrik in Amberg, gelangte 1855 zu dem Schluss, „daß der Erfinder dieser Konstruktion die Anforderungen nicht gekannt hat, welche an ein Militärge-
wehr gestellt werden müssen“.³ Eines dieser bayerischen Versuchszündnadelgewehre können wir in unserer Ausstellung zeigen. Podewils konzentrierte sich auf die Optimierung des Vorderladers. 1858 führte Bayern das von ihm konstruierte Modell ein, mit dem in wenigen Jahren die ganze Armee neu bewaffnet wurde. Seine Besonderheit bestand darin, daß der Zündstrahl die Pulverladung nicht von der Seite traf, sondern einem rechtwinklig gebogenen Zündkanal folgen musste, so dass er die Treibladung von hinten erreichte. Sie brannte dadurch nicht wie bei allen anderen Vorderladern von der Seite her ab, sondern zentral. Das kam der Präzision zugute. Weiterhin schuf Podewils ein Geschoss, das exakt auf dieses Gewehr abgestimmt war. Bei internationalen Vergleichsschießen wurde die bayerische Waffe nur noch von dem Schweizer 10,5-mm-Gewehr übertroffen.

Seither war ganz Süddeutschland mit Gewehren eines Kalibers bewaffnet. Auch Sachsen, das sich politisch ohnehin an Österreich orientierte, führte 1861 solche Gewehre ein.

Johann Woldemar Streubel, ein bekannter Militärschriftsteller und ehemaliger sächsischer Offizier, bilanzierte 1862 die Infanteriebewaffnung im Deutschen Bund und stellte mit Befriedigung das Vorwiegen des österreichischen Vorderladers fest:⁴

süddeutsches Kaliber	357.200 Mann
Zündnadelgewehre	211.200 Mann
verschiedene Kaliber	71.600 Mann

Streubel erwartete, dass sich das 13,9-mm-Kaliber weiter durchsetzen und zum eigentlichen deutschen „Nationalkaliber“ werden würde. Dass das Zündnadelgewehr außerhalb Preußens nur wenige Anhänger gefunden hatte (Mecklenburg, Oldenburg, Lippe-Deilmold, Lübeck), begründete er auch mit den Vorzügen des genau schießenden Vorderladers. Das Zündnadelgewehr, davon war Streubel überzeugt, werde „niemals eine eigentlich deutsche Waffe werden. Das Gewehr selbst und seine Munition sind ziemlich schwer; beides ist zugleich *difficiler und künstlicher, als die Natur des Krieges wünschenswerth erscheinen lässt. Seine Leistungen sind zum Theil geringer wie die der süddeutschen Gewehre. Etwas bequemes Laden und Schnellfeuer stehen bei einem Militärgewehr nicht in erster Linie, sobald (wie beim Zündnadelgewehr) mit diesen guten Eigenschaften die dringende Versuchung der Munitionsverschleuderung und die Wahrscheinlichkeit eines öfteren Verschießens der Truppen vor dem Feinde genau correspondiren.*“⁵

Hier täuschte sich Streubel. Die Waage neigte sich nämlich mehr und mehr zu Gunsten des Hinterladers. Zwar führte Nassau noch den süddeutschen Vorderlader ein, aber die thüringischen Staaten und Hessen-Kassel optierten bereits für das Zündnadelgewehr. Auch in der Fachwelt hatte sich der Wind gedreht und die Erwartung setzte sich durch, dass die Zukunft dem Hinterlader gehöre. Wilhelm von Ploennies, der bekannteste deutsche Fachautor, hatte in einer Schrift aus dem Jahr 1861 das Zündnadelgewehr eher der Vollständigkeit halber aufgeführt und sich ganz auf den gezogenen Vorderlader konzentriert.⁶ Drei Jahre später las man es bei ihm anders: „Das rasche Setzen, Knien, Niederlegen und Wiederaufstehen des Infanteristen, das schnelle Laden und ungefähr richtige Zielen in jeder Stellung und Lage, wird für eine aggressive Feuertaktik erfordert; die Zukunft gehört schon deshalb dem leicht gerüste-

ten Schützen, und der Hinterladungs-*waffe mit Einheits-Patronen des kleinsten Kalibers.*“⁷

Hier wirkten bereits die Erfahrungen des Kriegs mit Dänemark. Für einen Wechsel der Bewaffnung war es jetzt aber zu spät, zumal die erst vor wenigen Jahren beschafften Vorderlader eine erhebliche Investition darstellten und es schwierig gewesen wäre, die Landtage davon zu überzeugen, schon wieder viele Millionen für neue Gewehre auszugeben.

Artillerie – das Ende der glatten Rohre

Handfeuerwaffen und Geschütze wurden seit Jahrhunderten von der Mündung geladen. Das Innenprofil der Rohre war glatt. Um die eisernen Kugeln und Granaten rasch laden zu können, war ihr Durchmesser etwas geringer als der des Rohres. Dieser Unterschied („Spielraum“) hatte nachteilige Folgen für die Präzision und begrenzte die Reichweite im Kugelschuss auf wenig über 1.000 Meter. Die „wirksame“ Reichweite, bei der auf eine größere Trefferzahl gerechnet werden konnte, war aber noch weit geringer. Kugeln schoss man „auf den Punkt“ oder als „Rollschuss“, bei dem die Kugel vor dem Ziel aufprallte und dann in mehreren flachen Sprüngen ihren Weg fortsetzte. Bis zur Grenze ihrer „Auslaufweite“ konnte man noch auf Wirkung rechnen, aber diese Schussart war nur bei hartem, ebenem Boden anwendbar. Die zweite Munitionsorte der Artillerie hatte eine noch geringere Reichweite: die Kartätsche. Das waren Blechbüchsen, die mit Eisenkugeln gefüllt waren. Damit wurde die Kanone zu einem großen Schrotgewehr. Der Einsatz dieser Geschossart war aber allenfalls bis zu Entfernungen von 500 Meter möglich, wirklich erfolversprechend nur auf noch geringeren Distanzen.

Als nun die Infanterie im Lauf der 1850er Jahre durchgehend mit Gewehren bewaff-

net wurde, die bereits gezogene Läufe hatten, stieg deren wirksame Reichweite so sehr an, dass die Kanoniere der Artillerie in den wirksamen Schussbereich der feindlichen Infanterie gerieten. Sie verloren damit den Reichweitenvorteil, auf dem ihre Leistung im Gefecht ganz wesentlich beruht hatte. Um buchstäblich den alten Abstand wiederherzustellen, musste auch die Artillerie den Übergang zu gezogenen Rohren vollziehen. Im Deutschen Bund geschah das ab 1860.

Die alten Glattrohre hatten aber noch viele Anhänger und hielten sich daher in der Bewaffnung: Der Ladevorgang war einfacher und rascher, und der Kartätschschuss aus ihnen war effektiver als der aus gezogenen Rohren, bei denen zudem die Gefahr bestand, dass die harten Eisenkugeln das empfindliche Laufprofil beschädigten. Unter dem Pseudonym „Arkolay“ führte Streubel einen scharfen publizistischen Kampf gegen gezogene Geschütze. Selbst General Karl Friedrich von Hahn, von 1854 bis 1864 Generalinspekteur der preußischen Artillerie, lehnte solche Geschütze ab. Sie wurden gegen seinen Widerstand in der preußischen Armee eingeführt. Hahn untersagte, dass bei seinem Begräbnis Salut aus gezogenen Geschützen geschossen werde. Er verstarb 1865, und sein Wunsch wurde respektiert. Bei dieser Gelegenheit schossen die glattläufigen Haubitzen der preußischen Artillerie ein letztes Mal. Kurz danach wurden sie ausgemustert.

Eine Erfindung des französischen Kaisers Napoleon III. aus dem Jahr 1853 gab dem glatten Vorderlader ein letztes Leben: die „Granatkanone“. 1859 führte Bayern solche Geschütze unter der Bezeichnung „leichter Feld-Zwölfpfünder“ ein. Sie hatten die Rohrweite des alten Feld-Zwölfpfünders, waren aber des kürzeren und schwächeren Rohres wegen leichter und passten auf die Lafetten der Sechspfünder, die aus der Armee ausschieden. Sie sollten

keine massiven Eisenkugeln verschießen, sondern Granaten, also mit Pulver gefüllte Hohlkugeln, die ein geringeres Gewicht hatten.

88 von den 136 Geschützen, mit denen die bayerische Armee ins Feld zog, waren leichte Feld-Zwölfpfünder. Auch die preußische Mainarmee verwendete diesen Geschütztyp (55 von 97). Die Erfahrungen des Jahres 1866 in Süddeutschland und Böhmen zeigten, dass sich glatte Geschütze auf dem modernen Schlachtfeld nicht mehr behaupten konnten. Unmittelbar nach Kriegsende wurden sie durch gezogene Hinterlader ersetzt.

Gezogene Rohre und Gussstahl

Die Antwort der Artillerie auf das gezogene Gewehr der Infanterie war das Feldgeschütz mit gezogenem Rohr. 1860 fasste die Militärkommission des Deutschen Bundes einen entsprechenden Beschluss: Zunächst sollte ein Viertel der Geschütze eines Armeekorps gezogene Rohre haben. Man nahm an, dass dies nur der Anfang einer weiter voranschreitenden Umbe-
waffnung sei.

Wie bei Infanteriegewehren gab es auch bei der Artillerie gezogene Rohre als Vorder- und als Hinterlader. Erstere entstanden durch einfachen Umguss alter Glattrohre oder durch das Einschneiden von Zügen in solche Rohre. Das war eine preiswerte, rasch zu verwirklichende Lösung, die man in Frankreich und Österreich wählte. Die Bedienung solcher Geschütze unterschied sich nicht sehr von der bisherigen. Wie alle Vorderladerkanonen schossen allerdings auch die gezogenen mit „Spielraum“: Des schnellen und sicheren Ladens wegen musste der Geschossdurchmesser etwas kleiner als der Rohrdurchmesser sein. Ein Teil der Pulvergase strich dann nutzlos am Geschoss vorbei, und auch die Präzision litt darunter. Die Granaten der gezogenen Vorderlader hatten

an ihrer Seite Führungsleisten oder Warzen, die in die Züge passten, das Projektil zentrierten und den Drall aufnahmen.

Beim Hinterlader wurden die harten Eisengranaten mit einem relativ weichen Bleimantel umgossen, der sich beim Rohrdurchgang fest in das Laufprofil presste und den Treibladungsgasen den Weg am Geschoss vorbei versperrte, bis dieses das Rohr verlassen hatte. Das Problem war hier der gasdichte Abschluss nach hinten: Es gab noch keine Metallhülsen für die Treibladung, die als Dichtungsmittel hätten dienen können. Die Pulverladung war in Stoffbeuteln aus Seide oder Wolle abgepackt. Deshalb mussten die Verschluss-
teile und deren Lager im Rohr äußerst exakt gearbeitet sein, damit ein fugendichter Abschluss gewährleistet war. Das Öffnen und Schließen des Verschlusses sowie das Einbringen der Munition – Geschoss und Pulverladung getrennt – verlangte große Sorgfalt. Im Unterschied zur Handfeuerwaffe schossen bei Geschützen die Hinterlader langsamer als Vorderlader.

Vom Essener Fabrikant Alfred Krupp kam eine weitere Innovation: Er experimentierte seit den 1850er Jahren mit einem neuen Rohrmaterial: Statt der seit Jahrhunderten für Feldgeschütze verwendeten Bronze verwendete er Gussstahl. Das war ein hochmoderner Werkstoff, den man in Essen in immer größeren, homogenen Gussstücken anzufertigen verstand. Gussstahl war sehr viel teurer als Bronze, die als Rohstoff im existierenden Geschützmaterial bereits vorhanden war. Allerdings war Gussstahl wesentlich widerstandsfähiger: Bei gleichem Gewicht vertrugen die Rohre stärkere Ladungen, und bei gleichbleibender Leistung war es möglich, die Geschütze leichter zu bauen, was der Beweglichkeit zugute kam. In einer Zeit, in der Geschütze von Pferden gezogen wurden, gab es für Artilleriematerial absolute, nicht überschreitbare Gewichtsgrenzen:

Gespanne umfassten normalerweise sechs Pferde, und mehr als eine Last von 350 kg konnte ein Pferd nicht dauerhaft ziehen. Diese Gewichtsgrenzen mussten die Konstrukteure von Feldgeschützen respektieren.

Dem schwedischen Industriellen Wahren-dorff gelang die Herstellung eines praxistauglichen Verschlusses: Er bestand aus einem Kolben, der axial in das Rohr geführt und von einem Querkolben gesichert wurde. Eine Scheibe aus zäher Pappe („Pressspanboden“), der an jedem Kartuschbeutel (= Treibladungsbeutel) befestigt war, verbesserte die Abdichtung. Im Jahr 1859 bestellte Preußen 300 solcher Rohre bei Krupp in Essen. Sie ersetzen die alten glatten Sechspfünder und hatten wie diese ein Kaliber von 9 cm. Allerdings verschossen sie keine eisernen Vollkugeln mehr, sondern stumpfzylindrische, pulvergefüllte Granaten mit gebogener Spitze, die mit Bleimantel und Aufschlagzünder 6,9 kg wogen (davon 250 g Sprengladung). Außerdem gab es Schrapnells, in Bayern als „Granatkartätschen“ bezeichnet. Das waren Geschosse, die neben einer verminderten Pulverladung mit Bleikugeln gefüllt waren und mit einer Art von einstellbarem Zeitzünder auf einem bestimmten Punkt ihrer Flugbahn über dem Ziel zur Explosion gebracht werden sollten (Gewicht 7,33 kg). Die Zünder besaßen allerdings noch nicht die Genauigkeit, welche dieses System verlangte, so dass diese Munitionsart die Erwartungen nicht erfüllte, die sich mit ihr verbanden. Trotz der erheblich gestiegenen Geschossgewichte wurden die Geschütze weiterhin als „Sechspfünder“ bezeichnet, denn ihre Rohrweite entsprach in etwa dem Durchmesser einer sechspfündigen Eisenkugel. Ab 1871, nach der Einführung des metrischen Systems, nannte man sie „9 cm Stahlkanone“. Ihre Granaten verließen das Rohr mit einer Geschwindigkeit von 323 m/s. Damit waren sie langsamer als

die eisernen Rundkugeln der früheren Sechspfünder (500 m/s), Folge ihres größeren Gewichts und der Reibung beim Einpressen des Bleimantels im Rohr. Höhere Geschwindigkeiten hätten stärkere Pulverladungen verlangt, diese wiederum erheblich widerstandsfähigere, also schwerere Rohre. Solche indes wären im Sechserzug nicht mehr beweglich genug gewesen.

Aufgrund der niedrigen Geschwindigkeit war die Flugbahn der Projektilen relativ stark gekrümmt, der Einfallswinkel im Ziel also ziemlich steil. Um zu treffen, musste man die Entfernung zum Ziel genau kennen. Ihre Ermittlung erfolgte durch Schätzung, sodann durch Heranschließen an das Ziel, also durch Beobachtung der Einschläge, bis sie „im Ziel“ lagen. Wegen der geringen Streuung waren solche Schüsse reproduzierbar, wenn man die richtige Visiereinstellung gefunden hatte. Allerdings war nach jedem Schuss ein Neueinrichten erforderlich, da die Geschütze durch den Rückstoß zurücksprangen und dadurch aus der Richtung gerieten. Um das Potenzial dieser Präzisionsgeschütze, wie man sie damals nannte, praktisch auszunutzen zu können, erhielten sie wesentlich feiner einstellbare Richtmittel, und natürlich mussten die Kanoniere weit sorgfältiger ausgebildet werden als bisher. Man rechnete mit maximalen Schussdistanzen von ca. 1.800 Metern, doch wurde in den Einigungskriegen mit solchen Geschützen auch auf Entfernungen von bis zu 2.500 Metern und mehr gefeuert. Das war bereits die Grenze der Sehfähigkeit des menschlichen Auges. Gezielt wurde wie bei Handfeuerwaffen über Kimme und Korn. Optische Richtmittel kamen erst in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts auf.

Preußen versuchte damals, den gezogenen Sechspfünder von Krupp in möglichst vielen deutschen Staaten zur Einführung zu bringen, wobei es die Beschaffung beim

eigenen Kriegsministerium zu monopolisieren strebte. Das lief neben der erwünschten Standardisierung der Bewaffnung im Deutschen Bund auch auf eine Erhöhung der preußischen Einflüsse auf Kosten Österreichs hinaus, dessen gezogener Vorderlader aufgrund seiner geringeren Leistungsfähigkeit in Deutschland kaum Anhänger fand. Hannover, Sachsen, Württemberg und Baden führten das preußische System ein. Auch Bayern gab ihm den Vorzug. 48 solcher Rohre wurden beschafft und in Berlin von einem bayerischen Offizier abgenommen. Außerdem bezog Bayern auf diesem Weg 30.324 Granaten und 15.162 Granatkartätschen (Schrapnells), dazu 47.760 Zünder und 50.274 Pressspanböden. Die Rohre wurden in bereits existierende bayerische Feldlafetten des Systems 1836 eingelegt. Aus diesem Material wurden sechs Batterien formiert, die 1866 auch zum Einsatz kamen.

Der Deutsche Krieg des Jahres 1866 fiel in eine Zeit rapiden Wandels der Waffentechnik. Der praktische Wert der neuen Produkte wurde in der Fachwelt kontrovers diskutiert. Nicht Argumente, sondern der Verlauf des Feldzugs entschied den Streit. Buchstäblich wenige Monate nach dem Kriegsende begann bei der Infanteriebewaffnung die allgemeine Umrüstung von Vorder- zu Hinterladern. Hatte man die Feuergeschwindigkeit bisher vor allem unter dem Gesichtspunkt des übereilten Munitionsverbrauchs beurteilt, zählte man jetzt sorgfältig, ob ein Gewehr etwa zur Abgabe von zwölf statt nur von elf gezielten Schüssen in der Minute fähig sei. Ebenso schnell verschwanden die glattrohrigen Geschütze aus der Artillerie, die sich gegen die weittragenden gezogenen Kanonen durchweg als machtlos erwiesen hatten.

Literatur

Hermann von Müller, Die Entwicklung der Feldartillerie von 1815 bis 1870, Berlin 1893.

Curt Jany, Die Königlich Preußische Armee und das Deutsche Reichsheer 1807 bis 1914, Berlin 1933 = Geschichte der Königlich Preußischen Armee, Bd. 4.

Hans-Dieter Götz, Militärgewehre und Pistolen der deutschen Staaten 1800-1870, Stuttgart 1978.

Rolf Wirtgen (Bearb.), Das Zündnadelgewehr. Eine militärische Revolution im 19. Jahrhundert, Herford, Bonn 1991.

Hans Reckendorf, Die bayerischen Handfeuerwaffen 1800-1875, Dortmund 1998.

Dieter Storz, Modernes Infanteriegewehr und taktische Reform in Deutschland in der Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Das Militär und der Aufbruch in die Moderne 1860 bis 1890. Armeen, Marinen und der Wandel von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in Europa, den USA sowie Japan, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes und der Otto-von-Bismarck-Stiftung herausgegeben von Michael Epkenhans und Gerhard P. Groß, München 2003 = Beiträge zur Militärgeschichte Band 60, S. 209-230.

-
- 1 Jany, S. 200.
 - 2 Jany, S. 199 f.
 - 3 Zit. nach Reckendorf, S. 191.
 - 4 Woldemar Streubel, Die Kalibereinheit im Bundesheer, in: Deutsche Vierteljahrs-Schrift, 1862, Heft 1, S. 173-193, S. 174.
 - 5 Ebd., S. 181 f.
 - 6 Wilhelm von Ploennies, Neue Studien über die gezogene Feuerwaffe der Infanterie, Darmstadt 1861.
 - 7 Ders., Neue Studien über die gezogene Feuerwaffe der Infanterie, 2. Band, Darmstadt 1864, S. VII.

Dieter Storz

Der Feldzug

Pläne

Der preußische Kriegsplan war das Werk des Generals Helmuth von Moltke (1800-1891), Chef des preußischen Generalstabs. Der war eine neuartige, nach wissenschaftlichen Standards arbeitende militärische Planungs- und Führungsbehörde. Moltke verfügte über eine ganz ungewöhnliche Klarheit des Denkens, analytische Schärfe, Kreativität, Entschlusskraft und Willensstärke. Er gilt zurecht als militärisches Genie, war aber auch das Produkt einer spezifischen preußischen Militärkultur, die aus dem Kriegswesen eine Wissenschaft gemacht hatte.

Der Hauptgegner war aus preußischer Sicht natürlich die österreichische Armee, deren Versammlung in Böhmen zu erwarten war. Hier konzentrierte Moltke etwa 80 Prozent des preußischen Heeres, eingeteilt in drei Armeen, die konzentrisch in Böhmen einrücken und sich erst dort vereinigen sollten. Die große Schlacht, die in der Absicht Moltkes gelegen hatte, fand am 3. Juli 1866 bei Königgrätz statt und entschied den Krieg. Die Österreicher mussten den Preußen nicht nur das Schlachtfeld überlassen – das traditionelle Kriterium, das über Sieg und Niederlage entscheidet –, sie erlitten dabei auch Verluste, die mehr als vier Mal so hoch waren wie die des Siegers. Die offenkundige Erfolglosigkeit ihrer Kampfaktik machte alle Hoffnungen zunichte, dem Krieg noch eine erfolgreiche Wendung geben zu können.

Der Kampf gegen die kleineren Staaten des Deutschen Bundes, darunter Bayern, bildete aus preußischer Sicht nur eine Ne-

benhandlung, weshalb dort nur ein relativ kleiner Teil der preußischen Armee aufgeboten wurde. Auch im Westen ergriff Moltke die Initiative. Er musste den Krieg dort offensiv führen, denn nur so konnte er verhindern, dass die zahlenmäßig in ihrer Summe weit überlegenen, zunächst aber räumlich getrennten Gegner ihre Streitkräfte zu gemeinsamem Handeln vereinigten. Strategisch ähnelte die Lage der preußischen Armee im Westen jener der österreichischen in Böhmen. Die Preußen zogen aus dieser Lage allerdings die richtigen Konsequenzen, während der österreichische Oberbefehlshaber in Böhmen, General Ludwig von Benedek, die Vereinigung der getrennt in Böhmen einfallenden preußischen Heeresabteilungen zugelassen hatte.

Das Staatsgebiet Preußens war in eine westliche Hälfte mit der Rheinprovinz und Westfalen einerseits und dem ostelbischen Kernland andererseits geteilt. Dazwischen lagen die Bundesstaaten Hannover und Hessen-Kassel. Die erste Aufgabe der preußischen Armee war die Herstellung einer kompakten Landverbindung als Basis für die Fortsetzung der Operationen gegen Süddeutschland. Die schlagfertigen preußischen Truppen rückten von mehreren Seiten in diese Gebiete ein, ohne Widerstand zu finden. Die Hessen-Kasseler Truppen standen noch auf Friedensfuß und zogen sich nach Süden zurück. Sie gelangten schließlich in die Festung Mainz und hatten auf den weiteren Gang der Ereignisse keinen Einfluss. Die hannoversche Armee hatte außer der Verstärkung



ihrer Friedenskader noch nichts zur Vorbereitung für den Krieg getan und musste ihr Heil daher auch in der Flucht bzw. im Anschluss an die Truppen in Süddeutschland suchen. Dazu sammelten sie sich vorerst im Raum Göttingen, also im Süden des Königreichs Hannover, um dort ihre Operationsbereitschaft herzustellen.

Die preußische Armee in Westdeutschland war eigentlich nur ein starkes Armeekorps. Sie setzte sich aus drei Divisionen zusammen, von denen nur eine bereits im Frieden bestand. Die anderen beiden waren Improvisationen, zusammengestellt aus Festungsbesatzungen und den Besatzungstruppen der Elbherzogtümer. Bei jeder anderen Armee hätten solche Neubildungen nur wenig Kampfwert besessen.

Die schon im Frieden intensiv geschulte und hochdisziplinierte preußische Armee konnte ein solches Risiko eingehen. Ihre Divisionen auf dem westlichen Kriegsschauplatz wurden im Unterschied zu allen anderen nicht mit Nummern bezeichnet, sondern mit den Namen ihrer Kommandeure. Die Division des Generals August von Goeben (1816-1880) hatte bereits im Frieden als 13. Division bestanden. Sie setzte sich vor allem aus Westfalen zusammen, erhielt aber auch ein Infanterieregiment aus Posen (Nr. 19), das bis zum Kriegsausbruch zur Besatzung der Bundesfestung Luxemburg gehört hatte. Die Division des Generals Edwin von Manteuffel (1809-1885) hatte sich in den Elbherzogtümern formiert. General Gustav von Beyer (1812-1889) führte eine Division, die sich im Raum Wetzlar gebildet hatte. An der Spitze dieser Armee stand General Eduard Vogel von Falckenstein (1797-1885), im Frieden Kommandierender General des VII. (preußischen) Armeekorps in Münster. Seine Streitmacht zählte 43 Bataillone Infanterie, 22 Eskadronen Kavallerie und 97 Geschütze (davon 55 gezogene) mit ca. 46.000 Mann. Ein preußisches Infanteriebataillon sollte etwa 1.000

Mann haben, eine Eskadron 150 Reiter. Diese Zahlen wurden nicht durchweg erreicht. Zum Vergleich: Gegen Österreich bot Preußen 214 Bataillone Infanterie und Jäger, 190 Eskadronen und 798 Geschütze mit 278.600 Mann auf.

Die Süddeutschen

Die süddeutschen Bundesstaaten, dem unmittelbaren Zugriff der Preußen noch entzogen, mussten ihre Streikräfte erst noch mobilisieren. Die bayerische Armee bildete sich als VII. Bundes-Armeekorps, während die südwestlichen Staaten (Württemberg, Baden, Großherzogtum Hessen, Nassau), verstärkt durch österreichische Truppen, die zur Besatzung der Bundesfestungen gehört hatten, das VIII. Korps formierten. Von einer Gleichmäßigkeit der Mobilmachung und einer vertrauensvollen Koordinierung der operativen Absichten konnte keine Rede sein.

Die Mobilmachung ist der Prozess, in dem die Truppen vom Friedensstand auf den Kriegsfuß gesetzt und dabei buchstäblich „mobil“, also beweglich werden. Neben der Einziehung von Reservemannschaften zur Komplettierung der Truppen und der Aufstellung zusätzlicher Verbände und Einrichtungen, die im Frieden nicht bestanden – z.B. Lazarette und Versorgungseinheiten – war die Pferdebeschaffung eine der zentralen Maßnahmen jeder Mobilmachung. Je besser eine Mobilmachung im Frieden vorbereitet war, desto rascher und reibungsloser konnte sie vor sich gehen. 1866 war das nur in Preußen der Fall. In Bayern dagegen gab es keine genauen Berechnungen des zusätzlichen Personalbedarfs. Eine Kooperation von Zivil- und Militärbehörden war nicht vorgesehen, die Zusammenarbeit mit der Eisenbahn nicht vorbereitet, und es hatten im Frieden keine Pferdemonsterungen stattgefunden. All das musste in wenigen Wochen improvisiert werden. Die Kommissionsberatun-

gen vom März und April hatten die Stärke des mobilen Heeres mit 59.000 Mann berechnet. Tatsächlich waren es bei Beginn der Operationen Mitte Juni nur ca. 45.000, gegliedert in vier Infanteriedivisionen, das Reserve-Kavalleriekorps und die Reserve-Artillerie.

Jede Infanteriedivision setzte sich aus 12 (oder 11) Infanteriebataillonen, einem Kavallerieregiment (zu 4 Eskadronen) und 2 Geschützbatterien (2 x 8 Geschütze) zusammen. Es entsprach der damaligen Taktik, die Masse der Kavallerie bzw. der Artillerie in besonderen Truppenkörpern zu konzentrieren. Das Reserve-Kavalleriekorps umfasste 28 Eskadronen und 2 Batterien, die Reserve-Artillerie 8 Batterien. Das „Reserve-Kavalleriekorps“ war ein selbständig operationsfähiger, rasch beweglicher Großverband, der allerdings nur geringe Kampfkraft besaß, da er keine Infanterie enthielt. Die „Reserve-Artillerie“ diente zur Verstärkung der Artillerie dort, wo es sich taktisch als notwendig erweisen sollte. Der selbständige Einsatz einer solchen Geschützmasse war nicht vorgesehen und auch nicht möglich.

Insgesamt umfasste das bayerische Feldheer 46 Bataillone (davon 8 Jägerbataillone), 45 Eskadronen und 136 Geschütze (davon 48 gezogene). Ein gewöhnliches Infanteriebataillon sollte 936 Mann stark sein, ein Jägerbataillon 701 Mann, eine Eskadron ca. 150 Reiter. Diese Zahlen wurden aber nicht erreicht. Zur vorgesehenen Stärke fehlten dem Heer noch ca. 14.500 Mann. Der Ausbildungsstand war unbefriedigend. 11.000 Mann waren Rekruten, die erst im April eingestellt worden waren, 16.000 Soldaten waren gediente, aber seit Jahren nicht mehr eingezogene Mannschaften. Besonders schlecht sah es bei den Führerstellen aus. Um die nötigen Offiziere zu gewinnen, wurden viele Unteroffiziere ad hoc zu Offizieren befördert, sogar Angehörige der „besseren Stände“ oder

Studenten (!) auf Kriegsdauer zu Offizieren ernannt.

Den Oberbefehl über dieses Heer hatte Prinz Carl (1795-1875), Feldmarschall und jüngerer Bruder König Ludwigs I. und somit Großonkel König Ludwigs II. inne. Während des Feldzugs beging er seinen 71. Geburtstag. Carl wurde zugleich der Oberbefehl auf dem westdeutschen Kriegsschauplatz übertragen. Zu seinem Chef des Stabes wurde Generalleutnant Ludwig Freiherr von der Tann (1815-1881) ernannt, der diesen Posten nur widerstrebend annahm, denn ihm fehlte die fachliche Ausbildung zur Leitung komplexer militärischer Operationen. Er hatte als Beobachter am Krieg von 1864 teilgenommen und war von der Überlegenheit der preußischen Armee ebenso überzeugt wie Carl von den Mängeln des bayerischen Militärwesens. Beide gingen mit wenig Zuversicht in den Krieg. Dass das Oberkommando des bayerischen Korps zugleich das Oberkommando der „Westarmee“ des Bundes bildete, also auch das VIII. Armeekorps führen sollte, erwies sich als verfehlt. Es wäre besser gewesen, ein eigenes, über den Korps stehendes Armeekorps zu bilden.

Am 17. Juni war die Mobilmachung der bayerischen Armee notdürftig beendet, und sie konnte nun mit dem Aufmarsch beginnen, also mit der Verlegung in die Räume, aus denen die eigentlichen Operationen beginnen sollten. Das VIII. Bundes-Armeekorps stand mit seinen Vorbereitungen allerdings noch weit zurück. Es verfügte erst über 15.000 Mann Württemberger und Hessen. Insbesondere die Badener legten sich bei der Mobilmachung eine Zurückhaltung auf, die auch ihrem Verhalten während des Feldzugs das Gepräge gab. Erst am 15. Juli (!) waren alle Truppen des VIII. Korps vereinigt. Es bestand aus 4 Divisionen:

1. (württembergische) Division
 2. (badische) Division
 3. (hessische) Division
 4. (österreichisch-nassauische) Division.
 Insgesamt sollte das Korps 46 ½ Bataillone, 134 Eskadronen und 134 Geschütze (davon 94 gezogene) umfassen. Am 5. Juli zählte es 45.500 Mann. Seiner gemischten Zusammensetzung wegen bezeichneten die Preußen das Korps spöttisch als „Reichsarmee“, in Erinnerung an die buntscheckigen Aufgebote des Heiligen Römischen Reiches, die im Siebenjährigen Krieg (1756-1763) ein leichter Gegner für Preußen gewesen waren. Sein Oberbefehlshaber war Prinz Alexander von Hessen-Darmstadt (1823-1888), der in der österreichischen Armee den Rang eines Feldmarschall-Leutnants bekleidete und den Krieg lieber dort zugebracht hätte. Alexander sah sich später dem berechtigten Vorwurf ausgesetzt, den Befehlen Carls nur widerstrebend oder gar nicht Folge geleistet zu haben, war indes selbst in einer schwierigen Lage, da sein Korps sich aus verschiedenen Kontingenten zusammensetzte, deren Gehorsam ebenfalls brüchig war. Und dann empfing er nicht nur Befehle des bayerischen Prinzen, sondern auch Weisungen von der Bundesversammlung in Frankfurt am Main sowie den Regierungen der Länder, aus denen sich sein Korps zusammensetzte, die vor allem auf ihren Eigenschutz bedacht waren. Stabschef Alexanders war der württembergische Generalleutnant von Baur, der den Bayern sehr reserviert gegenüber stand. Während die Truppen an der Herstellung ihrer Operationsfähigkeit arbeiteten, mussten ihre Führer einen Kriegsplan entwickeln. Da gab es mehrere Möglichkeiten: Die schlechteste war die, dass jedes Kontingent sich auf den Schutz des eigenen Gebiets beschränken würde. Gerade diese Versuchung war aber groß. Operativ erwünscht war die Vereinigung der süd-

deutschen Truppen zu einer gemeinsamen Operation gegen die Preußen. Auch wenn deren Armee qualitativ überlegen war, konnten sich die Süddeutschen angesichts ihrer erheblichen zahlenmäßigen Überlegenheit Hoffnungen auf einen Erfolg machen. Österreich hatte natürlich ein Interesse daran, das bayerische Heer auf den böhmischen Kriegsschauplatz zu ziehen, um dort der preußischen Hauptmacht gegenüber so stark wie möglich auftreten zu können. In München wollte man aber das eigene Gebiet unmittelbar vor einer feindlichen Invasion geschützt sehen, so dass die bayerische Armee nicht nach Böhmen marschierte, sondern in Nordbayern aufgestellt wurde. Von dort aus sollte sie zusammen mit dem VIII. Korps gegen das westliche Preußen offensiv vorgehen. Der Rückstand bei der Mobilisierung des VIII. Korps verzögerte aber den Aufbruch.

Die nächste Aufgabe war die Aufnahme der von den Preußen verfolgten Kontingente Hessen-Kassels und Hannovers. Es dauerte mehrere Tage, bis man im bayerischen Hauptquartier Klarheit über die Lage der Hannoveraner erhielt, die sich nach Thüringen bewegten. Auch über die Bewegungen der Preußen wusste man wenig. Dieser Mangel an Nachrichten war kein höheres Geschick, sondern hatte seine Ursache in der mangelnden Gewandtheit der bayerischen Führung, die es nicht verstand, eine wirkungsvolle Aufklärung zu organisieren.

Es entwickelte sich eine gefährliche Lage, denn das VIII. Armeekorps war buchstäblich noch weitab vom Schuss. Die bayerische Heeresleitung schwankte zwischen dem Wunsch, die Hannoveraner aus der drohenden preußischen Umklammerung zu lösen und dem nach Vereinigung der süddeutschen Korps. Dieser gewann vorübergehend die Oberhand und führte zu einer Änderung der Marschrichtung nach Westen. Bei Hersfeld sollten beide Korps

zusammentreffen. Als aber endlich bestimmte Nachrichten über die Stellung der Hannoveraner bei Langensalza in Thüringen einliefen, drehten die bayerischen Marschkolonnen wieder nach Thüringen ab, aber nun war es zu spät. Nach einem kleinen, für sie erfolgreichen Gefecht am 27. Juni mussten die Hannoveraner am 29. Juni vor den weit überlegenen Preußen kapitulieren. Prinz Carl griff nun die Absicht wieder auf, die beiden süddeutschen Korps zu vereinigen, aber anstatt sich unverzüglich in Bewegung zu setzen, verharren beide noch für mehrere Tage in ihren Positionen. Dadurch gelang es den Preußen, sich zwischen die süddeutschen Streitkräfte zu schieben, was ihnen die Möglichkeit bot, diese einzeln anzugreifen. Damit begann die eigentliche Phase der Kämpfe in Süddeutschland, der „Mainfeldzug“. So nannten sich jetzt auch die preußischen Divisionen: „Main-Armee“.

Für Prinz Carl war jetzt die Vereinigung mit dem VIII. Armeekorps vorrangig, das sich endlich aus seinem Versammlungsraum nördlich von Frankfurt am Main in Bewegung gesetzt hatte. Die Korps sollten sich bei Fulda treffen, also etwa zwei Tagesmärsche weiter im Süden als Hersfeld. Operativ bedeutete das, dass die bayerische Armee einen Flankenmarsch durchführen musste: Sie bewegte sich vor den heranziehenden Preußen seitwärts. Dabei kam es zu ersten Gefechten, die für die bayerische Seite unglücklich verliefen, aber auch nicht mit Entschlossenheit durchgekämpft wurden. Das „Reserve-Kavalleriekorps“ unter dem Befehl des Generals von Thurn und Taxis hatte als Vorhut Fulda bereits erreicht und war bis Hülfeld gelangt.

Die Absicht, sich mit dem VIII. Armeekorps bei Fulda oder etwas südlich davon zu vereinigen, gaben die Bayern jetzt aber auf. Carl befürchtete, die ganze preußische Armee in seiner unmittelbaren Nähe

zu haben, der er nicht isoliert gegenüber treten wollte. Er ordnete daher den Rückzug auf die Fränkische Saale an. Dort sollte nun die Vereinigung mit dem VIII. Armeekorps stattfinden.

Das Kavalleriekorps musste den Raum Fulda wieder verlassen. Auf dem Rückweg brach bei den schlecht geführten und überanstrengten Truppen eine Massenpanik aus, bei der sich zwei Regimenter vollkommen auflösten. Einzelne Reiter gelangten auf ihrer Flucht bis an den etwa 60 Kilometer entfernten Main! Dieser Tag, der 4. Juli 1866, gilt als der schwärzeste Tag in der Geschichte der bayerischen Kavallerie. Die Umstände dieser Katastrophe sind nie völlig geklärt worden.

Das VIII. Armeekorps unterließ aber den Marsch an die Saale. Auf die Nachricht hin, preußische Truppen näherten sich auch vom Rhein her, blieb Alexander von Hessen im Westen stehen. Wichtiger erschien ihm die Deckung der Mainlinie von Hanau bis Mainz. Er empfahl dem Prinzen Carl, die Vereinigung zwischen Hanau und Aschaffenburg zu bewirken, was dieser aber nicht wollte, weil er damit den Preußen den Weg ins innere Bayern freigegeben hätte. Seine Befehle an den Prinzen Alexander blieben wirkungslos, denn die Regierungen in Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt sowie die Bundesversammlung in Frankfurt verlangten nach unmittelbarem militärischem Schutz. Man mochte ihn dort so wenig entbehren wie in Bayern.

Inzwischen war am 3. Juli in der Schlacht von Königgrätz die Entscheidung des Krieges gefallen. Jetzt ging es nur noch darum, für die absehbaren Friedensverhandlungen eine möglichst günstige Ausgangslage zu schaffen. Prinz Carl war es wichtig, das Ansehen der bayerischen Armee durch einen Waffenerfolg wiederherzustellen, das durch den Zusammenbruch der Kavallerie sehr gelitten hatte. Dazu wollte er zusammen mit dem VIII. Korps

offensiv gegen die Preußen vorgehen, doch Prinz Alexander verharrte im Raum Frankfurt. Am 10. Juli stand das bayerische VII. Korps zwischen Hammelburg und Münnerstadt. Die Preußen waren den Bayern in starken Märschen durch die Rhön gefolgt und tauchten, für die Bayern überraschend, bei Hammelburg und Kissingen an der Fränkischen Saale auf und machten sich sofort an die Überquerung dieses Flusses.

Das Gefecht bei Kissingen am 10. Juli 1866

Die Bayern hatten die Stadt zur Verteidigung eingerichtet. Artillerie – zwei leichte Feld-12-Pfünder – blockierte die Hauptbrücke. Ein Geschütz dieses Typs ist in der Ausstellung zu sehen. Sturmversuche der preußischen Infanterie scheiterten im Kartätschfeuer dieser Kanonen. Südlich von Kissingen, bei der heute nicht mehr existierenden Lindesmühle, gelang allerdings die Flussüberschreitung. Dort hatten die Verteidiger von einem Fußsteg nur den Belag entfernt, das Gerüst aber stehen gelassen. Die Preußen stellten die Auflage mit Behelfsmitteln wieder her, überquerten den Fluss und nahmen Kissingen von Süden her ein: Die bayerischen Verteidiger am Saaleufer saßen in der Falle und gerieten in Gefangenschaft.

Nach dem Fall von Kissingen zogen sich die Bayern nördlich der Stadt von der Saale zurück. Die Preußen überschritten den Fluss, machten aber keine Anstalten, dort weiter vorzudringen.

Östlich von Kissingen, damals auf freiem Feld gelegen, befand sich der Friedhof der Stadt, der heutige Kapellenfriedhof. Er war mit einer massiven Mauer umgeben und eignete sich somit gut als Verteidigungsstützpunkt. Aber auch diesen Widerstand überwand die preußische Infanterie.

Bei der Erstürmung des noch weiter im Osten gelegenen Dorfes Winkels trat erst-

mals das preußische Infanterie-Regiment Nr. 19 ins Gefecht. Der Ort wurde von den Bayern nicht ernsthaft verteidigt. Nach der Besetzung der umgebenden Höhen hielten die Preußen die Schlacht für gewonnen. Sie richteten sich zum Biwak ein und stellten zur Sicherung Feldwachen aus.

Entgegen den Erwartungen der preußischen Führung gab Prinz Carl die Schlacht aber noch nicht verloren; er wollte unbedingt die Saalelinie zurückgewinnen, und dazu standen ihm frische Reserven zur Verfügung, die noch nicht gekämpft hatten: Die 1. Infanteriedivision war von Münnerstadt her im Anmarsch, die 4. schon seit Stunden herbeibefohlen. In der linken Flanke der Preußen erstreckte sich der bewaldete Sinnberg. Auf der anderen Seite hatten sie die 10. Kompanie des 19. Infanterie-Regiments als Feldwache aufgestellt und glaubten sich daher vor Überraschungen von dieser Seite sicher. Diese Kompanie war aber aus eigener Initiative abgezogen und hatte sich an den Kämpfen in Nüdlingen beteiligt.

Dort tauchten nun völlig überraschend sieben frische Bataillone der bayerischen 1. Infanteriedivision auf und überwältigten die schwachen preußischen Kräfte. Bei dieser Gelegenheit haben wohl jene drei Zündnadelgewehre M/41 der 10. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 19, die heute noch im Bayerischen Armeemuseum aufbewahrt werden und in dieser Ausstellung gezeigt werden, den Besitzer gewechselt. Die Bayern umgingen die linke Flanke der Preußen im Schutz des Sinnberges. Dort entfalteten sich die Bataillone der 1. bayerischen Infanteriebrigade, durchquerten den Wald und überschütteten die ruhende preußische Truppe mit schwerem Feuer. Die Preußen konnten sich allerdings neu ordnen. Auf das Signal „das Ganze avancieren“ setzte sich ihre Infanterie unter Trommelschlag – „tambour battant“ – nach vorne in Bewegung. Aufhalten ließen sie sich, nachdem sie ihre

Fassung wiedergewonnen hatten, nicht mehr. Die Bayern mussten weichen. Prinz Carl brach den Kampf ab, als er erkennen musste, dass sich seine Hoffnungen auf weitere Verstärkungen nicht erfüllten. Auf bayerischer Seite waren 16.535 Infanteristen, 1.480 Kavalleristen sowie 64 Geschütze am Gefecht beteiligt gewesen, auf preußischer Seite 14.990 Infanteristen, 1.280 Reiter und 43 Geschütze.¹ Die Schlacht kostete die Bayern 593 Tote und Verwundete sowie 516 Vermisste, letztere zumeist Gefangene, die in Kissingen abgeschnitten wurden. Die Preußen beklagten 772 Tote und Verwundete sowie 58 Vermisste. Das sind offizielle Angaben, die zumindest für die bayerische Seite viel zu niedrig sind, wie der Beitrag von Walter Hamm in diesem Band zeigt.

Die Bayern waren den Preußen in der operativen Zone um Kissingen zahlenmäßig überlegen, doch gelang es der bayerischen Führung nicht, diese Überzahl im Gefecht zur Geltung zu bringen. Zu den großen, nie ganz aufgeklärten Rätseln der Schlacht gehört es, dass die 4. Infanterie-Division unter dem Befehl des Generals Jakob von Hartmann trotz wiederholter Aufforderung nicht auf dem Kampfplatz erschien, von dem sie nur wenige Wegstunden entfernt war. Während die preußischen Führer die ihnen unterstellten Verbände geschlossen einsetzten und mit klaren Aufträgen ausstatteten, bildeten auf bayerischer Seite die Zerreißen der Verbände und unklare Befehlsgebung die Regel. Der österreichische Verbindungsoffizier, der sich beim Prinzen Carl aufhielt, sah die Ursachen der bayerischen Niederlage in der Unfähigkeit der Führung:

„Der Feind, den man gar nicht recognoscirt hatte, rückte rasch vor; er griff an, wo man ihn nicht vermuthete; er brachte mehr Kräfte ins Gefecht, als man gedacht hatte. Kurz – eine Ueberraschung folgte der andern. Bei der eigenen Truppe dagegen ging es nicht recht vorwärts: in erster Linie nützten sich kleine Ab-

heilungen mit wahren Heldenmuthe überlegenen feindlichen Streitkräften gegenüber ab; sie hielten sich überall lange und führten ein langsames aber sicheres Feuergefecht. – Aber die Reserven kamen nicht und wenn sie nach unzähligen Missverständnissen endlich doch kamen, war es bereits zu spät.“²

Bei Kissingen mussten bayerische Bataillone wiederholt ausgewechselt werden, weil sie sich verschossen hatten. Auf preußischer Seite kam das nicht vor, obwohl das Zündnadelgewehr weit schneller schießen konnte als die bayerischen Vorderlader und der Munitionsvorrat auf beiden Seiten gleich war: 60 Patronen pro Mann. Die preußische Infanterie war schon im Frieden darin geschult worden, „jede Patrone als ein Kleinod zu betrachten, welches nicht umsonst wegzugeben ist.“³

Entlang der Saale war es in Kissingen zu einem längeren stehenden Feuergefecht gekommen, dessen Munitionsverbrauch näher untersucht worden ist. Dort hat ein bayerischer Schütze durchschnittlich 70, ein preußischer 17 Patronen verfeuert. Man hat ausgerechnet, dass ein Bayer fast alle 2 ½ Minuten geschossen hat, ein preußischer dagegen nur alle 10 bis 11 Minuten! Die intensive, im Frieden erfolgte Disziplinierung der preußischen Infanterie erzeugte also einen markanten Vorteil im Gefecht. Obwohl das bayerische Podewilsgewehr treffgenauer war als das preußische Zündnadelgewehr, erzielten die ruhig schießenden preußischen Infanteristen im Verhältnis mehr Treffer: Sie benötigten durchschnittlich 150 Schuss, um einen Gegner außer Gefecht zu setzen, während die Bayern dafür umgekehrt 715 Patronen aufwenden mussten.

In Kissingen und den umliegenden Dörfern kam es zu wüsten Plünderungen. Von den 400 Hühnern, 60 Gänsen und etlichen Enten des Dorfes Winkels sollen nur wenige den 10. Juli 1866 überlebt haben. Den Verlust ihres Federviehs konnten die Bauern wohl verschmerzen. Schwerer

wog, dass das Biwak der Preußen auf ihrer Feldflur die Ernte des ganzen Jahres vernichtet hatte. Die Stadt Kissingen berechnete ihren Gesamtschaden auf 238.399 Gulden. Zur Linderung der Not erhielt sie vom bayerischen Staat ein unverzinsliches Darlehen [!] über 24.000 Gulden und 1872 eine abschließende Entschädigung von 30.000 Gulden.⁴ Den weitaus größten Teil ihrer Verluste mussten die Bürger der betroffenen Gemeinden also aus eigener Tasche ersetzen.

Viele Gräber und Grabkreuze erinnern noch heute an die Kämpfe des Jahres 1866, manche davon auf dem Schlachtfeld selbst: Angesichts der sommerlichen Hitze, die am Schlachttag und später herrschte, mussten die Toten rasch unter die Erde gebracht werden. Auf dem Kissinger Friedhof befinden sich mehrere Massengräber, aber auch Einzelgräber, vor allem von Offizieren. Gräber von Mannschaftsdienstgraden blieben in der Regel anonym: Erkennungsmarken gab es in deutschen Streitkräften erst seit 1869.

Einige Kilometer saaleabwärts, bei Hammelburg, war den Preußen ebenfalls die gewaltsame Überquerung des Flusses gelungen. Dort kämpften allerdings kleinere Abteilungen und die Verluste waren entsprechend geringer.

Die erste echte Kraftprobe des Feldzugs in Westdeutschland hatte mit einem beeindruckenden Erfolg der preußischen Seite geendet, deren Überlegenheit dabei deutlich zutage getreten war. Beeindruckt war nicht zuletzt Prinz Carl, der einer Fortsetzung des Kampfes mit berechtigtem Pessimismus entgegen sah. Das VII. Korps zog sich zunächst nach Schweinfurt zurück und dann in den Raum östlich von Würzburg. Die Niederlagen an der Saale hatten das Selbstvertrauen der bayerischen Truppen und ihrer Führung schwer erschüttert. Zudem waren die Truppen durch die Anstrengungen der vorangegangenen Tage körperlich erschöpft und durcheinander

geraten. Es dauerte einige Tage, bis sie ihre Handlungsfähigkeit zurückgewannen.

Die preußische Armee wendet sich nach Frankfurt

Die Preußen wären damals in der Lage gewesen, der bayerischen Armee den Todesstoß zu versetzen. Dazu kam es aber nicht, weil die höhere Führung intervenierte: Im Hinblick auf die bevorstehenden Waffenstillstandsverhandlungen schien es dem Hauptquartier in Böhmen vorteilhafter, möglichst viel Land zu besetzen. Schon am 9. Juli hatte Moltke telegraphiert:

„Französische Vermittlung wahrscheinlich nicht zu vermeiden. Daher faktische Okkupation der Länder nördlich des Main für voraussichtliche Verhandlungen auf status quo jetzt politisch wichtig.“⁵

In dieser „Vermittlung“ sah man natürlich nicht den menschenfreundlichen Versuch, dem Blutvergießen ein Ende zu machen, sondern das Streben, die deutschen Dinge zum Nutzen Frankreichs zu regeln. Darin lag also eine Drohung.

Die Mainarmee ließ daher von ihrem bayerischen Gegner ab und wandte sich nach Westen. Bei Laufach, östlich von Aschaffenburg, traf die preußische Division Goeben, die schon bei Kissingen gefochten hatte, auf eine hessische Abteilung. Die Hessen griffen in geschlossenen Massen an und erlitten im Schnellfeuer der Zündnadelgewehre schwerste Verluste. Das Verlustverhältnis betrug 1 : 9 [!] zum Nachteil der Hessen. Am nächsten Tag kam es bei Aschaffenburg, wo die Preußen den Mainübergang erzwingen wollten, zu einem weiteren Gefecht, diesmal in erster Linie gegen österreichische Truppen, die dabei hohe Gefangenenerluste erlitten, denn den Preußen war es gelungen, die Mainbrücke unter Feuer zu nehmen, was ihrem Gegner den Rückzug verwehrte. Eine der wenigen Fotografien, die während des Feldzugs des Jahres 1866 entstan-

den sind, zeigt die Waffenstreckung der Österreicher in Aschaffenburg. Am 16. Juli rückten die Preußen in Frankfurt ein. Die Bundesversammlung hatte sich rechtzeitig nach Augsburg in Sicherheit gebracht. Vogel von Falckenstein, der preußische Befehlshaber, konnte auf eine beeindruckende Siegesstrecke zurückblicken und war daher wie vor den Kopf geschlagen, als ihn in Frankfurt die Nachricht von seiner Ablösung durch den General von Manteuffel erreichte. Im Hauptquartier hatte man Falckenstein eigenmächtige Abweichungen von seinen Instruktionen im Feldzug gegen die Hannoveraner übel genommen. Moltke, der seinen Untergebenen stets größte Selbständigkeit ließ, war nicht gesonnen, Abweichungen von klaren Befehlen durchgehen zu lassen.

Die Kämpfe in der Mainschleife

Es war ausgeschlossen, dass das VIII. Armeekorps des Prinzen Alexander allein gegen die Preußen bestehen konnte. Das Verlangen des Oberkommandierenden, des Prinzen Carl, nach Zusammenführung der beiden süddeutschen Korps lag nun auch in Alexanders unmittelbarem Interesse. Er führte seine Truppen noch vor dem Einmarsch der Preußen in Frankfurt nach Osten, sehr zum Missfallen der Regierungen, aus deren Landeskontingenten sich sein Korps zusammensetzte. Er wählte den Weg durch den Odenwald, südlich des Mains. Die Bayern kamen ihm etwas entgegen, indem sie sich westlich von Würzburg aufstellten. Beide Prinzen beabsichtigten, nach dem erfolgten Zusammenschluss ihrer Korps mit vereinten Kräften gegen die Mainarmee offensiv zu werden. Man einigte sich darauf, den Stoß nach Nordwesten, durch den Spessart zu führen.

In Böhmen herrschte schon seit dem 22. Juli eine befristete Waffenruhe. Davon wusste man auch bei den beiden Bundes-

Armeekorps im Westen. Um die Position der Süddeutschen zu verbessern, schien es aber immer noch wünschenswert, einen Waffenerfolg zu erzielen. Am 16. Juli hatte Carl den preußischen Vorschlag einer achttägigen Waffenruhe abgelehnt, weil er sich nur auf Bayern bezog und das VIII. Armeekorps nicht einschloss. Darauf glaubte er, als Befehlshaber beider Korps und nicht nur des bayerischen, nicht eingehen zu dürfen.

Auch der neue Offensivplan der Süddeutschen zerschlug sich indes, denn die Preußen ergriffen mit gewohnter Energie die Initiative, und ihre Gegner unterließen erneut – noch dazu im eigenen Land! – die Aufklärung gegen den Feind, so dass sie wieder einmal überrascht wurden. Während Carl die Preußen aus dem Spessart erwartete, also aus eher nördlicher Richtung, jedenfalls vom rechten Mainufer, kamen sie vom linken, durch den Odenwald, also von Westen. Dort sollte das VIII. Korps die Tauberlinie sichern, die aber am 23. und 24. Juli von der Mainarmee gewaltsam überschritten wurde. Bei Tauberbischofsheim fügte das Schnellfeuer der Zündnadelgewehre den Württembergern schwere Verluste zu. Das Verlustverhältnis betrug annähernd 6 : 1 zu ihren Ungunsten.

Diese Niederlage kam überraschend, weil die Süddeutschen artilleristisch weit überlegen waren. 40 Geschütze, darunter 36 moderne, gezogene Feldkanonen, hatten dem Sturmangriff der Württemberger mit einem vermeintlich mörderischen Feuer vorgearbeitet, dessen Wirkung indessen gering geblieben war. Damals begann eine Eskalation der artilleristischen Massenerwirkung, die im Ersten Weltkrieg monströse Höhen erreichen sollte.

Das Oberkommando, also die Führung des bayerischen VII. Armeekorps, schenkte der gefährlichen Entwicklung beim VIII. Armeekorps nicht die nötige Aufmerksamkeit. Von einer Offensive der

„Westdeutschen Bundesarmee“, wie man die vereinten, aber nicht wirklich kooperierenden Korps jetzt nannte, konnte nun keine Rede mehr sein. Der Offensivplan hatte insofern Folgen, als Carl bereits starke Kräfte seines Korps nach Norden in die Mainschleife bis nach Gemünden verschoben hatte, so dass sie westlich von Würzburg, wo in den nächsten Tagen hart gekämpft wurde, fehlten bzw. zu spät kamen, um den Ausgang der Kämpfe zugunsten der Bayern zu beeinflussen. Wer heute auf der Autobahn A 3 zwischen den Ausfahrten Helmstadt und Würzburg-Heidingsfeld oder der etwas nördlich verlaufenden Bundesstraße 8 unterwegs ist, befährt den Raum, in dem damals marschiert und gekämpft wurde.

Am 25. Juli zwangen die Preußen das VIII. Armeekorps zum Rückzug nach Würzburg, während von Carl immer noch Befehle einliefen, die längst verlorene Tauberlinie zu halten. Gleichzeitig griffen sie das nördlich davon stehende VII. Korps bei Helmstadt an, dessen Widerstand zwar kräftiger, aber ebenfalls erfolglos war. Insbesondere beobachtet man auf bayerischer Seite eine starke Zersplitterung der eingesetzten Verbände und vermisst eine einheitliche Leitung der Gefechte. Die beiden am meisten betroffenen Divisionen, die 1. und 3., kämpften je ihre eigene Schlacht. Die links stehende 3. Division vertraute zum Schutz ihrer Flanke auf die 2. Division des VIII. Armeekorps. Das waren die Badener. Obwohl dieser Einheit ausdrücklich befohlen war, die linke Flanke der Bayern zu decken, zog sie sich nach Würzburg zurück, was auch die Bayern zwang, das Gefecht abzubrechen. Während des ganzen Feldzugs vermied der badische Divisionskommandeur, Prinz Wilhelm, ein Neffe des regierenden Großherzogs, jede ernste Konfrontation mit den Preußen, eine Haltung, die nach dem Krieg zu öffentlichen Auseinandersetzungen um den „badischen Verrat“

führte. Der Grund für diese Passivität war wohl die Verschwägerung des badischen Herrscherhauses mit den Hohenzollern: Großherzog Friedrich war der Schwiegersohn des preußischen Königs.

Prinz Luitpold, der spätere Prinzregent, führte seit dem Tod des Generals von Zoller bei Kissingen die 3. Infanterie-Division und beurteilte die Leistung seiner Truppen an diesem Tag recht kritisch:

„Man sah, dass die Gewohnheit des strengen Gehorsams fehlte, und man kann sich der Überzeugung nicht verschließen, dass der echte militärische Geist und die Furcht vor der Handhabung des Gesetzes nur schwach vertreten ist.“

*Eigentliche Furcht vor dem Feinde oder üblen Willen hat der Unterzeichnete nicht beobachtet; Zucht, Schule und intelligente Führung sind es, welche fehlen.“*⁶

An diesem Tag wurde auch Luitpolds Sohn Ludwig, der spätere König Ludwig III., von einer Gewehrkugel in den linken Oberschenkel getroffen. Das Geschoss konnte nie entfernt werden. Der eigentlich völlig unmilitärische Prinz diente als Ordonnanzoffizier bei seinem Vater. In Helmstadt erinnert an dieses Ereignis ein Denkmal aus rotem Sandstein mit einem Zitat Luitpolds:

„Meine Vaterpflichten treten in dieser Stunde zurück gegenüber höheren Pflichten, die ich gegen das Vaterland zu erfüllen habe.“

Nach offiziellen Angaben sind am 25. Juli 43 Bayern gefallen, 408 wurden verwundet, 279 wurden vermisst, waren also in Gefangenschaft geraten. Die preußischen Verluste betragen etwa die Hälfte. Auch diese Zahlen sind unzuverlässig und mit Sicherheit zu niedrig. Am Abend dieses Tages war die bayerische Armee in einer höchst gefährlichen Lage. Das VIII. Armeekorps hatte ihre Flanke entblößt, und hinter ihr verlief das tiefe Maintal.

Solche Geländehindernisse in ihrem Rücken sind für bedrängte Armeen eine große Gefahr, weil sie das Ausweichen

blockieren oder jedenfalls nur an den wenigen Übergangsstellen zulassen. Hinzu kam, dass auch die „Trains“ der Bayern noch diesseits des Mains standen. „Trains“ transportierten Munition und Verpflegung. Zu ihnen gehörten Lazarette und transportable Brücken, kurz alles, was für die Operationsfähigkeit von Armeen unentbehrlich war. Solange die Absicht zu offensivem Vorgehen bestand, mussten sie auch diesseits des Maintals sein, damit die fechtenden Truppen rasch über sie verfügen konnten. Anders sah es aus, wenn es rückwärts ging. Vor dem Rückzug der Kampftruppen hinter den Main mussten die Fuhrwerke abgeflossen sein. Verstopfte Wege und Straßen, also das, was man heute als „Stau“ bezeichnet, behinderten regelmäßig die Truppenbewegungen. Ihre Vermeidung oder Auflösung gehörte zu den wichtigsten Aufgaben der militärischen Führung.

Der 25. Juli war aus der Sicht des bayerischen Oberkommandos enttäuschend verlaufen. Trotzdem hoffte Carl, den Preußen am nächsten Tag noch eine Schlappe beibringen zu können. Sein Plan war nicht einmal schlecht: Auf den Höhen zwischen Hettstädter Hof und Höchberg hatte das VII. Korps eine sehr starke Artilleriestellung bezogen. 116 Geschütze erwarteten dort den Angriff der Preußen. Sie sollten sich an ihrem massiven Geschützfeuer abarbeiten und schwächen. Diese Lage wollte Carl zu einem starken Gegenstoß nutzen, um sich anschließend unbedrängt hinter den Main zurückziehen zu können. Links davon sollte das VIII. Armeekorps den westlich von Würzburg auf dem linken Mainufer gelegen Nikolausberg besetzen und die Flanke der Bayern decken. Die verlustreichen Kämpfe, die sich am frühen Vormittag des 26. Juli um die Höhen zwischen Uettingen und Roßbrunn entwickelten, etwa zehn Kilometer vor der eigentlichen Hauptwiderstandslinie, hatten nicht in der Absicht der bayerischen

Führung gelegen, sondern entstanden aus der Initiative der dort postierten Truppen. Nachdem die Preußen die Bayern von diesen Höhen vertrieben hatten, ebte das Gefecht ab.

Inzwischen war aber die wichtigste Voraussetzung für Carls Plan entfallen: Die Truppen Alexanders hatten sich auf das rechte Mainufer nach Würzburg zurückgezogen und damit die linke Flanke der bayerischen Stellung preisgegeben. Alexander, der seinerseits unter starkem Druck seiner Divisionskommandeure handelte, auf deren Gehorsam kein Verlass war, begründete diesen Verstoß gegen einen eindeutig erteilten Befehl neben der Erschöpfung seiner Truppen mit dem merkwürdigen Argument, der Feind sei vor ihm nicht erschienen.

Damit blieb auch den Bayern nichts anderes übrig, als ein Gleiches zu tun. Ihre letzte Stellung westlich des Mains blieb also unerprobt. Dass sich die Preußen in der zweiten Tageshälfte passiv verhielten, hat objektiv die bayerische Armee gerettet. Ob das daran lag, dass die preußische Führung die Gelegenheit nicht erkannte oder einfach keinen Sinn mehr darin sah, zu diesem Zeitpunkt noch ein Gemetzel anzurichten, bleibt offen. Jedenfalls wäre es politisch falsch gewesen, das bayerische Heer zu zertrümmern, das Bismarck für die Zukunft an der Seite Preußens wissen wollte.

Bevor die Bayern die Mainseite wechselten, war es noch zu einem großen Reitergefecht nördlich von Hettstadt gekommen, an dem sich auch das 1. Kürassierregiment beteiligte, das bei Hünfeld ausgerissen war. Nun hatte es Gelegenheit, seine Reputation wiederherzustellen. Die Bayern waren stark überlegen und schlugen die preußischen Reiter aus dem Feld. Das war, nach all den Misserfolgen der letzten Wochen, ein kleines Trostpflaster für den bayerischen Waffenstolz. Militärisch wichtiger aber war es, dass es bis 8 Uhr abends

gelingen war, die Armee und ihre Trains sicher über den Main zurückzuführen. Auf dem linken Mainufer hielt sich nur noch die Festung Marienberg oberhalb von Würzburg. Die Preußen beschossen sie am 27. Juli mit Feldartillerie, ein sinnloses Unterfangen, da mit solch kleinen Geschützen einer Festung, selbst einer veralteten, nicht beizukommen war. Immerhin brannte der Dachstuhl des Zeughauses nieder. An diesem Gefecht beteiligte sich auch eine bayerische Feldbatterie, deren Feuer auf eine Distanz von 2.500 Metern ein preußischer Offizier und zwei Pferde zum Opfer fielen. Eine solche Entfernung war damals die Grenze der artilleristischen Wirkungsmöglichkeit. Seit dem 28. Juli herrschte am unteren Main faktische Waffenruhe, aber noch kein förmlicher Waffenstillstand. Unterdessen war über Hof ein weiterer preußischer Verband in Bayern eingedrungen, das II. Reserve-Armee Korps unter Führung des Großherzogs Franz von Mecklenburg-Schwerin. Die Bayern konnten dieser Abteilung nur noch schwache Kräfte entgegen stellen. Bei Seybothenreuth in der Nähe von Bayreuth kam es noch zu einem kurzen Zusammenstoß, bei dem ein bayerisches Bataillon zersprengt wurde, das fast nur aus Rekruten bestand. Am 1. August erreichten die Invasoren Nürnberg. Der förmliche Waffenstillstand trat am 2. August ein. Die Grenze des von den norddeutschen Truppen besetzten Gebiets verlief vom Bayerischen Wald über Amberg, Schwabach, Schwäbisch-Hall bis Mannheim. Mit Hannover, Kurhessen, Nassau und Hannover hatte Preußen keine Verhandlungen mehr geführt: Diese Gebiete verloren ihre Selbständigkeit und wurden dem preußischen Staat einverleibt.

Fazit

Der preußische Sieg war hochverdient. Die preußische Armee hatte über mehre-

re Jahrzehnte hinweg eine eigentümliche kulturell-mentale Entwicklung genommen, in der ein zu Initiative und Selbständigkeit erzogenes Führerkorps entstanden war, dessen Mitglieder dabei nichtsdestoweniger gelernt hatten, im Sinn des Ganzen zu denken und zu handeln. Daraus war ein sonderbar liberaler Führungsstil hervorgegangen, der den Führern im Rahmen der Aufträge, die sie erhalten hatten, große Handlungsspielräume zuwies und einen taktisch aggressiven Gefechtsstil hervorbrachte. In keiner Armee waren Befehle kürzer und klarer als in der preußischen. Die Armee war modern bewaffnet, sie war in der Handhabung dieser Waffen besser ausgebildet als jede andere Armee der 1860er Jahre, und sie hatte die Folgen dieser neuen Bewaffnung für das Gefecht weit gründlicher durchdacht als ihre Rivalen. Die Reformen des Kriegsministers Albrecht von Roon (1803-1879, Kriegsminister 1859-1872) hatten das Feldheer vergrößert und verjüngt und seinen Einheiten ein festes inneres Gefüge verliehen. Das Militärwesen der süddeutschen Staaten litt unter jahrzehntelanger Vernachlässigung. Es sagt viel, dass die bayerische Armee dabei im Vergleich noch am besten abschnitt. Den Truppen und ihren Führern fehlte eine sorgfältige Schulung im Frieden. Mobilisierungsvorbereitungen bestanden nicht. Die Überführung der Truppen in das mobile Verhältnis musste aus dem Stand improvisiert werden. Es gelang weder, die beiden süddeutschen Armee Korps mit der österreichischen Armee zu koordinieren, noch auf dem süddeutschen Kriegsschauplatz die Anstrengungen zu einem gemeinsamen Ziel zu vereinen. Sowohl die Bayern als auch die Südwestdeutschen handelten vor allem aus ihrer jeweiligen Interessenlage heraus. Als der Feldzug im Süden ernsthaft begann, war der Krieg durch die Schlacht von Königgrätz bereits entschieden. Es ging also nicht mehr um den Sieg, sondern

nur noch um die Verbesserung der Ausgangslage für die Friedensverhandlungen, die ohnehin in wenigen Wochen, ja Tagen zu erwarten waren. Es war ein sonderbarer, im Grunde zweckloser Kabinettskrieg, der sich zwischen Frankfurt und Würzburg abgespielt hatte.

Literatur

Der Feldzug von 1866 in Deutschland. Redigiert von der kriegsgeschichtlichen Abteilung des Großen Generalstabes, Berlin 1867.

Antheil der Königlich Bayerischen Armee am Kriege des Jahres 1866. Bearbeitet vom Generalquartiermeister-Stabe, München 1868.

Fritz Hoenig, Die Entscheidungskämpfe des Mainfeldzuges an der Fränkischen Saale, Berlin 1895.

Oscar von Lettow-Vorbeck, Geschichte des Krieges von 1866 in Deutschland, 3 Bände, Berlin 1896-1902.

Eugen von Frauenholz, Die Heerführung des Feldmarschalls Prinzen Carl von Bayern im Feldzug von 1866, München 1925 (= Darstellungen aus der Bayerischen Kriegs- und Heeresgeschichte, Heft 25).

-
- 1 Oskar Bezzel, Geschichte des Königlich Bayerischen Heeres von 1825 mit 1866, München 1931 = Geschichte des Bayerischen Heeres, hrsg. vom Bayerischen Kriegsarchiv Bd. 7, S. 260.
 - 2 Moritz von Klingenstein, Meine Eindrücke aus dem bayerisch-preußischen Feldzuge im Jahre 1866, Wien 1867, S. 15.
 - 3 Helmuth von Moltke, Aus den Verordnungen für die höheren Truppenführer vom 24. Juni 1869, in: Moltkes Militärische Werke. Teil 2, Die Thätigkeit als Chef des Generalstabes der Armee im Frieden, Berlin 1900, S. 196.
 - 5 Josef Wabra, Rhönfeldzug 1866. Schlacht bei Hammelburg und Bad Kissingen, Werneck 1968, S. 67.
 - 6 Lettow-Vorbeck, Bd. 3, S. 183.
 - 7 Bericht vom 2.8.1866, in: Frauenholz, S. 169.

Dieter Storz

Betrachtung

Der Krieg von 1866 hatte mit einem militärischen Triumph Preußens geendet, und es war dem diplomatischen Geschick Bismarcks gelungen, die Früchte dieses Sieges zu ernten, bevor die europäischen Großmächte, allen voran Frankreich als die am stärksten interessierte, allzuviel Wasser in diesen Wein schütten konnten. Am 22. Juli 1866 trat in Böhmen eine zunächst auf fünf Tage befristete Waffenruhe ein. Diese Zeit wurde intensiv für Verhandlungen im mährischen Nikolsburg genutzt, die am 26. Juli in den Vorfrieden von Nikolsburg mündeten: Österreich trat Venetien an Italien ab, doch blieb seine territoriale Integrität Preußen gegenüber gewahrt. Es stimmte der Auflösung des Deutschen Bundes zu und der Neugestaltung Deutschlands ohne seine Beteiligung. Dazu gehörte die ausdrückliche Anerkennung einer Vereinigung der deutschen Staaten nördlich des Mains unter preussischer Führung und des möglichen Zusammenschlusses der Staaten südlich dieser Linie zu einem eigenen Bund. Daran war insbesondere Frankreich interessiert. Österreich trat seine Rechte an den Elbherzogtümern an Preußen ab, erreichte aber, dass Preußen die Integrität des Königreichs Sachsen respektierte. Angesichts der Treue, mit der Sachsen im Krieg zu Österreich gehalten hatte, war das für Franz Joseph I. ein Ehrpunkt: Es war für ihn ausgeschlossen, den preussischen Ansprüchen auf sächsisches Gebiet zuzustimmen. Wenn Preußen Frieden haben wollte, musste es diesen Standpunkt akzeptieren. Die Kriegsentschädigung, die der Sieger dem Besiegten aufzuerlegen

pflegte, fiel mit zwanzig Millionen Talern netto verhältnismäßig gering aus. Ab dem 2. August trat ein förmlicher Waffenstillstand an die Stelle der bisherigen Waffenruhe, der nun auch die Süddeutschen einschloss. Der endgültige Friedensvertrag wurde am 23. August in Prag unterzeichnet und eine Woche später ratifiziert. Vom Südbund wurde auf Druck Frankreichs gesagt, dass er „eine international unabhängige Existenz haben“ werde. Das hätte ihm gegen Versuche aus dem Norden, den Süden anzuschließen, eine größere Widerstandsfähigkeit gegeben. Insbesondere wäre es ihm leichter gefallen, die Hilfe Frankreichs anzurufen.

Auch auf dem westlichen Kriegsschauplatz hatte zunächst eine Waffenruhe den Kämpfen ein Ende gemacht. Einen Vorfrieden gab es nicht. Die Friedensverhandlungen wurden in Berlin geführt. Dort jagte Bismarck den bayerischen Vertretern zunächst einen gehörigen Schrecken ein. Die Bayern hatten mit ein Kriegskostenentschädigung von sechs Millionen Talern gerechnet, während Bismarck deren zwanzig verlangte und, schlimmer noch, Gebietsabtretungen, die Bayern ein Fünftel seines Gebietes gekostet hätten: Kulmbach, Kronach, Hof, Kissingen, Hammelburg und Brückenau sollten preussisch werden, ein großer Teil der Pfalz an Hessen-Darmstadt gehen, als Entschädigung für Oberhessen, das sich Preußen aneignen wollte. Oberhessen war die nördlich des Mains gelegene kleinere Hälfte des Großherzogtums Hessen-Darmstadt. In Kulmbach wolle Preußen, so Bismarck, eine Festung errichten. Der preussische



Ministerpräsident nannte diese Forderungen „rücksichtsvoll“. Von der Pfordten war entsetzt. Er nannte sie in höchstem Grade ungerecht und unbillig, weil nur Bayern Gebietsverluste erleiden sollte. Bismarck gab ihm darauf eine Antwort, die ins Grundsätzliche ging: „Von Gerechtigkeit oder Billigkeit könne nach einem Kriege nicht die Rede sein, da handle es sich um Macht und Interesse.“¹ Die Forderungen Bismarcks waren nicht seine eigenen, wohl aber die der preußischen Armee und seines Königs, der schon aus sentimentalischen Gründen die Hand nach den einst hohenzollernschen Markgrafschaften Ansbach und Bayreuth ausstreckte. Bismarck dagegen kam es darauf an, für die Zukunft gute Beziehungen zu Süddeutschland und insbesondere zu Bayern herzustellen. Den größten Teil seiner Energie musste Bismarck bei den Friedensverhandlungen also dafür aufwenden, Wilhelm I. für eine Politik der Vernunft zu gewinnen. Das hat man in Bayern auch anerkannt und ihm noch im gleichen Jahr den Hubertusorden verliehen, also die höchste Auszeichnung, die der bayerische König vergeben konnte. Inzwischen hatte Napoleon III. seine Forderungen in Berlin präsentiert: Er verlangte für Frankreich Mainz, die bayerische Rheinpfalz, Saarbrücken und Saarlouis. Nachdem Bismarck aber mit Österreich bereits ins Reine gekommen war, konnte er diese Ansprüche zurückweisen. Und er sorgte dafür, dass die Öffentlichkeit davon erfuhr. Schlauerweise bediente er sich für diese Indiskretion eines französischen Blattes. Sie verfehlte ihre Wirkung auf die Süddeutschen nicht.

Am 22. August 1866 wurde in Berlin zwischen Preußen und Bayern der Friedensvertrag unterzeichnet, der bereits am 4. September im Gesetzblatt für das Königreich Bayern veröffentlicht wurde. Danach musste Bayern die unterfränkischen Bezirksämter Gersfeld und Orb (ohne Aura)

an Preußen abtreten und eine Kriegsschädigung von dreißig Millionen Gulden leisten, was immerhin noch 17,43 Millionen Talern entsprach. Ironischerweise fiel dabei mit Tann das Stammschloss des bayerischen Generalstabschefs in diesem Feldzug, Ludwig von der Tann, an Preußen. Preußen allerdings war ein Rechtsstaat, so daß sich an den privaten Besitz und Wohnverhältnissen nichts änderte. Grenzverschiebungen im 19. Jahrhundert lassen sich mit den Massenaustreibungen, die im 20. Jahrhundert solche Erwerbungen absicherten, nicht vergleichen. Auch die anderen süddeutschen Staaten kamen glimpflich davon. Oberhessen blieb dem Großherzog von Hessen erhalten, änderte bloß durch einen Gebietstausch mit ehemals kurfürstlich-hessischen und Frankfurter Gebietsteilen ein wenig seine Gestalt.

Zu Kuriosa der Friedensverhandlungen gehört es, dass der preußische König als Trostpflaster für die entgangenen fränkischen Lande wenigstens die Überlassung der Nürnberger Burg erreichen wollte, das Schloss seiner Ahnen. Sie aber gehörte nicht dem bayerischen König, sondern war Staatsbesitz. Die bayerischen Unterhändler erklärten, dass der König diese Immobilie nicht ohne Zustimmung des Landtags übertragen könne, womit die Sache ihr Bewenden hatte.

Bayern, Württemberg und Baden mussten Militärbündnisse mit Preußen schließen. Diese „Schutz- und Trutzbündnisse“ waren nicht auf den Verteidigungsfall begrenzt und übertrugen den Oberbefehl im Krieg dem König von Preußen. Bayern unterzeichnete diesen Vertrag ebenso wie den Friedensvertrag am 22. August. Diese Militärbündnisse wurden vorläufig geheim gehalten.

In Norddeutschland kannte Preußen keine Gnade: Das Königreich Hannover, das Kurfürstentum Hessen (Kassel) sowie das Herzogtum Nassau und die Freie Stadt

Frankfurt am Main hörten auf zu existieren und wurden Preußen einverleibt. Die verbliebenen Staaten nördlich der Mainlinie schlossen sich 1867 zum „Norddeutschen Bund“ zusammen, der ausdrücklich auf Erweiterung angelegt war. Hessen-Darmstadt wurde dabei gewissermaßen geteilt, denn es trat nur mit Oberhessen in diesen Bund ein. Bismarck hatte die Verfassung des Nordbundes ausgearbeitet, die später auf das Deutsche Reich ausgedehnt wurde. Die Handelsmarine seiner Mitgliedsstaaten erhielt eine neue Flagge mit den Farben Schwarz, Weiß und Rot: Schwarz und Weiß waren die Farben Preußens, Rot und Weiß die der Hansestädte. 1871 wurde diese Handelsflagge zur Nationalflagge des Deutschen Reichs.

Ein Südbund sollte dagegen nie zustande kommen, nicht einmal ernsthaft in Angriff genommen werden. Zu groß war die Enttäuschung in den anderen süddeutschen Staaten über den Verlauf des Feldzugs von 1866, als dass sie sich zu einer Allianz mit Bayern hätten vereinen wollen, dem man die Niederlage vor allem anrechnete: Wenn schon ein Bund mit einem starken Partner geschlossen werden sollte, dann mit einem wirklich mächtigen, und das war nach Lage der Dinge nun einmal Preußen. Das galt insbesondere für Baden, das in seinem Vereinigungsdrang von Berlin aus geradezu gebremst werden musste, weil Bismarck Irritationen in Paris vermeiden wollte. In Württemberg ging damals der Stern Albert von Suckows auf, der den Krieg als Militärbevollmächtigter des VIII. Bundesarmeekorps im Hauptquartier des Prinzen Carl mitgemacht hatte. Dieser äußerst durchsetzungsfähige Offizier stieg bis 1870 zum württembergischen Kriegsminister auf. Über die Kräftigung der Armee nach preußischem Muster hinaus war ihm der Anschluss an Preußen auch ein nationalpolitisches Herzensanliegen. Der Hof und das liberaldemo-

kratisch gesonnene Volk in Württemberg sahen das noch mit Skepsis.

Die „Schutz- und Trutzbündnisse“ beschleunigten die militärischen Reformen in den süddeutschen Staaten, die ohnehin notwendig waren, weil der Feldzug die völlige Unzulänglichkeit der bisherigen Wehrverfassungen überzeugend bewiesen hatte. Das Modell für die Süddeutschen war natürlich die preußische Armee. Die bisherigen vier Divisionen der bayerischen Armee wurden in zwei Armeekorps gegliedert, was der Einteilung der preußischen Armee entsprach. Das sollte es im Kriegsfall ermöglichen, bayerische Heereskörper operativ wie preußische zu verwenden. Diese militärische Anschlussfähigkeit war eines der wirksamen Argumente gegen die Einführung des Schweizer Milizsystems, das damals in Süddeutschland viele Anhänger fand, weil es eine große Streiterzahl lieferte, preiswert und für Angriffskriege ungeeignet war.

1868 trat in Bayern die allgemeine Wehrpflicht nach preußischem Muster an die Stelle des bisherigen Konskriptionssystems. Dadurch gelangten mehr Dienstpflichtige als bisher zur Einstellung. Die tatsächlichen aktiven Dienstzeiten verlängerten sich und die Stellvertretung entfiel. Es kam zu landesweiten Protesten und Widerstand gegen Einberufungen unter dem Motto „Wir wollen nicht preußisch werden“. Zur Bändigung der Widersätzlichen wurde ein Strafbataillon in Ingolstadt formiert. Wenn Bayern aber weiterhin eine politische Rolle spielen wollte, musste es militärisch leistungsfähig sein. Natürlich führten alle süddeutschen Staaten, ja überhaupt alle Länder, deren Armeen bisher mit Vorderladern bewaffnet waren, Infanteriegewehre ein, die von hinten zu laden waren. Baden, Württemberg und Hessen übernahmen damals das preußische Zündnadelgewehr. Dass mit der neuen Waffe auch die preußischen Vorschriften eingeführt werden mussten, bildete

für Suckow ein zusätzliches Motiv für diese Bewaffnung. Bayern entschied sich dagegen für ein eigenes Modell. Auch hier waren nicht nur technisch-sachliche Gründe die leitenden, sondern auch politische. Man wollte sich bewusst von Preußen abgrenzen und mit einer eigenen Waffe die Eigenständigkeit Bayerns betonen. Die nationale Hochspannung Suckows war dem bayerischen Kriegsminister, Siegmund von Pranckh, fremd.

Der „deutsche Dualismus“ hatte 1866 sein Ende gefunden. Nicht nur, dass Preußen jetzt unter den deutschen Mächten unbestritten den ersten Rang einnahm – Österreich hatte überhaupt aufgehört, eine deutsche Macht zu sein. Dies bildet eine der großen Zäsuren der deutschen Geschichte, die bis 1866 maßgeblich von Österreich und weniger von Preußen geprägt worden war. Über Jahrhunderte hinweg hatten die Deutschen vor allem nach Wien geblickt und nicht so sehr nach Berlin, und es war Österreich, das im Osten wie im Westen die Hauptlast der Verteidigung des Heiligen Römischen Reiches gegen seine äußeren Feinde getragen hatte.

Nicht nur seiner deutschen Stellung war der Staat der Habsburger verlustig gegangen, er hatte auch den Rest seiner historischen Herrschaft in Italien aufgeben müssen. Diese großen Niederlagen hatten gravierende Folgen für das innere Gefüge der Donaumonarchie. Seit der Niederwerfung des ungarischen Aufstandes der Jahre 1848/49 hatte Kaiser Franz Joseph I. sein Reich in der Art eines absoluten Monarchen von Wien aus regiert. Um den Zusammenhalt dieses Reiches zumindest nach außen zu bewahren, musste er dem Verlangen der Ungarn nach Selbstregierung weit entgegenkommen. Dies geschah im „Ausgleich“ des Jahres 1867, der den Gesamtstaat in zwei Hälften mit weitgehender innerer Autonomie teilte: Die „Doppelmonarchie“ entstand. Deutsche und Ungarn machten je etwa ein Viertel

der Bevölkerung dieses Doppelstaates aus. Die anderen Völker, meist Slawen, waren nach den Zugeständnissen an die Ungarn mit ihrer Lage noch unzufriedener als vorher. Das Nationalitätenproblem schwelte weiter und verschärfte sich sogar. Die innere Krise wurde zum Normalzustand in der letzten Phase jenes Staates, den man seit 1867 „Österreich-Ungarn“ nannte.

In der „deutschen Frage“ war eine wichtige Vorentscheidung im kleindeutschen Sinn gefallen, mit dem Norddeutschen Bund bereits ein kleines kleindeutsches Reich entstanden. Ungeklärt war einstweilen der künftige Status der süddeutschen Staaten, die der Krieg in eine Freiheit entlassen hatte, die sie so nicht angestrebt hatten. Die Jahre zwischen 1866 und 1870 waren die einzigen in der Geschichte Bayerns, in denen das Land souverän war, also nicht eingebunden in größere völkerrechtliche Einheiten. Für eine souveräne Existenz in Europa fehlte aber selbst Bayern als dem größten und bedeutendsten der Staaten des deutschen Südens das Volumen und wohl auch das Selbstbewusstsein, und es besaß im Süden auch nicht die selbstverständliche hegemoniale Stellung, die Preußen im Norden genoss.

Literatur

Michael Doeberl, Entwicklungsgeschichte Bayerns, Bd. 3, Vom Regierungsantritt König Ludwigs I. bis zum Tode Ludwigs II. mit einem Ausblick auf die innere Entwicklung Bayerns unter dem Prinzregenten Luitpold, München 1931.

Golo Mann, Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt am Main 1958.

Andreas Kraus, Geschichte Bayerns. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1983.

Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866-1918, 2 Bände, München 1990, 1992.

Hans-Michael Körner, Geschichte des Königreichs Bayern, München 2006.

1 Doeberl, S. 439.

Walter Hamm

Die Toten der bayerischen Armee des Jahres 1866

1. Vorbemerkung

Wer wissen will, wieviel bayerische Opfer der Krieg von 1866 gefordert hat, wird vertrauensvoll nach der Darstellung des bayerischen Generalstabs vom Jahr 1868 greifen.¹ Dessen Angaben sind aber nicht nur unvollständig, sondern geben, wie im Folgenden zu zeigen ist, nur einen Bruchteil der wirklichen Totenverluste der Armee an. Dieser Beitrag geht auf umfangreiche Untersuchungen des Autors zurück, in denen die Gefallenen der bayerischen und preußischen Armee auf dem westdeutschen Kriegsschauplatz 1866 namentlich ermittelt wurden. In diesem Text wird eine quantitative Analyse der bayerischen Totenverluste vorgenommen.

2. Die offiziellen Verlustlisten

Preußen

Die preußischen Verluste wurden in Form sogenannter Verlustlisten im „Königlich Preußischen Staats-Anzeiger“ veröffentlicht (ab Nr. 160 vom 7. Juli 1866). Insgesamt gab es bis zum 25. August (Beilage Nr. 207) elf solcher Listen. Abschließend erschienen im November „Zu den Listen 1-11 nachträglich angezeigte Veränderungen, Berichtigungen u.s.w.“² In diesen Listen sind je Einheit (Regiment bzw. Bataillon, aufsteigend nach Nummer der Kompanie) die sofort Gefallenen, die Verwundeten und Vermissten genannt. Dazu

finden sich Angaben zur Todesursache bzw. Verwundung und dem aktuellen Verbleib der Betroffenen. Vereinzelt sind auch an Krankheiten bzw. Seuchen verstorbene Soldaten aufgeführt. Allerdings fehlen die meisten der durch Krankheit, Seuchen (Typhus, Cholera) und Unfälle Verstorbenen.

Bayern

In Bayern gab es keine vergleichbare publizierte Dokumentation der Verluste. Der Druck der Öffentlichkeit erzwang zwar die Veröffentlichung von Verlusten in der Presse,³ doch blieben sie unvollständig. Die Verlustlisten Nr. I (veröffentlicht am 15. Juli) bis Nr. IV (22. Juli) geben nur den Stand bis einschließlich der Gefechte am 10. Juli wieder. Daneben wurden Verlustlisten einzelner Einheiten mit unterschiedlicher Aussagekraft veröffentlicht.⁴

Gleiches gilt für die Verteilung („Dislokation“) der Verwundeten und Kranken in ganz Bayern nach Zeitungsmeldungen. Hier sind die Opfer mit vielen persönlichen Angaben aufgeführt. Eine weitere Hilfe ist der Bericht von Professor Heinrich Ranke über seine Reise zu den Lazaretten in Thüringen und Unterfranken⁵, in denen bayerische Soldaten behandelt wurden. Er nennt auch dort Verstorbene. Ähnliche „Dislokationslisten“ gibt es bis in den September hinein.⁶ Sie kommen teilweise aus dem Militärbereich, teilweise



ZU EHREN
DER AM 25. JULI 1866
GEFALLENEN
TAPFEREN
BAYERISCHEN
KRIEGER.

aber auch aus privaten Quellen. Sie unterscheiden vier Kategorien:

Geblieden: Das sind die direkt am Gefechtsort und -tag getöteten Soldaten. Diese Meldungen sind nicht immer vollständig.

Verwundet: Die Namen werden angeführt, oft auch der Verbleib in einem Lazarett genannt. Weiterverlegungen werden nur gelegentlich erwähnt. Teilweise sind auch Erkrankte aufgeführt.

Vermisst: Diese Kategorie fasst Soldaten verschiedener Schicksale zusammen: Die auf Dauer vermissten und somit den Opfern zuzurechnenden Soldaten und diejenigen, deren Schicksal später noch geklärt wurde. Das konnten sowohl Überlebende wie auch Verstorbene sein.

Gefangen: Sie sind in den Zahlen der Vermissten enthalten.

Die offiziellen Verlustangaben beruhen auf den Meldungen der Einheiten, die kurz nach den Gefechten erstattet wurden. Soldaten, die ohne Kenntnis der Kameraden im Gefecht liegen geblieben waren und dann von den Ortsbewohnern bestattet wurden, galten als vermisst. Da es noch keine Erkennungsmarken gab, war ihre Identifikation nicht möglich. Die in den bayerischen Zeitungen publizierten Verlustlisten beruhen in der Regel auf diesen Angaben.

Umfangreicher sind die Meldungen durch Ärzte über die Belegung der vielen in ganz Bayern entstandenen, oft privat betriebenen Lazarette, die vereinzelt die dort verstorbenen Soldaten erwähnen. Hier wird der aktuelle Stand dokumentiert, nicht der vollständige Verlauf der Krankengeschichten. Todesfälle infolge des Krieges sind bis ins Jahr 1868 hinein bekannt.

Offizielle, zusammenfassende Verlustangaben existieren seit dem Dezember 1866. Damals veröffentlichte die „Bayerische Zeitung“ eine Zusammenstellung der Verluste, die im bayerischen Kriegsministerium entstanden war.⁷ Eine vermeintlich ab-

schließende, offizielle Aufstellung der Verluste bietet das bayerische Generalstabswerk von 1868 zum Krieg.⁸ Hier wird die Zahl der Gefallenen mit 339 Mann angegeben. Wahrscheinlich enthält diese Zahl nur die Soldaten, die nach den Meldungen der Truppenteile während eines Kampfes getötet wurden oder unmittelbar danach ihren Verwundungen erlegen sind.

Soldaten, deren Schicksal ungeklärt blieb, die an den mit dem Krieg einhergehenden Krankheiten und Seuchen verstorben, den körperlichen Strapazen erlegen oder verunglückt sind, fehlen. Um auch diesen Personenkreis zu erfassen, muss auf weitere Quellen zurückgegriffen werden.

3. Regimentsgeschichten und Gedenkstätten

3.1 Eine wichtige Quelle sind die meist gegen Ende des 19. Jahrhunderts publizierten Regimentsgeschichten. Sie gehen häufig über die offiziellen Angaben hinaus, bieten aber auch keine Gewähr für Vollständigkeit. Dies sei an zwei bayerischen Einheiten demonstriert.

4. Infanterie-Regiment „vacant Gumpenberg“:

Die offizielle Darstellung nennt für diese Einheit 27 Gefallene. Eine Regimentsgeschichte nennt 21 Namen,⁹ eine andere 45.¹⁰ Dort heißt es aber auch: „*Leider konnten bei dem Mangel an an Feldrapporten und Grundlisten weder Kompagniezugehörigkeit noch Heimat dieser auf dem Felde der Ehre gebliebenen Angehörigen des Regiments festgestellt werden. [...] Die stets verschiedenen, leider nie namentlichen, Verzeichnisse gestatteten keine vollzählige Aufzählung der Gefallenen.*“¹¹

Auf den Denkmälern in Roßdorf werden 45 und in Roßbrunn sechs weitere Namen von Gefallenen dieser Einheit aufgeführt. Ein Denkmal in Mellrichstadt nennt den Gemeinen Michael Hammer aus Birkenfeld bei Marktheidenfeld. In den Verlust-

listen sind weiterhin Lorenz Jung aus Kleinwallstadt, verstorben im Lazarett in Fladungen nach einem Schuss in die Kniekehle, und Salomon Rothschild aus Hörstein bei Aschaffenburg, verstorben nach einem Unterschenkel- und Blasenschuss genannt.¹² Aus weiteren Quellen können noch folgende Schicksale von Angehörigen des 4. Infanterie-Regiments nachgewiesen werden: Feldwebel Friedrich Renk verstarb am 27. August im Militärspital zu München (Ursache nicht genannt), Martin Walter aus Leider bei Aschaffenburg wird auf einem Denkmal in seinem Heimatort als „gefallen 1866“ betrauert. Ein Soldat aus Rothenfels am Main kam bei seiner Heimkehr am 1. September aus dem Kriegsdienst von Würzburg durch Tiefenthal, infizierte sich dort mit Cholera und erlag „am selben Tag“ in seinem Heimatort dieser Seuche.

1. Infanterie-Regiment „König“:

Auch hier zeigt sich eine große Diskrepanz zwischen offizieller Darstellung und nachweisbaren Opferzahlen: Offiziell werden nur acht Opfer angegeben. Die Regimentsgeschichte von 1878 nennt für den Feldzug von 1866 fünf Gefallene und 39 Vermisste.¹³ Durch die Verlustlisten in den Zeitungen und Sterbeakten können für Kissingen 21, für Helmstadt 25 Opfer nachgewiesen werden. Die auf Denkmälern erwähnten Namen sind hierbei berücksichtigt. Hinzu kommen noch elf Soldaten, die in Münchener Lazaretten verstarben und drei, die in Würzburg dem Typhus erlagen. So sind also letztlich 60 Opfer nachweisbar.

3.2 In den Jahren 1867-1870 wurden, gefördert durch die Einheiten, Denkmäler errichtet, auf denen Namen von Gefallenen angebracht sind. Auch diese Listen sind unvollständig: Manche Opfer fehlen, andere Namen betreffen Gefallene anderer Orte als die der lokalen Gedenkstätte. Sie seien hier, dem Feldzugsverlauf ge-

mäß, in ihrer chronologischen Reihenfolge aufgeführt:¹⁴

Roßdorf/Rhön

Auf dem Friedhof um die Ortskirche befindet sich gleich rechts nach dem Eingang der bayerische Soldatenfriedhof. Auf ihm ruhen elf bayerische Offiziere, teilweise in Einzelgräbern, und 76 Unteroffiziere und Mannschaften. Die Tafel mit den Namen der letzteren hat 1992 der damalige bayerische Ministerpräsident Dr. Max Streibl neu gestiftet, nachdem die ursprüngliche Bronzetafel 1945 eingeschmolzen worden war. Die Namen der Offiziere finden sich auf dem zentralen Obelisk von 1868 bzw. zusätzlich auf den Einzelgräbern.

Bad Kissingen

Hier ist zunächst der Kapellenfriedhof anzuführen, auf dem eine Reihe von Gräbern zu finden sind. Auf der anderen Seite der am Friedhof vorbeiführenden Straße steht das Denkmal der „Trauernden Germania“. Hier finden sich die Namen gefallener bayerischer und preußischer Soldaten. Eine weitere Gedenkstätte steht an der Oberen Saline. Auch hier wurden bayerische und preußische Soldaten beerdigt.

Hammelburg

Am Rande des Altstadtfriedhofes liegen einige Grabsteine für bayerische Opfer des Gefechtes bei jener Stadt.

Helmstadt

Auf der Ostseite des Friedhofes um die Kirche sind die vom ursprünglichen Soldatenfriedhof verbliebenen Denkmäler zusammengefasst. Die Namen der im Gefecht bei Helmstadt gebliebenen bayerischen Soldaten sind weitgehend erforscht.¹⁵ Die Gedenkstätten in der Flur sind durch den ausgeschilderten und kommentierten Kulturweg des Spessartbundes „Zwischen allen Fronten“ zugänglich.

Uettingen

Der Kriegerfriedhof, integriert im Ortsfriedhof, befindet sich in der Nordwest-

ecke. Hier sind noch viele Denkmäler beteiligter Einheiten und Einzelgräber mit Namen bzw. Namenslisten zu finden. Es ist der größte noch vorhandene Soldatenfriedhof des Krieges von 1866 in Deutschland mit 329 belegten Opfern beider Parteien.

Roßbrunn

Der Ort, zeitgleich mit Uettingen vom Gefecht am 25./26. Juli 1866 betroffen, besitzt zwei Gedenkstätten. Zum einen das Denkmal auf dem Vogelsberg, das eine Anzahl der Opfer des 4., 7. und 10. Infanterie-Regiments aufführt. In unmittelbarer Nähe liegen noch zwei Massengräber (davon eines preußisch) ohne Namensangaben.

Am Ostrand des Ortes, an der Ecke des Sportplatzes und der Verbindungsstraße nach Mädelfhofen, befindet sich ein weiteres Massengrab mit bayerischen Offizieren und Mannschaften.

4. Ermittlung weiterer Opfer in ungedruckten Quellen und Sekundärliteratur

Die abschließende Tabelle fasst das Ergebnis dieser Untersuchungen tabellarisch zusammen. Die Quellen für die Angaben in Spalte 4 sollen hier näher erläutert werden:

4.1 Durch das Internet sind viele lokale Denkmäler und Denkmalinschriften zugänglich: www.denkmalprojekt.org, Suchbegriff „1866“. Sie geben viele lokalgeschichtliche Hinweise, auch für die preußische Seite.

4.2 Akten im Staatsarchiv Würzburg: Im Akt zur „Verpflegung kranker und verwundeter Preußen in bayerischen Civilspitälern und in Privatpflege während des Feldzuges von 1866“ sind auch Angaben zu Verbleib bzw. Tod und Todesursache enthalten.¹⁶ Während hier vorwiegend auf das Schicksal preußischer Soldaten ein-

gegangen wird, widmet sich ein anderer Akt den bayerischen Soldaten: „Gefangene, Vermißte, Tode in spe, hier: die [...] am 9. März 1868 noch in Abgang befindlichen“.¹⁷ Er nennt 365 Soldaten mit dem Tag der Vermisstmeldung und wurde wohl ursprünglich im Herbst/Winter 1866 angelegt. Bis zu seinem Abschluss konnten 90 Schicksale geklärt werden.¹⁸ Somit verblieben noch 275 Fälle ungeklärt, die mit dem Vermerk „wahrscheinlich geblieben“ versehen sind. Im Anschreiben werden die königlichen Bezirksämter angewiesen, den Vorgang damit abzuschließen. Aus einigen vorliegenden Dokumenten ist abzuleiten, dass spätestens nach diesem Datum entsprechende Totenscheine ausgestellt wurden.

Wohl die wichtigste bayerische Quelle dürfte ein Akt aus dem Staatsarchiv sein, den 1914 der Hauptmann der Landwehr Weingärtner aus Würzburg anlegte.¹⁹ Er hatte den Auftrag, „die in Unterfranken noch vorhandenen Kriegsgräber vom deutschen Krieg des Jahres 1866 festzustellen und zu inventarisieren.“²⁰ Er weitete seinen Auftrag insofern aus, dass er allen bayerischen Soldaten, also auch z. B. denen in Thüringen, nachforschte und so noch viele offene Fragen klären konnte.

Die bayerischen Soldaten wurden von der Cholera verschont, die auf dem böhmischen Kriegsschauplatz zahlreiche Opfer forderte. Dem Typhus, den Strapazen des Krieges und ähnlichem sind allerdings eine Reihe von Soldaten zum Opfer gefallen. Weingärtner hat auch diese Verstorbenen erfasst.

4.3 Zeitgenössische Lokalpresse

Einige Beispiele, vornehmlich aus dem „Schweinfurter Tagblatt“, illustrieren die mannigfaltigen Ursachen eines Soldatentodes. So verletzte sich Hauptmann Carl Piller vom 8. Jägerbataillon am 5. Juni im Lager bei Schweinfurt beim Hantieren mit dem Revolver tödlich. Unterleutnant Jan

Wachter vom 4. Feldartillerie-Regiment aus Miltenberg erlitt beim Besuch eines Freundes in Gochsheim einen Durchschuss beider Beine, als sich beim Umfallen des Gewehrs eines Soldaten des 12. Infanterie-Regiments ein Schuss löste. Er verstarb am 6. August im Lazarett in Schweinfurt. In die Reihe ungewöhnlicher Soldatentode gehört auch der Freitod des Obersten Freiherr von Pechmann, Kommandeur des 5. Chevauleger-Regiments, der sich nach der panikartigen Flucht der Kavallerie bei Hünfeld in einem Gasthof in Poppenhausen am 5. Juli erschoss. Nicht unerwähnt soll bleiben, dass auch bayerische Zivilpersonen durch Waffengewalt zu Tode kamen. Der Bürgermeister von Mönchberg, Gabriel Gramling, wurde, vor seinem Haus stehend, von einem preußischen Dragoner, der durch die Straße galoppierte, am 21. Juli erschossen. Andreas Bauer aus Winkels bei Kissingen kam am 13. Juli im Lager bei Schweinfurt um, als beim Vorführen eines Revolvers sich versehentlich ein Schuss löste und ihn in den Kopf traf. Die zivilen Kriegstoten sind in der Tabelle in Spalte 5 enthalten.

4.4 Auch Orts-, Stadt- und Pfarrarchive u.ä. wurden zur Ermittlung der Kriegstoten ausgewertet. Zu erwähnen sind weiterhin die Ortschroniken und Tageszeitungen des Jahres 1866. Hier erweisen sich die Todesanzeigen als eine wahre Fundgrube.

5. Die Opfer des Deutschen Krieges 1866 aus Bayern

In der Tabelle wird versucht, nach dem heutigen Stand der Forschungen offiziell gemeldete und ermittelte tatsächliche Opferzahlen darzustellen.

Die Spalten bedeuten:

1 = offizielle Verlustliste, abgedruckt in der „Bayerischen Zeitung“ vom 10. Dezember 1866. Die Zahl in Klammern gibt die dort als „am 1. Nov. noch vermißt“ geführten Soldaten an.

2 = Verluste laut Generalstabswerk (siehe Anm. 1). Allerdings wird hier nicht auf die Zahl der bei Drucklegung noch nicht geklärten Fälle eingegangen, so dass aus der Vermisstenzahl von 1.604 Soldaten nicht auf die Zahl der tatsächlich Vermissten oder Gefallenen geschlossen werden kann. Der oben erwähnte Würzburger Akt, der für den 9. März 1868 noch 275 Vermisste nennt, wurde wohl nicht berücksichtigt.

3 = ausgewiesene Verluste nach den vorliegenden Regimentsgeschichten

4 = zusätzlich ermittelte Opfer

5 = Summe tatsächlicher Opfer (3+4).

Sie sind nicht nach Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften unterschieden. Der Unterschied zwischen den offiziellen Daten (Spalte 1 und/oder 2) und den tatsächlich gefundenen Opfern (Spalte 5) ist beträchtlich.

Einheit	1	2	3	4	5
Stäbe, Infanterie, Jäger	292 (+ 403)	294	641	291	932
Kavallerie	23 (+ 6)	28	29	30	59
Artillerie, Fuhrwesen	7 (+ 3)	17	16	16	32
Einheit unbekannt	-	-	-	12	12
Gesamt	322 (+ 412)	339 (+ 275)	686	356	1035
Zivilpersonen	-	-	-	7	7

6. Zusammenfassende Übersicht der Verluste

In der abschließenden Tabelle wird versucht, alle (namentlich bekannten) Opfer nach dem derzeitigen Stand der Nach-

forschungen anzugeben, aufgelistet nach Gefechtsort und Einheit. Die in der letzten Spalte in Klammern vermerkten Zahlen nennen die an Krankheiten Gestorbenen, wobei die Todesursache aus den Quellen nicht immer klar hervorgeht.

Einheit	3./4.7. Thür	10.7. KG	10.7. HAB	25.7. Helm	26.7. Uett	27.7 WÜ	29.7. Sey	Sonst	Summe
Stab	2	2							4
ILR		21		4			13	6	44 (6)
1. Inf.-Rgt.		21		24				15	60 (15)
2. Inf.-Rgt.		23		4				8	35 (8)
3. Inf.-Rgt.								3	3 (3)
4. Inf.-Rgt.	53				9			3	65 (2)
5. Inf.-Rgt.	12				70			4	86 (4)
6. Inf.-Rgt.	20		4	32				1	57
7. Inf.-Rgt.				1	51			1	53 (1)
8. Inf.-Rgt.				19				1	20 (1)
9. Inf.-Rgt.	39	10			10	1		10	70 (10)
10. Inf.-Rgt.		5			26				31
11. Inf.-Rgt.		26		40					66
12. Inf.-Rgt.		24		2	10	1		2	39 (2)
13. Inf.-Rgt.				1	26			1	28 (1)
14. Inf.-Rgt.	13		3	19	1			3	39 (3)
15. Inf.-Rgt.	2	²¹ 71			8			1	82 (1)
1. Jäg.-Btl.	8		3	12					23
2. Jäg.-Btl.				26				1	27 (1)
3. Jäg.-Btl.		1			13				14
4. Jäg.-Btl.		1			1			3	5
5. Jäg.-Btl.		6							6
6. Jäg.-Btl.	6	4							10
7. Jäg.-Btl.		15						2	17 (2)
8. Jäg.-Btl.					47			1	48 (1)
Summe Inf.	155	230	10	184	272	2	13	66	932(59)
Kürassiere	8		4		2			3	17
Ulanen			7		2				9
Chevauleger	7	10		8	1			8	34 (5)
Summe Kavallerie	16	10	11	10	5			7	59
1. Art.-Rgt.		1		6	1			8	16
2. Art.-Rgt.	3		2					5	10 (4)
3. Art.-Rgt.	1	1						1	3
4. Art.-Rgt.		1						2	3 (1)
Summe Artillerie	4	3	2	6	1			16	32 (5)
Unbekannt	1	1		3				7	12
Gesamt	176	246	23	203	278	4	13	99	1035

Es wird wohl nicht mehr möglich sein, alle Opfer des Krieges 1866 aus Bayern zu erfassen. Viele Gräber sind im Laufe der Zeit verschwunden. Es steht aber fest, dass allein die Zahl der namentlich nachweisbaren bayerischen Kriegstoten des Jahres 1866 die Angabe der offiziellen Darstellung aus dem Jahr 1868 um das Dreifache übertrifft. Eine realistische Vorstellung der Opferzahl vermittelt dieses Werk allerdings, wenn man die Vermissten als Verstorbene annimmt.

Abkürzungen

Thür	Thüringen
KG	Kissingen
HAB	Hammelburg
Helm	Helmstadt
Uett	Uettingen
WÜ	Würzburg
Sey	Seybottenreuth
ILR	Infanterie-Leibregiment
Inf.-Rgt.	Infanterie-Regiment
Jäg.-Btl.	Jäger-Bataillon
Art.-Rgt.	Artillerie-Regiment

- 1 Antheil der Königlich Bayerischen Armee am Kriege des Jahres 1866. Bearbeitet vom Generalquartiermeister-Stabe, München 1868., S. XVIII f.
- 2 Seiten 254-259 der in gesammelter Form abgedruckten Verlustlisten.
- 3 Untersucht wurden die „Bayerische Zeitung“ in München, die Augsburger „Allgemeine Zeitung“ und die „Postzeitung Augsburg“.
- 4 Zum Beispiel 4. Chevaulegers-Regiment für Kissingen (31. 7.), 6. Chevaulegers-Regiment (10.8.), 3. Eskadron des 3. Kürassier-Regiments, 2. Artillerie-Regiment (12.8.) und 14. Infanterie-Regiment (21.8.)
- 5 Heinrich Ranke, Acht Tage bei unseren Verwundeten in den entlegeneren Spitälern. 6 Briefe an das Comité des Münchner Vereins für verwundete und kranke Krieger, München 1866.
- 6 Eine solche letzte Meldung erschien in der „Bayerischen Zeitung“, Nr. 266 (25.9.) über das private Lazarett in Wasserlos/Alzenau.
- 7 Abdruck des Königlichen Ministerialerlasses vom 7.12.1866.

- 8 Wie Anm. 1. Zur Bewertung der Vermissten zahlen dort siehe Kapitel 5, Erläuterung zu Spalte 2.
- 9 Die Emmerlinge. Geschichte des K.B. 4. Infanterie-Regiments König Wilhelm von Württemberg 1706-1905, 4. Aufl., Berlin 1896, Anlage 3.
- 10 Oskar Bezzel, Das K.B. 4. Infanterie-Regiment König Wilhelm von Württemberg vom Jahre 1806 bis 1906, München 1906. Die Verlustliste ist nach dem Kriegsministerialerlass vom 7. Dezember 1866 aufgestellt. In ihr sind auch die bei Roßdorf vermissten Soldaten aufgeführt, die auf der Tafel im Friedhof stehen.
- 11 Ebenda, S. 340.
- 12 „Augsburger Postzeitung“ Nr. 184 vom Dienstag, 31.7.1866.
- 13 Geschichte des k.b. 1. Infanterie-Regiments König seit seiner Errichtung im Jahre 1778, München 1878. In der tabellarischen Verlustliste für den Feldzug 1866 (S. 344) sind als Tote lediglich Hauptmann Griebenbeck und vier Mann aufgeführt. Der nach dem Gefecht bei Helmstadt an seinen Wunden verstorbene Oberleutnant Nusch wird hier bei den Verwundeten geführt.
- 14 Es wurden nur solche Denkmale berücksichtigt, auf denen mehrere Opfer namentlich zu finden sind
- 15 Walter Hamm, Helmstadt im deutsch-deutschen Krieg von 1866. Helmstadt 2009 (Bei der Gemeinde erhältlich).
- 16 Staatsarchiv Würzburg Regierungspräsidialakt (RPA) Nr. 357.
- 17 Staatsarchiv Würzburg RPA Nr. 358.
- 18 In der Regel Sterbeort oder Begräbnisort, teilweise mit Datum.
- 19 StAWÜ MS f. 150 – Histor. Verein – Sammlung von Bildern und Aufzeichnungen (ab 1914).
- 20 Kreisamtsblatt von Unterfranken, Nr. 11 vom 3.7.1914.
- 21 In der Verlustliste II werden noch drei weitere Namen genannt, die aber sonst nicht mehr auftauchen.

Frank Wernitz

Das bayerische Armeedenkzeichen von 1866

Symbol der kollektiven Ehrung einer besiegten Armee



Die militärischen Niederlagen hatten gegen Ende des Feldzuges von 1866 in der bayerischen Armee Resignation und Unmut hervorgerufen. Aus diesem Grund – so ein Augenzeuge – sei die Stimmung in der Truppe „sichtlich getrübt durch die beständigen Rückzüge und Hin- und Hermärsche, es beständen viele Sympathien für Preußen, denen das bayerische Heer an Zahl stets überlegen gewesen sei, die Führung sei teilweise mangelhaft“ und „die Disziplin würde nicht mit der nötigen Strenge gehandhabt [...]“. In diesem Zusammenhang verwies er auf einen einschlägigen Befehl des bayerischen Oberbefehlshabers, „weil die Mannschaften bis in die späte Nacht herumkneipen und in den Straßen herumlaufen, so dass sie trotz aller Rasttage keine Strapazen am folgenden Tage ertragen können.“¹

Die Kampfhandlungen in Unterfranken endeten schließlich am 2. August mit einem Waffenstillstandsabkommen. Den Preußen war es letztendlich gelungen, sich ohne große Schlacht in den faktischen Besitz der Territorien nördlich des Mains zu bringen. Bayern hatte den siebenwöchigen Waffengang verloren und 1035 Gefallene zu beklagen.² Das Heer „kehrte – mit militärischer Optik gesehen – in Unehren aus dem Krieg zurück.“³

Fragiles Heldentum

Je mehr Opfer ein Krieg fordert und je größer die Kriegsmüdigkeit unter den Soldaten wird, desto mehr muss in die Moral der Truppen investiert werden. Und je häufiger die Kämpfer der Meinung sind, man „verheize“ sie, desto mehr müssen sie heroisiert werden. Voraussetzung dafür sind aber Erfolge und militärische Siege, ansonsten droht die Heroisierung zu verblassen. Diese symbolische Politik geriet 1866 in eine Krise, weil die bayerischen Soldaten nicht als strahlende Sieger auftreten konnten, vielmehr als Besiegte den Weg in die Garnison antreten mussten. Aber auch der Monarchie konnten verlorene, „ihr Charisma als nicht ‚bewährt‘ erscheinende [...] Kriege gefährlich“ werden.⁴

So trug die im Spätherbst 1866 auf Drängen des Kabinetts und zum Schutz gegen demokratische, sozialistische und nationalistische Strömungen durchgeführte Reise des in seiner Souveränität gefährdeten Königs durch Franken – noch vor wenigen Monaten Kriegsschauplatz – maßgeblich dazu bei, dass die „fatale Niederlage gegen die Preußen“ nicht mehr Ludwig II. angelastet wurde, sondern dem Oberkommandierenden Prinz Carl. Er „erschien

als Verlierer der Kampfhandlungen und die Minister waren die am Krieg eigentlich Schuldigen [...].“ König Ludwig aber, „eingehüllt in prächtigen Schein, glänzte als Held [...]“,⁵ da ihm die Anteilnahme am Schicksal der fränkischen Bevölkerung angerechnet und der Abschluss des moderaten Friedensvertrages zugeschrieben wurde.

Deshalb galt es, die militärische Niederlage mit dem Ideal des soldatischen Heroismus zu versöhnen. Die Aufnahme eines vergeblichen Opferganges in das kollektive Gedächtnis verbindet sich im Falle einer heroisierten Niederlage nicht mit Ressentiments und Revanche, sondern mit Ansprüchen auf Anerkennung und Restitution.⁶ Anerkennungsformen, die einen zentralen Bestandteil der materiellen Kultur des Krieges darstellen und wie kein anderes Objekt Ehre als Funktionselement sozialer Wertschätzung symbolisieren, sind an Kriegsteilnehmer verliehene Orden und Ehrenzeichen,⁷ aber auch ein Regulativ, über das Ehre als verhaltensleitender Code innerhalb der soldatischen Lebenswelt implementiert werden soll. Mit der Verleihung einer Auszeichnung war es folglich möglich, Desillusionierungsprozessen Einhalt zu gebieten, da dem einzelnen Soldaten auf diese Weise Anerkennung für seine Leistungen und sein Leiden gezollt wurde. Das Symbol der Wertschätzung sollte eine Investition in die Moral der Kriegsteilnehmer sein, befriedend wirken und ein Zeichen der Gemeinschaft wie auch der Unterscheidung sein, da es Gesten der Ehrerbietung und Respektbeweise von nicht dekorierten Soldaten und Zivilisten einfordern konnte.

Die bayerischen Soldaten hatten den Krieg nicht gewollt, aber was sie wollten, war ihre Ehre, und so hofften die meisten von ihnen auf die Einlösung einer patriarchalen Dividende, die ihnen ihrer Meinung nach als Vaterlandsverteidiger zustand.

Mutmaßlich vor diesem Hintergrund richtete der glücklose Feldherr Prinz Carl am 5. August 1866 aus seinem Hauptquartier Kitzingen ein Schreiben an den Kriegsminister Sigmund Freiherr von Pranckh, in dem er darauf hinwies, dass „*der vielfältig in der Armee laut werdende Wunsch nach einem Denkzeichen für den mit dem Waffenstillstand wohl zu Ende gehenden Feldzug nicht befremdend erscheinen*“ mag. Gleichzeitig räumte er ein, „*kein Freund von vielen Ordensverleihungen*“ zu sein, gab aber zu bedenken, „*daß die Berücksichtigung wie die Zurückweisung*“ der nun von allen Seiten erhobenen Ansprüche auf Orden seinem Ruf schaden könne.⁸ Obwohl der Prinz ein institutionalisiertes Verfahren der Ehrung⁹ ablehnte, sah er sich als exponierter Vertreter des regierenden Hauses dennoch verpflichtet, seinen Soldaten die gewünschte soziale Anerkennung in Form einer Auszeichnung zukommen zu lassen und unterbreitete unter Verweis auf die international gängige Praxis, „*daß alle Staaten in den Kriegen der letzten 18 Jahre [...] Feldzugs- und Schlachtendenkzeichen bei jeder Gelegenheit und in ausgedehntestem Maße vertheilten,*“ folgenden Vorschlag:

„*Die Stiftung eines allgemeinen Feldzugs-Denkzeichen's würde in dieser Hinsicht mir eine große Erleichterung verschaffen, indem dadurch auf manche Wunde über einen nicht erhaltenen Orden ein Pflaster gelegt werden würde.*“¹⁰ Der Kriegsminister nahm diesen Vorschlag gerne auf und wandte sich damit an König Ludwig II., der mit Schreiben vom 25. August 1866 das von seinem Heerführer erbetene Armeedenkzeichen offiziell ins Leben rief.¹¹ Allerdings, so der König einschränkend, sollten nur diejenigen einen Anspruch auf das Ehrenzeichen haben, „*welche den Feldzug mitgemacht d[as] i[st] an den Gefahren und Strapazen des Feldzuges theil genommen haben.*“ Nach seiner Einschätzung fielen die Besatzungen der unbewachten Festungen wie z.B. Ingolstadt, Landau, Germersheim oder Mainz

jedoch nicht darunter, da sie der Etappe zuzurechnen waren. Abschließend bat Ludwig um Vorschläge, wie die neue Medaille [sic] und das dazugehörige Band aussehen solle.¹² Offenkundig ging der König ganz selbstverständlich davon aus, dass sich das neue Denkzeichen an der von seinem Vater, König Maximilian II. im Jahre 1849 gestifteten Gedenkmedaille orientierte, die seinerzeit den während der Unruhen in der Pfalz loyal gebliebenen bayerischen Armeeingehörigen und Militärbeamten verliehen worden war.¹³

Das Werden einer Auszeichnung

Im Generalquartiermeisterstab, also dem bayerischen Generalstab, der am 27. August 1866 vom Kriegsministerium angewiesen worden war, „unter Vorlage colorierter Zeichnungen von Mustern Vorschlag zu machen“¹⁴, hatte man jedoch eigene Überlegungen angestellt, die am 4. September 1866 in Wort und Bild vorgestellt wurden. Auftragsgemäß wurden zwar grafische Entwürfe zu einer Medaille erarbeitet, daneben aber auch Skizzen diverser Kreuze, da dieses Symbol „dem fast einstimmigen Wunsche des Heeres entsprechen würde.“ Unter dem Hinweis, dass sich „das Denkzeichen für 1813, 14 und 15 dem Max-Josef-Orden anschließt“, sollte das Denkzeichen für den Feldzug 1866 „dem Militär-Verdienstorden in Farbe des Bandes und Form des Kreuzes“ ähneln. Um jedoch eine Verwechslung mit dem von Ludwig II. am 19. Juli 1866 gestifteten Militär-Verdienstorden 5. Klasse – gemeinhin Militärverdienstkreuz genannt – einerseits und dem Dienstauszeichnungskreuz für 24 Jahre andererseits auszuschließen, war die „innere Verzierung des Denkzeichens nach dem Denkzeichen für 1813 gebildet.“¹⁵ Am 15. September 1866 legte von Pranckh neben den Entwurfszeichnungen auch eine erste Fassung über die noch ausste-

henden Bestimmungen für den Erwerb des Armeedenkzeichens vor, wobei er zwei der von Ludwig generell in der Etappe verorteten Festungsbesatzungen für anspruchsberechtigt hielt. So sollte es allen Armeeingehörigen zuteil werden, die

„ 1. [...] zwischen dem 21^{ten} Juni, dem Tage der Stellung des Heeres auf den Kriegsfuß bis zu dem 2^{ten} August, dem Tage des Waffenstillstandes in der mobilen Armee wirklich Dienst geleistet haben,

2. welche zwischen dem 23^{ten} Juli und 2^{ten} August im Ostkorps zum Schutz der Gränze wirklich verwendet waren,

3. welche der Besatzung der Vesten Marienberg und Rosenberg angehörten,

4. denjenigen, welche der Besatzung von Mainz angehörten, weil dieser Platz, wenigsten theilweise berannt war, weshalb der treuehorsaamst Unterzeichnete mit Rücksicht auf die desfalls zur Zeit entgegenstehende Bestimmung des Allerhöchsten Handschreibens vom 25^{ten} August dieß Jahres hier besonderen unterthänigst Antrag dahin zu stellen, sich erlaubt, daß auch diesen Besatzungstruppen das Denkzeichen allergnädigst verliehen werden wolle.-

5. den Fahnen und Standarten der nach Ziffer 1 mit 4 betreffenden Abtheilungen, endlich den der mobilen Armee beigegebenen gewesenen Feldgeistlichen, Assistentz-Aerzten, Feldpost-Beamten und den im Hauptquartier für die Dauer des Feldzuges aggregierten Civilbeamten.“¹⁶

König Ludwigs Anteil an der Gestaltung und den Verleihungsbestimmungen des Armeedenkzeichens

Eine Woche später erklärte sich Ludwig II. damit einverstanden, dass „für das in Frage stehende Armeedenkzeichen die Form eines Kreuzes gewählt worden“ war. Ob die Kreuzform des Ehrenzeichens an eine

mittelalterliche Ordensgemeinschaft erinnern sollte oder als Hinweis auf das Gottesgnadentum des Monarchen gedacht war oder sich als sog. „Ruppertkreuz“ mit seinen in konvexer Rundung endenden Armen auf den Apostel der Bayern – den heiligen Rupert – bezog, muss aufgrund fehlender Quellen offen bleiben. Unstrittig bleibt aber, dass die Kreuzform generell einen christlich-religiösen Bedeutungsinhalt besitzt.¹⁷

Allerdings gefiel dem König die Farbkombination des Bandes nicht, vielmehr wünschte er, dass das Denkzeichen gleich dem Militär-Verdienstorden auch an einem blaugeränderten weißen Band getragen werden solle. Im Hinblick auf die von Prantl aufgeworfene Anspruchsbeziehung der Festungsbesatzungen von Mainz und Rosenberg reagierte der König zurückhaltend: *„Die Vorschläge bezüglich derjenigen, welche das Denkzeichen erhalten sollen, genehmige ich mit Ausnahme der Ziffer 4 und der Besatzung von Rosenberg. Bevor Ich Mich wegen der in Mainz und Rosenberg gewesenen Truppen entscheide, ist Mir genauer Bericht über die Thatsachen zu erstatten, auf deren Grund das Kriegsministerium den Anspruch auf das Denkzeichen für begründet hält.“*¹⁸ Am 26. September 1866 legte die Behörde einen Bericht des Gouverneurs der Festung Mainz vor, aus dem ersichtlich wurde, dass die Besatzung in Gefechte verwickelt war, „wobei es wenn auch wenige Tote und Verwundete gab, [...]“ Die Festung Rosenberg, so das Kriegsministerium weiter, „befand sich zwar dem äußeren Feinde gegenüber nicht in so ernster Lage,“ doch die Besatzung hatte *„alle Erschwernisse des Dienstes einer im Bereiche des Kriegstheaters gelegenen Festung zu ertragen, die sich steigerten, als eine sehr heftige Typhus-Epidemie [...] ausgebrochen war, welche ihren Entstehungsgrund zum großen Theil in den strapaziösen Dienst“* fand. Abschließend stufte das Kriegsministerium die Festung Mainz als „berannt“ wie auch

die Festung Rosenberg als „im Bereiche der Kriegsoperationen gelegen“ ein und sah infolgedessen eine Würdigung ihrer Besatzungen mit dem Armeedenkzeichen als gerechtfertigt an.¹⁹ Am 29. September 1866 billigte der König, dass auch die Festungsbesatzungen von Mainz und Rosenberg einen Anspruch auf die Auszeichnung hätten.²⁰ Noch im September 1866 hatte man den Entwurf zu den Verleihungsbestimmungen fertig gestellt²¹, die in ihrer endgültigen Fassung am 6. Oktober 1866 von König Ludwig unterzeichnet wurden und damit Rechtskraft erhielten.

Der verlorene Krieg und die Konstruktion des Heroischen

Einen Anspruch auf das neue Armeedenkzeichen, das unter die Kategorie der Denk- und Erinnerungszeichen fiel und unabhängig von individuellen Verdiensten oder Taten verliehen wurde, besaß folglich nur ein exakt definierter Personenkreis, der in einem bestimmten Zeitraum tatsächlich in der mobilen Armee Dienst geleistet haben musste. Die Stiftung einer Auszeichnung nach dem verlorenen Krieg stellte somit ein wichtiges Element moralischer Kommunikation wie auch monarchischer Symbolpolitik dar. Ein kollektives Gedächtnis formt sich nie aus isolierten individuellen Sichtweisen, sondern wird durch Herrschafts- und Deutungseliten erzeugt, die organisieren, wie mehrere Gruppen bestimmte Ereignisse kollektiv erinnern, um die eigene Gruppenidentität aufrechtzuerhalten. Mit der kollektiven Ehrung der Veteranen von 1866 sollte nicht nur deren politische Loyalität gesichert werden, sie war auch als Referenz an die soldatische Ehre gedacht. Dieses Muster wurde in einer Gedenkfeier zu Ehren der im Feldzug 1866 gefallenen bayerischen Soldaten deutlich: *„Die bayerischen Soldaten – das bleibt eine unantastbare Wahrheit – haben wie Helden gekämpft und*

*sich mit einer Bravour geschlagen, die selbst vom Feinde anerkannt wurde.“*²² Der Kampf der für den Krieg nur ungenügend gerüsteten bayerischen Armee wurde nunmehr in weit höheren Maße als tapfer angesehen, da sie im Hinblick auf einen militärisch gut geschulten und technisch weit überlegenen Gegner ein wenig kalkulierbares, risikoreiches Wagnis eingegangen war. Deshalb konnten die Kampf-, Durchhalte- und Opferbereitschaft ihrer Angehörigen den Kameraden und der Bevölkerung als Vorbild dienen. Doch nur jene, die eine auf diesen Krieg bezogene militärische Auszeichnung trugen, waren in der Lage, aus der Anonymität hervorzutreten und als Feldzugsteilnehmer gegenüber Zivilisten und nicht dekorierten Soldaten aufzutreten. Dies bewog wohl auch den württembergischen Oberstleutnant von Suckow, der während des Krieges als Verbindungsoffizier des VIII. Armeekorps dem bayerischen Hauptquartier zugeteilt war, im Januar 1868 einen Antrag auf nachträgliche Verleihung des Armeedenkzeichens zu stellen: *„So oft ich einen bayerischen Soldaten mit dem Armeedenkzeichen für den Feldzug 1866 auf der Brust hier durchpassieren sehe, oder wo immer ich sonst bayerischen Kameraden begegne – schmerzt es mich stets, daß ich dieß Denkzeichen nicht besitze, nicht als Kamerad mich Ihnen ausweisen kann. Zumal auch bei meiner jüngsten Anwesenheit in München habe ich dieß aufs Neue empfunden und hat sich der Wunsch in mir wieder aufgedrängt, nicht von diesen gemeinschaftlichen Band ausgeschlossen zu sein, welche Alle, die damals in der Reihe der tapferen bayerischen Armee gestanden sind, zu dauernder Erinnerung kameradschaftlich mit einander verknüpf.“*²³ Am 15. Januar 1868 gab König Ludwig II. dem Gesuch des württembergischen Stabs-offiziers mit dem Vermerk „nur ausnahmsweise“ statt,²⁴ da die neue Dekoration ausschließlich bayerischen Soldaten vorbehalten war.

Das an die anspruchsberechtigten Kriegsteilnehmer aller Ränge und sozialer Schichten ausgegebene Armeedenkzeichen besaß für die Beliehenen einen hohen symbolischen Wert, weil mit Erhalt dieser Auszeichnung nicht nur jene Leistungen und Opfer honoriert wurden, die sie für König und Vaterland unabhängig vom Ausgang des Krieges erbracht hatten, sondern auch, weil ihnen damit der Nimbus einer heroischen Gemeinschaft verliehen wurde. Die Reflexionen eines hohen bayerischen Offiziers über den Feldzug 1866 verliehen der Niederlage bereits die Züge einer fast schon kanonisch werdenden Legende: *„[...] die bayerische Armee war während des ganzen Feldzuges in allen Gefechten auf sich allein angewiesen und hatte daher stets mit einem an Zahl stärkeren, an Bewaffnung und Güte der Truppen keinesfalls schwächeren Gegner zu kämpfen. Wenn auch das Podewilsgewehr in Defensivgefechten eine gewisse Ueberlegenheit an Schußweite und Trefffähigkeit hatte, so zeigte sich dagegen beim Ergreifen der Offensive im Gefechte die Ueberlegenheit auf der Seite des Gegners durch das Schnellfeuer des Zündnadelgewehres; [...]. Eine Armee, die sich unter solchen Verhältnissen tapfer und zähe schlägt und dabei keine Trophäe in die Hände des Feindes kommen läßt, nach jedem Gefechte fähig und bereit ist, es auf's neue aufzunehmen, mag denn doch nicht gar so schlecht geführt worden seyn [...], wenn auch das Erringen entscheidender günstiger Erfolge nicht mit in die Wagschale geworfen werden kann.“*²⁵

Fazit

Die Verleihung der annähernd 80.000 Armeedenkzeichen, darunter auch nachträgliche Verleihungen,²⁶ kann deshalb als ein durchaus erfolgreiches integratives Strategiemodell betrachtet werden, obwohl das Ehrenzeichen keinerlei ökonomischen Vorteil mit sich brachte und auf symbolische Effekte beschränkt

blieb. Es erwies sich aber gerade deshalb als ein „Schlüsselsymbol“, das für die Gratifikation der Kriegsteilnehmer und ihre kollektive Überhöhung konstitutiv war. Insbesondere die ab 1867 eingegangenen Anträge auf nachträgliche Verleihung des Armeedenkzeichens, die sich bis 1917 hinzogen²⁷, unterstreichen die hohe Akzeptanz, mit der die Monarchie und die von ihr gewählte Form moralischer Kommunikation trotz des verlorenen Krieges rechnen konnte.

- 1 Bericht des Ministerialrats Sigmund, der während des Feldzuges als Zivilkommissar im bayerischen Hauptquartier tätig war. Zit. nach Oskar Bezzel, *Geschichte des Königlich Bayerischen Heeres von 1825 mit 1866*. Mit Unterstützung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. München 1931. = *Geschichte des Bayerischen Heeres*. Im Anschluß an einen früheren dienstlichen Auftrag hrsg. v. Bayerischen Kriegsarchiv. Bd. 7. S. 267.
- 2 Vgl. den Aufsatz von Walter Hamm, *Die Toten der bayerischen Armee des Jahres 1866 in diesem Katalog*.
- 3 Hermann Rumschöttel, *Wie ein Phönix aus der Asche. Die Geburt einer neuen bayerischen Armee nach dem Krieg von 1866*. In: *Frankenland. Zeitschrift für fränkische Geschichte, Kunst und Kultur*. Sonderheft 2016. S. 61-67, hier S. 62.
- 4 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Tübingen 1972. S. 154.
- 5 Felix Sommer, *Psychiatrie und Macht. Leben und Krankheit König Ludwig II. von Bayern im Spiegel prominenter Zeitzeugen*. Frankfurt a.M., Berlin, Bern, Brüssel, New York, Oxford, Wien (2009). = *Europäische Hochschulschriften. Reihe III. Geschichte und ihre Hilfswissenschaften* Bd. 1062. (Zugleich Phil. Diss. Heidelberg 2009). S. 43 f.
- 6 Vgl. Aleida Assmann, *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*. München 2006. S. 114.
- 7 Ralph Winkle, *Der Dank des Vaterlandes. Eine Symbolgeschichte des Eisernen Kreuzes 1914 bis 1936*. Essen 2007. S. 11.

- 8 Prinz Carl an den Kriegsminister von Pranckh, 5.8.1866. BayHStA, Abt. IV Kriegsarchiv M Kr. 3417, Bl. 1.
- 9 Vgl. Ludgera Vogt, *Zur Logik der Ehre in der Gegenwartsgesellschaft: Differenzierung, Macht, Integration*. Frankfurt a.M. 1997. S. 247.
- 10 Prinz Carl an den Kriegsminister von Pranckh, 5.8.1866. BayHStA, Abt. IV Kriegsarchiv M Kr. 3417, Bl. 1.
- 11 König Ludwig an das Kriegsministerium, 25.8.1866. BayHStA, Abt. IV Kriegsarchiv M Kr. 3417, Bl. 2. In dem daraufhin erstellten kriegsministeriellen Rundschreiben wurde vorsorglich darauf hingewiesen, „dass die weiteren allerhöchsten Bestimmungen über diese Gründung nachfolgen.“ Abgedr. In *Orden, Ehren- und Verdienst-Zeichen, Denk- und Dienstalters-Zeichen in Bayern*. Nach urkundlichen Quellen bearb. v. G. Knussert. München [1877]. S. 38.
- 12 Ebd.
- 13 Vgl. Georg Schreiber, *Die Bayerischen Orden und Ehrenzeichen*. Hrsg. u. eingel. v. Alexander Freiherr von Reitzenstein. München (1964). = Bd. 1 der Publikationen des Bayerischen Armeemuseums. S. 144.
- 14 Kriegsministerium an den Generalquartiermeisterstab, 27.8.1866. BayHStA, Abt. IV Kriegsarchiv M Kr. 3417, Bl. 4.
- 15 Generalquartiermeisterstab an das Kriegsministerium, 4.9.1866. BayHStA, Abt. IV Kriegsarchiv M Kr. 3417, Bl. 5.
- 16 Kriegsminister von Pranckh an König Ludwig II., 15.9.1866. BayHStA, Abt. IV Kriegsarchiv M Kr. 3417, Bl. 7.
- 17 Vgl. Eckart Henning, Dietrich Herfurth, *Orden und Ehrenzeichen. Handbuch der Phaleristik*. Köln, Weimar, Wien 2010. S. 24.
- 18 König Ludwig II. an den Kriegsminister von Pranckh, 22.9.1866. BayHStA, Abt. IV Kriegsarchiv M Kr. 3417, Bl. 7.
- 19 Kriegsminister von Pranckh an König Ludwig II., 26.9.1866. BayHStA, Abt. IV Kriegsarchiv M Kr. 3417, Bl. 9.
- 20 Ebd.
- 21 Vgl. Entwurf der Königlich Allerhöchsten Verordnung, die Gründung eines Armeedenkzeichens betreffend, September 1866. BayHStA, Abt. IV Kriegsarchiv M Kr. 3417, Bl. 10.
- 22 Zum Andenken an den bayerischen Feldzug 1866. Anrede bei der gottesdienstlichen Feier zu Postmünster für die auf dem Feld der Ehre Gefallenen am 31. Dezember 1866 von Andreas Bolhammer, Pfarrer in Postmünster. Zum Besten des Invaliden-Unter-

stützungsfonds. Zweite mit Ansätzen vermehrte Auflage. Altötting (1867). S. 5.

- 23 Oberstleutnant von Suckow an das Bayerische Kriegsministerium, ohne Datum. BayHStA, Abt. IV Kriegsarchiv M Kr. 3417, Bl. 255.
- 24 König Ludwig II. an das Kriegsministerium, 15.1.1868. BayHStA, Abt. IV Kriegsarchiv M Kr. 3417, Bl. 257.
- 25 [Franz Freiherr Gemmingen v. Massenbach], *Ursachen und Wirkungen der Bayerischen Kriegführung im Feldzuge 1866*. München 1866. S. 35f.
- 26 Bis zum vom 20.11.1866 waren 79.692 Armeedenkzeichen beantragt und verliehen worden. BayHStA, Abt. IV Kriegsarchiv M Kr. 3417, Bl. 46. Vgl. hierzu auch die Berechnungen v. Werner Bergmann, Walter Hamm, *Bayerns Anteil am Feldzug gegen Preussen im Sommer des Jahres 1866. Eine ordenskundliche Studie statistisch erfaßt, kommentiert und illustriert*. 1. Teil. Die Bayerischen Kriegsauszeichnungen. Kirchenlamitz 1990. = *Anmerkungen zur bayerischen Ordenskunde*. S. 79-85, die von 72.123 bis 82.227 Verleihungen ausgehen.
- 27 Das letzte Gesuch auf nachträgliche Verleihung des Armeedenkzeichens von 1866 reichte ein Oberstleutnant a.D. am 21.6.1917 ein. BayHStA, Abt. IV Kriegsarchiv M Kr. 3418, Bl. 243. In einer Übersicht der seinerzeit beim Kriegsministerium vorhandenen namentlichen Verzeichnisse der mit dem Armeedenkzeichen 1866 Beliehenen wird darauf hingewiesen, dass die Verzeichnisse im Jahre 1867 aufgestellt wurden, und deshalb die mit Denkzeichen Beliehenen zum Teil nicht im Verzeichnis ihres Stammtruppenteils erschienen, dem sie während des Feldzugs angehört haben, sondern bei dem Truppenteil ihrer Waffe, zu dem sie später versetzt wurden. A.a.O. Bl. 242.

Tobias Hirschmüller

Vom „Bruderkrieg“ zum Klischee

Der Wandel der Erinnerungen an den Krieg von 1866 in Deutschland



Im Juni 1986 wurde aus Anlass des 120. Gedenkens an den so genannten „deutschen Bruderkrieg“ von 1866 in Anwesenheit des Prinzen Leopold von Bayern eine limitierte Auflage einer Schachspielausgabe mit dem Titel „Die bayrische Revanche auf dem Schlachtfeld“ vorgestellt.¹ Das Besondere an dieser Version des Brettspiels lag darin, dass sich als Gegner die Parteien des Krieges von 1866, Bayern und Preußen, figürlich gegenüberstanden. Auf bayerischer Seite war die Spielfigur des Königs dem die Künste liebenden Ludwig II. nachempfunden und als „seine Königin“ fungierte Kaiserin Elisabeth von Österreich. Das gegnerische Schachheer wurde von König Wilhelm I. von Preußen mit Königin Augusta geführt. Die Turmfiguren der bayerischen Partei waren den Türmen der Münchner Frauenkirche nachempfunden, auf preußischer Seite wurden sie vom Ministerpräsidenten Otto von Bismarck verkörpert, der damit sogar doppelt auf dem Schlachtfeld Präsenz zeigen konnte. Dieses Schachspiel war in den 1980er Jahren nicht mehr Ausdruck separatistischer Bestrebungen und damit eines wirklichen politischen Gegensatzes zwischen den süddeutschen Ländern und dem ohnehin nicht mehr existenten Preußen, sondern der Aufgriff eines humori-

stisch gepflegten Klischees. Dies ist auch daran zu erkennen, dass die Entwürfe für das Spiel auf den Karikaturisten Josef Blaumeiser zurückgingen, der unter anderem für die Süddeutsche Zeitung und die Münchner Abendzeitung zeichnete.²

Die historische Forschung zur Erinnerungskultur an die Entstehung des Deutschen Kaiserreiches konzentrierte sich häufig auf Analysen des Gedenkens an die Schlacht von Sedan am 2. September 1870 oder die Reichsgründung am 18. Januar 1871.³ Eine Berücksichtigung des Krieges von 1866⁴ oder gar noch zusätzlich des Deutsch-Dänischen Krieges⁵ als Teil des Gesamtkomplexes des Einigungsgedenkens findet seltener statt. Hingegen existieren einige regionalgeschichtliche Darstellungen, die sich auf die Beschreibung der örtlichen Denkmäler beschränken.⁶

Gegenstand dieser Untersuchung soll daher ein Überblick der deutschen Erinnerungen in den vergangenen 150 Jahren an die Ereignisse von 1866 sein, wobei es sich aus Platzgründen nur um einen Themenaufriss und keine erschöpfende Darstellung handeln kann. Als Quellengrundlagen dienten neben zeitgenössischem Schrifttum die Äußerungen von politischen Verantwortungsträgern und Berichte zu Jahrestagen aus der Tagespresse.

Bei der Beschäftigung mit dem Krieg von 1866 fällt auf, dass sich in der politischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Erinnerung in den letzten eineinhalb Jahrhunderten keine einheitliche Namensgebung durchsetzen konnte. Noch aus dem Kriegsjahr stammt die Rede vom verhängnisvollen „Bruderkrieg“⁷ in Deutschland. Diese Charakterisierung, die eine Volkszusammengehörigkeit zum Ausdruck bringen sollte, konnte sich sowohl bei Gegnern der preußischen Politik als Vorwurf als auch bei den Befürwortern als Mahnung, dass die Deutschen in Zukunft zusammenstehen sollten, etablieren. Ohne Apostrophe ist die heute als antiquiert geltende Bezeichnung nur in im besten Fall populärwissenschaftlichen Beiträgen in Periodika von Heimatvereinen anzutreffen.⁸ In der „Allgemeinen deutschen Realencyklopädie“ wird 1867, ein Jahr nach Kriegsende, vom Preußisch-Deutschen Krieg⁹ geschrieben, da es sich um einen Krieg des Deutschen Bundes gegen Preußen handelte. In der preußenzentrierten Geschichtsschreibung kommt die Bezeichnung „deutsch-österreichischer Krieg“¹⁰ auf, um Preußen als Vertreter der deutschen Angelegenheiten zu stilisieren. In der Geschichtswissenschaft wird von mehreren führenden Historikern an manchen Stellen nur vom „Krieg von 1866“ gesprochen, wie etwa bei Lothar Gall, Otto Pflanze oder Thomas Nipperdey.¹¹ Der noch aus der Kaiserzeit stammende Begriff „Einigungskriege“¹² wird hingegen von Wolfram Siemann¹³ in der Forschung angewendet, was aber umstritten ist, da dieser Terminologie unterstellt wird, sie suggeriere ein gezieltes Hinarbeiten Preußens auf eine deutsche Einheit.¹⁴ Schulgeschichtsbücher in der Bundesrepublik spiegeln – unabhängig von der Schulart – seit Jahrzehnten diese Heterogenität wider. Am häufigsten konnte sich jedoch in den Unterrichtsbüchern wie in der Forschung und im Journalismus immer wie-

der die Bezeichnung „Deutscher Krieg“ durchsetzen, die sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit von 1866¹⁵ herausgebildet hatte, unter anderem von Theodor Fontane 1870/1871 für seine mehrbändige Darstellung¹⁶ aufgegriffen wurde und auch im Jahr 2000 in Heinrich August Winklers „Der lange Weg nach Westen“¹⁷ wieder Verwendung fand.

In der Erinnerungs- und Festkultur des Kaiserreiches konzentrierte sich die Erinnerung an die so genannte Reichsgründung auf die Schlacht von Sedan und die Kaiserproklamation in Versailles. Damit wurde der militärische Charakter der Einigung als eine Leistung der Fürsten herausgestellt. Eine landes- oder später reichsweite organisierte Erinnerung an die Ereignisse von 1866 wurde durch die politischen Verantwortungsträger in Berlin, abgesehen von beispielsweise der Siegessäule, kaum vorangetrieben. In das Bild der gemeinsam von den Deutschen errungenen Einheit unter Preußens Führung passte der Umstand nicht ganz, dass wenige Jahre zuvor noch in einem „Bruderkriege“ gegeneinander das Schwert gezogen worden war. Hingegen war eine Gedenkkultur an die Gefallenen auf regionaler Ebene anzutreffen, wo an Orten auch kleinerer Gefechte in den Folgejahren Denkmäler für die Toten errichtet wurden.¹⁸

Dabei waren sich die Zeitgenossen schon im Jahr 1866 der einschneidenden Folgen der Ereignisse dieses Jahres bewusst. Der Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler beispielsweise schrieb 1867 beunruhigt über den Ausgang der Ereignisse: „Wir sehen einen Weg voll innerer Kämpfe, voll der Schmach und des Verderbens für unser deutsches Vaterland vor uns; wir sehen aber auch noch Wege, die uns retten können.“¹⁹ Deswegen forderte er neben einer weiteren Einbeziehung von Österreich in die deutschen Angelegenheiten die Festigung des christlichen Glaubens als Konsequenz des Kriegsausganges. Mehr-

heitlich von norddeutschen Autoren wurde zum Ausdruck gebracht, dass nun die Grundlagen für eine dauerhafte Stabilisierung der deutschen Verhältnisse geschaffen seien. So hoffte der Rektor der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin: „Möge eine neue, dauerhaftere Schöpfung sich aus den Trümmern des zerfallenen Deutschlands erheben und aus der blutigen schmerzenreichen Saat die süße Frucht der Versöhnung in allen Herzen reifen, die für Deutschlands Wohl und Ehre schlagen.“²⁰ Von einem preußischen Autor des Jahres 1866 wurde gar schon prophezeit, dass die Deutschen nach der Niederlage der für unfähig erachteten Habsburger unter den Hohenzollern bald in einem Machtstaat zu einer neuen kulturellen Blüte geführt würden: „So viel ist aber gewiß, daß Deutschland eine neue Bahn betritt, und unter Preußens Führung sich auch politisch unter die Cultur-Staaten Europas stellen darf.“ Die Gefallenen seien für eine „weltgeschichtliche große Sache gestorben“, denn „dieser Krieg von 1866 wird zählen unter denen, die im wirklichen Cultur-Interesse der Menschheit geführt wurden.“²¹ Dem Töten von Deutschen durch Deutsche wurde somit retrospektiv ein Sinn unterstellt, wenn ein nochmaliger Waffengang gegeneinander nie mehr vorkomme und stattdessen das ersehnte gemeinsame Reich entstehe. Diese Sichtweise konnte nach der militärischen Niederlage Frankreichs und der in diesem Zusammenhang gelungenen deutschen Nationalstaatsgründung die Deutungshoheit behaupten. Die Gefallenen beider Seiten des Krieges von 1866, „dessen blutige Saat für Deutschland herrliche Früchte trug“²², seien in ihren Gräbern wieder vereint.²³ Ihr Opfer habe die Grundlage für die deutsche Einheit geschaffen. So hieß es bei Max Jähns, Hauptmann und Lehrer an der Königlichen Kriegsakademie in Berlin: „In Versailles wurde das Reich auf den Kaisernamen getauft; aber bei Königgrätz, da ist die Stätte seiner Geburt.“²⁴ Gleichzeitig

wurde der Krieg als Mahnung verstanden, die Einheit des neuen Reiches zu wahren: „Zum letzten Male, so Gott will, haben Deutsche gegen Deutsche gefochten. Die Zeiten der unglückseligen Zersplitterung sind endlich vorüber.“²⁵ In den „Münchener Neuesten Nachrichten“ wurde 1891 anlässlich des 25. Jahrestages der Schlacht von Königgrätz vor dem Hintergrund der Erneuerung des Dreibundes zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien darauf hingewiesen, dass die Kriegsgegner von einst nun die Garanten des Friedens in Europa geworden seien.²⁶

Dezidiert kritische Stimmen blieben in der Minderheit, wie bei dem Schriftsteller Wilhelm Hopf, der 1895 beklagte, dass Deutschland seit 1866 „aus den Fieberschauern nicht mehr herauskommt“ und die „geistige und leibliche Wohlfahrt der Völker“ verhindere. Stattdessen forderte er ein neues Deutschland und ein neues Europa, in dem durch die „Wiederanerkennung des Rechts“²⁷ das Zusammenleben der Völker gestaltet werden sollte. Hierzu müssten nach Hopf die entstandenen Geschichtsbilder revidiert werden: „Die kleindeutsche Geschichtslegende ist eben für alle diejenigen, die mit der Schöpfung von 1866 als der endgültigen Lösung der deutschen Frage rechnen oder rechnen zu müssen glauben, immer noch viel zu unentbehrlich, als daß man ihre Zerstörung nicht möglichst hindern und unschädlich machen sollte.“²⁸

Während des Ersten Weltkrieges jährte sich der Deutsche Krieg zum 50. Mal, und die bei Königgrätz verfeindeten Dynastien standen als Verbündete einer europäischen Mächtekonstellation gegenüber. Daher fiel die Erinnerung an den Jahrestag von politischer Seite und in der Tagespresse eher gering aus. Eine Person, die sich in den Vorkriegs- und Kriegsjahren intensiver öffentlich mit dem Jahr 1866 beschäftigte, war der junge Redakteur Theodor Heuss, der zwei für ihn entscheidende Aspekte bei Bismarck hervorhob. Zum einen

sah er es schon vor 1914 als die vielleicht größte politische Leistung des Ministerpräsidenten an, dass er 1866 gegen den Monarchen und die Generäle das unterlegene Österreich schonte.²⁹ Diese Sichtweise vertrat Heuss auch während des Ersten Weltkrieges³⁰ und versuchte somit 1916 indirekt für einen Verständigungsfrieden zu werben. Auch Gustav Stresemann erklärte im Oktober 1918 vor dem Hintergrund des Sturzes von Erich Ludendorff, dass man an Bismarcks mäßiger Friedenspolitik am Ende des Deutschen Krieges die Notwendigkeit erkennen könne, dass sich die Politik gegenüber dem Militär durchsetzen müsse.³¹

Eine weitere „entscheidende Leistung für die deutsche Geschichte“ im Jahre 1866 sah Heuss in den verfassungsrechtlichen Folgen, da mit der Gründung des Norddeutschen Bundes, mit Reichstag, Bundesrat und dem Kanzler „schon der Rahmen des politischen Lebens und der Kraftverteilung vorhanden“³² war. Im Jahr 1919 erklärte Heuss in seiner Darstellung „Deutschlands Zukunft“ Bismarck dann sogar zum „Revolutionär“ des Jahres 1866, „denn, was die Monarchisten leicht vergessen, er hat ein paar deutsche Throne umgeworfen“.³³ Eine zentrale Position konnte er mit seinen Thesen in den Kontroversen um geschichtliche Deutungshoheit weder als Journalist im Kaiserreich noch als Politiker in der Weimarer Republik erzielen.³⁴

Die von Heuss ebenfalls fokussierte Zusammenführung aller Deutschen in einem Staatsgebilde und damit das Ende der Trennung von Österreich blieb hingegen ein Ziel, welches sowohl von Demokraten wie Republikfeinden anvisiert wurde. In der Intention der republikanisch gesonnenen politischen Parteien sollte dadurch die Herstellung eines demokratischen deutschen Volksstaates vollendet werden. So begrüßte Friedrich Ebert 1919 in seiner Eröffnungsrede der Weimarer Na-

tionalversammlung die Offerte der Österreichischen Nationalversammlung „das Band, das die Gewalt 1866 zerrissen hat, wieder neu zu knüpfen“³⁵. In der Vorstellung rechtskonservativer und völkischer Kreise sollte hingegen durch den „Anschluss“ die Wiederherstellung einer hegemonialen Großmachtstellung begründet werden. Im nationalsozialistischen Geschichtsbild besaß die Reichsgründung den Charakter einer Vorstufe zum angestrebten „Dritten“ Deutschen Reich. So sehr Hitler die Einigung der Deutschen als eine Leistung Bismarcks hervorhob, letztlich handelte es sich für ihn um einen „Etappenschritt“, bei dem das damals politisch Mögliche erreicht wurde. Der Ausschluss Österreichs sei eine Voraussetzung für die „Genesung des Reiches“³⁶ gewesen, dürfe aber nicht dauerhaft bestehen bleiben. Demgegenüber hob sich die Sichtweise von Alfred Rosenberg insofern ab, als dieser die Reichsgründung nicht als Werk Bismarcks, sondern Moltkes ansah. Königgrätz konnte wie Sedan für Rosenberg nicht als Sieg des preußischen Ministerpräsidenten, sondern vielmehr als der des Generalstabschefs gepriesen werden.³⁷ Die Schuld für den Krieg von 1866 und die verhinderte Einbeziehung der Deutschen in Österreich wurde auch in der nationalsozialistischen Zeit den Fürsten³⁸ und „der Eigenart des österreichischen Staatswesens“³⁹ zugeschrieben. Den Prager Frieden⁴⁰ und die darauffolgende Verständigungspolitik mit Wien interpretierte man dahingehend, dass in Bismarck „der großdeutsche Gedanke“ von Anfang an gelebt und nur „die realpolitische Möglichkeit zu dessen Verwirklichung“⁴¹ gefehlt habe.

Im Zuge des Prozesses der nationalsozialistischen Machtfestigung in den Jahren 1933 und 1934 wurde immer wieder durch Repräsentanten des neuen Regimes betont, dass sich nun in Deutschland eine historische Wende vollziehen werde. So schrieb Alfred Rosenberg über den Erlass

des Reichspräsidenten, die Fahne der NSDAP und die schwarz-weiß-rote parallel zu den neuen offiziellen deutschen Hoheitssymbolen zu erklären: „Heute vollzieht sich mit der Hissung von Hakenkreuzfahnen endlich die innere Überwindung des ‚Hl. Römischen Reiches Deutscher Nation‘, die Überwindung von 1866, die Zertrümmerung von 1919.“⁴² Der Leiter des Reichsinstitutes für die Geschichte des neuen Deutschlands, Walter Frank, wollte die „Ueberwindung von 1866“⁴³ durch die Zusammenarbeit der deutschen und österreichischen Universitäten vorantreiben. Als Ziel galt ihm, dass durch gesamtdeutsche Geschichtsbetrachtungen der geistige Weg für einen „Anschluss“ Österreichs an das Reich geebnet werden sollte. Insbesondere die Arbeiten von Heinrich Ritter von Srbik besaßen hierbei einen Vorbildcharakter. Die realpolitische Überwindung von 1866 glaubte man schließlich 1938 erreicht, als die ersehnte Angliederung Österreichs umgesetzt werden konnte.

Da Hitlers Ambitionen a priori auf einen Krieg hinausliefen, hatte er seine militärischen Absichten gegenüber der UdSSR schon vor dem „Anschluss“ im November 1937 in einer Besprechung gegenüber Wehrmachtsfunktionären und der Staatsführung mitgeteilt. Der „Führer“ war sich der Gefahr einer solchen Unternehmung bewusst, erklärte aber sein Anliegen als historische Notwendigkeit, denn letztlich seien auch Bismarcks Kriege gegen Österreich und Frankreich von „unerhörtem Risiko gewesen“.⁴⁴ Auch den Pakt mit dem faschistischen Italien versuchte er in einer Reichstagsrede anlässlich des sechsten Jahrestages der „Machtergreifung“ am 30. Januar 1939 mit den Ereignissen des Jahres 1866 historisch zu untermauern: „Die deutschen Stämme einten sich im Deutschen Reich, die italienischen Staaten im Königreich Italien. In einem Jahr, 1866, hat das Schicksal beide Völker sogar miteinander für ihre staatliche Neugestaltung

zum Kampf antreten lassen.“⁴⁵ Als Hitler dann seinen Eroberungskrieg in die Tat umzusetzen begann, meinte er anlässlich der Besetzung Dänemarks und Norwegens prophezeien zu können: „So wie aus dem Jahr 1866 das Reich Bismarcks entstand, so wird aus dem heutigen Tag das Großgermanische Reich entstehen.“⁴⁶

Reichspropagandaminister Joseph Goebbels hatte über Bismarcks Politik im Jahr 1866 in sein Tagebuch notiert: „Das zeigt am besten die einsame Größe dieses Genies und ist deshalb auch heute am aktuellsten.“⁴⁷ Daher ließ er noch am Vorabend des Kriegsausbruches einen Film in Auftrag geben, in dem die Jahre von Bismarcks Ministerpräsidentenschaft bis zum Deutschen Krieg dargestellt werden sollten. Mit dem Schauspieler Paul Hartmann in der Hauptrolle konnte der Film mit dem Titel „Bismarck“ nach dem Sieg über Frankreich ab Dezember 1940 in den deutschen Kinos präsentiert werden. Bismarck wird in dem Streifen als weitsichtiger, entschlossener, aber letztlich besonnener Politiker in den Jahren 1862 bis 1866 stilisiert, der als Vertrauensperson des preußischen Königs die Voraussetzungen dafür schafft, dass Moltke die Preußen bei Königgrätz zum Sieg führen kann. Das eigentliche Kampfgeschehen der Schlacht wird in dem Film nur schemenhaft mit Rauchwolken und Kanonendonner am Horizont angedeutet. Die gesamte Szene bleibt gemäß dem historistischen Geschichtsbild des Nationalsozialismus, dass nur große Führerpersönlichkeiten die Geschicke eines Volkes gestalten könnten, in der Perspektive des Feldherrenhügels gefangen. Verwundete oder gar gefallene Soldaten werden nicht gezeigt. Bismarck darf, nachdem er Wilhelm I. für einen maßvollen Frieden gewonnen hat, zu seinem König sagen, dass der Friede von Nikolsburg mehr als nur Frieden bringe: „Er legt das Fundament für die deutsche Einheit. Nie wieder werden Deutsche gegeneinander das

Schwert ziehen.“⁴⁸ Somit wird der Mythos aus dem Kaiserreich weitertradiert.

Nach der Wende des Zweiten Weltkrieges zu Ungunsten Deutschlands eignete sich der Krieg von 1866 im Gegensatz zu anderen Ereignissen der deutschen Geschichte nur bedingt für Durchhalteparolen. Beispielsweise erklärte Hitler gegenüber dem ungarischen Reichsverweser Miklós Horthy im April 1943, dass die Preußen bei Königgrätz in einer schwierigen Lage die Nerven behalten hätten. Daraus folgerte der Diktator: „Um 6 Uhr nachmittags konnte sich Moltke seine berühmte Zigarre anzünden, da die Krise überstanden war. Diese Erwägungen gelten auch für die jetzige Lage.“⁴⁹

Im Jahr 1955 kam der unter der Regie von Helmut Käutner entstandene Film „Ludwig II. – Glanz und Ende eines Königs“⁵⁰ in die bundesdeutschen Kinos. In dem Film wird eine Unterredung zwischen dem von O. W. Fischer gespielten bayerischen König und dem preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck, verkörpert durch Friedrich Domin, wiedergegeben. Die historischen Persönlichkeiten waren sich im Jahr 1863 begegnet, als Ludwig noch Kronprinz war. Aus dramaturgischen Gründen wurde die Szene ins Jahr 1866, an den Vorabend des Deutschen Krieges, verlegt. Der als friedliebend und die Künste fördernd dargestellte Monarch wird dabei einem machtbewussten, aber verständnisvollen Bismarck gegenübergestellt. Der Preuße lehnt den Krieg hier ebenso ab wie der König, weiß aber, dass die Zeit der deutschen Kleinstaaterei vorbei ist und von der „Natur“ die Aufgabe gestellt wird, sie in einem „neuen Gefäß“, dem Deutschen Reich, zu einigen. Wenngleich die beiden feststellen müssen, dass sie keine Freunde werden können, verabschieden sie sich doch mit gegenseitiger Achtung. Die Szene verdeutlicht, dass in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft der Wunsch nach der Überwindung der erneuten deutschen Teilung vorhanden

war, ein erneuter Krieg hierfür aber abgelehnt wurde.

Die mäßigende Politik Bismarcks, wie sie schon einige Jahre zuvor von Theodor Heuss als Journalist und Politiker herausgestellt wurde, bildete einen der zentralen Aspekte im Jahr 1966, als sich die Ereignisse zum 100. Male jäherten. So schrieb der Journalist Paul Sethe, es habe sich um einen „Sieg ohne Mißbrauch“⁵¹ gehandelt. Als Lehre aus dem Jahr 1866 wurde nun unter anderem diese gezogen: „Am Ende einer hundertjährigen Epoche, die unglücklich für uns ausging, kann es für alle Deutschen nur die Lehre geben, den Frieden zu wahren.“⁵²

Auch in der regionalen Erinnerungskultur spiegelte sich die Friedensintention wider. Die fränkische Stadt Gräfenberg beging beispielsweise ein „Waffenstillstandsfest“. Dieses war innerhalb des Stadtrates zunächst umstritten, da ein Teil der Ratsmitglieder keinen Grund zum Feiern sah. Als Anlass wurde schließlich das Waffenstillstandsgesuch eines bayerischen Obersten an den Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin am 31. Juli 1866 genommen. Dieses hatte dazu geführt, dass vor Ort bereits vor dem offiziellen Waffenstillstand die Kampfhandlungen eingestellt wurden.⁵³

Zwar kam in der Tagespresse auch immer wieder der Spruch auf, dass Hitler Österreichs Rache für Königgrätz⁵⁴ gewesen sei. Der bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel gestand jedoch ein, dass Österreich, an dessen Seite Bayern gekämpft hatte, nicht minder schuld am Krieg von 1866 gewesen sei.⁵⁵ Von 1866 könne man lernen, so Goppel weiter, dass ein geeintes Europa nur miteinander und auf föderaler Grundlage geschaffen werden könne.⁵⁶

In der Tagespresse stand zudem neben der Darstellung der Kampfhandlungen des Deutschen Krieges⁵⁷ und der Wiedergabe von Quellenberichten von den Ereignissen⁵⁸ die Frage im Zentrum, welche

Folgen der Krieg von 1866 für die deutsche Geschichte und somit die Gegenwart habe. Hermann Proebst, Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung, kommentierte beispielsweise, dass es sich zwar um eine „deutsche Frage“ – vor hundert Jahren“ gehandelt habe. Doch waren für ihn die „alten Wunden“ von 1866 „längst vernarbt“ zumal in zwei Weltkriegen viel Schlimmeres geschehen sei. Allerdings setze „jede gesamtdeutsch entworfene Politik selbst unserer Tage [...] immer noch das Bismarck-Reich als eine Zwischenstufe, die einmal geschichtliche Realität gewesen ist, ungefähr voraus.“ Dies stelle die Frage danach, wie es einer Nation gelinge, die Erinnerung an geschichtliche Ereignisse zu integrieren.⁵⁹ Auch Ernst Deuerlein stellte fest: „Wer im Jahre 1966 glaubwürdig, weil überzeugt, die Wiederherstellung der politischen Einheit des deutschen Volkes fordert, ist verpflichtet, eine historisch haltbare Einstellung gegenüber dem Jahr 1866 einzunehmen.“ Deuerlein gab dabei zu bedenken, dass das Ergebnis des „Deutschen Krieges“ in der DDR als „Erste deutsche Teilung“ gewertet werde. Für ihn zeigte die „Konfrontation des Jahres 1966 mit dem Jahr 1866“ die Schwierigkeiten der Deutschen im Umgang mit ihrer Geschichte als Folge des Nationalsozialismus. Die Meinungsverschiedenheiten über die Beurteilung des Jahres 1866 beruhten für Deuerlein in der gegensätzlichen Beurteilung der nationalen Frage, denn während „die über den Ausgang des Jahres 1866 Enthusiasmierten in der Hinwendung zur Nation ein säkulares Ereignis sehen“, was weder im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation noch im Deutschen Bund erreicht worden sei, „bezeichnen die über das Jahr 1866 Bestürzten den nationalen Gedanken als die große Versuchung, der die Völker erlagen“.⁶⁰

Eine politische Nachwirkung wurde dem Krieg jedoch mehrheitlich nicht mehr zu-

geschrieben. Auch wenn Alfons Goppel angesichts von Meinungsverschiedenheiten über die Geldverteilung unter den Ländern formulierte: „Was Bismarck 1866 begonnen hat, wird 1966 vollendet“, lautete ein ironisch entwarnender Kommentar des Journalisten Erich Helmensdorfer hierzu: „Heute schießen sich die Bayern keinen Preußen mehr, obwohl sie scharf geladen sind.“⁶¹ Aus dem Deutschen Krieg sei mittlerweile ein „behäbiges Militär-Tableau aus dem ganz späten Biedermeier“⁶² geworden, konstatierte auch der Passauer Kirchenhistoriker Benno Hubensteiner. Eine Ausnahme bildete das Gedenken in Niedersachsen, wo mit Kranzniederlegungen, Feierstunden, Vorträgen und Empfängen an den Untergang des Königreiches Hannover erinnert wurde. Nicht nur die Welfen vertraten die Auffassung, dass das „Unrecht von 1866“ bis heute nicht vergessen sei.⁶³ Auch in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ wurde kommentiert, dass der Name Königgrätz „mit einem tragischen Kapitel europäischer Selbsterfleischung“ verbunden sei. Das Ergebnis sei „die Absage und zugleich der moralische Todesstoß“ für ein Staatensystem gewesen, das „ungeachtet aller Schwächen einer europäischen Völkerunion entgegenfierte“ und damit einer „Idee, die heute ebenso brandaktuell ist, wie sie gestern war“.⁶⁴

Ministerpräsident Otto von Bismarck wurde als die entscheidende Person des Jahres 1866 wahrgenommen, denn er „allein war die bewegende Kraft, der die Dinge, die da kommen sollten, lenkte und, sobald sie Gestalt annahmen, zu den von ihm gewollten Zielen führte“⁶⁵. Dabei fanden vor allem seine diplomatischen Fähigkeiten im Sinne eines Maßhaltens gegenüber dem unterlegenen Gegner Zustimmung. Mehrheitlich abgelehnt wurde die These, dass von 1866 ein Weg zu 1945 führe. So kommentierte Hans Rothfels: „Im Jahr 1866 hat sich vieles entschieden, aber ganz

gewiß nicht das, was 1914 und 1918 oder gar 1933 und 1945 geschehen sollte.“⁶⁶ Auch Golo Mann verwahrte sich dagegen, Bismarck wegen der Entscheidung des Jahres 1866 alles anzulasten, was seither in der deutschen Geschichte schief gegangen sei.⁶⁷

Der Historiker Werner Frauentdienst, der in der Zeit des Nationalsozialismus im Sachverständigenbeirat für die Forschungsabteilung Judenfrage im Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland fungiert hatte, schrieb in der „Welt“, dass Bismarck wohl 1866 keine andere Möglichkeit geblieben wäre, als einen Krieg zu führen, um die deutsche Frage einer Lösung näher zu bringen. Er kritisierte ebenfalls, dass Bismarcks Politik viel zu negativ bewertet werde, fügte dabei hinzu: „Zumal seit dem Zusammenbruch von 1945 versuchten die ‚Umerzieher‘ und Revisionisten des deutschen Geschichtsbildes und die heutigen Kritiker der Bismarckschen Reichsgründung den Geschichtsverlauf nachträglich wenigstens im Sandkastenspiel zu korrigieren.“⁶⁸ Solche noch vom Nationalsozialismus geprägten Stellungnahmen blieben aber im 100. Erinnerungsjahr die Ausnahme. Eine Medienpräsenz wie im Jahr 1966 konnten in den darauffolgenden 50 Jahren der Deutsche Krieg und mit ihm die Schlacht von Königgrätz nicht mehr erlangen. Die Abläufe der politischen Einigung der Deutschen im 19. Jahrhundert sind mittlerweile aus dem kollektiven Gedächtnis zu einem großen Teil verschwunden. Auch wenn das ZDF 2008 die Schlacht in Nordböhmen am Rechner als Animation für die Folge „Bismarck und das Deutsche Reich“ aus der Serie „Die Deutschen“ noch einmal „wiederbelebt“ hat.

In der Politik ist die Erinnerung an den Gegensatz zwischen Nord und Süd im Jahr 1866 in den wenigen vorhandenen Fällen nur noch eine humoristische Einlage, die noch dazu selten zur Anwendung kommt. Denn es besteht die Gefahr, dass

der Vergleich dem Urheber mehr Autorität nimmt, als ihm der Witz Zuspruch widerfahren lässt. So kommentierte beispielsweise 1976 der CSU-Politiker und Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Richard Jaeger, vor dem Hintergrund der drohenden Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft der Unionsparteien in Wildbad Kreuth, dass ein „Bruderkrieg“ niemandem nutze und nur ein gemeinsamer Generalstab von Vorteil sei.⁶⁹ Peter Gauweiler (CSU), ehemaliger bayerischer Umweltminister, versuchte 1991 die Forderung nach Ausdehnung seiner Partei in die neuen Bundesländer damit zu untermauern, dass die Bayern und Sachsen schließlich 1866 bei Königgrätz gemeinsam gegen die Preußen gekämpft hätten. Allerdings waren bei dieser Schlacht keine bayerischen Truppen anwesend. Die Kommentatorin der „Zeit“ meinte dazu: „Über solche Anzüglichkeiten der Geschichte kann der Bayer sich amüsieren.“⁷⁰ In dem Jahr von Gauweilers Zitat jährte sich der Deutsche Krieg zum 125. Mal. Neben der Schilderung der regionalen Ereignisse in Heimatkundebüchern⁷¹ bedauerte der Autor Bernd Häußler in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zentral den Verlust der Eigenständigkeit der einstigen „Freien Stadt“.⁷² Diese Betonung des Föderalismus im deutschen Staatsaufbau verdeutlicht die mittlerweile gänzlich eingetretene Abkehr vom Machtstaatsgedanken. Für „antipreußische“ Ressentiments ist der Kampf des Jahres 1866 als Aufhänger nicht mehr relevant. Im Jahr 2016 hat der Deutsche Krieg wohl auch die Facette eingebüßt, dass man über ihn Witze machen kann, denn zu viele Menschen haben keine Kenntnisse mehr über ihn. Am 29. April 2016 kommentierte Oliver Welke in der Satiresendung „Heute Show“, dass die österreichischen Volksparteien bei der letzten Bundespräsidentenwahl „ihr Waterloo beziehungsweise ihr Königgrätz“ erlebt hätten. Nach der zurückhaltenden

Reaktion des Publikums meinte Welke abwinkend: „Kleiner Historikerwitz.“ Wie in den Jahren nach dem Krieg wird in der Gegenwart die Erinnerung an den Deutschen Krieg in der Region durch die Pflege der einstigen Ehren- und Siegesdenkmäler für die Gefallenen fortgeführt. Im Unterschied zu den früheren Epochen gelten die steinernen Überreste dabei nicht mehr allein als Mahnmal gegen einen erneuten deutschen „Bruderkrieg“, sondern gegen Krieg im Allgemeinen.

-
- 1 Schach-Revanche gegen Preußen. In: Der Spiegel, 9. 4.1986.
 - 2 Anneliese Blaumeiser, Michael Blaumeiser, Der Zeichner Josef Blaumeiser. Menschen, Tiere, Illusionen, München 1998.
 - 3 Etwa: Franz Schellack, Sedan- und Kaisergeburtstagsfeste. In: Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg. Hrsg. von Dieter Düding, Peter Friedemann und Paul Münch, Reinbek bei Hamburg 1988 (= Rowohlt's Enzyklopädie. Kulturen und Ideen), S. 278–297. Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999, S. 258–267.
 - 4 Sebastian Schubert, Abschied vom Nationalstaat? Die deutsche Reichsgründung 1871 in der Geschichtspolitik des geteilten Deutschlands von 1965 bis 1974. In: Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland. Hrsg. von Heinrich August Winkler, Göttingen 2004, S. 230–264, hier S. 237–242.
 - 5 Unter anderem bei: Tobias Hirschmüller, „Wegbereiter und Mahner zur Einheit Deutschlands“? Der „Eiserne Kanzler“ und die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik. In: Die Deutsche Gesellschaft und der konservative Heroe. Der Bismarckmythos im Wandel der Zeit. Hrsg. von Markus Raasch, Aachen 2010, S. 221–257, hier S. 243–250. Jörg Koch, Von Helden und Opfern. Kulturgeschichte des deutschen Kriegsgedenkens, Darmstadt 2013, S. 36–102. Meinhold Lurz, Kriegerdenkmäler in Deutschland. Einigungskriege. Band 2, Heidelberg 1985, S. 125–144, 168–174 und S. 370–375.

- 6 Horst Großmann, Klaus Stoll, Die Schlacht bei Langensalza am 27. Juni 1866 und die Beschreibung der Denkmäler und Gräber, Bad Langensalza 2009.
- 7 Franz Huber: Der deutsche Bruderkrieg anno 1866. Chronologische Geschichte der Ereignisse und Nöthe von Land und Leuten, München 1866.
- 8 Beispielsweise: Manfred Schneider, Schlachtfelder im Deutschen Bruderkrieg. Die letzten Tage – was Chroniken darüber berichten. In: In Kreuzwertheim durch das Jahr 2006, S. 127–183. Martin Weigand, Der Bruderkrieg von 1866 (bearbeitet nach der Chronik der Pfarrei Wirtheim). In: Gelnhäuser Heimat-Jahrbuch 2005. Jahreskalender für Familie und Heim in Stadt und Land zwischen Vogelsberg und Spessart, S. 71–72.
- 9 Allgemeine deutsche Real-Encyclopädie für die gebildeten Stände. Conversations-Lexikon, 12. Band, Leipzig 1867¹¹, S. 88.
- 10 Hugo Elm, Der deutsch-österreichische Krieg 1866. Der Jugend und dem Volke erzählt (= Vaterländische Bücherei), Stuttgart 1891.
- 11 Lothar Gall, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt am Main–Berlin–Wien 1981⁵, S. 364. Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918. Zweiter Band: Machtstaat vor der Demokratie, München 1995⁵, S. 16. Otto Pflanze, Bismarck. 1: Der Reichsgründer, München 1997, S. 296–321.
- 12 Otto Müller, Deutschlands Einigungskriege 1864, 1866 und 1870–1871, Berlin 1907³.
- 13 Wolfram Siemann, Vom Staatenbund zum Nationalstaat. Deutschland 1806–1871 (Neue Deutsche Geschichte, 7), München 1995, S. 415–419.
- 14 Karl Heinrich Höfele, Königgrätz und die Deutschen von 1866. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 17 (1966), S. 393–416, hier S. 393.
- 15 Beispielsweise: Lüdde [ohne Vorname]: Gedenkblätter des deutschen Krieges im Sommer 1866. Für das deutsche Volk, insbesondere Preußens Krieger zusammengestellt, Berlin 1866.
- 16 Theodor Fontane, Der deutsche Krieg von 1866. I. Band: Der Feldzug in Böhmen und Mähren. 1. Halbband: Bis Königgrätz, Berlin 1870. 2. Halbband: Königgrätz. Bis vor Wien, Berlin 1870. II. Band: Der Feldzug in West- und Mitteldeutschland, Berlin 1871.
- 17 Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen. Erster Band: Vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, München 2000, S. 178.

- 18 Fontane, Der deutsche Krieg I, 2 (wie Anm. 16). Hier die Aufzählung der bis 1870 errichteten Denkmäler im Anhang.
- 19 Wilhelm Emmanuel von Ketteler: Deutschland nach dem Krieg von 1866, Mainz 1867, S. IV.
- 20 Alexander Braun, Gedächtnisrede, gehalten am 3. August 1866 auf der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität, Berlin 1866, S. 22.
- 21 Johann Eduard Schüller, Bruder-Krieg? Nein! Prinzipien-Kampf!, Berlin 1866, S. 30.
- 22 Maximilian Jägerhuber, Der Tag von Kissingen. Zur 25jährigen Gedächtnisfeier des 10. Juli 1866, Bad Kissingen 1891, S. 16.
- 23 Emil Ullrich, Rede gelegentlich der Gedächtnisfeier der Schlacht von Helmstadt am 25. Juli 1866. Vorgetragen am Samstag den 25. Juli 1891 in der Pfarrkirche von Helmstadt, Würzburg 1895, S.13
- 24 Max Jähns, Die Schlacht von Königgrätz zum zehnjährigen Gedenktage des Sieges, auf Grund der gesamten einschlägigen Literatur, Leipzig 1876, S. 500. Ähnlich auch: Justus Scheibert, Der Krieg in Deutschland im Jahre 1866. Wohlfeile Volksausgabe, nach dem großen Generalstabswerke (= Die Kriege von 1864, 1866, 1870/71 in wohlfeiler Bearbeitung nach den Großen Generalstabswerken, II), Berlin 1889, S. 156. Wilhelm von Voß, Die Kriege 1864 und 1866. Auf Grund urkundlichen Materials sowie der neuesten Forschungen und Quellen (= Preußen-Deutschlands Kriege von der Zeit Friedrichs des Großen bis auf die Gegenwart. Militär-politische Geschichte in Einzeldarstellungen), Berlin 1912, S. 294.
- 25 Hermann Kunz: Der Feldzug der Mainarmee im Jahre 1866, Berlin 1890, S. 230.
- 26 Zum 3. Juli! In: Münchner Neueste Nachrichten, 3.7.1891.
- 27 Wilhelm Hopf, Die deutsche Krisis des Jahres 1866 vorgeführt in Actenstücken, Aufzeichnungen der quellenmäßigen Darstellungen, Melsungen 1899², S. VIII.
- 28 Hopf, Die deutsche Krisis (wie Anm. 27), S. IX.
- 29 Theodor Heuss, Bismarcks Porträt (Zum 1. April). In: Neckar-Zeitung, 1.4.1912.
- 30 Theodor Heuss, Nikolsburg. Zum 27. Juli. In: Die Hilfe. Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst, 27.7.1916.
- 31 Gustav Stresemann: Ludendorffs Abschied (31. Oktober 1918). In: Gustav Stresemann. Reden und Schriften. Politik – Geschichte – Literatur. 1897–1926. Hrsg. von Hartmuth Becker, Berlin 2008², S. 131.
- 32 Theodor Heuss, Zehn Jahre nach dem Krieg 1870/71. In: Der Kunstfreund: Zeitschrift der Vereinigung der Kunstfreunde 3 (1915/16), Nr. 1/2 Januar/Februar, S. 1–6, hier S. 2.
- 33 Theodor Heuss, Deutschlands Zukunft, Stuttgart 1919, S. 6.
- 34 Zum Geschichtsbild von Theodor Heuss: Tobias Hirschmüller, Der Liberale und die Vergangenheit. Theodor Heuss und das deutsche Geschichtsbild (= Ernst-Reuter-Hefte 6), Berlin 2015.
- 35 Friedrich Ebert: Rede zur Eröffnung der Verfassungsgebenden Nationalversammlung, Weimar, 6.2.1919, in: Friedrich Ebert. Schriften, Aufzeichnungen, Reden. Mit unveröffentlichten Erinnerungen aus dem Nachlaß. Zweiter Band. Hrsg. von Friedrich Ebert Junior, Dresden 1926, S. 153.
- 36 Aussage von Adolf Hitler vor dem Amtsgericht München am 7.5.1929. In: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933. Band 3: Zwischen den Reichstagswahlen. Juli 1928 – September 1930. Teil 2: März 1929 – Dezember 1929. Hrsg. und kommentiert von Klaus A. Lankheit, Institut für Zeitgeschichte/München, München u. a. 1994, S. 253–254.
- 37 Alfred Rosenberg, Bismarck, das Deutsche Reich und die Juden. In: Völkischer Beobachter/Münchner Ausgabe, 22.5.1921.
- 38 Werner Stephan, Der Feldzug der vier Wochen. 1866 – von der Gegenwart aus gesehen. In: Das Reich. Deutsche Wochenzeitung, 15.6.1941. Die deutsche Sehnsucht nach dem Reich. In: Völkischer Beobachter/Norddeutsche Ausgabe. Zweites Beiheft, 16.1.1934. E. von Reventlow, 18. Januar 1871. In: Völkischer Beobachter/Norddeutsche Ausgabe, 18.1.1941.
- 39 Franz Ferencz, Zur Beurteilung der Gesamtpolitik Bismarcks, in: Nationalsozialistische Erziehung, 20.1.1934.
- 40 Förster [ohne Vorname]: Der Friede zu Prag. Zum Geschichtsunterricht im 7. Schuljahr. In: Nationalsozialistische Erziehung, 22.8.1936.
- 41 Reventlow, E. von: 18. Januar 1871, in: Völkischer Beobachter/Norddeutsche Ausgabe, 18. Januar 1941.
- 42 Alfred Rosenberg, Das Werden des Deutschen Nationalstaates. In: Völkischer Beobachter/Norddeutsche Ausgabe, 12./13.3.1933.
- 43 Walter Frank, Die Ueberwindung von 1866. Ein Nachwort zu den Reden Heinrich von Srbiks an der Universität Berlin. In: Völkischer Beobachter/Norddeutsche Ausgabe, 3.3.1936.
- 44 „Hoßbach-Protokoll“. Niederschrift über die Besprechung in der Reichskanzlei, Berlin, 5.11.137. In: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945. Aus dem politischen Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes. Serie D: 1937–1941. Band I. Von Neurath zu Ribbentrop (September 1937 – September 1938), Baden-Baden 1950, S. 29.
- 45 Rede von Adolf Hitler in der Reichstagsitzung vom 30. Januar 1939. In: Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte. IV. Wahlperiode. Band 459, Berlin 1938, S. 126.
- 46 Tagebucheintrag von Alfred Rosenberg vom 9.4.1940. In: Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs aus den Jahren 1934/35 und 1939/40. Hrsg. von Hans-Günther Seraphim, München 1964, S. 126.
- 47 Tagebucheintrag von Joseph Goebbels vom 22.9.1939. In: Die Tagebücher von Josef Goebbels. Teil I. Aufzeichnungen 1923–1941. Band 7: Juli 1939–März 1940. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte / München hrsg. von Elke Fröhlich, München 1998, S. 117.
- 48 Wolfgang Liebeneiner (Regie): Bismarck (1940). DVD Koch Media GmbH, Planegg 2004.
- 49 Aufzeichnung zwischen dem Führer und Reichsverweser von Horthy im Schloss Kleßheim am 17.4.1943 nachmittags. In: Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes 1942–1944. Hrsg. von Andreas Hillgruber, Frankfurt am Main 1970, S. 260.
- 50 Helmut Käutner (Regie): Ludwig II. – Glanz und Ende eines Königs (1955). DVD Kinowelt Home Entertainment, Leipzig 2010.
- 51 Paul Sethe, Sieg ohne Missbrauch. Bismarck verbündet sich mit dem geschlagenen Österreich. In: Die Zeit, 15.7.1866.
- 52 1866. Der letzte deutsche Bruderkrieg? In: Epoca. Eine Europäische Zeitschrift, Juni 1966.
- 53 Gerhard Tomkowitz, Seit 100 Jahren: Waffenruhe mit den Preußen. Die fränkische Stadt Gräfenberg feiert das Ende des 66er-Kriegs / Lebkuchen fürs Volk. In: Süddeutsche Zeitung, 26.7.1966.
- 54 Etwa: Werner Paul, 1866. In: Echo der Zeit, 10.7.1966.
- 55 Alfons Goppel, Bayern und das Jahr 1866, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 29 (1966), S. 680–688, hier S. 682.
- 56 Goppel, Bayern und das Jahr 1866 (wie Anm. 53), S. 686.
- 57 Hermann Proebst, Von Frankfurt nach Königgrätz. Die „deutsche Frage“ – vor hundert Jahren. In: Süddeutsche Zeitung, 2./3.7.1966.
- Benno Hubensteiner, 1866. Der Armee ein Denkmal. Eine bayerische Erinnerung an den Deutschen Krieg 1866. In: Münchner Merkur, 25./26.6.1966. Walter Görnitz, Griff in die Geschichte. „Majestät gewinne den Feldzug“. In: Die Welt, 2.7.1966.
- 58 Eduard Hanslick, Kriegsschauplatz Wartenberg, 1866. In: Süddeutsche Zeitung, 2./3.7.1966. Fritz Woock, Am Tag, als die Preußen kamen... Was am 30. Juni 1866 in der Zeitung stand – Heeresbericht nicht ungünstig. In: Münchner Merkur, 25./26.6.1966.
- 59 Proebst, Königgrätz (wie Anm. 55).
- 60 Ernst Deuerlein, Königgrätz im Spiegel der Gegenwart. Konsequenzen aus der Einstellung zu 1866. Die Frage nach der nationalen Einheit. Bismarcks Politik der Aussöhnung. In: Bayernkurier, 2.7.1966.
- 61 Erich Helmensdorfer, Das letzte Gefecht. Vor 100 Jahren schossen die Bayern auf die Preußen. In: Die Zeit, 4.3.1966.
- 62 Hubensteiner, 1866 (wie Anm. 55).
- 63 „Unrecht von 1866“ ist nicht vergessen. Welfen erinnern an Hannovers Ende. In: Donaukurier, 25./26.6.1966.
- 64 Hans-Ulrich Engel, Das Verhängnis von Königgrätz. Zum 100. Jahrestag der Schlacht. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung. Feuilleton, 30.6.1966.
- 65 Otto Bernstorff, 1866. Bismarcks waghalsige Politik. „Durch Eisen und Blut“ schuf der preußische Ministerpräsident und spätere Reichskanzler die deutsche Einheit. In: Münchner Merkur Magazin, 2./3.7.1966.
- 66 Hans Rothfels, Die erste deutsche Teilung. Bismarck und die Entscheidung von 1866. In: Stuttgarter Zeitung, 2.7.1966.
- 67 Golo Mann, Königgrätz – ein deutscher Bruderkrieg. In: Die Zeit, 1.7.1966.
- 68 Werner Frauendienst, Die deutsche Uhr richtiggestellt? In: Die Welt, 2.7.1966.
- 69 Richard Jaeger, Was nützt uns ein Bruderkrieg. Ein Plädoyer für die Einheit der Union. In: Die Zeit, 26.11.1976.
- 70 Nina Grunenberg, Sturm im bayerischen Maßkrug. Das Aufbegehren der CSU gegen Helmut Kohl verrät mehr Ohnmacht als Richtungssinn, in: Die Zeit, 10.5.1991.
- 71 Beispielsweise: Schneider, Schlachtfelder im Deutschen Bruderkrieg (wie Anm. 8).
- 72 Bernd Häußler, Die letzten Tage der „Freien Stadt“ Frankfurt. Vor 125 Jahren wurde der Stadtstaat von Preußen okkupiert. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.7.1991.

Katalog

Soldaten im Foto-Atelier

In den 1860er Jahren erlebte die Fotografie eine erste große Blütezeit. Viele Künstler und Vertreter der grafischen Gewerbe sattelten damals um. 1864 bestanden allein in München nicht weniger als 84 gewerbliche „Photo-Ateliers“. Auch wenn der Konkurrenzkampf dafür sorgte, dass diese Zahl stark zurückging und erst nach 1890 wieder übertroffen wurde, zeigt sie, welche Nachfrage gerade damals nach der neuen Technik bestand.

Es war erstmals auch für Normalverdiener aus den bürgerlichen Schichten möglich, Bilder von sich anfertigen zu lassen, auf diese Weise ihr individuelles „Selbstbild“ zu reproduzieren und als eine Art von Visitenkarte zu verteilen. Eine gesellschaftliche Gruppe, die in dieser Zeit fotografisch sehr gut dokumentiert ist, waren die Offiziere der Armee.

Die Bilder zeigen diese Männer, wie sie sich zeigen wollten und wie es die technischen Grenzen der Studiofotografie erlaubten. Auffällig ist die zumeist betont lässige, „coole“ und selbstbewusste Haltung, die sie einnehmen, was bei den langen Belichtungszeiten gar nicht so einfach war. Absichtlich offen gelassene Knöpfe und zerknautschte Mützen sollen bei vielen der Herren eine gewisse Distanz zur militärischen Disziplin signalisieren. Altersunterschiede bei gleichem Rang, betonte Eleganz der einen und „Understatement“ der anderen spiegeln die Heterogenität des bayerischen Offizierskorps.

Der Vergleich dieses Männlichkeitsbildes um 1865 mit der durchweg strammen Haltung und korrekten Uniform von Offizieren auf Fotos um 1900 zeigt den Kulturwandel, der hier stattgefunden haben muss.

Heute existieren noch viele tausende von Portraitaufnahmen bayerischer Offiziere in den Sammlungen des Bayerischen Armeemuseums in Ingolstadt und des Kriegsarchivs in München. Hier ist eine nicht repräsentative, aber charakteristische Auswahl von 32 solcher Portraits zu sehen, auf denen sich Offiziere präsentieren, die zur Zeit des Krieges von 1866 aktiv waren. Manche dienten bereits seit Jahrzehnten, andere machten später Karriere, einige ließen ihr Leben in diesem Feldzug.





Emil Dillmann

im Krieg von 1866 Unterleutnant im Genie-Regiment (Pioniere).
1898 Generalmajor und Direktor des Hauptlaboratoriums in Ingolstadt

Fotografie von C. Probst, Nürnberg 1866,
10,2 x 6,2 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.1086



Rudolph Deininger

im Krieg von 1866 Unterleutnant im 4. Artillerie-Regiment, verstorben als Hauptmann im 1. Artillerie-Regiment am 18. Oktober 1870 im Deutsch-Französischen Krieg an den Folgen seiner im Treffen von Orleans erlittenen Verwundung

Fotografie von J. F. Maurer, Landau/Pfalz 1864,
10,5 x 6,1 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.792



Maximilian Feder

im Krieg von 1866 Oberleutnant im 14. Infanterie-Regiment, verstorben am 3. Oktober 1866 in Würzburg an den Folgen seiner Verwundung im Gefecht von Roßbrunn

Fotografie, München 1867
10,1 x 6,1 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.1784



Carl Freiherr von Lottersberg

im Krieg von 1866 Hauptmann im 2. Artillerie-Regiment

Fotografie von Hesselbach, Würzburg 1867
10,1 x 6,1 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.3401



Otto Frank

Junker im 1. Kürassier-Regiment, im Krieg von 1866 Unterleutnant

Fotografie von Franz Neumayer, München 1862
10,3 x 6,3 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.2185



Adolph Büttner

im Krieg von 1866 Hauptmann im 9. Infanterie-Regiment

Fotografie 1864
10,4 x 6,1 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.368



Franz von Liel

im Krieg von 1866 Oberleutnant à la suite, zuvor beim 1. Kürassier-Regiment

Fotografie 1862
10,5 x 6,1 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.3095



Albert Ermarth

im Krieg von 1866 Unterleutnant im 4. Chevaulegers-Regiment

Fotografie von M. Keller, Augsburg 1866
10,3 x 6,1 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.1578



Carl Fink

im Krieg von 1866 Major (seit 5. Juli 1866)
im 4. Infanterie-Regiment

Fotografie von P. S. Cramer, Nürnberg 1862
10,3 x 6,6 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.1944



Carl Manz

im Krieg von 1866 Unterleutnant im
7. Jäger-Bataillon, gefallen im Deutsch-
Französischen Krieg am 11. Oktober 1870
bei Orleans

Fotografie 1866
9,6 x 5,9 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.3770



Carl Leeb

im Krieg von 1866 Unterleutnant im
7. Infanterie-Regiment

Fotografie von Franz Neumayer,
München 1866, 10,0 x 6,1 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.2818



Carl Mühlbauer

im Krieg von 1866 Unterleutnant im
7. Infanterie-Regiment; gefallen im
Deutsch-Französischen Krieg am
8. Dezember 1870 bei Beaugency

Fotografie 1863
10,2 x 6,5 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.4621



Adolph Morgenroth

im Krieg von 1866 Unterleutnant im
Infanterie-Leibregiment

Fotografie von Franz Neumayer, München 1866
9,9 x 6,2 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.4558



Heinrich Leeb

im Krieg von 1866 Unterleutnant im
2. Infanterie-Regiment

Fotografie von Otto Reitmayer, München 1867
10,4 x 6,4 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.2785



Eduard von Lutz

im Krieg von 1866 Generalmajor und
Kriegsminister, am 1. August 1866
zurückgetreten, auf dem Foto noch
Oberst und Kommandeur des 2. Infante-
rie-Regiments

Fotografie von H. Holz, München 1863
10,6 x 6,4 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.3479



Franz von Faust

im Krieg von 1866 Generalmajor und
Kommandeur der 7. Infanterie-Brigade,
gefallen bei Roßdorf am 4. Juli 1866

Fotografie von H. Holz, München, ohne Datum
10,0 x 6,2 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.1775



Eugen Albert

im Krieg von 1866 Hauptmann im
10. Infanterie-Regiment

Fotografie, 1870
10,0 x 6,4 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.79



Franz Freiherr von Lindenfels

im Krieg von 1866 Hauptmann im
5. Infanterie-Regiment

Fotografie 1864
9,6 x 6,2 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.3153



Carl Fels

im Krieg von 1866 Rittmeister im
2. Ulanen-Regiment

Fotografie von H. Mathaus, München 1862
10,3 x 6,2 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.1861



Theodor Clarman von Clarenau

im Krieg von 1866 Unterleutnant im
15. Infanterie-Regiment, gefallen im
Gefecht bei Zella am 4. Juli 1866

Fotografie von K. Mathaus, München, 1859
8,9 x 5,6 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.498



Maximilian Mühlbauer

im Krieg von 1866 Oberleutnant im
10. Infanterie-Regiment

Fotografie 1862
10,3 x 6,4 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.4630



Johann Dorn

im Krieg von 1866 Oberleutnant im
7. Infanterie-Regiment, „im Gefechte bei
Roßbrunn während eines Gespräches mit
dem späteren Generalmajor Karl Leuch-
tenstern gefallen“, 26. Juli 1866

Fotografie 1866
10,2 x 6,5 cm
Armeemuseum, PSlg.1277



Edmund von Morett

im Krieg von 1866 Oberleutnant im
2. Ulanen-Regiment, auf dem Foto noch
Unterleutnant im 1. Chevaulegers-
Regiment

Fotografie von S. Cramer, Nürnberg 1860
9,8 x 6,0 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.4546



Anton von Lilien

im Krieg von 1866 Unterleutnant im
6. Chevaulegers-Regiment

Fotografie 1865
10,1 x 6,2 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.3122



Joseph Fiedler

im Krieg von 1866 Unterleutnant im 1. Jäger-Bataillon, gestorben in Würzburg an seiner im Gefecht bei Helmstadt erlittenen Verwundung, 25. September 1866

Fotografie 1866
9,4 x 5,6 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.1930



Eduard von Lilier

während des Krieges von 1866 Kadett im Kadetten-Corps, Sohn des Eduard von Lilier, Major im 5. Chevaulegers-Regiment

Fotografie von A. Feil, München 1864
10,3 x 6,3 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.3136



Friedrich Bürklein

im Krieg von 1866 Unterleutnant im 1. Infanterie-Regiment, gefallen als Hauptmann im Deutsch-Französischen Krieg in der Schlacht von Sedan, 1. September 1870

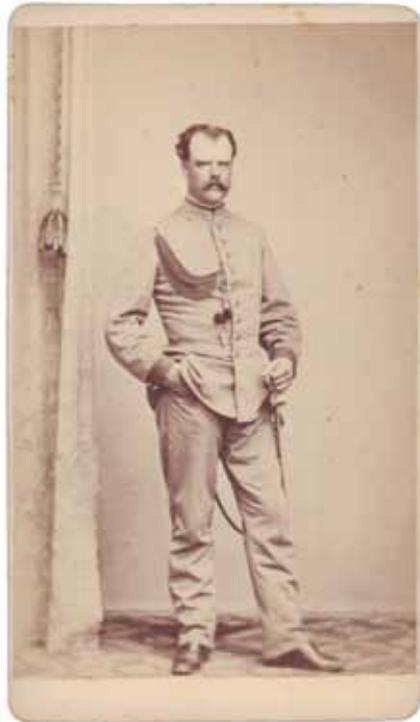
Fotografie von Franz Neumayer, München 1866
10,4 x 6,0 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.330



Max von Klenze

im Krieg von 1866 Oberleutnant im Infanterie-Leibregiment

Fotografie von Franz Neumayer, München 1864
10,5 x 6,1 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.2469



Ludwig Maillinger

im Krieg von 1866 Hauptmann im
8. Infanterie-Regiment

Fotografie von J. F. Maurer, Landau 1864
10,3 x 6,1 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.3628



Joseph Freiherr von Leonrod

im Krieg von 1866 Rittmeister im
1. Kürassier-Regiment

Fotografie von Gustav Sölch, München 1864
10,5 x 6,0 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.2936



Karl Freiherr von Feilitzsch

im Krieg von 1866 Unterleutnant im
4. Infanterie-Regiment

Fotografie von A. Russler, Bamberg 1864
10,0 x 6,2 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.1830



Ludwig Möllinger

im Krieg von 1866 Hauptmann im
15. Infanterie-Regiment

Fotografie von Franz Neumayer, München 1864
10,0 x 6,1 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.4487

Die Revolution von 1848/49

Die Revolution des Jahres 1848 erstrebte die Schaffung eines deutschen Nationalstaates auf der Grundlage einer liberalen Verfassung. Was zu diesem Deutschland gehören sollte, war durchaus unklar. Das Gebiet des Deutschen Bundes umfasste einerseits nicht alle Deutschen, andererseits lebten dort, vor allem im österreichischen Kaiserstaat, auch zahlreiche Menschen nichtdeutscher Nationalität.

Allerdings wollten die Einzelstaaten und vor allem ihre Dynastien keinen zentralisierten Nationalstaat. Die europäischen Großmächte zogen die Ordnung des Wiener Kongresses mit einem schwachen Deutschen Bund ohnehin einer neuen Machtbildung in Mitteleuropa vor.

Vom Mai 1848 bis 1849 bestand in Frankfurt am Main eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung. Es gelang diesem Parlament aber nicht, die exekutive Macht wirksam an sich zu ziehen und sich als Machtfaktor in Europa durchzusetzen.

Ludwig I. von Bayern war der einzige Monarch, der abdanken musste, und dies vor allem, weil ihm der Skandal um Lola Montez über den Kopf wuchs.

Abbildung wegen Bildrechten
nur in der Printausgabe

Die Germania der Paulskirche

Die Figur der Germania diente als Sinnbild des einigen Deutschland. Unter dem Eindruck der Revolution erklärte der Bundestag am 9. März 1848 die Farben der deutschen Nationalbewegung Schwarz-Rot-Gold zu den Farben des Bundes. In Reminiszenz an das 1806 untergegangene Heilige Römische Reich nahm er zugleich den Doppeladler als Wappen an.

Das Original, auf dünnem Nessel Tuch gemalt, hing 1848 in der Paulskirche in Frankfurt am Main, also im Tagungsraum des ersten deutschen Nationalparlaments.

Es befand sich dort in Blickrichtung der Abgeordneten und erinnerte sie an ihre wichtigste Aufgabe: die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands. Die gesprengte Fessel symbolisiert das Ende aller Untertänigkeit.

Germania, Gemälde von Philipp Veit, 1848 (Reproduktion), Maße in der Ausstellung 405 x 205 cm, Originalmaße 484 x 319 cm Germanisches Nationalmuseum Nürnberg, Inv.-Nr. Gm 608



Die Geliebte des Königs: Lola Montez (1821-1861)

In München wurde das „Privatleben“ des Königs zum Stein des Anstoßes für Unruhen.

Als „spanische Tänzerin“ mit dem Künstlernamen „Lola Montez“ erregte Elizabeth Rosanna Gilbert, die Tochter eines Schotten und einer Irin, in Europa Aufsehen. Ab 1846 lebte sie in München, wo es ihr gelang, ein Verhältnis mit König Ludwig I.

einzugehen. Die Begünstigung durch den König, der ihr schließlich den Titel einer „Gräfin von Landsfeld“ verschaffte, erregte allgemeinen Unwillen.

„Gräfin von Landsfeld (Lola Montez)“
Stahlstich von Rohrich um 1850, 24 x 18,5 cm.
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0172-2009



Lola Montez muss aus München fliehen, 11. Februar 1848

Das Verhältnis Ludwigs I. mit Lola Montez und deren provozierendes Auftreten in der Öffentlichkeit führten zum offenen Konflikt zwischen dem König und der Münchner Bürgerschaft. Lola Montez musste fluchtartig die Stadt verlassen. Zurück blieb ein König, dessen Autorität entscheidend geschwächt war. Nach weiteren Unruhen verzichtete Ludwig I. am

20. März 1848 zugunsten seines Sohnes Maximilian auf den Thron. Das satirische Flugblatt stellt die Vorgänge aus Sicht der Münchener Bürger dar.

„Erinnerungsblatt an die Ereignisse vom 9., 10. und 11. Februar 1848 in München“, Lithografie, 53,5 x 34,5 cm.
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0393-2008



Barrikadenkampf in Wien 1848

Im Oktober 1848 kam es in Wien zu einem Volksaufstand, der von der Armee in blutigen Kämpfen niedergeworfen wurde. Das war ein Signal, das in ganz Deutschland den Kräften der Reaktion Auftrieb gab. In Berlin stellten preußische Truppen im November die Autorität des Königs wieder her.

„Die Einnahme der Barrikaden in der Leopoldstadt, Neue Gasse, am 28^{ten} October 1848.“
Radierung, mit Wasserfarben koloriert;
20,5 x 31,5 cm
Bay. Armeemuseum Inv.-Nr. N 5065.9



Ein bayerischer Freiwilliger in Schleswig-Holstein, 1848

Der Konflikt um Schleswig-Holstein löste in Deutschland eine Welle der Sympathie für die „Elbherzogtümer“ aus, die zur Bildung von Freiwilligenverbänden führte. Ein solches Freikorps befehligte Ludwig von der Tann, damals Major in der bayerischen Armee. Bei Hoptrup in Nordschleswig gelang ihm am 7. Juni 1848 ein erfolgreiches Gefecht gegen die Dänen. Das Bild zeigt, wie von der Tann mit seinen Mitstreitern dänische Reiter in die Flucht schlägt.

„Von der Tann schlägt die Daenen bei Hoptrup am 6. Juny 1848 (Morgens um 3 Uhr)“
Kreidelithografie von J. Eberhardt nach einem Aquarell von Feodor Dietz, „Aus dem König Ludwigs Album“, München 1850; 40,5 x 53 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 6250



Gefecht bei Eckernförde, 1849

Bei Eckernförde an der schleswigschen Ostküste unternahm dänische Kriegsschiffe am 5. April 1849 einen Landungsversuch, wurden dabei aber von den Geschützen der Küstenverteidigung manövrierunfähig geschossen. Als die Besatzung des Linienschiffes „Christian VIII.“ das Schiff verließ, explodierte es unter ungeklärten Umständen.

Lithografie von Wilhelm Heuer 1848, teilkoloriert, gedruckt bei Ch. Fuchs in Hamburg; 30,5 x 42 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 317.a



„Eure Dienste zum Schutze des Gesetzes“

In einem sogenannten „Armee-Befehl“ wandte sich der preussische König an seine Armee, um den Soldaten den Sinn ihres Einsatzes zu erklären. Nachdem in Wien und Berlin die Monarchen ihre Autorität mit Gewalt durchgesetzt hatten, war es im Mai 1849 zu neuen Aufständen in Sachsen, der bayerischen Pfalz und in Baden gekommen. Dagegen wurde die preussische Armee erneut mobilisiert. Der König bezeichnet diese Erhe-

bungen als Rechtsbruch. Er appelliert an Königstreue und Patriotismus der Truppen, indem er einen Bogen zu den Freiheitskriegen von 1813-1815 spannt. Bibelzitate bekräftigen die Pflicht zur Erhaltung der rechtmäßigen Obrigkeit.

Erinnerungsblatt mit dem Preussischen Armeebefehl vom 16. Mai 1849, Lithografie von H. von Dirke, Saarlouis 1849, mehrfarbig gedruckt, 53 x 39 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0019-2003

Bayerns Militär als Teil des Deutschen Bundes-Heeres

Vom Sommer 1848 an wurde die „Deutsche Kokarde“ in schwarz-rot-gold zusätzlich zur weiß-blauen bayerischen Kokarde an den Kopfbedeckungen befestigt. Auch an den Feldzeichen der verschiedenen Kontingente des Bundesheeres wurden schwarz-rot-goldene Fahnen- und Standartenbänder angebracht. Bereits 1851 wurden diese Zeichen der deutschen Einheit wieder entfernt.



Bundeskokarde für Mützen

Diese aus Tressenband zum Kreis gelegte Kokarde sollte an den im täglichen Dienst getragenen Schirmmützen angenäht werden.

Bundeskokarde für Mützen, Bayern 1848,
Tressenband aus Textil- und Metallgespinst,
Durchmesser 2,6 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 1962



Bundeskokarde für Tschakos

Die aus Textil- und Metallschnüren gewickelte Kokarde war vermutlich zum Anstecken an die Tschakos der Jäger-Bataillone vorgesehen.

Bundeskokarde für Tschakos, Bayern 1848,
Schnur aus Textil- und Metallgespinst,
Durchmesser 5 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 1963



Kasket mit Bundeskokarde

Das „Kasket“, ein Lederhelm mit einer voluminösen „Raupe“, wurde in der bayerischen Armee bereits seit 1800 getragen und entwickelte sich zu ihrem Markenzeichen. Das Modell von 1832 spiegelt in seiner Form die Begeisterung für die griechische Antike besonders deutlich wider. Obwohl seit 1845-48 eine neue Variante unter der Bezeichnung „Raupenhelm“ eingeführt wurde, trugen viele Offiziere die älteren Helme noch bis 1851 auf.

Kasket Modell 1832 für Offiziere der Infanterie mit Bundeskokarde aus bemaltem Blech, Bayern 1848-51; Leder, vergoldetes Messing, Bärenfell, Höhe ca. 30 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 1378



Standartenband in Bundesfarben

An den Feldzeichen der bayerischen Truppenteile sollten schwarz-rot-goldene Bänder in den „Deutschen Farben“ befestigt werden. Das hier gezeigte Probeexemplar wurde vom Kriegsministerium als offiziell genehmigtes Muster gesiegelt.

Standartenband 1848, gesiegelte Probe, Seide und Metallgespinst, Länge 166 cm, Breite 7,8 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 1958



Bayerische Infanteriefahne mit Band des Deutschen Bundes

Die Fahnen der bayerischen Infanterieregimenter wurden ab 1841 nach einem neuen einheitlichen Muster in den Farben weiß und blau gestaltet. In den Ecken die Initiale des Königs, hier das „L“ für Ludwig I., das dann auch für Ludwig II. wieder passte.

Die Fahne wurde im aktiven Gebrauch bis 1918 und für die museale Präsentation danach mehrfach repariert, restauriert und ergänzt; vom ursprünglichen Grundmaterial und von der originalen Stickerei sind

allenfalls noch geringe Reste erhalten geblieben. Für die Ausstellung ist es mit der Probe eines Fahnenbandes in Bundesfarben kombiniert.

Fahne (Muster 1841) des III. Bataillons des 2. Infanterie-Regiments, Bayern nach 1848, Seide, 132 x 134 cm
Fahnenband 1848, gesiegelte Probe, Seide und Metallgespinst, Länge 166 cm, Breite 7,8 cm.
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nrn. B 5548; B 1958

Das Heer des Deutschen Bundes

Die wichtigste Aufgabe des Deutschen Bundes war die Gewährleistung der äußeren und inneren Sicherheit. Als Bedrohung im Innern galt die Revolution, als wahrscheinlichster äußerer Feind Frankreich.

Daher lagen die Festungen des Bundes alle im Westen: Luxemburg, Mainz, Landau, Rastatt, Ulm.

Im Verteidigungsfall sollte der Deutsche Bund zehn Armeekorps von jeweils rund 30.000 Mann aufstellen. Das Übergewicht der beiden großen Militärmächte war eindeutig:

1.-3. Armeekorps: Österreicher

4.-6. Armeekorps: Preußen

7. Armeekorps: Bayern

8., 9. und 10. Armeekorps: „gemischt“ aus Kontingenten der übrigen Staaten.

Als zentrale Einrichtung bestand in Frankfurt am Main die permanent tagende Bundesmilitärkommission unter dem Vorsitz Österreichs. Sie verwaltete die Bundesfestungen und versuchte, eine gewisse Einheitlichkeit der deutschen Streitkräfte durchzusetzen. Offen blieb, wer im Kriegsfall den Oberbefehl haben sollte.



Bereit zur Verteidigung 1859

Der Krieg in Italien zwischen Österreich und Sardinien-Piemont, das mit Frankreich verbündet war, veranlasste die Mobilisierung des Deutschen Bundesheeres. Bayern mobilisierte 1859 drei Divisionen. Nach dem Friedensschluss wurden diese Verbände wieder abgerüstet.

König Maximilian II. besichtigt – auf weißem Pferd – seine Truppen in der Nähe von Ulm. Bürger und Bauern sind nicht nur Zuschauer: Ihre Anwesenheit demonstriert

die Verbundenheit des Volkes mit König und Armee.

Vorne rechts steht ein Bauer mit Familie. Als ehemaliger Soldat trägt er das bayerische Veteranendenkzeichen für die Feldzüge 1790-1812 und das Militärdenkzeichen für die Feldzüge 1813/15.

Gemälde von Ludwig Behringer, Öl auf Leinwand 1859, 84 x 113 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 1360-1988



Einheitlich uneinheitlich: Uniformen im Deutschen Bund

Die Uniformen des Deutschen Bundesheeres spiegeln dessen Zusammensetzung aus den Kontingenten einer Vielzahl einzelner Staaten. Zwar wirken die blauen Uniformen – mit Ausnahme des weißen Rocks der Österreicher – auf den ersten Blick einheitlich, doch zeigt sich bei näherem Hinsehen, wie sich jede der Armeen durch kleine Unterschiede abzugrenzen versuchte.

So trugen zwar um 1860 alle den sogenannten „Waffenrock“, den zuerst Preußen ab 1842 eingeführt hatte, aber mit unterschiedlichen Formen von Krägen und Ärmelaufschlägen, verschiedenen Abzeichen auf der Schulter und jeweils eigenen Systemen von Rangabzeichen.

Als Kopfbedeckung war der Lederhelm mit Spitze, die sogenannte „Pickelhaube“, die ebenfalls zuerst in Preußen 1842 eingeführt worden war, sehr beliebt. Allerdings wurde sie in einigen der Staaten, die sich gegen die preußische Machtpolitik stellten, bewusst nicht übernommen oder sogar wieder abgeschafft. Ein Tschako aus Filz und Leder, wie ihn die österreichische Armee trug, oder eine einfache Mütze waren die Alternativen.

Die bayerische Armee demonstrierte ihre besondere Eigenständigkeit mit ihrem „Raupehelm“, der auf schon in den Napoleonischen Kriegen getragene Kopfbedeckungen zurückwies, und dem „hellblauen“ Waffenrock.



Das Erfolgsmodell – die preußische Pickelhaube

Der „Helm mit Spitze“ wurde zuerst 1842 in Preußen eingeführt. Er bot einen gewissen Schutz gegen Säbelhiebe von oben und war angenehmer zu tragen als die bisherigen hohen Tschakos.

Optisch orientierte sich die neue Kopfbedeckung an den Vorstellungen der Zeitgenossen von Helmen der Antike und an manchen orientalischen Formen, die im

frühen 19. Jahrhundert populär waren, dazu bot er Platz für repräsentative Zierate wie hier den Preußenadler.

Helm mit Spitze für Mannschaften der Linien-Infanterie, Modell 1860, Preußen 1860-1867, Leder, Messing.
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. N 1066



Preußen: Waffenrock

Der Waffenrock wurde zuerst im Jahre 1842 in Preußen eingeführt und setzte sich allgemein als militärische Oberbekleidung durch.

Dieser Rock zeigt die Regimentsnummer „16“ auf den hellblauen Schulterklappen. Der Knopf auf der Schulter zeigt eine „9“ für die Nummer der Kompanie. Eine goldfarbene Metalltresse am Kragen und dem „brandenburgischen“ Ärmelaufschlag kennzeichnet den Träger als Unteroffizier.

Die schwarz-weiße Bandlitze an der Aufschlagpatte ist eine Schießauszeichnung. Der Rock von 1867 unterscheidet sich nur minimal von der bis 1866 getragenen Ausführung.

Waffenrock Modell 1867 für einen Unteroffizier des 3. Westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 16, Preußen 1867, Wolltuch
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0516-1994



Hamburg: Pickelhaube

Das Militär der Freien und Hansestadt Hamburg erhielt bereits 1843 Waffenrock und Pickelhaube nach preußischem Modell. Abweichend war die kleine Kugel auf der Helmspitze. Das Hamburger Wappen auf dem Strahlenkranz kennzeichnet die Zugehörigkeit. 1866 wurde statt der Pickelhaube noch ein Käppi eingeführt, das dann nur für ein Jahr getragen wurde.

Helm mit Spitze Modell 1860 für Offiziere der Infanterie, Hamburg um 1865, Leder, Messing, Höhe ca. 28 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. N 1091



Württemberg: Mütze

In der Württembergischen Armee wurde nach dem Regierungsantritt von König Karl im Jahr 1864 eine bequeme schwarzblaue Feldmütze („Interismütze“ bzw. „Lagermütze“) eingeführt. Daneben gab es eine steife dunkelblaue Dienstmütze mit farbigem Band und Wappenschild. Tschakos oder Helme wurden nicht mehr getragen.

Interismütze Modell 1864 für Offiziere der Infanterie, Württemberg 1864-1871, Wollstoff, Leder, Metallgespinst
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0365-1970



Württemberg: Waffenrock

Die unter König Karl I. von Württemberg eingeführte Uniform hatte einen von den anderen deutschen Armeen deutlich abweichenden Stil. Der Waffenrock war zweireihig geknöpft und in sehr dunklem Blau gehalten. Er kombinierte Achselwülste wie die bayerischen „Wings“ und Schulterklappen. Als Regimentsabzeichen dienten Kragenpatten in verschiedenen Farben.

Dieser Rock mit der Regimentsfarbe gelb und Messingknöpfen kann dem 2. Reiter-Regiment zugeschrieben werden.

Waffenrock für Mannschaften, 2. Reiter-Regiment, Württemberg um 1865, möglicherweise Nachbildung um 1900, Wolltuch
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0290-1967



Hannover: Tschako

Im Königreich Hannover wurde die Pickelhaube nach preußischem Vorbild 1846 eingeführt, schon 1859 aber wieder abgeschafft. König Georg V. ließ nun Tschakos, auch als „Käppis“ bezeichnet, nach österreichischem Muster einführen, um seine politische Distanzierung von Preußen zu demonstrieren.

Dieses Käppi der Linien-Infanterie ist mit einer breiten weißen Borte mit gelben Streifen als Abzeichen für einen Feldwebel versehen.

Tschako Modell 1859 für Feldwebel der Linien-Infanterie, Hannover um 1860, Filz, Leder, Wolle, Metall, Höhe ca. 17,5 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0488-1975



Hannover: Waffenrock

Dieser Waffenrock wurde von einem Feldwebel des hannöverschen 7. Linien-Infanterie-Regiments getragen. Nur kleinste Abweichungen unterscheiden ihn vom preußischen Vorbild: Ein Rangstern auf der Achselklappe, den es für preußische Unteroffiziere nicht gab, und die „fran-

zösische“ Form der Ärmelaufschläge mit einer geschwungenen Patte.

Waffenrock für einen Feldwebel des 7. Infanterie-Regiments, Hannover um 1860, Wollstoff, Baumwolle, Messing
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0278-1975



Baden: Pickelhaube

Das Großherzogtum Baden schloss sich seit 1849 besonders eng an Preußen an. Seitdem wurde die Pickelhaube auch in der badischen Armee getragen.

Vom preußischen Vorbild unterscheidet sich der Helm durch den badischen Greif und die rot-gelbe bzw. rot-goldene Kokarde auf der rechten Seite.

Helm mit Spitze für Offiziere der Infanterie, Modell 1856, Baden. Leder, vergoldetes Messing, Höhe 27 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. N 799

Abbildung wegen Bildrechten
nur in der Printausgabe

Reuß: Pickelhaube

Die Infanterie der beiden Fürstentümer Reuß („jüngere Linie“ und „ältere Linie“) wurde seit 1845 nach preußischem Vorbild ausgerüstet. Beide stellten zusammen sechs Kompanien zum Bundesheer.

Die Pickelhaube trägt auf einem Stern aus Messing das fürstliche Reußler Wappen in Neusilber.

Helm mit Spitze Modell 1860 für Mannschaften der Infanterie, Reuß 1860-1867, Leder, Messing, Neusilber, Höhe 26,4 cm
Wehrgeschichtl. Museum Rastatt, Inv.-Nr. 012485



Bayern: Raupenhelm

Eine neue Version des „Kaskets“, nunmehr unter dem Namen „Raupenhelm“ war im Jahre 1845 Bayerns Antwort auf die Pickelhaube.

Der Lederkorpus war ähnlich wie bei dem preußischen Helm, doch zierte ihn die charakteristische „Raupe“ aus Wolle oder Bärenfell (bei Offiziershelmen). Er war, wie seine Vorgänger, problematisch, da die „Raupe“ sich bei Regen mit Wasser vollzog und dadurch nicht nur schwerer

wurde, sondern auch ein gutes Biotop für Kleinlebewesen abgab.

Die Linien-Infanterie erhielt den Helm 1848 mit der Initiale „M“ König Maximilian II. in einem Strahlenkranz.

Raupenhelm Modell 1845 für Mannschaften der Infanterie, Bayern ab 1848, Leder, Messing, Wolle, Höhe ca. 23 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. N 871



Bayern: Waffenrock

In der bayerischen Armee wurden Waffenröcke 1848 eingeführt. Ab 1860 wurde ein Modell mit etwas kürzeren Schößen getragen. Grundfarbe der bayerischen Uniformen war „Kornblumenblau“, das heller war als die sonst verbreitete preußischblaue Färbung.

Anstelle von Schulterklappen wurden sogenannte „Wings“ auf den Schultern getragen, die das Abrutschen der Trageriemens des Tornisters verhinderten. Typisch waren auch die bayerischen Ärmelauf-

schläge mit zwei übereinander stehenden Knöpfen.

Die Regimenter unterschieden sich durch die Grundfarbe von Kragen und Ärmelaufschlägen in Kombination mit der Knopffarbe (Messing oder Weißmetall).

Waffenrock Modell 1860 für Mannschaften des 3. Infanterie-Regiments „Prinz Carl von Bayern“, Bayern um 1865, Wolltuch, Messingknöpfe
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. H 17383

Abbildung wegen Bildrechten
nur in der Printausgabe

Österreich: Waffenrock

Weiß war schon seit über 150 Jahren die traditionelle Uniformfarbe der österreichischen Infanterie. Sie wurde bis 1868 beibehalten, als alle anderen europäischen Armeen längst zu dunkleren Uniformen übergegangen waren. Der Waffenrock unterschied sich durch den liegenden Kragen deutlich von den sonst im Deutschen Bund getragenen Varianten.

Alle Regimenter unterschieden sich durch fein abgestufte „Egalisierungsfarben“ und gelb- oder weißmetallene Knöpfe. So hatte dieses Regiment Ärmelaufschläge

und Kragen in „scharlachrot“. Das war einer von 10 (!) verschiedenen Rottönen. Bei den ungarischen Regimentern waren die Ärmelaufschläge oben spitz zulau fend und mit einer besonderen Litze, der „Bärentatze“ verziert. Dazu wurden enge ungarische Hosen getragen.

Waffenrock Modell 1861 für Mannschaften des Ungarischen Infanterie-Regiments Nr. 37 „Erzherzog Joseph“, Wolltuch Heeresgeschichtliches Museum Wien, Inv.-Nr. 1919/02/NI6825



Österreich: Tschako („Käppi“)

Die Infanterie des Habsburgerreichs war mit Tschakos ausgestattet. Bei diesem Stück handelt es sich um eine nicht den Vorschriften entsprechende, vermutlich private Anfertigung für einen Offizier. Er ist felddmäßig mit Wachstuch überzogen und hat einen ebensolchen Nackenschutz, wie er etwa bei den Feldzügen von 1859

und 1866 in Italien getragen wurde. Er gehört zum ältesten Bestand des Bayerischen Armeemuseums und entstammt dem Monturdepot Ingolstadt.

Tschako für einen Offizier, Österreich um 1860, Pappe, Wachstuch, Leder, Metall Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. E 73

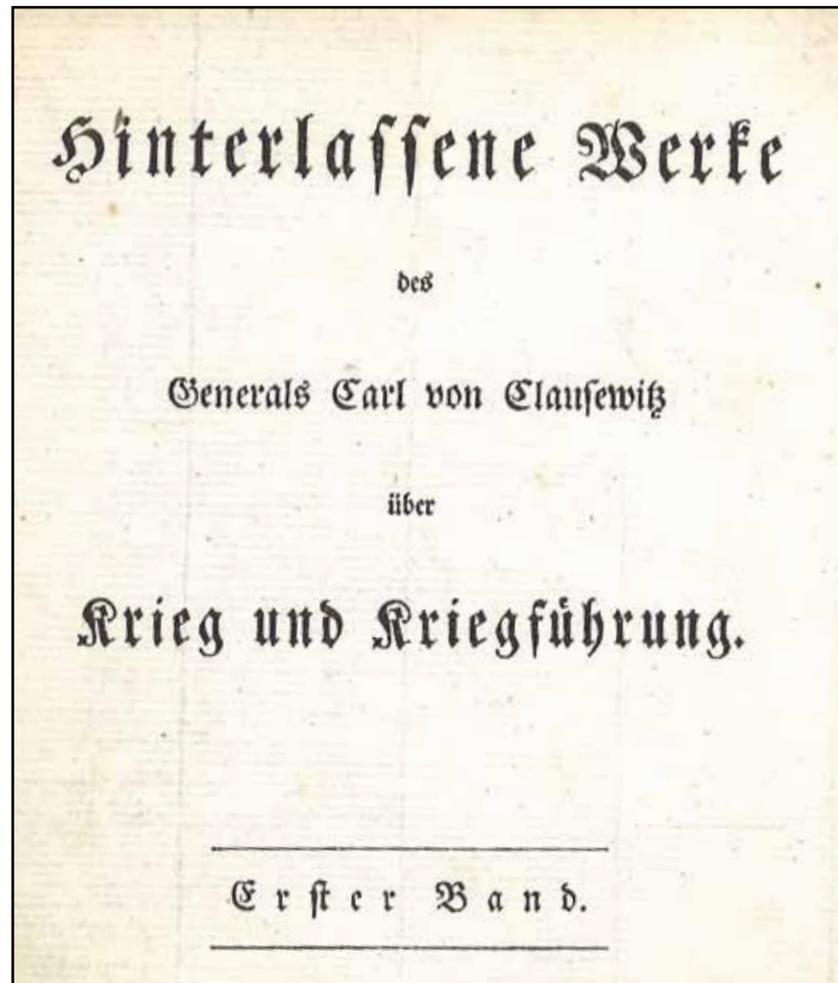
Abbildung wegen Bildrechten
nur in der Printausgabe

Hessen-Darmstadt: Pickelhaube

Im Großherzogtum Hessen-Darmstadt wurde die Pickelhaube 1849 eingeführt. Vom preußischen Vorbild unterschied sie sich durch den gerundeten Vorderschirm und natürlich den großformatigen Hessischen Löwen als Helmzier.

Helm mit Spitze, Modell 1860 für Offiziere der Infanterie, Hessen-Darmstadt um 1865, Leder, Messing, teilweise vergoldet, Höhe ca. 31 cm
Wehrgeschichtl. Museum Rastatt, Inv.-Nr. 013903

Militärische Zustände am Vorabend des Krieges



Die Länder des Deutschen Bundes gestalteten ihr Wehrwesen selbständig. Unter den großen und mittleren Staaten nahm Preußen eine Sonderstellung ein. Nur dort wurde die 1814 eingeführte allgemeine Dienstpflicht wirklich durchgesetzt.

Die Dienstzeit betrug in Preußen drei Jahre und musste aktiv abgeleistet werden. Seit 1860 war die preußische Armee in ihrem Friedensumfang vergrößert worden. Das Feldheer gewann an Leistungsfähigkeit, weil man bei der Mobilmachung fortan auf ältere Jahrgänge verzichten konnte.

An der Spitze der preußischen Armee standen, das war damals etwas Neues, militärwissenschaftlich geschulte Generalstabsoffiziere.

Auch für das Wehrsystem Österreichs und der süddeutschen Staaten galt formal der Grundsatz der allgemeinen Dienstpflicht. Er wurde aber faktisch dadurch außer Kraft gesetzt, dass sich die Dienstpflichtigen durch Bezahlung eines Stellvertreters freikaufen konnten. Das führte dazu, dass Mannschaftssoldaten überwiegend aus den ärmeren Bevölkerungsschichten kamen.

Durch umfassende „Beurlaubungen“ waren die Präsenzstärken im Frieden niedrig, eine gründliche Ausbildung trotz scheinbar langer Dienstzeiten von sechs und mehr Jahren kaum möglich.

Den Krieg denken

Schon seit der Aufklärung im 18. Jahrhundert waren Krieg und Kriegführung zum Gegenstand wissenschaftlichen Nachdenkens geworden. In der Zeit nach den napoleonischen Kriegen entstand eine neue Hochblüte der militärwissenschaftlichen Literatur. Es ging um das Wesen des Krieges im Allgemeinen, vor allem aber über alle Bereiche der Strategie, der Taktik und der technischen Entwicklungen.

Viele gebildete Offiziere aller europäischen Armeen beteiligten sich über die Grenzen von Staaten und Armeen am

Diskurs über den Krieg. Überall entstanden Militärbibliotheken. Dennoch blieb es meist den einzelnen Offizieren überlassen, sich individuell fortzubilden.

Der preußische Generalstab nahm eine Sonderstellung ein. Er verstand sich nicht nur als spezialisierte Abteilung zur Unterstützung der Armeeführung, sondern zugleich als Bildungsinstitution. Hier wurden dieses kritische Denken und dessen praktische Anwendung systematisch und konsequent zum Prinzip erhoben und ständig geübt.



Carl von Clausewitz (1780-1831)

Carl von Clausewitz hat das moderne Denken über den Krieg grundlegend geprägt. Bereits mit 12 Jahren in die preußische Armee eingetreten, ging er 1808 in russische Dienste, um gegen Napoleon zu kämpfen. 1814 wurde er als Oberst wieder in die preußische Armee aufgenommen. Als Leiter der Allgemeinen Kriegsschule wurde er mit 38 Jahren der jüngste Generalmajor, starb aber bereits drei Jahre sp-

ter. Die überragende Bedeutung seiner posthum erschienenen Schriften wurde erst Jahrzehnte nach seinem Tode erkannt.

Stahlstich von Alexander Becker, Frontispiz aus: General von Clausewitz, *Vom Kriege*. Mit einer Einführung von Graf von Schlieffen (...), Neunte verbesserte Auflage, Berlin und Leipzig 1915, 23,6 x 16,4 cm
Bay. Armeebibliothek, Sign. A 25321

Vom Kriege (ohne Abb.)

Carl von Clausewitz entwickelte eine philosophisch und praktisch durchdachte Analyse des Krieges, die bis heute unerreicht ist.

Sein unvollendetes Hauptwerk „Vom Kriege“ wurde von seiner Witwe Marie von Clausewitz auf eigene Kosten herausgegeben. Es dauerte lange, bis seine Bedeutung in vollem Umfang erkannt wurde, doch wirkte seine Denkweise prägend.

Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, Erster Band, Berlin 1832
Bay. Armeebibliothek, Sign. A 25313

Die Aufgaben des Generalstabs (ohne Abb.)

Der Dienst des Generalstabs im Frieden und im Krieg wurden durch v. Boehn systematisch zusammengefasst: Organisation der Armee, Erkundung und kartografische Erfassung, Unterbringung und Transport von Truppen, Verpflegung, Übungen, Manöver und wirkliche Gefechtsfhrung. *„Der Generalstab sieht, liest, arbeitet für [den Heerführer], ohne deshalb zum willenlosen Werkzeug in seiner Hand werden zu dürfen“* (S. 4).

Hubert von Boehn. *Generalstabsgeschfte*. Ein Handbuch für Offiziere aller Waffen, Potsdam 1862
Bay. Armeebibliothek, Sign. A 72144

Simulation des Ernstfalls: Kriegsspiel als Methode (ohne Abb.)

Das „Kriegs-Spiel“ war der Versuch, ganze Feldzüge und einzelne Gefechte mit offenem Ausgang zu simulieren.

Offiziere „spielten“ anhand von realistischen Informationen über Geländeverhältnisse und Waffenwirkung auf der Landkarte gegen einander. Auf diese Weise schulten sie ihr Verständnis für die Komplexität des Kriegsgeschehens.

Wilhelm von Tschischwitz, *Anleitung zum Kriegsspiel*, Neisse 1862
Bay. Armeebibliothek, Sign. A 24975

Transportrevolution: Die Eisenbahn (ohne Abb.)

Die rasante Entwicklung der Eisenbahnen wurde von den Militärs seit den ersten Anfängen aufmerksam verfolgt. Neue Transportkapazitäten und Möglichkeiten einer nie dagewesenen Beschleunigung militärischer Operationen wurden eifrig erörtert.

Darlegung der technischen und Verkehrs-Verhältnisse der Eisenbahnen nebst darauf gegründeter Erörterung über die militärische Benutzung derselben, und über die Erleichterung dieser Benutzung zu treffenden Anordnungen, Berlin, Posen und Bromberg 1841
Bay. Armeebibliothek, Sign. A 18447



Beobachtung, Erfahrung, Analyse: Kriegsgeschichtsschreibung

Die kritische Auswertung von kriegerischen Ereignissen der Vergangenheit und Gegenwart galt als wichtigste Grundlage für die Arbeit des Generalstabs.

Helmuth von Moltke war auch hierin ein Vorbild: Als Hauptmann des Generalstabs wurde er von 1835 bis 1839 beurlaubt, um als Militärberater des Osmanischen Heeres zu dienen. Hier nahm er an Feldzügen in Ägypten und auf dem Balkan teil.

Im vorliegenden Buch untersuchte er die Vorgänge des wenige Jahre zurückliegenden Krieges der Türken gegen Russland.

Helmuth von Moltke, Der russisch-türkische Feldzug in der europäischen Türkei 1828 und 1829, Berlin 1845
Bay. Armeebibliothek, Sign. A 49676



Albrecht von Roon (1803-1879)

Roon wurde mit 18 Jahren Offizier und besuchte die Allgemeine Kriegsschule in Berlin.

Seit 1849 gehörte er zum engsten Kreis um den späteren König Wilhelm I. Die Ausgestaltung der preußischen Armee zur modernsten Streitmacht ihrer Zeit war zum großen Teil das Werk Albrechts von Roon. Er leitete die Neuorganisation des preußischen Heerwesens zu Beginn der 1860er Jahre als Kriegsminister. Sie führte zu schweren innenpolitischen Kämpfen zwischen konservativer Regierung und liberaler Opposition, steigerte aber die Leistungsfähigkeit der Armee erheblich.

Stahlstich von August Weger, um 1860,
20,8 x 18,2 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 51.28

Kenntnis möglicher Kriegsschauplätze (ohne Abb.)

Eine traditionelle Hauptaufgabe von Generalstabsoffizieren war die topografische Erkundung aller Gebiete, in denen die eigene Armee womöglich irgendwann Krieg führen könnte.

Dabei kam es darauf an, die militärisch bedeutsamen Aspekte zu untersuchen, neben Verteidigungsanlagen also insbesondere Straßen und Wasserwege, natürliche Hindernisse, Klima, verfügbare Ressourcen an Nahrungsmitteln usw.

Als Hauptmann legte der gelehrte Geograf Roon eine musterhafte Publikation über Spanien vor.

Albrecht von Roon, Die iberische Halbinsel, eine Monographie aus dem Gesichtspunkte des Militärs, Erste Abtheilung: Das Kriegstheater zwischen dem Ebro und den Pyrenäen. Berlin 1839
Bay. Armeebibliothek, Sign. A 19398



„Mobil gemacht“ – Bayerische Truppen 1859

1859 kam es zum Krieg zwischen Frankreich und Österreich. Auch die bayerische Armee wurde als VII. Armeekorps des Deutschen Bundes mobilisiert.

Das Aquarell eines Augenzeugen zeigt das III. Bataillon des 6. Infanterie-Regiments auf dem Marsch von seiner Garnison Sulzbach nach Frankfurt am Main. Die Truppe macht einen wenig disziplinierten

und nicht sehr kriegstüchtigen Eindruck. „Fußkranke“ sitzen auf Tragtieren oder dem Gepäckwagen. Im Planwagen folgt ein Soldat in Begleitung von Frau und Kindern.

Aquarell von A. [Anton?] Ringler, 1859. Papier, 29,5 x 40 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. E 3390



Im Frieden ergraut

Die Überalterung der Offiziere war eines der Probleme der bayerischen Armee: Aus Ersparnisgründen schob man Pensionierungen so lange wie möglich hinaus, ein Aufstieg in höhere Ränge konnte so Jahrzehnte dauern. Leistung lohnte sich kaum. Die Aufnahme von 1856 zeigt das Offizierskorps des II. Bataillons des 6. Infanterie-Regiments. Sie entstand zum 50-jährigen Dienstjubiläum des Regimentskommandeurs, Oberst Hans Georg Hertel.

Fotografie 1856, mit Aquarellfarben retuschiert, auf Karton aufgeklebt, Blattmaße 23 x 26 cm, Bildmaße 13 x 16,8 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0221-1984

Die bayerische Armee

Bayern war kein Militärstaat, legte aber aus politischen Gründen wert auf eine große Armee. Ihre finanzielle Ausstattung wurde diesem Anspruch jedoch nicht gerecht. Die Armee hatte 1866 einen Friedensstand von 72.000 Mann, doch war ihre tatsächliche Stärke weit niedriger. Von 40.000 Infanteristen waren nur 10.000 in den Kasernen präsent, der Rest beurlaubt. Formal dauerte die aktive Dienstzeit sechs Jahre, doch wurden davon nur 15 bis 18 Monate wirklich abgeleistet. Daher besaß die Armee weithin nur den Charakter einer Miliztruppe.

Aus Ersparnisgründen wurde eine größere Anzahl Dienstpflichtiger – ca. 30 Prozent des Friedensstandes – erst gar nicht eingezogen, aber in den Listen der Einheiten geführt. Viele dieser sogenannten „unmontiert Assentierten“ (= uneingekleidet Zugeteilte) wurden bei der Mobilmachung aber ebenfalls eingereiht und einer ganz oberflächlichen Ausbildung unterzogen.

Die höheren Offiziere waren in der Führung großer Truppenkörper nicht geschult. Größere Manöver hatten zuletzt 1852 stattgefunden.

Mobilmachungsvorbereitungen fehlten völlig. Als sich die politische Lage zuspitzte, mussten alle dafür notwendigen Maßnahmen improvisiert werden. Nicht einmal über die zu erreichende Stärke des Kriegsheeres bestand völlige Klarheit.



Unteroffiziere im Manöverlager,
1865

Die Aufnahme entstand am 26. September 1865 im Lager bei Augsburg. Sie zeigt Korporale von drei Truppenteilen: vom 3. und vom 12. Infanterie-Regiment sowie vom 7. Jäger-Bataillon.

Der Bierkrug sollte für Jahrzehnte zu den Accessoires bayerischer Soldaten gehören,

wenn sie sich in entspannter Atmosphäre dem Fotografen stellten.

Fotografie, auf Karton geklebt, 1865
Bildmaß 16,7 x 19,2 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 6270



Bayerische Offiziere um 1860

Die beiden Bilder zeigen die Offiziere von jeweils einem der in der Bundesfestung Landau (Pfalz) stationierten Bataillone. Dort lag regelmäßig je ein Bataillon von vier verschiedenen Infanterie-Regimentern in Garnison. Sie haben sich mit der Bataillonsfahne zu einem malerischen Bild versam-

melt. Im Vordergrund ist eine bunte Mischung von Ausrüstungsgegenständen der Truppe dekorativ angeordnet.

Fotografien um 1860, auf Karton aufgezogen, Originalgröße 18,3 x 20,2 bzw. 18 x 20 cm Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 1775 und B 1776

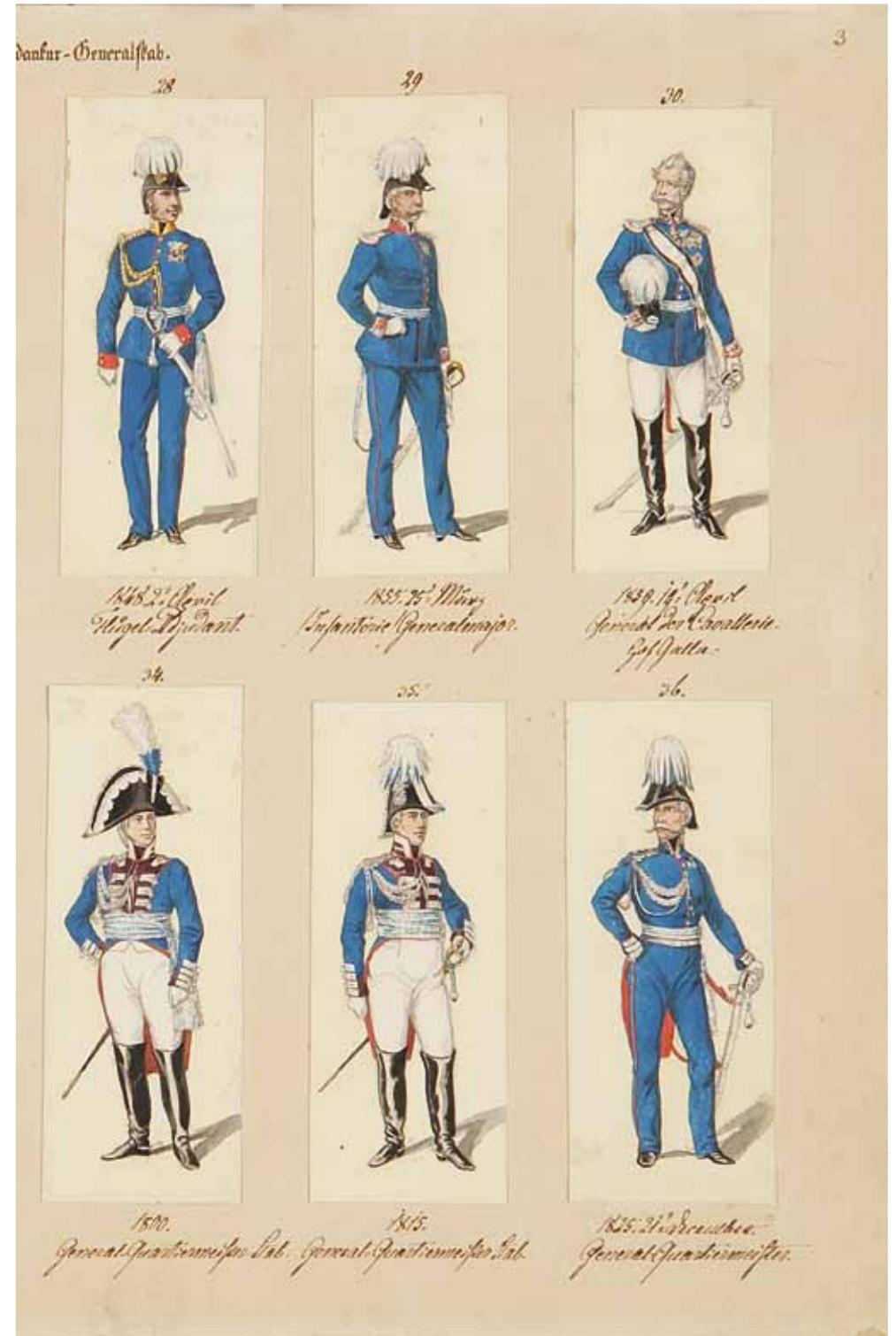
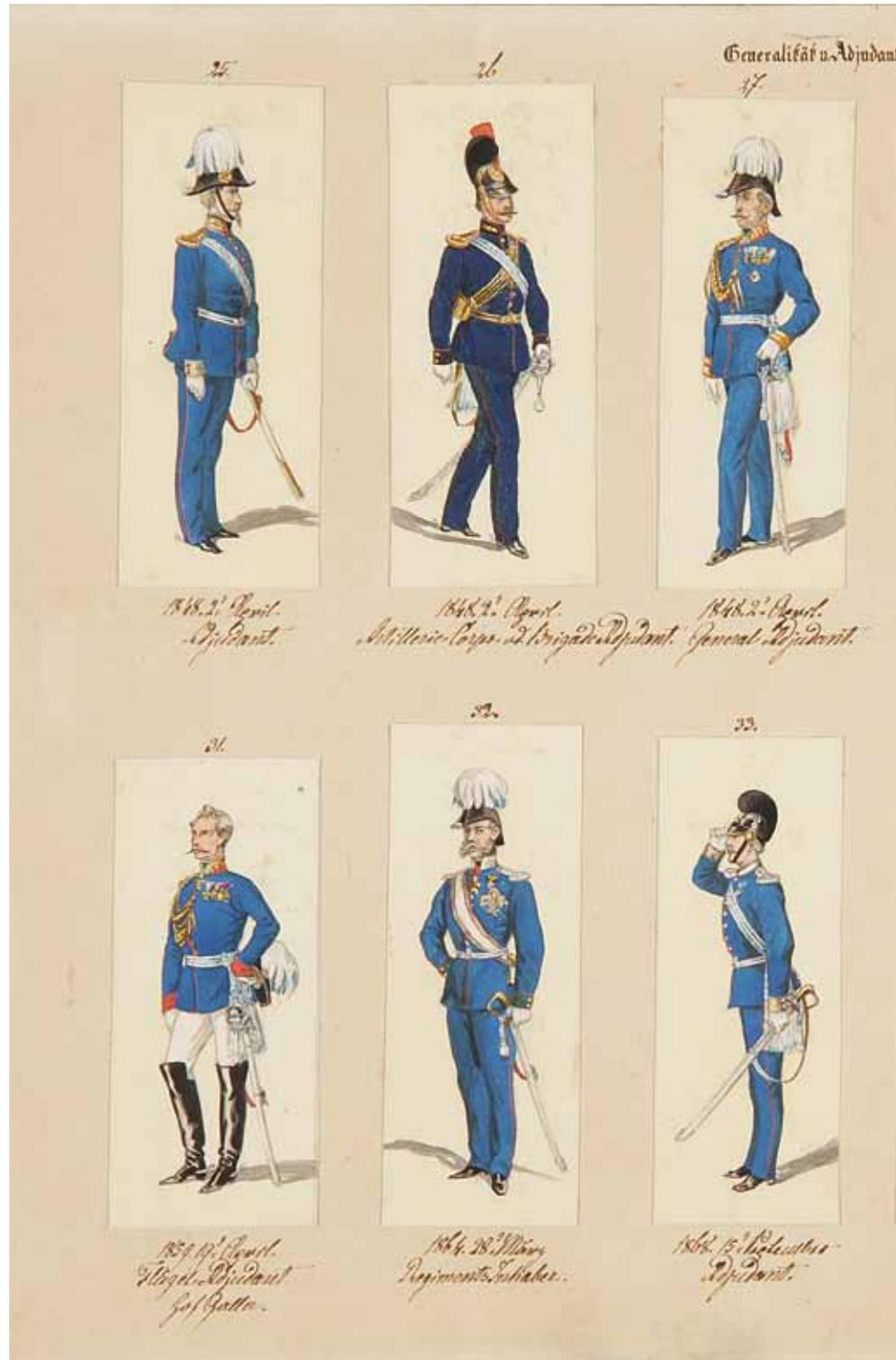


Bayerische Uniformen (Abb. auf den folgenden Seiten)

Johann Baptist Cantler (1822-1919), ein bayerischer Oberamtsrichter, zeichnete und kolorierte in seiner Freizeit die bayerischen Uniformen des 19. Jahrhunderts in größter Genauigkeit nach allen Vorlagen, die ihm zugänglich waren. Manche der Gemälde, Grafiken und Fotografien, die er abzeichnete, sind heute noch bekannt, viele inzwischen verschollen, so dass sein Werk „Der Bayerischen Armee sämtliche Uniformen von 1800-1873“ einen echten Wert als Quelle besitzt.

Im Bayerischen Armeemuseum befinden sich zwei Alben mit 1152 kleinen Zeichnungen, von denen jeweils 12 auf 96 Tafeln geklebt wurden, sowie weitere Einzelblätter. Hier als Beispiel ein Blatt mit Generalen, Adjutanten und Offizieren des Generalstabs zwischen 1800 und 1868.

„Generalität u. Adjutantur – Generalstab“, aquarierte Zeichnungen von Johann Baptist Cantler, 1. Band, Blatt 3, ca. 30 x 40 cm Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0122-2016.1





Infanterie

Die Infanterie machte den größten Teil der Armeen aus. 1866 gehörten zum bayerischen Heer 16 Infanterie-Regimenter. Die Uniform war durchweg in sogenanntem Hellblau gefärbt, die Regimenter unterschieden sich durch farbige Kragen und Ärmelaufschläge sowie gelbe oder weiße Knöpfe. Hier ist ein Hauptmann des 8. Infanterie-Regiments im Jahre 1864 dargestellt.

Hauptmann, 8. Infanterie-Regiment, 1864; aquarellierte Zeichnung von Johann Baptist Cantler, 12 x 4,6 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0122-2016.1, Blatt 22, Fig. 259



Jäger

Neben den Linien-Infanterie-Regimentern gehörten zur Infanterie die Jäger-Bataillone, die speziell für das Gefecht in aufgelöster Ordnung ausgebildet waren und eine gründlichere Schießausbildung erhielten. 1866 bestanden acht Jäger-Bataillone. Ihre Uniform entsprach derjenigen der Infanterie, doch hatten sie durchgängig grüne Abzeichen.

Jäger, 1862; aquarellierte Zeichnung von Johann Baptist Cantler, 11,7 x 5,3 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0122-2016.1, Blatt 22, Fig. 256



Artillerie

Im Jahre 1866 bestand die bayerische Artillerie aus vier Artillerie-Regimentern. Die Artillerie trug im Gegensatz zur Infanterie traditionell dunkelblaue Uniformen. Der Bombardier (Gefreiter) trägt die mit Leder besetzte lange Hose, wie sie für die berittenen Artilleristen vorgeschrieben war.

Bombardier der Artillerie, 1855; aquarellierte Zeichnung von Johann Baptist Cantler, 14,5 x 5,6 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0122-2016.1, Serie 2, Blatt 30



Kürassiere

Die Kürassiere bildeten die schwere Kavallerie, die vor allem für den Einsatz mit der blanken Waffe in der Schlacht vorgesehen war. Bayern hatte drei Kürassier-Regimenter. Sie trugen einen Metallhelm und einen Brust- und Rückenpanzer (Kürass), die sie im Nahkampf gegen andere Reitertruppen schützen sollten. Die Uniform war hellblau wie die der Infanterie.

Offizier vom 3. Kürassier-Regiment, 1864; aquarellierte Zeichnung von Johann Baptist Cantler, 10,8 x 5 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0122-2016.1, Blatt 33, Fig. 396



Chevauleger

Chevaulegers (von chevaux légers = leichte Pferde) war die in Bayern übliche Bezeichnung für die „leichte“ Kavallerie, die auf Pferden mittlerer Größe beritten war und für alle Aufgaben eingesetzt werden konnte. 1866 hatte die bayerische Armee 6 Chevaulegers-Regimenter; sie unterschieden sich durch die Farbe der Abzeichen und „gelbe“ oder „weiße“ Knöpfe.

Soldat vom 1. Chevaulegers-Regiment, 1864; Aquarellierte Zeichnung von Johann Baptist Cantler, 10,8 x 4,8 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0122-2016.1, Blatt 33, Fig. 395



Ulan

Die Hauptwaffe der Ulanen war die Lanze. In Bayern wurden nach längerer Pausse erst 1863 wieder 3 Ulanen-Regimenter errichtet. Typisch für die Ulanen waren Elemente an der Uniform, die an die Herkunft dieser Waffengattung aus Osteuropa erinnerten. Die Kopfbedeckung war eine sogenannte Tschapka, die nach der polnischen Nationaltracht gestaltet wurde.

Soldat vom 1.-3. Ulanen-Regiment in Gala-Uniform, 1864; aquarellierte Zeichnung von Johann Baptist Cantler, 13,2 x 5,5 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0122-2016.1, Blatt 34, Fig. 404



Festungsbesetzung

Diese Gruppe von bayerischen Offizieren der Infanterie und Artillerie hat sich im Graben einer Festung versammelt. Das Arrangement – mit einem Zelt im Hintergrund – erinnert an das Genrebild eines Feldlagers.

Alle tragen die bequeme Dienstmütze, einige haben den Mantel übergezogen. Die Ausrüstungsgegenstände im Vorder-

grund (Gewehre, Patronentaschen, Tornister, Trommeln) gehörten nicht zu den Offizieren, sondern zu den von ihnen befehligten Soldaten, die sich nicht auf dem Bild befinden.

Fotografie, Bayern um 1866, Originalmaße 16,3 x 21,7 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0505-1977



Waffenrock für die Jäger

Die acht Jäger-Bataillone unterschieden sich von der Linien-Infanterie durch die grünen Wings, Kragen und Aufschläge am Waffenrock, der ansonsten genau gleich geschnitten war. Die ungewöhnliche, wenig geschmackvolle Farbkombination hellblau/grün blieb das besondere Kennzeichen der bayerischen Jägertruppe bis zum Ersten Weltkrieg. Zu welchem

Bataillon der Träger gehörte, ist an den Nummern (hier: „7“) auf den Knöpfen erkennbar.

Waffenrock für Mannschaften, 7. Jäger-Bataillon, Bayern um 1865, Wolltuch
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 6062



Raupenhelm für Jäger

Der Lederhelm mit seiner mit Schafswollfransen umhüllten „Raupe“ war das besondere Charakteristikum der bayerischen Uniform.

Seit 1800 mehrfach verändert, verbessert bzw. der Mode angepasst, wurde er bis zum Tode Ludwigs II. 1886 getragen. Für die Soldaten war er nicht sehr angenehm zu tragen, zumal die „Raupe“ sich im Regen mit Wasser vollsaugte.

Jäger und Schützen trugen als besonderes Kennzeichen eine grüne „Huppe“ aus Wollfransen an der rechten Seite über der Kokarde.

Raupenhelm für Mannschaften der Jäger, Modell 1845, Trageweise ab 1864 mit Initiale „L“, Bayern, um 1865.
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 5323



Waffenrock für einen Offizier der Infanterie

Der Rock des Offiziers ist aus feinerem Tuch und natürlich nach Maß für den Träger gefertigt, der seine Uniform auch selbst bezahlte. Er ist auffallend kurz geschnitten, der Kragen sehr schmal. Solche Details änderten sich oft schnell nach dem aktuellen Modegeschmack.

Die gelben Abzeichen mit silbernen Knöpfen zeigen, dass der Träger dem 4. Infanterie-Regiment angehörte, dessen Kennfarbe ein leuchtendes Hellgelb war. Ein

Tressenstreifen am Kragen identifiziert ihn als Unterleutnant, den untersten Offiziersrang. Als Kennzeichen des Offiziers dienen überdies die versilberten Epauletten.

Waffenrock für einen Unterleutnant, 4. Infanterie-Regiment, Bayern um 1865, Wolltuch Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. N 1109



Raupenhelm für Offiziere der Infanterie

Der Raupenhelm für Offiziere unterschied sich von dem der einfachen Soldaten durch eine feinere Verarbeitung und vergoldete Metallbeschläge, vor allem aber durch den „Bärenschweif“: Die Raupe bestand aus einem echten Bärenfell.

Raupenhelm Modell 1845, Trageweise ab 1864 für Offiziere der Infanterie, Bayern um 1865 Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. H 12157



Waffenrock für die Infanterie

Die Uniformen der bayerischen Infanterie waren durchweg in einem „Hellblau“ gefärbt. Das 2. Infanterie-Regiment hatte schwarze Abzeichen mit einem schmalen roten „Vorstoß“, wie auch das 11., das aber durch Knöpfe aus weißem Metall unterschieden war.

Den Gefreiten kennzeichnete ein schmaler Streifen am Kragen. Angehörige der

Schützenkompanien der Infanterie-Regimenter waren an einer grünen Schützenschnur mit runden Quasten erkennbar.

Waffenrock für einen Gefreiten der Schützenkompanien, 2. Infanterie-Regiment „Kronprinz“, Bayern um 1865, Wolltuch
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 1835



Waffenrock für Offiziere der Artillerie

Die Artillerie war in Bayern traditionell in Dunkelblau gekleidet. Das war der von weitem sichtbare Unterschied zur Infanterie. Schwarze Abzeichen waren bei vielen Armeen für die Artillerie typisch, kamen aber in Bayern auch bei zwei Infanterie-Regimentern vor. Untereinander unterschieden sich die Artillerie-Regimenter durch eine Ziffer (hier: „3“), die über zwei

gekreuzten Kanonenrohren auf die Knöpfe geprägt war. Der Kragen zeigt die goldene Tresse (Randeinfassung mit einem Streifen) als Abzeichen eines Majors.

Waffenrock Modell 1848 für einen Major, 3. Reitendes Artillerie-Regiment, Bayern um 1860, Wolltuch
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 1517



Waffenrock für Chevaulegers

Bei den bayerischen Chevaulegers und Ulanen war die Grundfarbe der Uniform ein dunkles „Stahlgrün“.

Der Schnitt des Waffenrocks orientierte sich an der sogenannten „Ulanka“, die von den Ulanen getragen wurde. Er wurde zweireihig geknöpft, wobei die Brust sich von unten nach oben stark verbreiterte. Zur Gala konnte eine sogenannte „Parade-Rabatte“ in Abzeichenfarbe auf der Brust angeknöpft werden.

Anhand der Abzeichenfarbe „karmoisinrot“ und den weißen Knöpfen kann der Rock dem 2. Chevaulegers-Regiment zugeschrieben werden. Der Dienstgrad des Korporals ist am einzelnen Streifen und der Einfassung des Kragens erkennbar. Die Epauletten fehlen.

Waffenrock für einen Unteroffizier (Korporal), 2. Chevaulegers-Regiment „Taxis“, Bayern um 1865, Wolltuch
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 1586



Raupenhelm für Chevaulegers

Der Raupenhelm für die berittenen Truppen unterschied sich von dem der Infanterie nur durch kleine Details: Um ihn etwas robuster für den Nahkampf mit dem Säbel zu machen, waren am Kopfteil oben und hinten Hiebspannen aus Messing angebracht und der Vorderschild durch eine Metallschiene eingefasst. An der Seite wurde ein weißer Stutz aus Rosshaar getragen.

Raupenhelm Modell 1845, Trageweise ab 1864 für Mannschaften der Chevaulegers, Bayern um 1865, Leder, Messing, Wolle
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 2177



Helm für Offiziere der Kürassiere

Die bayerische schwere Kavallerie trug seit den Zeiten Napoleons einen stähler- nen Metallhelm, der sich in seinen Formen an der griechisch-römischen Antike orientierte.

Auch wenn er nach und nach niedriger und leichter wurde, war er mehr prächtig als praktisch. Der Offiziershelm mit seinem hohen Kamm und der mächtigen Raupe aus Bärenfell zeigt das Selbstbe-

wusstsein der vornehmen Truppe, in der die meisten Offiziere aus dem Adel stammten. Der Name des Trägers, des Rittmeisters Wilhelm Ritter, ist auf dem Vorderschirm eingraviert.

Helm für Kürassier-Offiziere, Modell 1845, Trageweise 1848-1864, Bayern um 1855, Stahl, Messing, Leder, Bärenfell
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. H 3969



Waffenrock für Kürassiere

Die Kürassiere trugen einen Waffenrock ähnlich dem der Infanterie im bayerischen „Hellblau“. Sie behielten die ältere Schnittform mit den längeren Schößen in den 1860er Jahren bei.

Die Abzeichen waren beim 1. und 2. Kürassier-Regiment „scharlachrot“ mit weißen (wie hier) bzw. gelbmetallenen Knöpfen, beim 3. Kürassier-Regiment „karmoisin-

rot“. Der Rang des Wachtmeisters ist an den drei Streifen und der Einfassung am Kragen zu erkennen.

Waffenrock Modell 1848 für einen Unteroffizier (Wachtmeister), 1. Kürassier-Regiment „Prinz Carl von Bayern“, Bayern um 1860, Wolltuch
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 1371



Tschapka für Offiziere der Ulanen

Das Erscheinungsbild von Ulanen wurde in ganz Europa von Elementen geprägt, die an die polnische Nationaltracht erinnern sollten. Die Kopfbedeckung waren die sogenannten „Tschapkas“. Diese hatten immer einen quadratischen Deckel wie polnische Mützen.

Als in Bayern 1864 nach einer Pause von 40 Jahren wieder Lanzenreiter eingeführt wurden, orientierte man sich an der in Ös-

terreich für die Ulanen üblichen Variante. Die Tschapka für Offiziere war sehr prächtig, aber auch sehr empfindlich. Für den Alltagsdienst wurde sie mit einem Wachstuchüberzug getragen.

Tschapka für Offiziere der Ulanen-Regimenter, Modell 1864, Bayern um 1865, Leder, Wolltuch, Silberdraht, Rosshaar, Höhe ca. 15 cm Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 1714



Bayerischer Infanterist 1860

Die Darstellung zeigt einen bayerischen Soldaten unter der Regierung von Maximilian II. Er trägt den 1848 eingeführten Waffenrock, aber noch zwei gekreuzte Bandeliers, an denen (hinten, verdeckt) Patronentasche und Seitengewehr hängen. Das Lederzeug war nur bei den 3. Bataillonen der Infanterie-Regimenter schwarz

gefärbt. Das Gemälde trägt die Datierung „Bavaria 1860“; noch im diesem Jahr wurde statt der gekreuzten Riemen ein Gürtel eingeführt.

Soldat eines Infanterie-Regiments, Gemälde von 1860, Öl auf Leinwand, 1860, 63 x 49 cm Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0022-1964

Die Gewehrfrage

Seit den 1840er Jahren vollzog sich ein grundlegender Wandel der Infanteriebewaffnung. Damals führte Preußen das Zündnadelgewehr ein, das als erstes Militärgewehr von hinten geladen und daher auch im Knien und Liegen gebraucht werden konnte.

Dieser Schritt blieb nicht unbemerkt, fand in den nächsten 20 Jahre aber keine Nachahmer. In den 1850er Jahren stand die Steigerung der ballistischen Leistung durch Verkleinerung der Kaliber und Schaffung optimaler Geschossformen im Mittelpunkt des militärischen Interesses, und zwar unter Beibehaltung des Vorderladers.

In einem der Hauptvorteile des Hinterladers, der höheren Feuergeschwindigkeit, sahen viele eher einen Nachteil, weil sie befürchteten, die Soldaten würden ihren Patronenvorrat im Eifer des Gefechts zu schnell verschießen.

Österreich, die süddeutschen Staaten und Sachsen beschafften damals Vorderlader des Kalibers 13,9 mm. Damit war die Austauschbarkeit der Munition gewährleistet. Treffgenauigkeit und praktische Reichweite dieser Waffen waren dem Zündnadelgewehr überlegen.



Zündnadel eines Gewehrs M/41

Sie war das Herz des neuen Gewehrsystems: Die Zündnadel befand sich in der Längsachse des zylindrischen Gewehrverschlusses und stand unter dem Druck einer Spiralfeder. Bei der Betätigung des Abzugs schnellte sie nach vorn, durchstach die Papierhülle der Patrone sowie die darin befindliche Pulverladung und traf auf die „Zündpille“ an der Rücksei-

te des Geschosses, die ein Knallpräparat enthielt. Beim Auftreffen der Nadelspitze löste sich dieser Stoff in eine Stichflamme auf, die das Pulver entzündete.

Preußen um 1860. Stahl, Messing,
Länge 21 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. E 1368



Zündnadelgewehr M/41

Das Zündnadelgewehr war die erste von hinten zu ladende Waffe, die bei einer Armee zur allgemeinen Einführung gelangte.

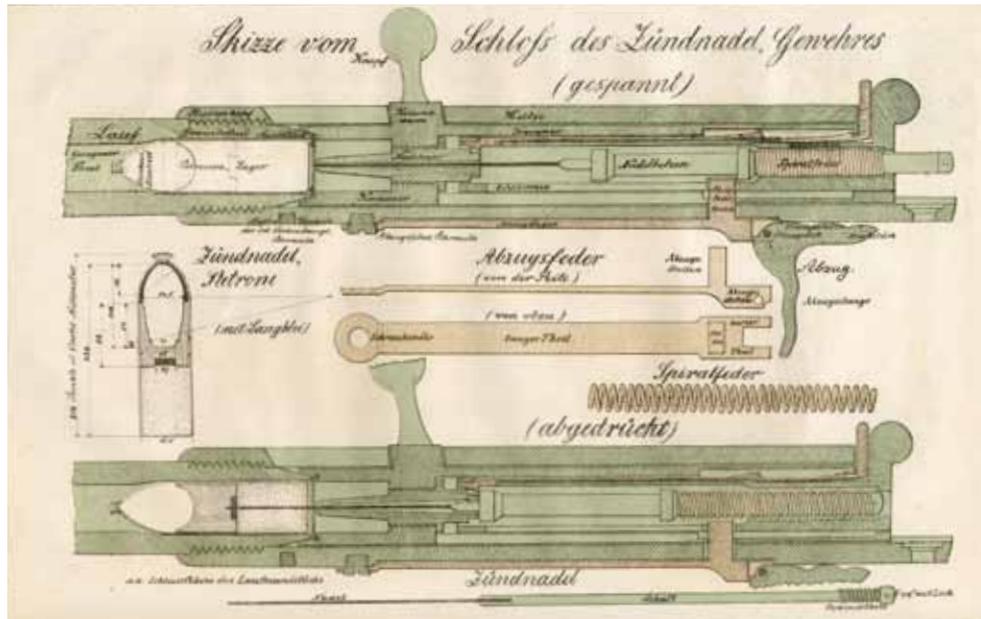
1841 genehmigte der preußische König die Beschaffung von zunächst 60.000 Zündnadelgewehren zur Bewaffnung der Infanterie. Die Ausgabe an die Truppe begann 1848 und zog sich über mehrere Jahre hin. Erst 1859 war die preußische Infanterie vollständig mit Zündnadelgewehren bewaffnet. Bis dahin wurden ca. 450.000 Gewehre M/41 erzeugt.

Das hier gezeigte Gewehr gelangte 1850

zum Infanterie-Regiment Nr. 25 in Köln. Diese Einheit und damit auch dieses Gewehr nahm am Mainfeldzug und am Gefecht von Kissingen teil. Die Waffe wurde wohl dort erbeutet.

Preußen 1847

Einschüssiger Hinterlader für Patronen mit Papierhülse, Drehzylinderverschluss;
Hersteller: Nikolaus von Dreyse, Sömmerda,
Kal. 15,43 mm, Länge 142,5 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 1851



Querschnitt durch den Verschluss des Zündnadelgewehrs

Mechanisch bestand das Zündnadelsystem aus mehreren ineinander geschobenen, beweglichen Zylindern. Es wurde mit einem Hebel („Kammergriff“, in der „Kugel“ endend) durch Zurückziehen und Vorschieben geöffnet bzw. geschlossen und durch Drehen ver- bzw. entriegelt. Im verriegelten Zustand legte sich der kantige Sockel („Warze“) des Griffs vor eine Schulter der „Hülse“, in der sich das Schloss („Kam-

mer“) bewegte (siehe vorige Seite). Das Spannen der Zündnadelfeder geschah mit einem Sporn an der Rückseite der „Kammer“.

Kolorierte Lithografie, in: Zeichnungen, Skizzen und Zusammenstellungen verschiedener Art für den Artillerie-Unterricht, Berlin 1865
Bay. Armeebibliothek, Sign. A 29870



Laden im Knien

Das Foto zeigt, wie das Zündnadelgewehr geladen wird. Dass das Laden – im Unterschied zum Vorderlader – auch im Knien und Liegen möglich war, gehörte zu den großen Vorzügen dieser Waffe.

Dieser Soldat eines preußischen Garde-Regiments ließ sich 1871 im Atelier eines Fotografen in Beauvais/Frankreich auf-

nehmen, wohl während des Deutsch-Französischen Krieges. Ausrüstung und Bewaffnung waren die gleichen wie 1866.

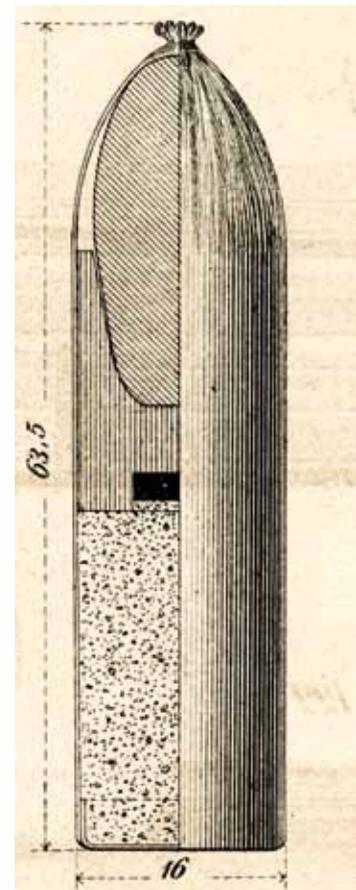
Preußischer Infanterist mit Zündnadelgewehr, Fotografie von Ch. Herbert, wohl 1871
10,5 x 6,3 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0044-2008.b



Zündnadelpatronen M/55

Die Patronen des Zündnadelgewehrs waren die ersten „Einheitspatronen“, die Geschoss, Pulver und Zündmittel in sich vereinigten. Die Papierumhüllung verbrannte beim Schuss.

Preußen um 1860
Länge: ca. 6 cm, Durchmesser des Bleigeschosses:
13,6 mm, Gewicht: 31 g
Treibladung: 4,9 g Schwarzpulver
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. N 2044



Geschosse der Zündnadelpatrone M/55 (Bodenfunde)

1855 wurde für die Zündnadelgewehre eine Munition mit einer neuen, als „Langblei“ bezeichneten Geschossform eingeführt.

Mit einer Geschwindigkeit von weniger als 300 m/s waren die Projektile nicht besonders schnell. Auf Entfernungen von mehr als 300 Metern war der Einsatz des Zündnadelgewehrs wegen sinkender Trefferleistung nicht mehr sinnvoll.

Die Geschosse saßen beim Schuss in einem Napf aus Pappe („Zündspiegel“), der sich beim Laufdurchgang in die Züge presste. Nach dem Verlassen des Laufs löste er sich vom Geschoss. Auf der Zeichnung ist der Zündspiegel schraffiert, die Zündpille als schwarzes Rechteck dargestellt.

Preußen um 1860
Blei, Durchmesser 13,6 mm (linkes Geschoss),
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0131-2013

Detailzeichnung, Holzstich,
aus: Herrmann Weygand, Die technische Entwicklung der modernen Ordonnanz-Präzisionswaffen der Infanterie, Berlin, Leipzig 1878, Tafel V



Jägerbüchse M/54 (Pikenbüchse)

Jäger, eine Sonderformation der Infanterie, besaßen traditionell eine von der übrigen Infanterie abweichende Bewaffnung. Das Bajonett dieser Büchse, hier „Pike“ genannt, wurde nicht als separates Teil an der Mündung „aufgepflanzt“, sondern war fest an der Waffe angebracht und zum Ausziehen eingerichtet.

Die Jägerbüchse wurde 1859 auch bei der preußischen Marine eingeführt. Im Unterschied zu den Marinewaffen hatten die der Jäger einen gebräunten Lauf. Die aus-

gestellte Waffe (mit blankem Lauf) zeigt einen Truppenstempel der preußischen Marine: „2. M.D.“ (Abkürzung für „2. Matrosen-Division“).

Preußen 1855
Einschüssiger Hinterlader für Patronen mit Papierhülse, Drehzylinderschluss
Hersteller: Nikolaus von Dreyse, Sömmerda
Kaliber 15,43 mm, Länge 124 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. H 17562



Füsiliergewehr M/60

Als Füsiliere wurden in Preußen Infanteristen bezeichnet, die besonders für das Gefecht in „zerstreuter Ordnung“ geschult waren.

Neun von den 81 Infanterieregimentern der preußischen Armee waren Füsilier-Regimenter. Sie erhielten eine kürzere und leichtere Variante des Zündnadelgewehrs. Vom Füsiliergewehr Modell 1860 wurden ca. 100.000 Stück produziert.

Preußen 1868
Einschüssiger Hinterlader für Patronen mit Papierhülse, Drehzylinderschluss
Hersteller: Nikolaus von Dreyse, Sömmerda
Kaliber 15,43 mm, Länge 129 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. E 1374

Füsilier-Seitengewehr M/60

Die preußische Armee unterschied Bajonette, die nur zum Zusteichen geeignet waren, und Seitengewehre.

Beide waren zum Aufpflanzen auf einem Gewehr und damit als Stichwaffe geeignet. Seitengewehre besaßen jedoch einen Handgriff und gaben mit ihrer breiten Klinge auch ein praktisches Feldwerkzeug ab.

Preußen 1861
Hersteller: W. Clauberg, Solingen,
Länge 63,3 cm, Klingenlänge 50,7 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. N 2060



1865: Das Zündnadel-Gewehr wird zum Vorbild

Wilhelm von Ploennies (1828-1871) war großherzoglich-hessischer Infanterieoffizier. Seine Schriften zu Handfeuerwaffen und ihrer Ballistik wurden international beachtet.

Wilhelm von Ploennies, Das Zündnadel-Gewehr. Beiträge zur Kritik der Hinterladungswaffe, Verlag von Eduard Zernin, Darmstadt, Leipzig 1865 Bay. Armeebibliothek, Sign. A 29063



Das neue bayerische Gewehr (ohne Abb.)

Die aktuellen Entwicklungen der Militärtechnik wurden über die Grenzen von Staaten und Armeen hinweg öffentlich diskutiert.

Der Verlag von Eduard Zernin in Darmstadt bot eine Plattform für militärwissenschaftliche Veröffentlichungen im ganzen deutschsprachigen Raum.

(Anonymer Autor), Die gezogenen Handfeuerwaffen der königlich bayerischen Infanterie, Verlag von Eduard Zernin, Darmstadt, Leipzig 1862 Bay. Armeebibliothek, Sign. A 28423

Ballistik und Taktik (ohne Abb.)

Cäsar Rüstow (1826-1866) war preußischer Offizier. Er gehörte zu den führenden Fachleuten auf dem Gebiet der Handfeuerwaffen in Deutschland. Als Bataillons-Kommandeur nahm er am Feldzug in Süddeutschland teil und fiel am 4. Juli 1866 im Gefecht von Dermbach durch zwei bayerische Gewehrkugeln.

Cäsar Rüstow, Die neueren gezogenen Infanteriegewehre. Ihre wahre Leistungsfähigkeit und die Mittel, dieselbe zu sichern, Verlag von Eduard Zernin, Darmstadt, Leipzig 1862 Bay. Armeebibliothek, Sign. A 29200

Bayerisches Zündnadel-Versuchsgewehr

Preußen hatte das Zündnadelgewehr sorgfältig geheim gehalten. Durch die Revolutionsereignisse des Jahres 1848 wurden diese Waffen jedoch allgemein bekannt.

Um sich Klarheit über die Leistungsfähigkeit dieses Systems zu verschaffen, erzeugte die Gewehrfabrik Amberg 1850 drei Versuchsgewehre, mit denen umfangreiche Schießversuche ausgeführt wurden. 1858 lehnte ein Gutachten des Kriegsministeriums die Waffe als ungeeignet ab, da

das Funktionieren des Zündnadelmechanismus „von der strikten Erfüllung sehr subtiler Bedingungen“ abhängt, was „im Ernstgebrauche“ nicht gewährleistet sei.

Bayern 1850
Einschüssiger Hinterlader für Patronen mit Papierhülle, Drehzylinderschluss
Hersteller: Gewehrfabrik Amberg
Kaliber: 15,43 mm, Länge 143 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. E 1383



Österreich: Das Lorenzgewehr

1854 führte Österreich ein neues Infanteriegewehr mit gezogenem Lauf und dem damals kleinen Kaliber 13,9 mm ein. Der Beinamen des Gewehrs geht auf seinen Erfinder zurück, Joseph Lorenz.

Anstatt die überlegene ballistische Leistung dieser Waffe auszunutzen, versuchte die österreichische Infanterie 1866, das Schnellfeuer der Zündnadelgewehre mit aufgefanztem Bajonett im Sturmschritt

zu unterlaufen. Durch diesen sinnwidrigen Gebrauch der Schusswaffe als Speiß erlitt sie fürchterliche Verluste.

Österreich 1860
Vorderladergewehr mit Bajonett
Hersteller: Lorenz Florianschütz, Wien
Kaliber: 13,9 mm, Länge: 133,7 cm (mit Bajonett: 181,5 cm)
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. E 3886 und E 3041

Gewehr M/1858 I

Das Modell I war die Grundaussführung des 1858 eingeführten bayerischen Gewehrsystems. Das Visier war bis zu Entfernungen von 900 Schritt (1 Schritt = 0,73 Meter) einstellbar. Zwei Drittel der Gesamtfertigung entfielen auf dieses Muster.

Bayern 1860
Vorderladergewehr
Hersteller: Gewehrfabrik Amberg
Kaliber 13,9 mm, Länge 133 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. E 1281

Vorderlader für die bayerische Armee, 1858

Statt einen Hinterlader zu entwickeln, konzentrierte die Gewehrfabrik Amberg ihre Anstrengungen darauf, einen Vorderlader mit optimalen ballistischen Eigenschaften zu konstruieren. Das ist ihr gelungen: Der letzte Vorderlader, Modell 1858, war auch der beste.

Mit der Einführung eines Vorderladers im Kaliber 13,9 mm folgte Bayern dem Vorbild Österreichs und der übrigen süddeutschen Staaten. Diese Waffen schossen langsamer als das Zündnadelgewehr, doch besaßen sie eine größere Treffgenauigkeit. Nach dem Direktor der Gewehrfabrik war das bayerische Modell auch als „Podewilsgewehr“ bekannt.

Die bayerische Infanterie setzte sich aus gewöhnlichen Linieninfanteristen („Füsilierkompanien“) und Soldaten zusammen, die besonders gut im Schießen ausgebildet wurden („Schützenkompanien“). Insbesondere die Jägerbataillone sollten eine große Schießfertigkeit besitzen.

Das Modell I war für die Füsiliere bestimmt, Modell II für Schützen und Jäger und das Modell III für ausgewählte Schützen aller Kompanien mit einem besonders hohen Anteil bei den Jägern. Insgesamt wurden ca. 120.000 Podewilsgewehre erzeugt.



Gewehr M/1858 II (ohne Abb.)

Das Modell II unterschied sich vom Modell I nur durch ein feiner einstellbares Visier. Es reichte bis 1.200 Schritt (Modell I: 900 Schritt). 1 Schritt entsprach 0,73 Meter.

Bayern 1860
Vorderladergewehr
Hersteller: Gewehrfabrik Amberg
Kaliber 13,9 mm, Länge 133 cm,
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. E 1282

Gewehr M/1858 III

Was wie ein zweiter Abzug wirkt, ist ein „Stecker“. Er diente dazu, den eigentlichen Abzug (vorn) besonders leicht zu stellen („einstecken“), um ein erschütterungsfreies Abdrücken zu ermöglichen. Das Modell III war gewissermaßen die Scharfschützenausführung. Hier reichte das Visier bis 1.400 Schritt.

Bayern 1862
Vorderladergewehr
Hersteller: Gewehrfabrik Amberg
Kaliber 13,9 mm, Länge 122 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. H 17550



Patrone M/1858

Geschoss und Pulver waren von einer Papierumhüllung umgeben. Sie musste zum Laden mit den Zähnen aufgebissen werden, um das Pulver in den Lauf zu schütten.

Die Geschosse waren am Boden ausgehöhlt. Dort drang der Stoß der Treibladungsgase ein und weitete das Geschoss auf, so dass es sich beim Weg durch den Gewehrlauf in dessen Züge presste und eine Drehbewegung („Drall“) annahm.

Die Anfertigung der Papierpatronen erfolgte in Armeewerkstätten („Laboratorien“) durch Arbeitsmannschaften der Truppenteile.

Bayern um 1860
Länge: ca. 7 cm
Geschossdurchmesser: 13,6 mm
Gewicht: 27,65 g
Treibladung: 4,65 g Schwarzpulver
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. N 2046



Zündhütchen

Die kupfernen Zündhütchen enthielten eine schlagempfindliche Substanz zur Auslösung des Schusses bei Perkussionsgewehren. Sie wurden von außen auf den Zündkegel rechts am Lauf gesteckt. Die bayerischen Militärzündhütchen waren mit dem aufgeprägten bayerischen Wappen markiert.

Bayern um 1860. Kupfer, 7 x 10 mm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0133-2013



Laden im Stehen

Bei Dermbach in Thüringen kam es am 4. Juli 1866 zu den ersten größeren Gefechten zwischen bayerischen und preußischen Truppen. Der Künstler hat selbst als Offizier in einem Jägerbataillon am Feldzug teilgenommen. Er zeigt hier die stehende Ladeweise beim Vorderladergewehr.

„Am 4. Juli“, Lithografie nach einer Zeichnung von Marquard von Leoprechting, aus: Ders., Skizzen aus dem Feldzuge 1866. Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Carl in tiefster Ehrfurcht gewidmet. München 1866, ca. 22 x 31 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 195.b.3

Abbildung wegen Bildrechten
nur in der Printausgabe



Württemberg: Gewehr M/1857 („Vereinsgewehr“)

Die Staaten des VIII. Bundesarmeeekorps (Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt) einigten sich 1856 darauf, nach österreichischem Vorbild Vorderlader im Kaliber 13,9 mm zu beschaffen. Ein Teil des württembergischen Bedarfs wurde in Belgien produziert. Dieses Gewehr ist wahrscheinlich eine von dort gelieferte Musterwaffe. Die Objekte auf dieser Doppelseite sind in ihrem natürlichen Größenverhältnis abgebildet.

Württemberg 1857
Vorderladergewehr
Hersteller: unbekannte belgische Fabrik
Kaliber: 13,9 mm, Länge: 139,5 cm (mit Bajonett 189,5 cm)
Sammlung Hartmann Hedtrich

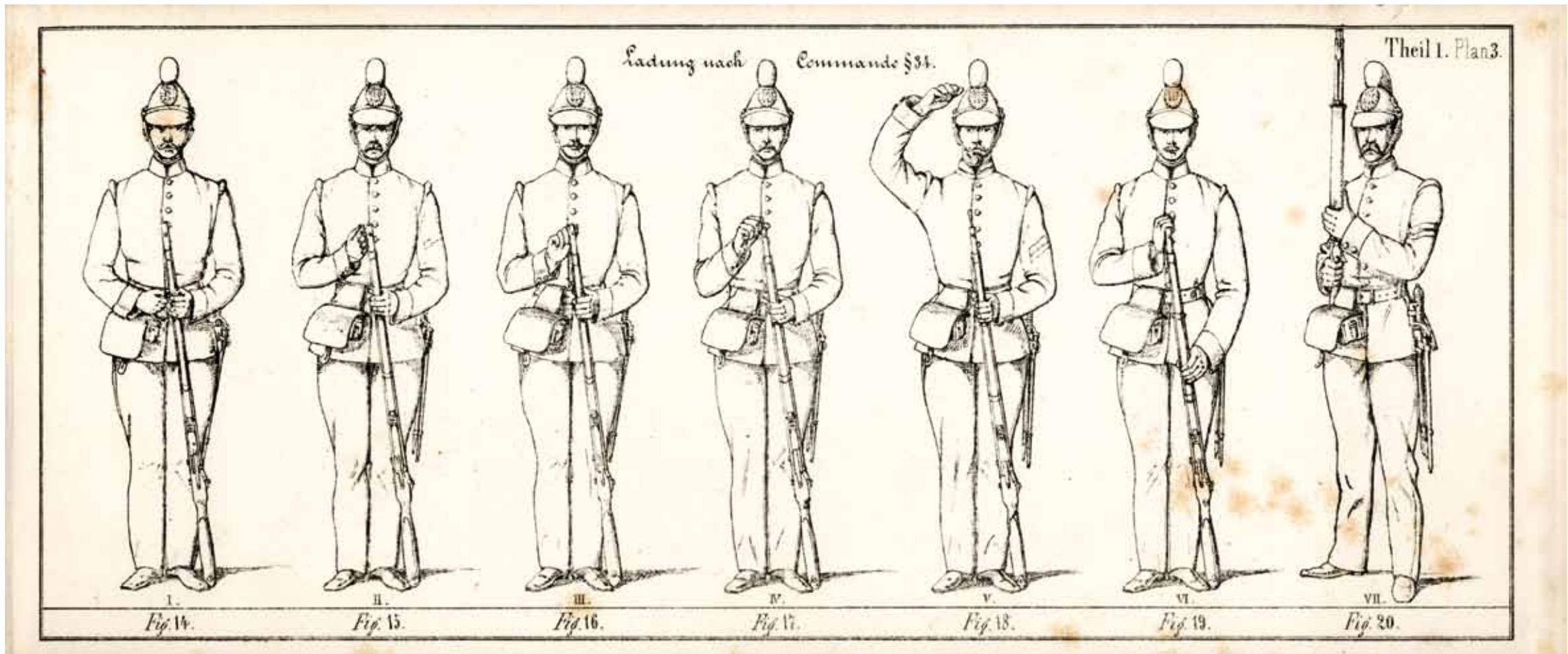
Württemberg: Jägerbüchse Modell 1860 mit Yatagan

Die Jägerbüchse war eine kürzere Variante des Infanteriegewehrs. Wie die bayerische Jägerbüchse besaß auch sie einen Stechabzug zur Verminderung des Abzugswiderstands.

Seitengewehre mit geschwungener Klinge bezeichnete man als Yatagan. Diese aus dem Orient stammende Klingenform war zwischen 1850 und 1870 in Europa besonders populär.

Jägerbüchse:
Württemberg 1862
Vorderladergewehr
Hersteller: Württembergische Gewehrfabrik, Oberndorf
Kaliber: 13,9 mm, Länge: 112 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. H 17541

Yatagan:
Hersteller: Gebr. Weyersberg, Solingen
Länge 600 mm, Klingenlänge 477 mm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. E 4914.b



Das Laden des Vorderladergewehrs

Die Vorschrift zerlegte den Ladevorgang zu Ausbildungszwecken in einzelne Schritte, die sorgfältig eingedrillt wurden.

„Ladung nach Commando § 34“, in: Vorschriften für den Unterricht der K.B. Infanterie. Waffen-Übungen, Erster Teil, München 1860
Bay. Armeebibliothek, Sign. DV 495

Die Artillerie

Mit der allgemeinen Einführung von Gewehren mit gezogenen Läufen in den 1850er Jahren stieg die Reichweite des Infanteriefeuers beträchtlich. Die Artillerie, die immer noch mit glattrohrigen Geschützen bewaffnet war, verlor dadurch ihren Reichweitenvorteil gegenüber der Infanterie. Um diesen Vorsprung zurückzugewinnen, musste sie ebenfalls gezogene Rohre annehmen.

Auch bei Geschützen gab es die Alternativen des Vorder- und des Hinterladers. Im Deutschen Bund blieb nur Österreich grundsätzlich beim Vorderlader, und zwar aus Kostengründen: Solche Rohre ließen sich durch Umguss der bisherigen glattläufigen Bronzerohre preiswert erzeugen.

Preußen und mit ihm die anderen deutschen Staaten führten seit 1860 Feldgeschütze ein, die von hinten zu laden waren. Ihre Rohre erzeugte die Essener Firma Krupp aus einem neuartigen Material: Gussstahl.

Ein erheblicher Teil der Geschützausrüstung des Krieges von 1866 bestand allerdings noch aus Vorderladern mit glatten Rohren. Dieser Feldzug zeigte jedoch, dass die Zeit solcher Kanonen endgültig vorbei war.



Bayerisches Feldgeschütz in Stellung um 1870

Das Bild zeigt den Zielvorgang: Der Richtkanonier hat das Visier – den „Aufsatz“ – auf dem Bodenstück des Geschützes aufgestellt.

Er zielt mit bloßem Auge über das vorn am Rohr angebrachte „Korn“, das der Künstler allerdings nicht dargestellt hat. Weil das Geschütz durch den Rückstoß

zurückgeworfen wurde, musste dieser Zielvorgang für jeden Schuss wiederholt werden.

Gemälde von Anton Marussig um 1900, Wasserfarben auf Karton, 65 x 58,5 cm Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 6866



Feldgeschütz mit Bespannung

Feldgeschütze wurden „sechsspännig gefahren“, also von sechs Pferden gezogen. Auf den linken Pferden saßen die Geschützreiter („Fahrer“).

Das Bild zeigt eine Sechspfünder-Kanone mit gezogenem Lauf. Die Bedienungsmannschaft musste sich zu fünft auf der Protze drängen. Ein sechster Mann sitzt auf der Lafette. Der Geschützführer begleitet den Zug auf einem Reitpferd.

Die Aufnahme entstand wohl um 1900 im Rahmen eines Regimentsjubiläums, bei dem verschiedene Epochen aus der Geschichte dieser Einheit nachgestellt wurden.

Fotografie um 1900, 9 x 16 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0226-1984.a



Bespannte Protze

Die Kanone wurde an der „Protze“ angehängt. Dies war ein zweirädriger Karren, der Geschützzubehör und Munition enthielt. Auf dem Kasten konnte die Bedienungsmannschaft sitzen. Auch dieses Bild entstand zum Zweck der Traditionspflege Jahrzehnte nach der dargestellten Zeit.

Fotografie um 1900, 9 x 16 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0226-1984.b



Abbildung wegen Bildrechten
nur in der Printausgabe



Württemberg: Rohr eines gezogenen Vierpfünder

Württemberg beschaffte für seine reitende Artillerie ab 1860 Vorderlader mit gezogenen Rohren.

Die reitende Artillerie war zur Begleitung der Kavallerie bestimmt. Im Unterschied zur „Fuß“-Artillerie waren bei ihr die Kanoniere beritten. Am Feldzug des Jahres 1866 hat eine württembergische Batterie mit acht solchen Geschützen teilgenommen.

Im Unterschied zur regulären Ausführung wurde dieses Rohr aus Gusstahl und nicht aus Bronze erzeugt. Die Gründe da-

für sind unbekannt. Die Abflachung auf der Rohroberseite ist die „Quadrantenebene“ zum Aufsetzen des Libellenquadranten.

Auf den Schildzapfen sind Herstellerort und -tag sowie das Rohrgewicht festgehalten.

Württemberg 1860
Hersteller: Bochumer Verein für Bergbau und
Gußstahlfabrikation
Kaliber 82 mm, Länge 148 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 1051-1986

Sprenggranate für den gezogenen Vierpfünder

Die Granate aus Gusseisen legte sich mit zwei Reihen von Zapfen in die Züge des Rohrs. Der Zünder löste beim Aufschlag aus. Außerdem gab es für diese Geschütze Brandgranaten, Kartätschen und Schrapnells. Das waren mit Bleikugeln gefüllte Geschosse, die mit einer Art Zeitzünder auf einem bestimmten Punkt ihrer Flugbahn zur Explosion gebracht werden sollten. Diese Technik war allerdings noch nicht ausgereift.

Württemberg 1862, „Königlich Württembergisches Artilleriematerial“, Lithografie
Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Sign. E 271 c Bü 1679



Gezogener Feld-Sechspfünder auf Lafette M/1866

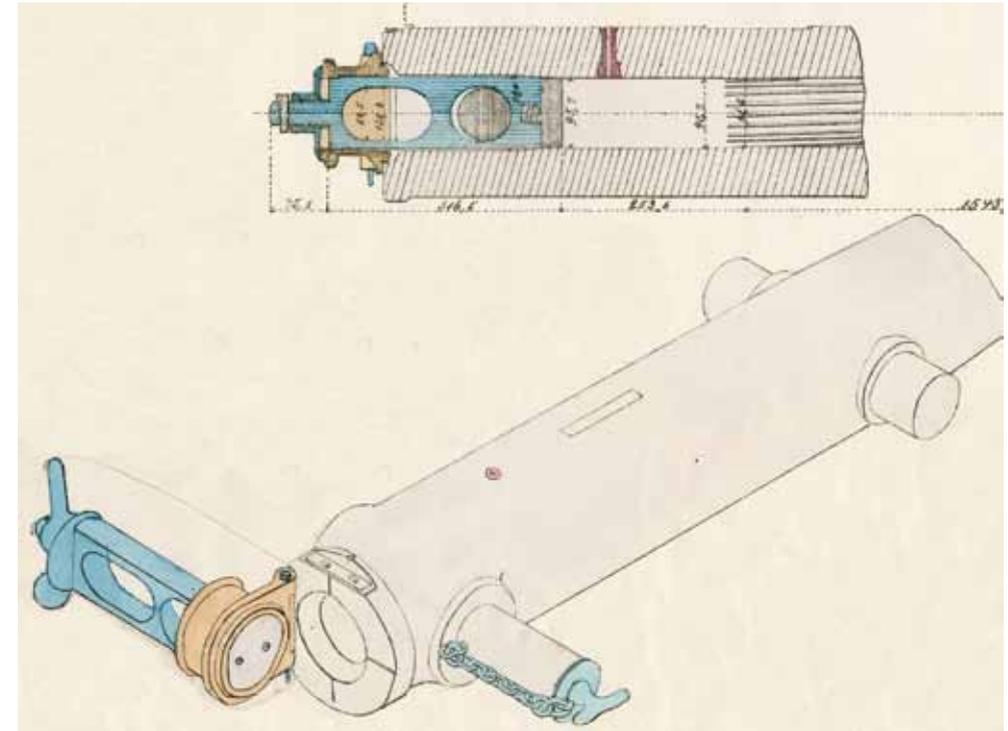
Erstes von hinten zu ladendes Feldgeschütz. „Gezogen“ meinte nicht die Fortbewegungsart, sondern das Innenprofil des Rohrs. Das „Feld“ wurde der Bezeichnung hinzugefügt, um das Geschütz von Festungskanonen zu unterscheiden.

Der Deutsche Bund beschloss 1860, dass künftig mindestens ein Viertel der Feldgeschütze gezogene Rohre haben sollten. 1861 beschaffte Bayern 48 Rohre aus Krupp'schem Gussstahl und legte sie in vorhandene Lafetten ein. Solche Geschütze konnten bis zu 3.500 Meter weit schießen, doch nahm man an, dass in der Praxis

kaum weiter als 2.000 Meter geschossen werden würde. 1866 waren 48 von 136 Geschützen der bayerischen Artillerie Sechspfünder mit gezogenem Rohr.

Der Verschluss fehlt bei dem ausgestellten Geschütz.

Bayern 1861
 Hersteller: Friedrich Krupp (Rohr)
 Rohrnummer: 354
 Kaliber: 9,15 cm, Rohrlänge 207 cm, Gleisweite 155 cm, Raddurchmesser 143 cm
 Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0883-1986



Wahrendorff-Verschluss für den Sechspfünder

Die Munition hatte noch keine Metallhülsen: Das Pulver war in Stoffsäckchen verpackt. Um den Austritt von Pulvergasen nach hinten zu verhindern, mussten die Verschlusssteile sehr genau gearbeitet sein. Zur Bedienung dieses Verschlusses waren zwei Mann nötig.

Die Farben bezeichnen das Material:
 Blau = Schmiedeeisen, Grau = Gussstahl,
 Ocker = Bronze

Ausschnitt aus einer Lehrtafel zum Artilleriematerial, Kolorierte Lithografie, Berlin um 1875, Teil A, Blatt 10
 Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. N 3173.A.10



Eisenkern einer Granate für den preußischen gezogenen Vierpfünder

Die Granaten gezogener Geschütze für Hinterladung bestanden aus einem Eisenkern, der mit einem Bleimantel umgossen wurde. Dieser presste sich beim Schuss in die Züge des Rohres, was das Geschoss in eine rasche Rotation um die Längsachse versetzte. Das stabilisierte die Flugbahn und sorgte dafür, dass die Granate mit der Spitze voran aufschlug. Das fertige Geschoss – mit Bleimantel, Pulverfüllung und Zünder – wog 4.340 g. Diesen Geschütztyp vom Kaliber 8 cm besaß 1866 nur die preußische Artillerie.

Deutschland um 1866. Gusseisen, Durchmesser 7,6 cm, Länge 16 cm, Gewicht: 2,48 kg
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. LAN 1360



Kanonenkugel für den glatten Sechspfünder

Bis 1860 war der glatte Sechspfünder („glatt“ bedeutet: Rohr mit glattem Innenprofil) das Hauptgeschütz der Feldartillerie. Seine Munition bestand vor allem aus eisernen Vollkugeln. Deren Durchmesser gab auch den gezogenen Geschützen mit gleichem Rohrdurchmesser ihre Bezeichnung, obwohl deren Munition sehr viel schwerer war.

Deutschland, wohl 19. Jahrhundert, Gusseisen, Durchmesser: 9,1 cm; Gewicht: 2,78 kg
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. N 2062



Granate mit Bleimantel für den gezogenen Feld-Sechspfünder

Die Granaten der modernen gezogenen Geschütze waren mit Schwarzpulver gefüllt und besaßen einen in die Spitze eingeschraubten Aufschlagzünder. Damit war eine Detonation „Knall auf Fall“ gewährleistet. Der Bleimantel ist noch unversehrt, das Projektil wurde also nie verschossen.

Deutschland um 1866
Gusseisen, Blei, Durchmesser: 9,3 cm, Länge: 18 cm, Gewicht: 5,75 kg
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. LAN 1361



Granate mit Bleimantel für den gezogenen Feld-Sechspfünder

Die Abdrücke im Bleimantel zeigen, dass dieses Geschoss bereits „durch den Lauf gegangen“ ist, also verschossen wurde. Mit Schwarzpulver gefüllt (250 g) und bezündert sollte eine solche Granate 6.900 g wiegen.

Deutschland um 1866
Gusseisen, Blei, Durchmesser: 9 cm, Länge: 18 cm, Gewicht: 6,11 kg
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0516-1988



Splinter einer Granate für gezogene Geschütze

Die Wirkung der Sprenggranaten beruhte vor allem auf den Splintern, in die sie beim Auftreffen zersprang. Die Granaten des gezogenen Sechspfünders ergaben 35 bis 40 Sprengstücke. Die Gefährdungszone hatte einen Radius von ca. 200 Metern. Diese Splitter wurden auf dem Schlachtfeld von Kissingen gefunden.

Deutsch 1866. Gusseisen, Blei
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nrn. 0135-2013 und
0136-2013



Kanoniere beim Transport von Granaten

Das Gemälde zeigt, wie zwei bayerische Kanoniere mit großer Vorsicht bezünderte Granaten zum Geschütz bringen. Dabei durfte die Sicherung, der sogenannte Vorstecker, nicht aus dem Zünder fallen. Er wird erst nach dem Schuss durch die Rotationsbewegung aus dem Zünder ge-

schleudert und macht diesen scharf. Die Treibladungen befinden sich in den umgehängten Kartuschornistern.

Bayerische Kanoniere um 1870. Studie von Louis Braun um 1880, Öl auf Leinwand, 67 x 47,5 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 1271-2002



Taschenkarte mit ballistischen Angaben

Die Artillerie unterschied „Schuss“ und „Wurf“. Würfe waren Schüsse mit Rohrerhöhungen von 15° und mehr, also mit stark gekrümmter Flugbahn. Solche Tabellen gaben die Visiereinstellung und damit die Rohrerhöhung für bestimmte Entfernungen, Munitionsarten und Ladungen an.

Bayern 1864. Schuss- und Wurf-Tafel für den gezogenen Feld-Sechspfünder, 14,7 x 5,3 cm Bay. Armeebibliothek, Sign. DV 616



Fernglas

Die gesteigerten Kampferfernungen der Artillerie überforderten die Sehkraft des menschlichen Auges. Deshalb führte die bayerische Armee 1865 „Doppelperspective (Binocles)“, ein, also Ferngläser. Dieses Glas wurde für den Zivilmarkt produziert. Die Beschriftung „ARTILLERIE

FELDSTECHER“ sollte den Käufer davon überzeugen, dass er ein besonders hochwertiges Glas erwarb.

Deutsch um 1870. Glas, Messing, Neusilber, Leder, 14,6 x 11,7 x 5,1 cm Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0110-2016



Aufsatz für die sechspfündige gezogene Feldkanone

Der „Aufsatz“ war das Geschützvisier. Er wurde zum Zielen auf dem Bodenstück des Rohrs aufgestellt. Gezogene Rohre mit Drall im Uhrzeigersinn erteilten den Geschossen beim Flug eine Rechtsabweichung (Seitenverschiebung). Sie sollte beim Zielvorgang mit Hilfe der Skala am Boden des Aufsatzes ausgeglichen werden. Den

Wert entnahm man für die jeweilige Entfernung aus der „Schuß- und Wurftafel“.

Bayern 1861
 Hersteller: H. Rath, München
 Neusilber, Messing, 26,5 x 7,8 x 2,8 cm
 Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. D 898



Libellenquadrant

Für große Rohrerhöhungen oder bei schlechter Erkennbarkeit des Ziels reichte der Aufsatz nicht aus. In diesem Fall wurde der Libellenquadrant auf der „Quadrantenebene“ des Rohres aufgesetzt. Das war eine auf der Rohroberseite eingeschlossene Fläche, die genau parallel zur Seelenachse des Rohres stand. Der verstellbarer Arm des Quadranten besaß eine Röhrenlibelle, also eine Art

Wasserwaage. Er war für den Winkel der gewünschten Rohrerhöhung einstellbar. Das Rohr wurde dann so lange erhöht, bis die Luftblase der Libelle bei der angegebenen Gradzahl einspielte

Bayern um 1866
 Hersteller: H. Rath, München
 Messing, Glas, 11,3 x 11,2 x 2,2 cm
 Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. E 723

Kriegsausbruch

Der Krieg war ein Kampf um die Hegemonie in Deutschland. Aus preußischer Perspektive ging es darum, Österreich aus Deutschland zu verdrängen, während Wien seine historische Stellung in Deutschland verteidigte.

Ausgangspunkt des Konflikts war der Streit über die Verwaltung der „Elbherzogtümer“ (Schleswig und Holstein), die bis 1864 der dänischen Krone unterstanden und nach dem Krieg mit Dänemark unter preußische und österreichische Kontrolle geraten waren. Der Streit um die Zukunft dieser Gebiete ließ die Spannungen zwischen Preußen und Österreich zum Krieg eskalieren.

Bayerns Interesse war es, den Bund zu erhalten und den Krieg zu vermeiden. Wenn das nicht gelang, mussten auch die Mittelstaaten und mit ihnen Bayern Stellung beziehen. Das konnte nur an der Seite Wiens sein, denn Österreich setzte sich für die bestehende Ordnung ein. Die lockere Struktur des Deutschen Bundes bot den Mittelstaaten weit mehr Entfaltungsmöglichkeiten als der drohende nationale Einheitsstaat unter Berliner Führung.



Landung preußischer Truppen auf der Insel Alsens, 29. Juni 1864

1864 führten Österreich und Preußen gemeinsam Krieg gegen Dänemark um den Besitz von Schleswig und Holstein. Mit der Einnahme der Düppeler Schanzen am 18. April 1864 erzielte die preußische Armee einen großen Erfolg. Die dänische Hauptarmee zog sich auf die Insel Alsens zurück.

Am 29. Juni landeten die Preußen auf Alsens und besetzten die Insel. Damit war

die dänische Widerstandskraft gebrochen. Am 30. Oktober 1864 wurde in Wien der Friedensvertrag unterzeichnet, in dem der dänische König auf seine Rechte an den Elbherzogtümern verzichtete.

Gemälde von V. von Falckenstein, Öl auf Malpappe, Bildmaß 33,2 x 42,7 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0771-1991



Ein schöner Soldat: Der junge Ludwig II.

Obwohl Ludwig schon als Kronprinz relativ wenig Interesse für das Militärwesen hatte, trat er selbstverständlich meist in Uniform auf.

Hier ist er als Inhaber des 2. Ulanen-Regiments zu sehen, das ihm noch als Kronprinz gleich nach dessen Errichtung im Jahr 1863 verliehen worden war.

Ludwig II. in der Uniform des 2. Ulanen-Regiments, Gemälde von Ludwig Behringer, Öl auf Leinwand, im Rahmen 70 x 48,5 cm Bay. Armeemuseum Inv.-Nr. B 5649



Ludwig II. (1845-1886) König von Bayern

Die in Preußen erschienene Karikatur zeigt Ludwig als weltfremden Träumer, der sich der Musik Richard Wagners hingibt, statt zu regieren.

Ludwig II. hatte Wagner 1864 nach München geholt. Das selbstbewusste Auftreten des Komponisten und sein Einfluss auf den König führten zu heftigen öffentlichen Auseinandersetzungen. Unter diesem Druck sah sich Ludwig im Dezember 1865 gezwungen, den verehrten Meister aus München zu entfernen.

König Maximilian II., Ludwigs Vater, war 1864 völlig überraschend gestorben, erst 55 Jahre alt. Im Alter von nur 18 Jahren folgte

ihm Ludwig II. auf den Thron. Für diese Aufgabe war er noch nicht hinreichend vorbereitet. Aber auch ein energischer und erfahrener König auf dem bayerischen Thron hätte den gewaltsamen Austrag des preußisch-österreichischen Konflikts und die Verwicklung Bayerns in die Niederlage an der Seite Österreichs kaum verhindern können.

Illustration von J. Ehrentrant, aus: Nathan Jacob Anders, Der Krieg von 1866 im Guckkasten. Heitere Bilder in ernster Zeit, Berlin 1866. Bay. Armeebibliothek, Sign. B14 / An7



Tschako Ludwigs II. als Inhaber eines österreichischen Regiments

Es war allgemein üblich, befreundeten Monarchen und Prinzen die Ehrenstellen als Regiments-Inhaber der eigenen Armee zu verleihen. So wurde Ludwig II. nach seiner Thronbesteigung 1864 zum Inhaber des 5. Ungarischen Infanterie-Regiments ernannt.

Umgekehrt war Kaiser Franz Joseph I. bereits seit 1851 Oberst-Inhaber des bayeri-

schen 13. Infanterie-Regiments (Friedensstandort Ingolstadt).

Tschako für einen Oberst der österreichischen Infanterie, getragen von Ludwig II., 1864, Filz, Leder, Metall
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 3635



Waffenrock Ludwigs II. als Inhaber des 2. Infanterie-Regiments

In der bayerischen Armee bekleidete Ludwig II. bis 1864 die Oberst-Inhaber-Stelle des 2. Infanterie-Regiments „Kronprinz“. Nach der Thronbesteigung legte er diese Ehrenstelle nieder.

Dafür übernahm er die Inhaberstellen des 4. Chevauleger-Regiments „König“, die vorher sein Vater Maximilian II. innegehabt hatte, und des neu errichteten 2. Ulanen-Regiments „König“. Daneben führte

auch das 1. Infanterie-Regiment den Beinamen „König“. Dessen Oberst-Inhaber blieb aber formal der zurückgetretene König Ludwig I. (der Großvater Ludwigs II.), bis zu seinem Ableben 1868

Waffenrock M/1860 eines Obersten des 2. Infanterie-Regiments, getragen von Ludwig II. als Kronprinz, Bayern 1860-1864, Wolltuch, Metall
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 1705



Otto von Bismarck (1815-1898) Preußischer Ministerpräsident

Bismarck wurde 1862 zum preußischen Ministerpräsidenten ernannt. Seine Politik brachte Bewegung in die deutsche Frage, die er im „kleindeutschen“ Sinn, also unter Ausschluss Österreichs, lösen wollte. Der nationalpolitische Aktivismus war für Bismarck ein Mittel, die preußische Machtstellung zu festigen und auszuweiten. Dass es ihm gelang, die europäischen Großmächte von einer Intervention in den preußisch-österreichischen Konflikt abzuhalten, lag einerseits an seinem diplomatischen Geschick, andererseits an der Schnelligkeit des preußischen Sieges, der

das Zeitfenster für Einmischungen von außen rasch schloss.

Vier Jahre später, 1870, führte der Krieg zwischen Frankreich und den deutschen Staaten unter Führung Preußens zur Gründung des Deutschen Reiches. Als Reichskanzler leitete Bismarck bis 1890 dessen Geschicke.

Holzstich von Richard Brend'Amour nach einer Portraitzeichnung von Hans Scherenberg, in: Julius von Pflugk-Harttung, Krieg und Sieg 1870-71, Berlin 1896



Helmuth von Moltke (1800-1891) Preußischer General und Chef des Generalstabs

Helmuth von Moltke gehört zu den bedeutendsten Feldherren des 19. Jahrhunderts. Seine Erfolge begründeten das Prestige des preußischen Generalstabs. Die Feldzüge des Jahres 1866 und des Krieges gegen Frankreich 1870/71 endeten mit spektakulären Erfolgen der preußischen bzw. deutschen Armeen. Moltke hatte diese Operationen geplant und mit sicherer Hand durchgeführt. „Generalstabsmäßig“ wurde zu einem Synonym für makellose, alle Eventualitäten bedenkende Planungs-

arbeit, die den Blick aufs Ganze mit größter Sorgfalt im Detail verband. Prägend für den von Moltke begründeten deutschen Führungsstil war die Zuweisung großer Handlungsspielräume an die Unterführer („Auftragstaktik“).

Stahlstich von August Weger „nach einer Photographie“, Verlag der Dürr'schen Buchhandlung, Leipzig ca. 1867, 20,3 x 14,9 cm Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. N 2054



Wilhelm I. (1797-1888) König von Preußen

Wilhelm I. vertrat seit 1858 seinen regierungsunfähigen Bruder Friedrich Wilhelm IV. als Regent und bestieg nach dessen Tod im Jahr 1861 den preußischen Thron. Wilhelm war als Soldat erzogen worden, und der Armee galt seine besondere Aufmerksamkeit. Eine seiner ersten Regierungshandlungen war die Modernisierung der preußischen Armee. Über die Finanzierung dieser kostspieligen Neuorganisation kam es zu einem schweren Konflikt mit dem Abgeordnetenhaus. Das führte zur Berufung Otto von Bismarcks zum Ministerpräsident, der als ebenso kompromisslos galt wie sein königlicher Herr.

Populär wurden Wilhelm und sein erster

Minister, als sich abzeichnete, dass ihre Politik aktiv die Lösung der deutschen Frage betrieb.

Nach dem Sieg über Frankreich wurde Wilhelm 1871 im Spiegelsaal von Versailles zum Deutschen Kaiser ausgerufen, eine Würde, die ihm wohl weniger bedeutete als der preußische Königsthron. Sein Enkel Wilhelm II., der letzte deutsche Kaiser, verehrte den Großvater und versuchte, ihn als „Wilhelm den Großen“ im deutschen Geschichtsbild zu etablieren, was indes nicht gelang.

Stahlstich von August Weger „nach einer Photographie“, Verlag der Dürr'schen Buchhandlung, Leipzig ca. 1867, 19,5 x 14,4 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 613.9



Franz Joseph I. (1840-1916) Kaiser von Österreich

Die Revolution des Jahres 1848 führte zur Abdankung Kaiser Ferdinands und zur Thronbesteigung seines erst 18-jährigen Neffen Franz Joseph, dem es mit harter Hand gelang, die Monarchie wieder zu stabilisieren.

Die Zurückdämmung der nationalen Spannungen im Innern und die Verankerung des Reichs in (Nord-)Italien und Deutschland blieben zentrale Ziele der Wiener Politik. Franz Joseph I. war entschlossen, die führende Stellung Österreichs im Deutschen Bund zu erhalten.

Die Niederlage im Krieg gegen Frankreich und Sardinien-Piemont im Jahr 1859 er-

zwangen den Rückzug Österreichs aus Italien. Nach der Niederlage gegen Preußen war Franz Joseph I. gezwungen, auch die historische Verbindung Österreichs mit Deutschland zu lösen.

Im „Ausgleich“ des Jahres 1867 musste Franz Joseph I. den Forderungen der Ungarn nachgeben, die in ihrer Reichshälfte eine weitgehende Autonomie durchsetzen konnten. Aus dem Kaiserstaat Österreich wurde die „Doppelmonarchie“ Österreich-Ungarn.

Fotografie um 1870, 10,4 x 6,3 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. N 169.28



Ludwig von Benedek (1804-1881) Österreichischer General

Der gebürtige Ungar Benedek befehligte 1866 die österreichische Armee in Böhmen. Am 3. Juli 1866 erlitt er bei Königgrätz die entscheidende Niederlage gegen die preußische Armee.

Im Krieg von 1859 war Benedek einer der wenigen österreichischen Generäle, die erfolgreich gekämpft hatten. Das empfahl ihn für höhere Aufgaben, obwohl ihm die militärwissenschaftliche Bildung zur Leitung komplexer Großoperationen fehlte. Benedek war sich dieses Mangels bewusst. 1866 wurde er trotz seines Widerstrebens zum Oberkommandierenden der Armee in Böhmen ernannt. Es gelang ihm nicht, die Vereinigung der getrennt in Böhmen einrückenden preußischen Ar-

meen zu verhindern. Die Niederlage von Königgrätz machte allen Hoffnungen auf einen günstigen Ausgang des Feldzugs ein Ende.

Nach dem Krieg machte man Benedek zum Sündenbock. Eine kriegsgerichtliche Untersuchung wurde zwar eingestellt. Doch wurde Benedek die Verpflichtung auferlegt, über diese Vorgänge zu schweigen, so dass er sich nie öffentlich rechtfertigen konnte.

Stahlstich von August Weger „nach einer Photographie“, Verlag der Dürr'schen Buchhandlung, Leipzig ca. 1867, 31,2 x 21,3 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. N 2056



Ludwig von der Pfordten (1811-1880) Bayerischer Ministerpräsident

Der Jurist von der Pfordten gestaltete die bayerische Politik des Jahres 1866.

Von der Pfordten war von 1849 bis 1859 und dann wieder von 1864 bis 1866 Staatsminister des Königlichen Hauses und des Äußern und damit zugleich Vorsitzender im Ministerrat, also Ministerpräsident. Seine leitende Idee war die Zusammenfassung der Mittelstaaten des Deutschen Bundes zu einem handlungsfähigen Körper neben den Großmächten Preußen und Österreich.

Diese als „Trias-Idee“ bekannte Schaffung eines „Dritten Deutschland“ erwies sich als nicht realisierbar: Die Interessen der potentiellen Mitglieder lagen einerseits zu

weit auseinander, andererseits waren sie nicht bereit, den von Bayern wie selbstverständlich erhobenen Führungsanspruch hinzunehmen.

In der Krise des Jahres 1866 versuchte von der Pfordten, so lange wie möglich den Krieg zu vermeiden, doch war Bayern zu schwach, um den Lauf der Dinge aufhalten zu können. Bismarck nannte von der Pfordten in seinen Erinnerungen „einen ehrlichen und gelehrten, aber politisch nicht geschickten deutschen Professor.“

Fotografie um 1860,
Wikipedia, abgerufen am 3. Juni 2016
(gemeinfrei)



Prinz Carl von Bayern (1795-1875) Bayerischer Generalfeldmarschall

Carl war der jüngere Bruder König Ludwigs I. und somit Großonkel König Ludwigs II. Er erhielt eine militärische Ausbildung und nahm als junger Mann noch an den Feldzügen der Jahre 1813/15 teil. 1841 wurde er zum Generalfeldmarschall ernannt und war seit 1848 Generalinspektor des bayerischen Heeres. Er kannte dessen Mängel, konnte sie aber nicht beheben, weil es am Geld fehlte. Die Aussichten der Süddeutschen in einem Krieg mit Preußen beurteilte er mit berechtigter Skepsis.

Als ranghöchstem Soldat der bayerischen Armee stand Carl der Oberbefehl über die bayerische Armee zu, und er wollte diese Aufgabe auch selbst wahrnehmen. Dar-

über hinaus wurde ihm am 27. Juni 1866 der Oberbefehl über die im VIII. Bundes-Armee-korps vereinten Truppen des deutschen Südwestens übertragen.

Es wurde also kein unabhängiges Armee-Oberkommando geschaffen. In der Doppelstellung als Korps- und Armee-befehlshaber war ein Interessenkonflikt angelegt.

Portraitbüste von Christoph Roth 1876, Bronze-guss, 50 x 44 x 26 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 6333



Offiziersdegen des Prinzen Carl

Die Offiziere der bayerischen Armee trugen seit 1799 einen Degen, der jedoch erst 1818 genauer definiert wurde. Da Offiziere damals ihre Ausrüstung und Uniformen selbst bezahlen mussten, waren ihre Ausrüstungsstücke häufig auch aufwändiger gestaltet. Dieser Degen wurde von Prinz Carl getragen.

Die Klinge ist aus Damaststahl gearbeitet und mit einer leichten Ätzung verziert. Die Gravur in Form von Kriegstrophäen und floralen Motiven ist teilweise, das Gefäß vollständig vergoldet. Auf dem muschelförmigen Griffblatt ist der Hersteller

des Degens genannt: „Johann Strobelberger, Schwert-, und engl. Platir-Fabrikant in München“. Die Klinge stammte aus Solingen aus der berühmten Klingenschmiede Weyersberg. Der Degen kam bereits 1880 in das Armeemuseum. Eine damals noch vorhandene verzierte Lederscheide ist im Laufe der Jahrzehnte leider verloren gegangen.

Offiziersdegen, Bayern, Hersteller: Johann Strobelberger, München, Gesamtlänge 100,5 cm, Klingenlänge 84 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 1622



Uniformrock des Prinzen Carl

Diese Uniform trug Prinz Carl als Inhaber des 1. Kürassier-Regiments. Obwohl er als Feldmarschall einen höheren Rang einnahm, zeigte er sich bei dem Regiment, das seinen Namen trug, nur in der Uniform eines Obersten. Dies war so üblich. Auf der Brust befindet sich eine Schnalle mit verkleinerten Ausführungen von Orden und Ehrenzeichen, die der Prinz zu- meist schon zur Zeit der Befreiungskriege erhalten hatte (von links nach rechts): Militär-Max-Joseph-Orden (Ritterkreuz);

Verdienstorden der Bayerischen Krone (Ritterkreuz); Ludwigs-Orden; Bayerisches Militärdenkzeichen für 1813, 1814 und 1815; Kaiserlich-königlich österreichischer Militär-Maria-Theresien-Orden (Ritterkreuz); Kaiserlich russischer Orden des heiligen Georg IV. Klasse (Ritterkreuz).

Waffenrock eines Obersten des 1. Kürassier-Regiments, Wolltuch, Silber
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 1616



Prinz Carl von Bayern, 1862

Das Gemälde zeigt den 67-jährigen Prinzen in der bayerischen Feldmarschalls-Uniform. Diesen höchsten Rang in der Armee nahm er seit 1841 ein.

Der Kragen zeigt eine reiche Silberstickerei, die Knöpfe sind mit gekreuzten Marschallstäben geprägt. Auf der Brust trägt er die Ordensschnalle, die an seiner erhaltenen Kürassieroffiziers-Uniform im Original zu sehen ist, sowie den Stern des Wittelsbacher Hausordens vom Heiligen Hubertus.

Gemälde von Joseph Bernhardt 1862, Öl auf Leinwand, Maße im Rahmen 91 x 75,5 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0121-2006



Ludwig von der Tann (1815-1881) Bayerischer General

Ludwig von der Tann-Rathsamhausen war 1866 als „Chef des Stabes“ der wichtigste militärische Berater des Prinzen Carl.

Von der Tann war 1833 in die Armee eingetreten. 1848 nahm er an den Kämpfen gegen Dänemark als Führer eines Freikorps teil, 1849/50 als regulärer bayerischer Offizier und 1864 als Beobachter. Dort gewann er die Überzeugung von der Überlegenheit der preußischen Armee und insbesondere ihrer Bewaffnung mit dem Zündnadelgewehr.

Seine militärische Laufbahn hatte von der Tann als Truppenführer und im Hofdienst

zugebracht. Für die Stellung als Chef eines Stabes fehlten ihm Schulung und Neigung. Nach der Niederlage sah er sich heftigen Angriffen in der Öffentlichkeit ausgesetzt, die aber seine Karriere nicht aufhielten. Bekannt und populär wurde er als Kommandierender General des I. bayerischen Armeekorps im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71.

Stahlstich von August Weger „nach einer Photographie“, Verlag der Dürr'schen Buchhandlung, Leipzig ca. 1867, 16,7 x 12,5 cm.
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 4783



Alexander von Hessen-Darmstadt (1823-1888) Österreichischer General

Prinz Alexander von Hessen-Darmstadt diente seit 1852 in der österreichischen Armee. 1866 wurde er zum Befehlshaber des VIII. Bundes-Armeekorps ernannt.

1859 hatte Alexander den modernen Krieg bereits als Truppenführer in Italien kennengelernt. Sein Wunsch, als österreichischer General auf dem böhmischen Kriegsschauplatz Verwendung zu finden, blieb unerfüllt.

Alexanders Stellung als Befehlshaber des VIII. Bundes-Armeekorps war schwierig. Wohl war er dem Prinzen Carl unterstellt, er empfing aber auch Weisungen von der Bundesversammlung in Frankfurt und den Regierungen der Länder, aus deren

Kontingenten sich sein Korps zusammensetzte. Auf ihren Gehorsam konnte er sich nicht unbedingt verlassen.

Alexander hatte 1851 in morganatischer Ehe die Gräfin Julia von Hauke geheiratet, die von Alexanders Bruder, Großherzog Ludwig III., zur Fürstin Battenberg erhoben wurde. Diesen Namen führten fortan die Prinzen und Prinzessinnen, die aus dieser Verbindung hervorgingen. Der englische Zweig der Familie anglisierte seinen Namen 1917 zu Mountbatten.

Lithografie von Eduard Kaiser, 1849
42,1 x 30,5 cm

Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 63.51

Abbildung wegen Bildrechten
nur in der Printausgabe

Albert von Suckow (1828-1893) Württembergischer Offizier

Suckow brachte den Feldzug als Verbindungs-Offizier des VIII. Armeekorps beim Stab des Feldmarschalls Prinz Carl zu. Nach 1866 stieg er in der württembergischen Armee rasch auf.

Den Weg vom Major (1866) zum Generalmajor legte er in nur vier Jahren zurück. Rasch wurde er Adjutant des Kriegsministers, dann Chef des württembergischen Generalstabs und schließlich Kriegsminister (1870).

Suckow betrieb die Reorganisation der württembergischen Armee nach dem Vorbild der preußischen. Das tat er nicht nur

wie sein bayerischer Kollege Siegmund von Pranckh aus professioneller Einsicht in die Überlegenheit des norddeutschen Modells, sondern aus nationalpolitischer Überzeugung: Suckow war ein glühender Anhänger der deutschen Einigung unter preußischer Führung. Diese Haltung war in Württemberg nicht unumstritten. Seinen Lebensabend verbrachte Suckow in Baden.

Fotografie um 1870
Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Inv.-Nr. M 703_R573
Nr 1



Prinz Wilhelm von Baden (1829-1897) Badischer General

Wilhelm von Baden kommandierte während des Feldzugs die badische Division. Er tat das mit großer Zurückhaltung, wohl deshalb, weil der badische Großherzog Friedrich I., sein Bruder, mit einer Tochter des preußischen Königs Wilhelm I. verheiratet war.

Wie viele nachgeborene Prinzen ohne Aussicht auf die Thronfolge hatte auch Wilhelm die militärische Laufbahn eingeschlagen. 1849 war er in preußische Dienste eingetreten und brachte es dort in der Artillerie bis zum Generalmajor. 1863

schied er aus dem aktiven Dienst in der preußischen Armee aus. Von 1865 bis 1867 stand er an der Spitze der badischen Armee.

Wilhelms Führungsverhalten im Feldzug des Jahres 1866 löste heftige Kritik aus, von „badischem Verrat“ war die Rede. Im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 führte er eine Brigade, also einen kleineren Truppenkörper als 1866.

Holzstich, aus: Julius von Pflugk-Harttung, Krieg und Sieg 1870-71, Band 1, Berlin 1896



Eduard Vogel von Falckenstein
(1797-1885)
Preußischer General

Eduard Vogel von Falckenstein wurde Anfang Juli 1866 zum Oberbefehlshaber der preußischen Truppen auf dem westlichen Kriegsschauplatz ernannt. Er führte die „Mainarmee“ bis zum Einzug in Frankfurt.

Falckenstein konnte auf eine lange militärische Laufbahn zurückblicken. Er hatte als Freiwilliger bereits an den Befreiungskriegen 1813/15 teilgenommen. Kurz vor Ausbruch des Krieges erreichte er mit der Ernennung zum Kommandierenden General des VII. Armeekorps in Münster eine der höchsten Stellen der Armee.

Unter Falckensteins Führung hatten die preußischen Divisionen erfolgreich ge-

kämpft und mit der Einnahme Frankfurts ein wichtiges politisches Ziel erreicht. Zu Beginn des Feldzugs hatte Falckenstein allerdings mehrfach gegen klare Weisungen des Großen Hauptquartiers verstoßen. Moltke war nicht gesonnen, solche Eigenmächtigkeiten zu dulden und ersetzte Falckenstein als Oberkommandierenden der Mainarmee durch General von Manthey.

Stahlstich von August Weger „nach einer Photographie“, Verlag der Dürr'schen Buchhandlung, Leipzig ca. 1867, 28,5 x 20,5 cm.
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0120-2016



August Karl von Goeben
(1816-1880)
Preußischer General

Goeben befehligte eine der drei preußischen Divisionen auf dem westdeutschen Kriegsschauplatz. Er galt als einer der besten Generäle der Armee.

1866 konnte Goeben bereits auf ein bewegtes Leben zurückblicken. Spielschulden hatten ihn 1835 gezwungen, den preußischen Dienst zu verlassen und in die spanische Armee einzutreten. In den Karlistenkriegen wurde er fünfmal verwundet und verbrachte mehrere Jahre in Gefangenschaft. 1841 kehrte er völlig verarmt nach Deutschland zurück, wo er wieder in die preußische Armee eintrat und rasch aufstieg.

Die von Goeben energisch und aggressiv geführte 13. preußische Division erlebte 1866 die intensivste Gefechtstätigkeit (Zella, Roßdorf, Kissingen, Laufach, Aschaffenburg) von allen Divisionen der Mainarmee. Bekannt und populär wurde Goeben als Kommandierender General des VIII. preußischen Armeekorps im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71.

Fotografie nach 1864, ca. 10 x 6 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 3457

Die Schlacht von Königgrätz

Der Krieg des Jahres 1866 wurde in Böhmen entschieden. Dort boten Österreich und Preußen die Masse ihrer Streitkräfte auf.

Die Ausgangslage war für Österreich insofern günstig, als es sein Heer konzentriert aufstellen konnte, während die Preußen ihre Armee aufteilen mussten, um in der gebotenen Eile die schwer passierbaren Grenzgebirge nach Böhmen zu überwinden.

Das bot den Österreichern die Möglichkeit, die preußischen Truppen, so, wie sie aus den Gebirgspässen herausstraten, nacheinander mit vereinter Kraft und somit starker Überlegenheit anzugreifen. Diese Chance blieb aber ungenutzt.

Der preußischen Führung unter der Leitung des Generals Helmuth von Moltke gelang es, die getrennt anmarschierenden eigenen Armeen am 3. Juli 1866 bei Königgrätz zu einem vereinten Schlag zusammenzuführen und den Österreichern sowie den an ihrer Seite fechtenden Sachsen eine schwere Niederlage zuzufügen. Sie konnten sich zwar an der Donau neu formieren, aber die Aussichten, den Kampf mit Erfolg wieder aufnehmen zu können, waren gering, so dass es zu einem Friedensschluss kam, in dem Österreich der Auflösung des Deutschen Bundes zustimmen musste.



Siegesmeldung von Königgrätz

Dank der modernen Telegrafie konnten die preußischen Behörden den Sieg bereits einen Tag nach der Schlacht bekannt geben.

Die Schlacht wird in dieser Meldung bei Sadowa lokalisiert, einem Dorf im Nord-

westen des Schlachtfeldes. Unter diesem Namen ist die sie im französischen und englischen Sprachraum bekannt.

Flugblatt, Letterndruck, Papier, 20 x 25 cm
 Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0705-1993

Abbildung wegen Bildrechten
nur in der Printausgabe

Abbildung wegen Bildrechten
nur in der Printausgabe

Österreich: Geschützrohr eines Achtpfüunders M. 1863

Die österreichische Artillerie hatte sich beim Übergang zu gezogenen Rohren für das Vorderladerprinzip entschieden. 1866 führte die österreichische Feldartillerie ausschließlich gezogene Geschütze.

Der Achtpfünder war die schwere Variante. Er machte etwa 20 Prozent der Geschützausrüstung aus. Die übrigen waren „leichte“ Vierpfünder.

In der Schlacht von Königgrätz verhinder-

te die österreichische Artillerie die völlige Zertrümmerung des geschlagenen Heeres, indem sie unter großen Opfern dessen Rückzug deckte.

Österreich 1864
Kaliber: 10 cm (Feldkaliber), Länge 170 cm
Heeresgeschichtliches Museum Wien,
Inv.-Nr. 0000/33/NI81800

Granate eines Achtpfüunders

Die Granaten des österreichischen Geschützsystems waren mit einem Mantel aus weichem Metall umgossen, der genau in das Laufprofil passte. Der Zünder brachte die Granate beim Aufschlag zur Detonation. Achtpfündige Granaten enthielten eine Ladung von 438 g Schwarzpulver und zersprangen in ca. 60 Splitter.

Österreich um 1866
Gusseisen, Zinn-Zink-Legierung,
Durchmesser: 11 cm (Führungsleisten),
Höhe 22 cm, Gewicht: 6,1 kg
Heeresgeschichtliches Museum Wien,
Inv.-Nr. NI 2041a

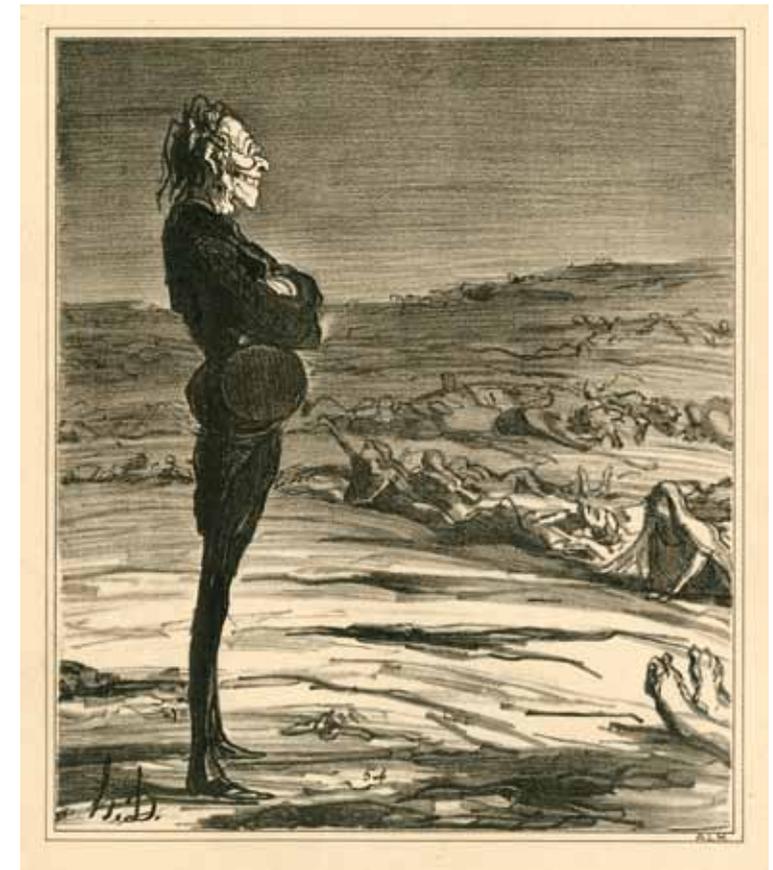
Abbildung wegen Bildrechten
nur in der Printausgabe

Der Sieg

Während die preußische Armee im Hintergrund des Bildes auf die geschlagenen Österreicher eindringt, huldigt ein preußischer Offizier seinem siegreichen König als treuer Lehnsmann mit einem Handkuss, während ein Mannschaftssoldat den Steigbügel hält.

Links von Wilhelm I. erkennt man die Architekten des Erfolgs: Moltke, Bismarck und Roon.

Wilhelm I. und sein Stab auf dem Schlachtfeld von Königgrätz, Ölgemälde von Otto Heyden, (Reproduktion), 143 x 189,5 cm (Bildmaß des Originals)
Deutsches Historisches Museum, Inv.-Nr. 10.104



„Der Traum des Erfinders des Zündnadelgewehrs“

Die Stärkung der Feuerkraft durch das Zündnadelgewehr wurde allgemein als Grund für den preußischen Erfolg angesehen. Die französische Karikatur verurteilt die neue Waffe: Der Erfinder, mit totenkopfähnlichem Schädel, zeigt seine Befriedigung angesichts der Leichenfelder, die seine Waffe auf den Schlachtfeldern hinterlassen hat.

Das Blatt erschien am 1. November 1866, also zu Allerheiligen in der französischen Zeitschrift Charivari. Mit dem wirklichen Erfinder, Nikolaus von Dreyse, hat die Darstellung keine Ähnlichkeit.

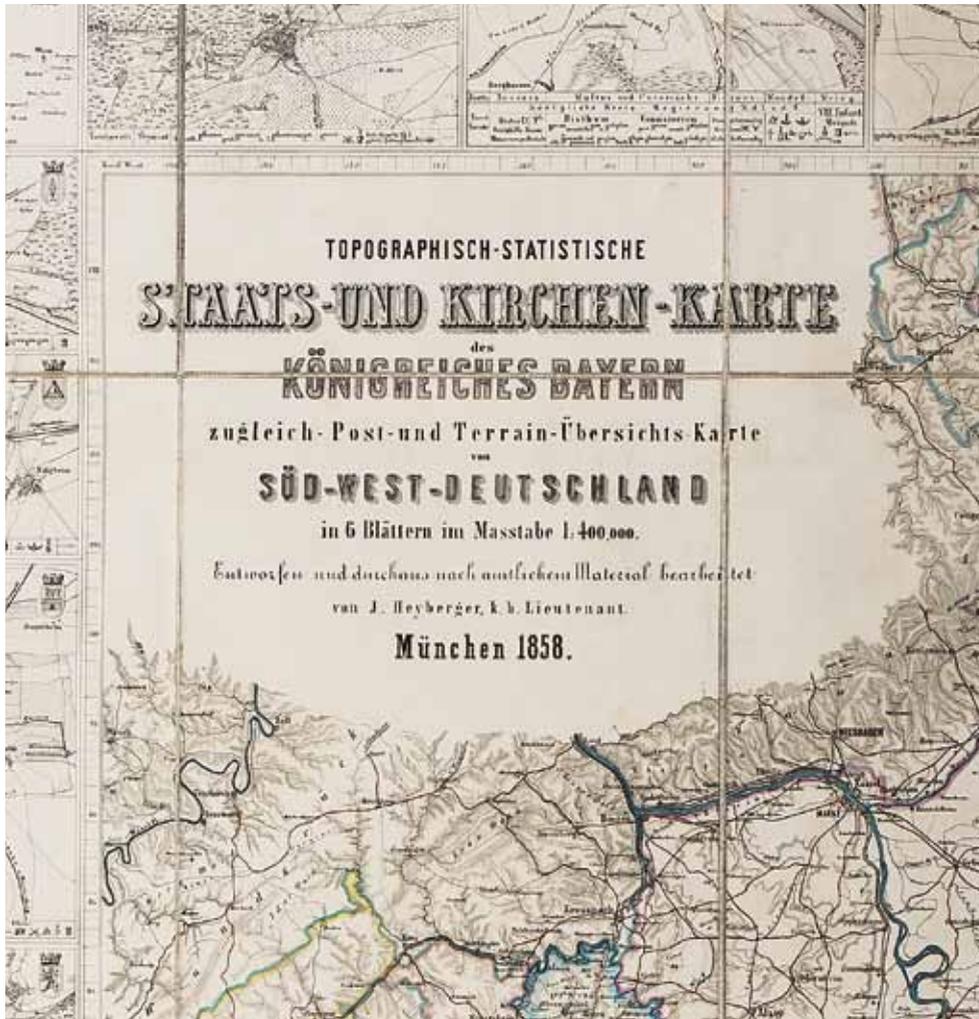
Lithografie von Honoré Daumier 1866, Bildgröße 23,8 x 20,4 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0590-2015

Der Feldzug in Franken

Preußen begann den Feldzug in Westdeutschland mit der Besetzung von Hannover und Kurhessen. Damit war die Landbrücke zwischen dem westlichen und östlichen Teil Preußens geschlossen. Die hannoversche Armee, die sich den Süddeutschen anschließen wollte, wurde in Thüringen abgefangen und am 29. Juni zur Kapitulation gezwungen. Die Süddeutschen waren in eine westliche Gruppe bei Frankfurt (VIII. Bundesarmee-korps) und eine östliche in Nordbayern (VII. Bundesarmee-korps, die bayerische Armee) getrennt und brachten ihre Vereinigung nicht zuwege.

Die preußische Armee, die sich nun „Mainarmee“ nannte, operierte zunächst gegen die isolierte östliche Gruppe und schlug die Bayern am 10. Juli bei Kissingen und Hammelburg an der Fränkischen Saale. Danach wandte sie sich nach Westen und besetzte Frankfurt am Main.

Das VIII. Armeekorps hatte nicht ernsthaft versucht, den preußischen Vormarsch zu verhindern und suchte endlich den Anschluss an die bayerische Armee. In der Mainschleife westlich von Würzburg versammelten sich die süddeutschen Korps, doch gelang es ihnen nicht, ihre zahlenmäßige Überlegenheit zur Geltung zu bringen. In mehreren heftigen Gefechten drangen die Preußen bis Würzburg vor, wo dann ab dem 28. Juli Waffenruhe eintrat.



Karte des Kriegsschauplatzes

Diese Karte des Kriegsschauplatzes wurde von Joseph Heyberger angefertigt. Heyberger war Unterlieutenant im Topographischen Büro des Generalquartiermeister-Stabes, wie der bayerische Generalstab hieß.

Topographisch-statistische Staats- und Kirchen-Karte des Königreiches Bayern, München 1858, Karte im Maßstab 1: 400.000, 2 Blätter, je 66 x 55 cm, (Ausschnitt), 2. Blatt ohne Abb. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. N 2067

Abbildung wegen Bildrechten
nur in der Printausgabe

Abbildung wegen Bildrechten
nur in der Printausgabe

Abbildung wegen Bildrechten
nur in der Printausgabe

Ausbildung in letzter Stunde

Vor dem Feldzug wurde die 4. bayerische Division bei Schweinfurt versammelt. Die Soldaten waren in Zelten untergebracht. In wenigen Tagen versuchte man, die Mängel der Friedensausbildung auszugleichen:

6 bis 8 Uhr: Schießen

8 bis 9 Uhr: Exerzieren in offener Gefechtsordnung

3 bis 5 Uhr: Übungen nach eigenem Ermessen der Truppenteile

5 bis 6 Uhr: abwechselndes Spielen der Musikkorps der Division

Lithografie und Fotografie auf Karton,
Stadtarchiv Schweinfurt
Familienarchiv Sattler-Gademann, o. S.

Preußischer Infanterist

Das Foto zeigt den jungen Soldaten eines preußischen Linien-Infanterie-Regiments mit seiner Pickelhaube in voller Ausrüstung.

Die Munition des Zündnadelgewehrs trägt er in zwei Patronentaschen am Gürtelkoppel, der Mantel wurde so gerollt, dass er schräg über dem Oberkörper getragen werden konnte.

Fotografie um 1866, ca. 10 x 6 cm
Sammlung Wolfgang Hanne

Bayerischer Infanterist

Dieser Soldat der bayerischen Linien-Infanterie präsentiert sich in feldmäßiger Ausstattung, wie die Truppe 1866 auszog. Die Mütze wird mit dem Kinnriemen gehalten, der Mantel befindet sich gerollt in einem Überzug auf dem Tornister. Er trägt die Patronentasche weit vorn am Gürtel.

Fotografie um 1866, Originalgröße ca. 10 x 6 cm
Wehrgeschichtliches Museum Rastatt, Archiv



Daheim zurückgelassen: Der Raupenhelm

Obwohl der Raupenhelm zum besonderen Traditionsträger des bayerischen Militärs stilisiert wurde, war er bei den Soldaten wenig beliebt. Wiederholte Versuche, ihn leichter zu machen und zu verbessern, brachten wenig. Vor allem sollten die vorhandenen Helme umgebaut werden, um möglichst wenig neue Stücke anschaffen zu müssen. Die Folge war, dass alte und neue Helme bei den Truppen gemischt und oft in schlechtem Zustand waren. Prinz Carl von Bayern zog daraus die

Konsequenz. Bereits im Mai 1866 wies er die gesamte Infanterie an, die Raupenhelme beim Ausmarsch nicht mitzunehmen. Nur die Chevaulegers und die Artillerie trugen den Helm im Feld.

Raupenhelm für Mannschaften der Infanterie, Modell 1845 mit Initiale „L“, Trageweise ab 1864, Bayern um 1865
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. H 15298



Billiger Lückenbüßer: Die Mütze der Infanterie

Seit 1838 waren einfache blaue Schirmmützen die Alltagsbekleidung in der bayerischen Armee. Sowohl Mannschaften wie Offiziere trugen den Raupenhelm so selten wie möglich.

Auf dem Feldzug 1866 trug die Infanterie ausschließlich die bequemen Mützen aus Wolltuch. Allerdings waren diese „als alleinige Kopfbedeckung im Felde“ auch

wenig zweckmäßig. Sie boten im Gefecht keinerlei Schutz, waren im Sommer zu warm und trockneten nur langsam, wenn sie einmal durchnässt waren.

Schirmmütze für die Mannschaften der Infanterie, Bayern um 1860, Wolltuch, Leder
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 1819



Gefecht bei Langensalza, 27. Juni 1866

Die Preußen besetzten das Königreich Hannover gleich zu Beginn des Feldzugs. Die hannoversche Armee war zu schwach, um das zu verhindern, und marschierte zur Vereinigung mit den Bundestruppen nach Süddeutschland.

Bei Langensalza in Thüringen wurde sie von der preußischen Armee gestellt, behauptete aber in einem hitzigen Gefecht das Schlachtfeld. Allerdings hatten die Han-

noveraner dabei ihre Munition weitgehend verbraucht.

Zwei Tage danach mussten sie vor den Preußen, die sich inzwischen erheblich verstärkt hatten, die Waffen strecken.

„Gefecht bei Langensalza“, Kolorierte Lithografie, erschienen bei Eduard Gustav May in Frankfurt/M., 28 x 39,5 cm Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0372-1981.a



Aufklärungsgefecht bei Wasungen, 2./3. Juli 1866

Nachdem die Rettung der Hannoveraner misslungen war, wandte sich die bayerische Armee nach Westen, um sich mit dem VIII. Bundesarmeeekorps zu vereinigen.

Dabei kam es in der Nacht vom 2. zum 3. Juli 1866 bei Wasungen im südlichen Thüringen zum ersten Zusammenstoß bayerischer und preußischer Abteilungen. Die

Bayern verloren 3 Tote und 11 Verwundete. Das Bild zeigt eine dramatische nächtliche Szenerie.

„Recognoscirungs-Gefecht bei Wasungen“, Kolorierte Lithografie von Anton Kraus, Verlag Max Ravizza, München 1866, 31,5 x 45 cm Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 1451



Gefecht bei Roßdorf, 4. Juli 1866

In der thüringischen Rhön kam es am 4. Juli zu mehreren Gefechten zwischen bayerischen und preußischen Truppen. Es gab keinen eindeutigen Sieger, da beide Seiten darauf verzichteten, den Kampf bis zur Entscheidung durchzuführen.

„Gefecht bei Roßdorf“, Kolorierte Lithografie von Anton Kraus, Verlag Max Ravizza, München 1866, 31 x 45cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 1452

Leben im Feld

Alle Ausrüstungsgegenstände, die der Soldat auf einem Feldzug für seinen persönlichen Bedarf benötigte, musste er mit sich führen. Das belastete vor allem jene Soldaten schwer, die zur Fortbewegung allein auf ihre Beine angewiesen waren.

Das waren in erster Linie die Infanteristen, die außerdem noch ihre Bewaffnung samt Munition schleppen mussten. Die Traglast eines bayerischen Infanteristen wog einschließlich der Bekleidung ca. 26 kg.

Nach Möglichkeit brachte man die Truppen zur Nächtigung unter Dach. Dabei stopfte man soviel Menschen wie irgend möglich in Gebäude aller Art. Eine Strohschütte als Unterlage bildete das Maximum an Komfort.

Wenn das nicht möglich war, mussten die Truppen „biwakieren“, also unter freiem Himmel lagern. 1866 besaßen die Soldaten keine tragbaren Zeltausrüstungen. Als Witterungsschutz und Zudecke gab es bloß den Mantel.

Feldküchen wurden erst im 20. Jahrhundert eingeführt. Die Zubereitung warmer Mahlzeiten und Getränke geschah, angefangen mit der Beschaffung des Brennholzes, durch die Mannschaften selbst.



Kaffeemühle mit Umhängeriem und Kurbel

Vor dem Ausmarsch 1866 wurden die Truppen mit Kaffeemühlen ausgestattet. Auf je zehn Mann kam ein solches Gerät.

Bayern 1866. Stahlblech, verzinkt, Leder, Holz,
24 x 6 x 5 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. N 2034



Bayerischer Infanterist in Feldausrüstung 1866

Diese Figurine zeigt, wie ein bayerischer Füsilier 1866 ins Feld zog: Alle Ausrüstungsstücke sind original und entstammen der Sammlung des Bayerischen Armeemuseums. Nur die ledernen Stiefel wurden nach einer zeitgenössischen Vorlage rekonstruiert.

Ausstattung eines Soldaten in der Uniform des 10. Infanterie-Regiments, Bayern um 1866
 Bay. Armeemuseum, Inv.-Nrn: H 13001 (Waffenrock), H 12272 (Hose), B 1376 (Mütze), 0002-2016 (Stiefel), B 2181 (Brotsack), B 2099 (Feldflasche), B 1537 (Tornister), B 1538 (Mantelrolle), B 1827 (Menagegeschirr), N 3170 (Koppel), N 3171 (Seitengewehr mit Scheide, sog. Infanteriesäbel M/38), N 3172 (Bajonett mit Scheide), N 3169 (Patrontasche)





Mannschaftsmantel

Der Mantel war dem Soldaten unentbehrlich: Er schützte gegen Nässe und Kälte, diente im Biwak als Schlafunterlage und Zudecke. Auf dem Marsch wurde er in einen weißleinenen, hellblau gestreiften Überzug verpackt, der oben auf dem Tornister festgeschnallt war.

Um die Montur gleichmäßig abzunützen, konnte der Mantel links und rechts geknüpft werden. Natürlich wurde das jeweils befohlen.

Dieser Mantel entspricht dem seit 1848 in der Armee getragenen Muster. Wie die Farbmarkierung auf der Innenseite des rechten Ärmelaufschlags zeigt, wurde er im Juni 1866 in Gebrauch genommen, also bei Ausbruch des Krieges.

Bayern 1866, Wolltuch, Leinen, tuchbezogene Holzknöpfe
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 1375



Kochgeschirr M/1828

Dieser Feldkessel war das eigentliche Kochgerät der Infanterie. Er fasste 9-10 „Maß“ (1 bayerisches Maß = 1,07 Liter) und erlaubte die Zubereitung einer warmen Mahlzeit für ebenso viele Soldaten.

Auf dem Marsch wurde das Kochgeschirr von den Mannschaften abwechselnd getragen.

Bayern um 1860. Eisenblech, verzinkt,
28,5 x 35 x 18,5 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 1338



Tornister M/60

Der gepackte Tornister wog ca. 13 kg.
Er sollte enthalten:

Notverbandszeug, Leibbinde, wollene Handschuhe, Tuchhose, Schuhsohlen mit Fleck, 1 Paar Ersatzstiefel, 1 Paar Socken, 1 Unterhose, 1 Hemd, 1 Handtuch, 1 Halsbinde mit 3 Streifen, 1 Sacktuch, Essbesteck, 4 Päckchen Patronen, Zündhütchen, eiserner Bestand (Verpflegung).

Der gerollte Mantel wurde in einem Überzug auf dem Tornister festgeschnallt.

Bayern, um 1865. Kalbfell, Leder, Holz, Eisen,
34 x 41 x 15 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 1825



Infanteriesäbel M/38

Der Infanteriesäbel (auch als „Jägersäbel“ bezeichnet) war nicht so sehr Waffe als vielmehr Feldwerkzeug. Gebraucht wie eine Machete, diente er vor allem zum Holzmachen für Lager- und Kochfeuer.

Bayern um 1850. Stahl, Messing, Gesamtlänge 60,5 cm, Klingenlänge 47,2 cm
Bay Armeemuseum, Inv.-Nr. H 3077/1



Brotsack

Der Brotsack war eine praktische Umhängetasche für allerlei Kleinteile, die der Soldat rasch zur Hand haben wollte (Pfeife, Tabak usw.).

Bayern um 1860. Zwillich, Leder, Bein, 28 x 31 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 3445

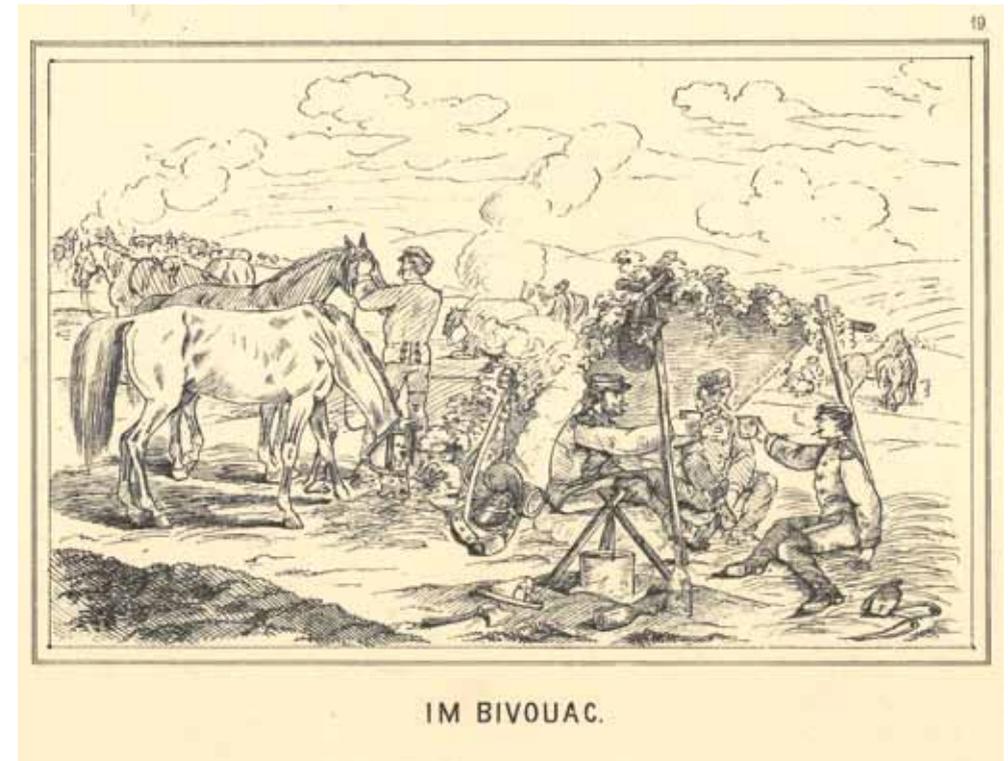


Feldflasche M/49 mit Trinkbecher M/64

Der besseren Haltbarkeit wegen hatte die gläserne Feldflasche einen Lederüberzug. Der Trinkbecher war erst 1864 eingeführt worden.

Flasche und Becher fassten jeweils eine halbe bayerische Maß (ca. 0,5 Liter).

Bayern um 1865. Glas, Leder, Eisenblech (verzinkt), Kork, 22 x 14 x 8 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. N 2065

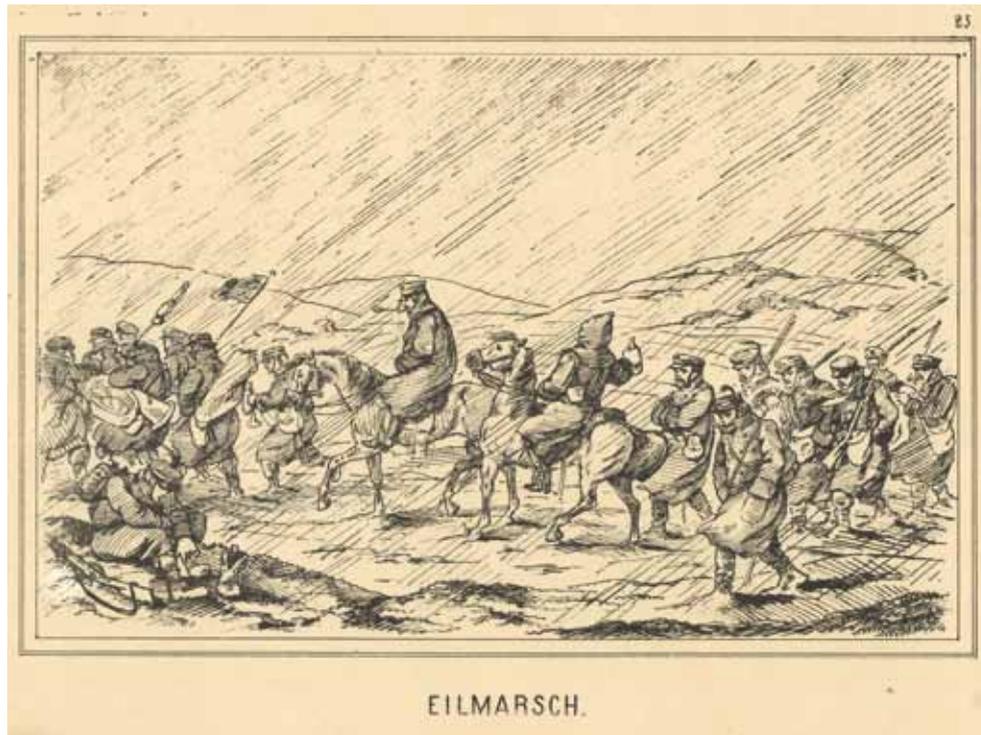


Strapazen des Feldzugs

Die Zeichnungen Leoprechtings schildern eindringlich die Strapazen des Feldzugs: Regenwetter, anstrengende Märsche, Kampieren und Kochen unter freiem Himmel („Bivouac“), verwanzte Quartiere. Leoprechting kannte diese Dinge aus eigener Erfahrung, denn er hatte als Offizier im 4. Jäger-Bataillon aus München an diesem Feldzug teilgenommen.

Lithografien nach Zeichnungen von Marquard von Leoprechting, aus: Ders., Skizzen aus dem Feldzuge 1866. Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Carl in tiefster Ehrfurcht gewidmet. München 1866, ca. 22 x 31 cm.
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 195.c.9; G 195.c.11; G 195.c.17; G 195.c.19; G 195.c.22; G 195.c.25





Lagerleben: Offiziere im Biwak

Diesen preußischen Offizieren sieht man bereits die Anstrengungen des Feldzugs an. Tisch und Stühle, die man von irgendwoher zusammengetragen hat, bieten einen relativen Komfort.

Dass ein Mannschaftssoldat in Gegenwart der Offiziere sitzt, wenn auch nur auf dem

Boden, zeugt von einer gewissen Lockerung der äußeren Disziplin, wie sie „im Felde“ unvermeidlich war.

Fotografie 1866
18,5 x 26,4 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0846-2007



Panik der Kürassiere bei Hünfeld, 4. Juli 1866

Beim hessischen Hünfeld geriet die Spitze der bayerischen Kavallerie überraschend in einen preußischen Feuerüberfall, der in einer Kettenreaktion zum eiligen Rückzug der sieben Regimenter starken Reservekavallerie führte. In der folgenden Nacht lösten sich zwei Kavallerieregimenter ohne erkennbare äußere Ursache panikartig auf

und konnten erst nach mehreren Tagen wieder gesammelt werden.

Holzstich nach einer Zeichnung von Ludwig Burger, aus: Theodor Fontane, Der deutsche Krieg von 1866. Der Feldzug in West- und Mitteldeutschland, Berlin 1871, S. 84
Bay. Armeebibliothek, Sign. A 50338



Helm für Kürassiere

Der in Stahl und Messing blitzende Helm der Kürassiere erinnerte stark an das noch deutlich höhere Vorgängermodell, das die ersten bayerischen Kürassiere von 1815 getragen hatten.

Er war zwar leichter (1,25 kg statt 2,0 kg) und niedriger geworden, zeigte aber immer noch den mächtigen Kamm, der an die Helme der Griechen und Römer erinnern sollte.

Kürassierhelm für Mannschaften Modell 1842, Bayern, Trageweise bis 1848 und ab 1864 mit der Initiale „L“, Stahl, Messing, Rosshaar, Höhe ca. 32 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. N 833



Kürass: Brust- und Rückenpanzer

Vom Wortsinn waren Kürassiere „Panzerreiter“. Diesen Namen behielten die Einheiten der schweren Reiterei seit dem 17. Jahrhundert bei.

Neue Kürasse aus Stahl nach französischem Vorbild wurden ab 1841 aus Elberfeld bezogen, dann 1844 in der Gewehrfabrik Amberg hergestellt. Sie wurden zur Prüfung aus einem Infanteriegewehr mit einer Bleikugel beschossen, was an der Delle vorn zu sehen ist. Ihr Gewicht be-

trug etwa 9,5 kg. In jedem Fall benötigten die Kürassier-Regimenter besonders kräftige Soldaten und große Pferde.

Gegen die Langgeschosse der neuen Hinterladergewehre boten die Kürasse nur noch auf große Entfernung ausreichenden Schutz; 1876 wurden sie abgeschafft.

Kürass, Vorder- und Hinterstück Modell 1845, Bayern, Höhe ca. 48 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. E 5865.1-2



Mantel für Kürassiere

Der lange weiße Mantel sorgte selbst bei schlechtem Wetter dafür, dass die stolzen bayerischen Kürassiere auffielen. Dieser Mantel trägt eine Ausgabekennzeichnung vom Juli 1866 – wurde also unmittelbar vor dem Feldzug an die Truppe ausgegeben.

Mantel für Mannschaften der Kürassiere, Bayern 1866, Wolltuch
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 1659



Pallasch für Kürassiere

Kurz nach seinem Regierungsantritt gliederte König Ludwig I. im Rahmen seiner Sparmaßnahmen das von seinem Vater, Max I. Joseph, gegründete Regiment Garde du Corps in ein normales Kürassier-Regiment ein. Damit einher ging auch eine weniger prunkvolle Ausstattung. So blieb der Pallasch zwar als Blankwaffe erhalten und hatte am Gefäß immer noch drei Messingspangen, verlor jedoch das ovale Schild mit eingepprägtem Löwen.

Die etwa einen Meter lange Klinge weist zwei Hohlkehlen auf und war nur an der Spitze, dem Ort, zweischneidig geschliffen. Damit war sie für den Stich vom Pferd besonders gut geeignet.

Bayern, Stahl, Messing, Gesamtlänge (mit Scheide) 116 cm, Klingenlänge 97 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. E 1631

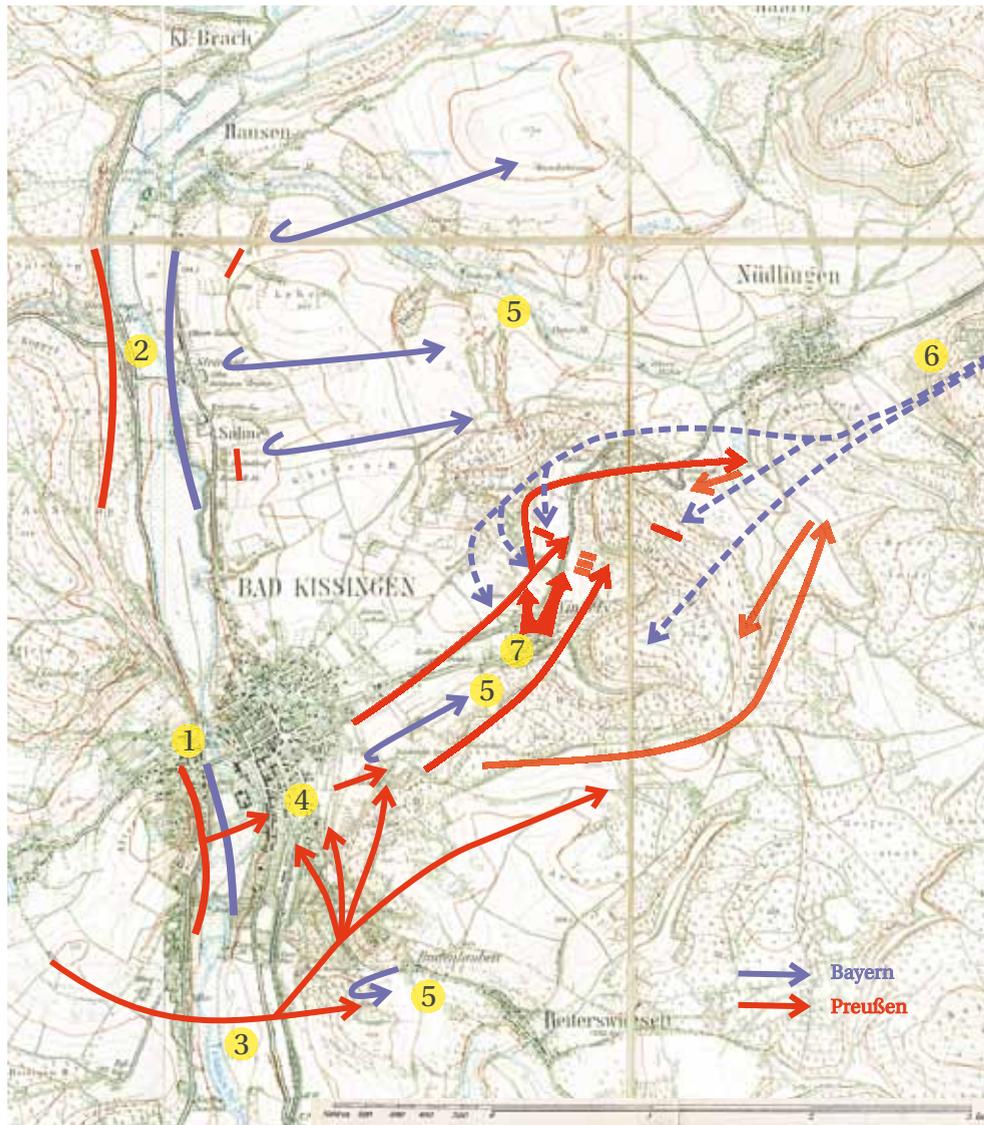


Marsch der Preußen über die Rhön

Die preußische Armee wandte sich nach den ersten Gefechten in Thüringen gegen die bayerische Armee. Dazu musste sie die Rhön durchqueren.

Der Marsch durch diese karge, an Lebensmittelvorräten arme Landschaft bedeutete für die preußischen Truppen eine große Anstrengung, zumal das Überwinden beträchtlicher Höhenunterschiede für diese Männer und Pferde aus der Tiefebene ungewohnt war.

„Marsch über die hohe Rhön am 9. Juli 1866“, Farblithografie von Ludwig Burger, aus: Erinnerungs-Blätter aus dem Feldzuge der Main-Armee 1866, Originalblatt 29,5 x 38 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 3151.6



Gefecht von Kissingen, 10. Juli 1866

Prinz Carl hatte das VIII. Bundesarmee-korps am 5. Juli angewiesen, sich mit dem bayerischen Korps südlich der Rhön zu vereinigen. Doch Alexander von Hessen ignorierte diese Anweisung und blieb im Raum Frankfurt stehen. Als die Spitzen der preußischen Mainarmee am 10. Juli gegenüber der Fränkischen Saale aus der Rhön heraus traten, standen ihnen die Bayern allein gegenüber. Bei Kissingen griff die preußische Division Goeben an. Hier verfügte Prinz Carl innerhalb weniger Marschstunden über eine beträchtliche Übermacht. Es gelang der bayerischen Führung aber nicht, diese Truppen einheitlich ins Gefecht zu führen. Die schlecht koordinierten bayerischen Abteilungen wurden von den energisch angreifenden Preußen nacheinander geschlagen. Ein überraschender letzter Angriff der Bayern am Abend erzielte nur einen vorübergehenden Erfolg.

Die Preußen überqueren die Saale

Die Fränkische Saale bei Kissingen bildete ein wichtiges Gelände Hindernis im Weg der preußischen Offensive. Die Bayern hatten vom Steg bei der südlich von Kissingen gelegenen Lindesmühle nur den Belag entfernt, die tragende Struktur aber belassen. So gelang es den Preußen, den Übergang mit behelfsmäßigen Mitteln wie Türen und Tischplatten wieder benutzbar zu machen.

„Kampf an der Brücke bei der Lindesmühle in Kissingen am 10. Juli 1866“, Farblithografie von Ludwig Burger, aus: Erinnerungs-Blätter aus dem Feldzuge der Main-Armee 1866, Berlin o.J., Originalblatt 29,5 x 38 cm Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 3151.8





Bayerische leichte Feld-Zwölfpfünder an der Saalebrücke bei Kissingen

Die steinerne Brücke bei Kissingen war der wichtigste Saaleübergang. Den hatten die Bayern mit Infanterie und glattläufigen Vorderladergeschützen wirkungsvoll gesperrt.

„Aus dem Kampfe in Kissingen“, Kolorierte Lithografie von Anton Kraus, Verlag Max Ravizza, München 1866, 31,5 x 45 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 1455



Leichter Feld-Zwölfpfünder „Achenthal“

Der „leichte Feld-Zwölfpfünder“ war der letzte Versuch, ein kriegsbrauchbares Feldgeschütz mit glattem Rohr zu konstruieren. Solche Geschütze hatten kürzere und leichtere Rohre als die bisherigen Zwölfpfünder. Statt Vollkugeln verschossen sie Granaten, also pulvergefüllte Eisenkugeln.

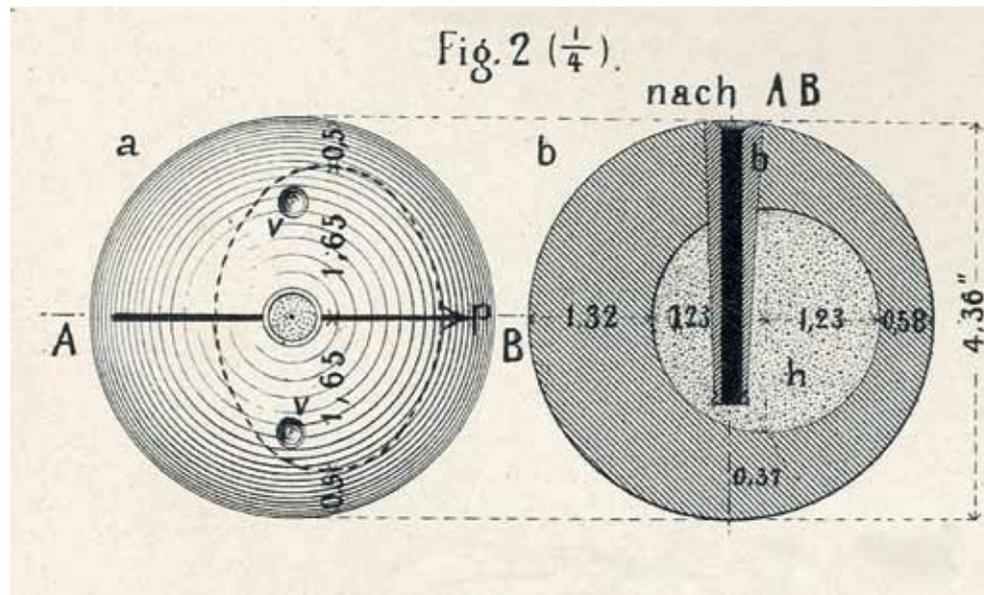
Bronzerohre erhielten nach dem Guss einen individuellen Namen. Diesem 1861 erzeugten Rohr gab man den Namen „Achenthal“, nach einem Gefecht in Tirol aus dem Jahr 1809, und es trägt das gekrönte Monogramm von König Maximilian II., in dessen Regierungszeit (1848-1864) es entstand.

Der rechte Schildzapfen ist mit der Rohrnummer markiert: 83. Nach der Fertigstellung wurde das Rohr gewogen und das

Resultat auf dem linken Schildzapfen eingraviert: 1.028 (bayerische) Pfund (= 560 g). Die Lafette vom Muster 1836 wurde bereits 1848 gefertigt.

Zwei Drittel der bayerischen und etwas mehr als 40 Prozent der preußischen Geschützausrüstung waren 1866 leichte Feld-Zwölfpfünder. Der Verlauf des Feldzugs zeigte allerdings, dass sie den gezogenen Geschützen an Reichweite und Treffsicherheit hoffnungslos unterlegen waren. Unmittelbar danach verschwanden sie aus der Bewaffnung.

Bayern 1861, Hersteller: Gieß- und Bohrhaus Augsburg (Rohr), Kaliber 11,7 cm, Rohrlänge 178 cm, Gleisweite 156 cm, Raddurchmesser 144 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. D 283



Querschnitt durch eine exzentrische Sprenggranate

Die exzentrische Sprenggranate war ein neuartiges Geschoss, speziell für den leichten Feld-Zwölfpfünder entwickelt. Aufgrund des exzentrischen Schwerpunkts setzte sich die leichtere Seite des Geschosses unter dem Anstoß der Pulvergase zuerst in Bewegung, wodurch die Granate in Rotation um ihre Querachse geriet. Das sollte ihre Flugbahn stabilisieren. In der Praxis versagte dieses System. Die Entzündung der Granate erfolgte nicht durch Aufschlag, sondern durch ei-

nen Brennzünder: Das war eine mit dem Zündsatz gefüllte hölzerne Röhre, die in den Granatkörper eingetrieben war. Die Pulvergase setzten den Zündsatz beim Abschuss in Brand, der nach einer festgelegten Zeit die Pulverladung im Innern zündete.

Stahlstich, aus: Karl Theodor von Sauer, Grundriss der Waffenlehre, München 1866 Bay. Armeebibliothek, Sign. A 29231



Exzentrische Sprenggranate mit Kartuschbeutel (Treibladung)

Der aufgemalte Pfeil zeigte den Schwerpunkt an. Zwei Vertiefungen erlaubten es, seine Lage im Rohr mit Hilfe eines gabelförmigen Ansetzers beim Laden zu bestimmen.

Bayern um 1865
Eisen, Wollstoff, 11,4 x 25 cm,
Gewicht (Granate) 4,13 kg
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. D 743



Splitter der Granate eines leichten Feld-Zwölfpfünders

Dieses Sprengstück wurde auf dem Gefechtsfeld von Kissingen gefunden. Es stammt von den Geschützen der Batterie zu Rhein, die zwischen der Oberen Saline und dem Sinnberg aufgeföhren war.

Bayern 1866. Gusseisen, 23 x 60 x 60 mm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0139-2013



Infanteriegefecht westlich von Kissingen

Nachdem die Preußen die Saale bei der Lindesmühle überquert hatten, versuchte das bayerische 6. Jäger-Bataillon vergeblich, ihr weiteres Vordringen aufzuhalten. Die bayerische Verteidigung in Kissingen war nach Westen zur Saale hin ausgerichtet. Sie konnte nicht verhindern, dass die Preußen von Süden in die Stadt eindrangen.

„Gefecht bei Kissingen“, Kolorierte Lithografie, Druck bei Ed. Gust. May, Frankfurt, Originalblatt 28 x 39,5 cm Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0372-1981.c



Infanteriegefecht im Kissinger Kurgarten

Bei der Einnahme der Stadt durch preußische Truppen kam es auch im Kurgarten zu heftigen Gefechten. Eigentlich war diese Anlage der Pflege der Gesundheit gewidmet.

„Kampf im Kissinger Kurgarten“, Kolorierte, getönte Lithografie nach einer Zeichnung von Carl Offterdinger, Stuttgart 1866, 33 x 45 cm Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 971



Granatsplitter

Die Granaten der gezogenen Geschütze besaßen Aufschlagzünder, die in der Geschosspitze eingeschraubt waren. An diesem Sprengstück kann man noch das Innengewinde zur Aufnahme des Zünders erkennen.

Deutsch 1866. Gusseisen, 57 x 83 x 45 mm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0137-2013



Briefbeschwerer

Granatsplitter gaben auch ein beliebtes und dabei preiswertes Material für die Herstellung von Souvenirs ab. Dieses soll an das Gefecht bei Kissingen am 10. Juli 1866 erinnern.

Bayern 1866. Gusseisen, Marmor,
48 x 132 x 79 mm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. H 8886



Tod des Generals Zoller, 10. Juli 1866

Generalleutnant Oscar Freiherr von Zoller (1809-1866) fiel am frühen Nachmittag durch die Splitter einer preußischen Granate. Der Tod hoher Offiziere erregte zu allen Zeiten Aufsehen, und so wurde dieses Ereignis von mehreren Künstlern dargestellt.

Da keiner der Künstler Augenzeuge des Geschehens war, ergeben sich drei recht unterschiedliche Szenarien des „Heldentodes“.

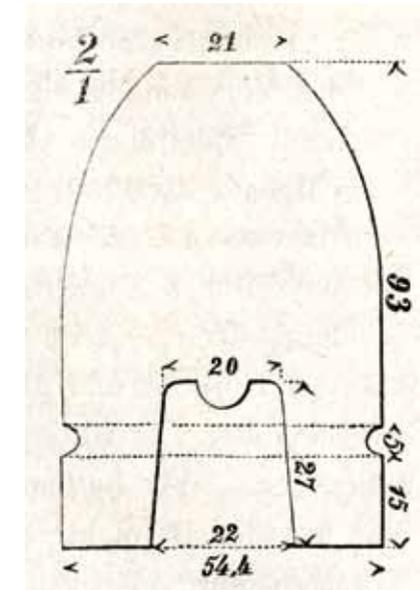
„Treffen bei Kissingen (Tod des General Zoller)“, getönte Lithografie von P. Haustetter nach einer Zeichnung von Cajetan Schweitzer, Verlag von Mey und Widmeyer, München o.J., Blattmaß 35,5 x 48,5 cm, Bildmaß 22,5 x 32 cm Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 970



„Heldentod des Generalleutnant von Zoller im Gefechte bei Kissingen am 10. Juli 1866“ Kolorierte Lithografie, Druck und Verlag von Carl Ziepfel, München 1866, 28,5 x 31 cm Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 2462



„Tod des Generals Zoller in Kissingen“,
Kolorierte Lithografie von Anton Kraus, Verlag
Max Ravizza, München 1866,
Blattmaß 31,5 x 46,5 cm, Bildmaß 23,5 x 32,8 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 1454



Geschosse des Podewilsgewehrs (Bodenfunde)

Die Pulvergase trafen beim Schuss in den Hohlraum des Geschossbodens und bewirkten eine Aufweitung des Projektils, damit dieses die Züge des Laufs ausfüllte. Wie die Abdrücke der Züge des Rohrinneprofils zeigen, wurden diese Bleiprojektile verschossen. Die meisten wurden beim Auftreffen stark deformiert.

Die Geschossform war das Ergebnis jahrelanger Versuche, in denen sie und das Zugprofil des Laufs in ein optimales Verhältnis gebracht wurden, um eine möglichst hohe Trefffähigkeit zu erreichen. Sie

wurden nicht mehr wie die früheren Kugeln gegossen, sondern zur Erhöhung der Fertigungsgenauigkeit aus Bleistangen gepresst. Der exakte metrische Durchmesser eines neu erzeugten Geschosses betrug 13,6 mm.

Bayern 1866. Blei, Durchmesser 13,8-14 mm
(äußere Geschosse)
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0129-2013

Skizze aus: Wilhelm von Ploennies, Neue Studien über die gezogene Feuerwaffe der Infanterie, 2. Band, Darmstadt, Leipzig 1864, S. 215



Mehr Kopfputz als Kopfschutz

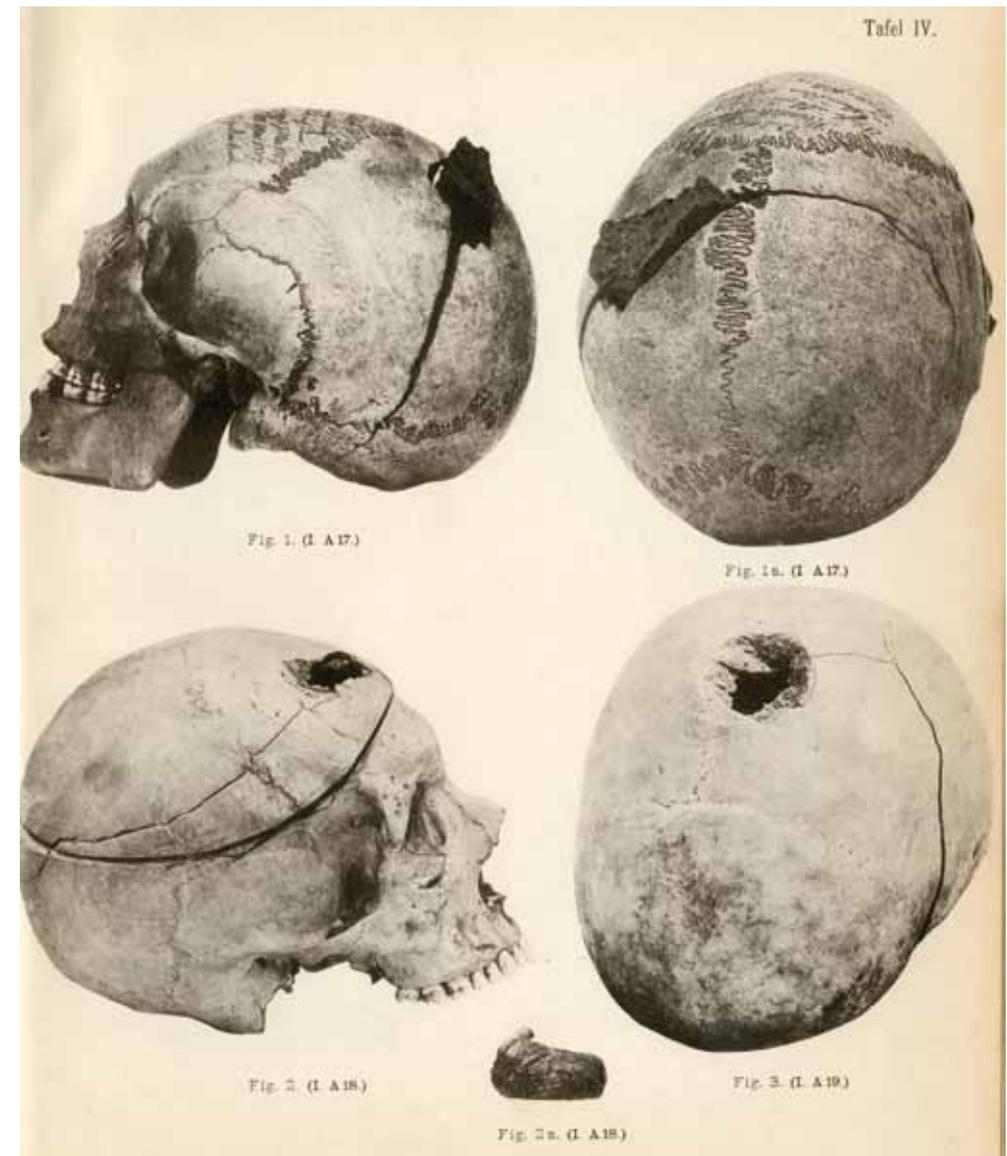
Die Pickelhaube der preußischen Armee war sicher in vieler Hinsicht besser zu tragen als so manche frühere Kopfbedeckungen. Sie setzte sich aber eher wegen ihrer optischen Wirkung durch als wegen ihrer Tauglichkeit als Kopfschutz.

Die ledernen Infanteriehelme boten Schutz gegen von oben geführte Säbelhiebe. Gegen Gewehrkugeln und Granatsplitter waren sie wirkungslos. Das galt aber für alle Helme der damaligen Armeen. Auch

deshalb waren bequeme Mützen bei den Soldaten meist beliebter.

Dieser Helm kam 1922 aus Privatbesitz ins Bayerische Armeemuseum; er soll vom Schlachtfeld von Kissingen stammen.

Helm mit Spitze für Mannschaften der Linien-Infanterie, Modell 1860, Preußen 1860-1867, Leder, Messing.
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. H 11278



Schädel mit Schussverletzungen

Das medizinisch-chirurgische Friedrich-Wilhelm-Institut in Berlin war die Ausbildungsanstalt für die preußischen Militärärzte. Umgangssprachlich war sie als „Pépinière“ (frz. für „Baumschule“, also Pflanzstätte für Militärärzte) bekannt. Dort gab es auch eine umfangreiche Sammlung

von Präparaten, die Verletzungen durch Waffen aller Art zeigten.

Sanitäts-Bericht über die Deutschen Heere im Kriege gegen Frankreich 1870/71, Bd. 4, Die physikalische Wirkung der Geschosse, Berlin 1884, Tafel IV
Bay. Armeebibliothek, Sign. H 10, KM 1



Chevau-leger-Säbel, M/26

Chevau-leger-Regimenter gab es in Bayern seit 1788. Es handelt sich um leichte Reiterei, die in etwa den Dragonern anderer deutscher Staaten entsprach. „Für Bayern hatte der Name Chevau-leger von jeher einen guten Klang gehabt, da sich mit ihm die schönsten Erinnerungen an alle die glänzenden Waffenthaten während der napoleonischen Kriege verknüpfen“ schrieb Oberstleutnant Karl Müller in seinem Werk über die bayerische Armee. Anders als bei den Kürassier-Regimentern

wurde an den Blankwaffen der Chevau-leger-Regimenter seit der napoleonischen Zeit relativ wenig verändert. Der etwa einen Meter lange Korbsäbel weist einen gerippten Griff und eine Griffkappe auf, die sich bis zur Parierstange herunterzieht. Der Haupt- und die beiden gekrümmten Griffbügel sollten die Hand des Reiters im Kampf schützen.

Bayern um 1850, Stahl, Leder,
Gesamtlänge 103 cm, Klingenlänge 89,5 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. E 42



Pistole M/43

Als einzige Schusswaffe führte die bayerische Kavallerie 1866 – und noch 1870 – einschüssige Vorderladerpistolen: Reiter sollten hoch zu Ross mit der blanken Waffe kämpfen. Ihre Verwendung als Schützen war noch nicht vorgesehen.

Die Treffsicherheit und damit das Vertrauen der Soldaten in diese Waffe, die als Schlag- und Wurfgerät verspottet wurde, war gering. Immerhin eignete sie sich für

Feldposten als Signalgerät zur Alarmierung ruhender Truppen.

Bayern hatte in Belgien 7.000 Pistolen M/43 erzeugen lassen. Das war etwa ein Viertel des Bestandes an solchen Waffen.

Bayern 1851, Hersteller: Joseph Pierre Lemille,
Lüttich, Kaliber: 17, 8 mm, Länge 38 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. N 1662



Mit blankem Säbel: Bayerische Chevaulegers bei Kissingen

Beim Kampf um den Kissinger Friedhof ritt die 1. Eskadron des 4. Chevaulegers-Regiments unter Rittmeister Maximilian Freiherr von Egloffstein mehrere Attacken gegen preußische Infanterie.

Der taktische Wert solcher Vorstöße lag vor allem in der kurzfristigen Entlastung bedrängter eigener Infanterie.

Das Bild zeigt, wie bei einem dieser Angriffe dreizehn preußische Soldaten des Infanterie-Regiments Nr. 55 (nicht Nr. 35 wie auf dem Bild dargestellt) in Gefangenschaft gerieten.

Von Egloffstein erhielt als erster bayerischer Soldat den neun Tage nach Kissingen gestifteten Militär-Verdienstorden. Außerdem wurde er 1867 mit dem Militär-Max-Josephs-Orden dekoriert, der höchsten bayerischen Tapferkeitsauszeichnung. Auf dem Gemälde reitet er einen Schimmel.

Gemälde von Hermann Anschütz, um 1875
Öl auf Leinwand, 60 x 84 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 6125



Ehrenzeichen für die Chevaulegers

Rittmeister Freiherr von Egloffstein (3. von links) mit Oberleutnant Freiherr von Rothberg (5. von links) und den fünf besonders ausgezeichneten Soldaten seiner Eskadron.

Für ihren Einsatz bei Kissingen wurden die beiden Offiziere mit dem neu geschaffenen bayerischen Militärverdienstorden, hier dem Ritterkreuz I. bzw. II. Klasse ausgezeichnet. Seconde-Wachtmeister Weiß, Corporal Kufmüller und Chevauleger Brandner erhielten das Militärverdienstkreuz, der Gefreite Franz die goldene und

der Chevauleger Neumüller die silberne Tapferkeitsmedaille.

Alle tragen außerdem das Armeedenkzeichen für die Teilnahme am Feldzug von 1866. Das Bild entstand 1867 oder noch später, einige tragen bereits die Abzeichen höherer Dienstgrade.

Fotografie, wohl 1867, 19 x 23,3 cm,
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0222-1984



Erstürmung der Nüdlinger Höhen

Nachdem die Schlacht für die Preußen schon gewonnen schien, versuchte Prinz Carl, ihr mit einem Gegenangriff frischer Reserven noch eine Wendung zu geben. Dieser Vorstoß, ausgeführt durch das Infanterie-Leibregiment, die Elitetruppe der bayerischen Infanterie, überraschte die Preußen und hatte zunächst Erfolg.

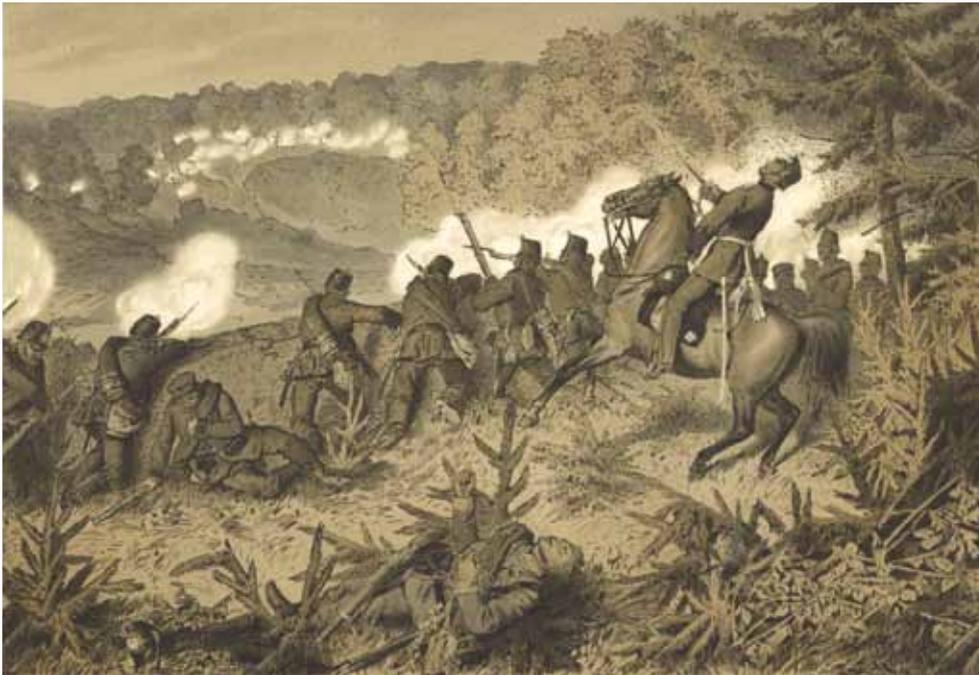
„Erstürmung der Nüdlinger Höhen durch das k. b. Inf.-Leib-Regiment“. Kolorierte Lithografie von Anton Kraus, Verlag Max Ravizza, München 1866, 31,5 x 42,5 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 2146



Beute: Zündnadelgewehre M/41

Am Abend des 10. Juli 1866 wurde die 10. Kompanie des preußischen Infanterie-Regiments Nr. 19 bei Nüdlingen von einem Angriff überlegener bayerischer Infanterie überrascht. Dabei sind den Bayern mehrere Gewehre M/41 in die Hände gefallen. Die Einheit war auf dem Umbug der Kolbenplatte der Waffen eingraviert: Zuerst die Kompanie (10.), dann das Regiment, zu dem diese Kompanie gehörte (19.) und zuletzt die laufende Nummer des Gewehrs in der Kompanie.

Preußen 1848, Einschüssige Hinterlader für Patronen mit Papierhülse, Drehzylinderverschluss
Hersteller: Nikolaus von Dreyse, Sömmerda
Kaliber: 15,43 mm, Länge mit Bajonett 192,5 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nrn. B 1849; E 1368; N 2064



Tod des Majors Rohdewald

Die überraschten preußischen Truppen gewannen rasch ihre Fassung zurück und wiesen den bayerischen Abendangriff ab. Dabei fiel Major Rohdewald, Kommandeur des Füsilier-Bataillons Lippe, des auf preußischer Seite kämpfenden Bundeskontingents des Fürstentums Lippe-Detmold. Sein Grab befindet sich auf dem Kissinger Kapellenfriedhof.

„Tod des Major Rodewald, Commandeur des Lippe'schen Füsilier-Bataillons, bei Kissingen, den 10. Juli 1866“, Farblithografie von Ludwig Burger, aus: Erinnerungs-Blätter aus dem Feldzuge der Main-Armee 1866, Berlin o.J., Originalblatt 29,5 x 38 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 3151.9



Jakob von Hartmann (1795-1873) Bayerischer General

Hartmann hatte bereits an den Napoleonischen Kriegen teilgenommen und war damals mit dem Kreuz der französischen Ehrenlegion dekoriert worden. Seine Rolle beim Gefecht von Kissingen gibt Rätsel auf. Obwohl sich seine Division in der Nähe des Gefechtsfeldes befand, griff sie nicht in den Kampf ein, den sie

zugunsten der bayerischen Seite hätte entscheiden können.

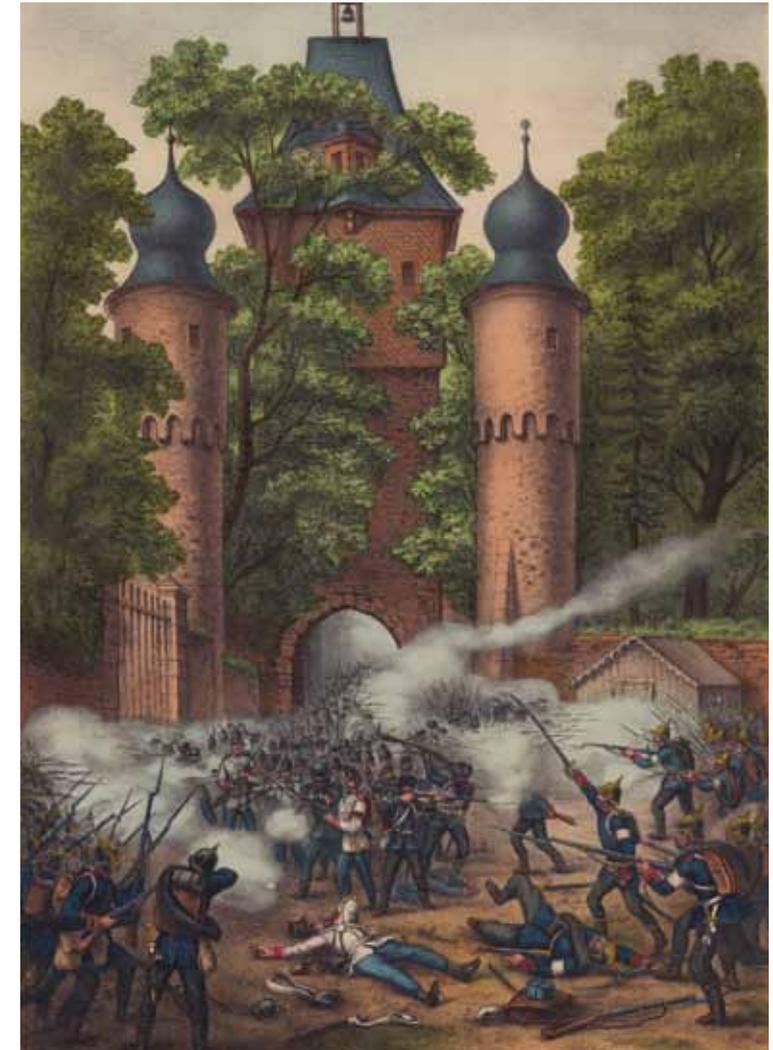
Stahlstich von August Weger „nach einer Photographie“, Verlag der Dürr'schen Buchhandlung, Leipzig ca. 1867, 31,2 x 22,1 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 1844



Einschiffung von Marschgepäck, 12. Juli 1866

Nach dem Sieg bei Kissingen setzten die Preußen zur Überraschung und Erleichterung der Bayern nicht zur Verfolgung an, sondern wandten sich nach Westen, um Frankfurt am Main zu besetzen. Bis Lohr am Main – auf diesem Abschnitt waren noch keine Gefechte zu erwarten – transportierten Mainschiffe das Marschgepäck der preußischen Division Goeben.

„Einschiffung des preußischen Gepäcks vor dem Marsch der Division Göben auf Lohr, am Abend des 12. Juli 1866“, Farblithografie von Ludwig Burger, aus: Erinnerungs-Blätter aus dem Feldzuge der Main-Armee 1866, Berlin o.J. Originalblatt 29,5 x 38 cm Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 3151.11



Gefecht vor dem Hersteller Tor in Aschaffenburg, 14. Juli 1866

Bei Aschaffenburg erzwang die Division Goeben den Übergang über den Main. Auf dem Bild wird das Tor von österreichischen Soldaten verteidigt, die schwarz-rot-goldene Armbinden tragen. Zur 4. Division des VIII. Bundesarmee Korps gehörte eine österreichische Brigade.

„Gefecht vor Aschaffenburg“, Kolorierte Lithografie, Druck und Verlag von Reichard & Co., Frankfurt am Main, Bildmaß 34 x 22,5 cm Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 958

Abbildung wegen Bildrechten
nur in der Printausgabe

Abbildung wegen Bildrechten
nur in der Printausgabe

Entwaffnung der Österreicher in Aschaffenburg

Die österreichische Brigade verlor in Aschaffenburg 2.000 Gefangene, nachdem es den Preußen gelungen war, die Stadtbrücke über den Main unter Feuer zu nehmen, was den Österreichern den Rückzug verwehrte.

Fotografie, Aschaffenburg 1866
Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege,
Inv.-Nr. 02020142

Österreichische Gefangene in Aschaffenburg

Gut zu erkennen sind die weißen Waffenröcke und grauen Mäntel der österreichischen Infanteristen.

Fotografie, Aschaffenburg 1866
Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege,
Inv.-Nr. 02020151



Bundesfarben als Erkennungszeichen

Von den Soldaten des aus vielen Kontingenten bunt gemischten VIII. Bundes-Armeekorps wurden als Erkennungszeichen schwarz-rot-goldene Armbinden angelegt. Dies half bei der Vielzahl unterschiedlicher Uniformen, Freund und Feind auseinanderzuhalten. Auch das im Juni und

Juli 1866 in Frankfurt am Main stationierte bayerische Bataillon trug die „deutschen Farben“ am Arm.

Schwarz-rot-goldene Armbinde, 43 x 7 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 5333



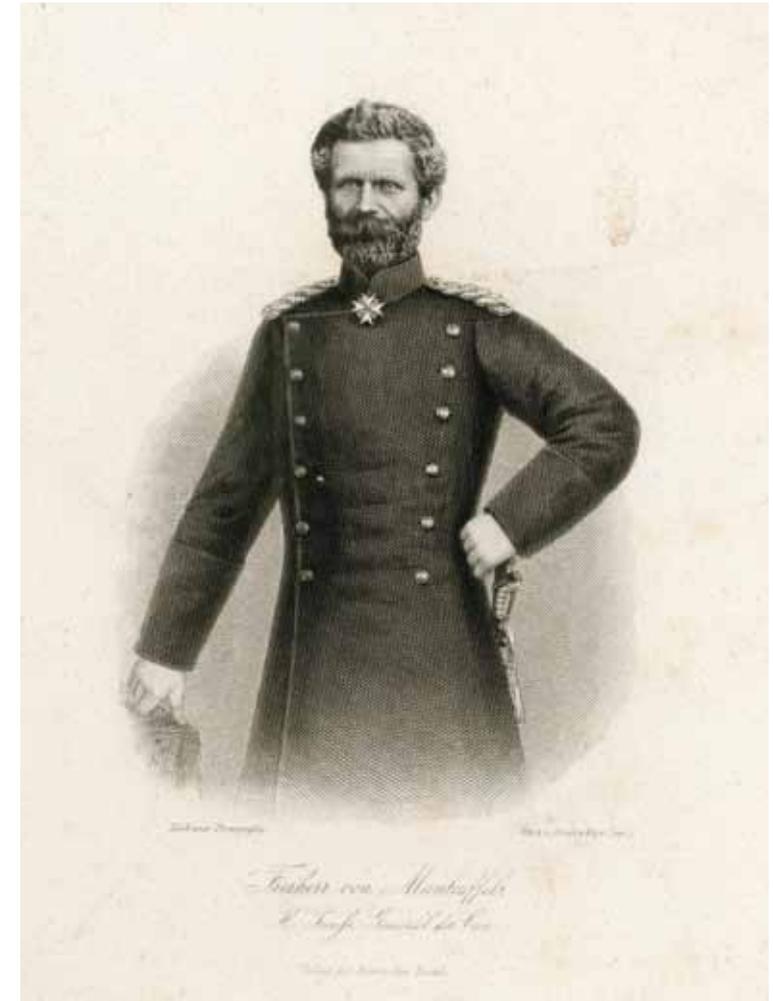
Einzug des Generals von Falckenstein in Frankfurt, 16. Juli 1866

Die Besetzung Frankfurts, Sitz des Deutschen Bundes, war ein wichtiges politisches Ziel Preußens. Die Bürgerschaft musste für die Versorgung der Soldaten aufkommen:

Jeder Mann erhielt „*Morgens Kaffee mit dem nöthigen Imbiß, Mittags ½ Pfund Fleisch mit Gemüse, außerdem ½ Flasche Wein oder 1 Maaß Bier, Abends ¼ Pfund Fleisch mit Gemüse und ½ Maaß Bier, wobei wir wahrhaftig keine Noth zu leiden hatten.*“

„Einzug des Generals von Falckenstein in Frankfurt a. M., am Abend des 16. Juli 1866“, Farb lithografie von Ludwig Burger, aus: Erinnerungsblätter aus dem Feldzuge der Main-Armee 1866, Berlin o.J., Originalblatt, 29,5 x 38 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 3151.17

Abbildung wegen Bildrechten
nur in der Printausgabe



Preußische Soldaten 1866

Für diese Studioaufnahme sind Soldaten verschiedener Waffengattungen der preußischen Armee „ganz zwanglos“ zu einem Gruppenbild arrangiert worden: In der weißen Uniform zwei Kürassiere, dazu zwei Linien-Infanteristen und ein Jäger, dessen Tschako vorne rechts auf dem Marschgepäck liegt, sowie ein Ulan mit der typischen Tschapka. Sie gehörten

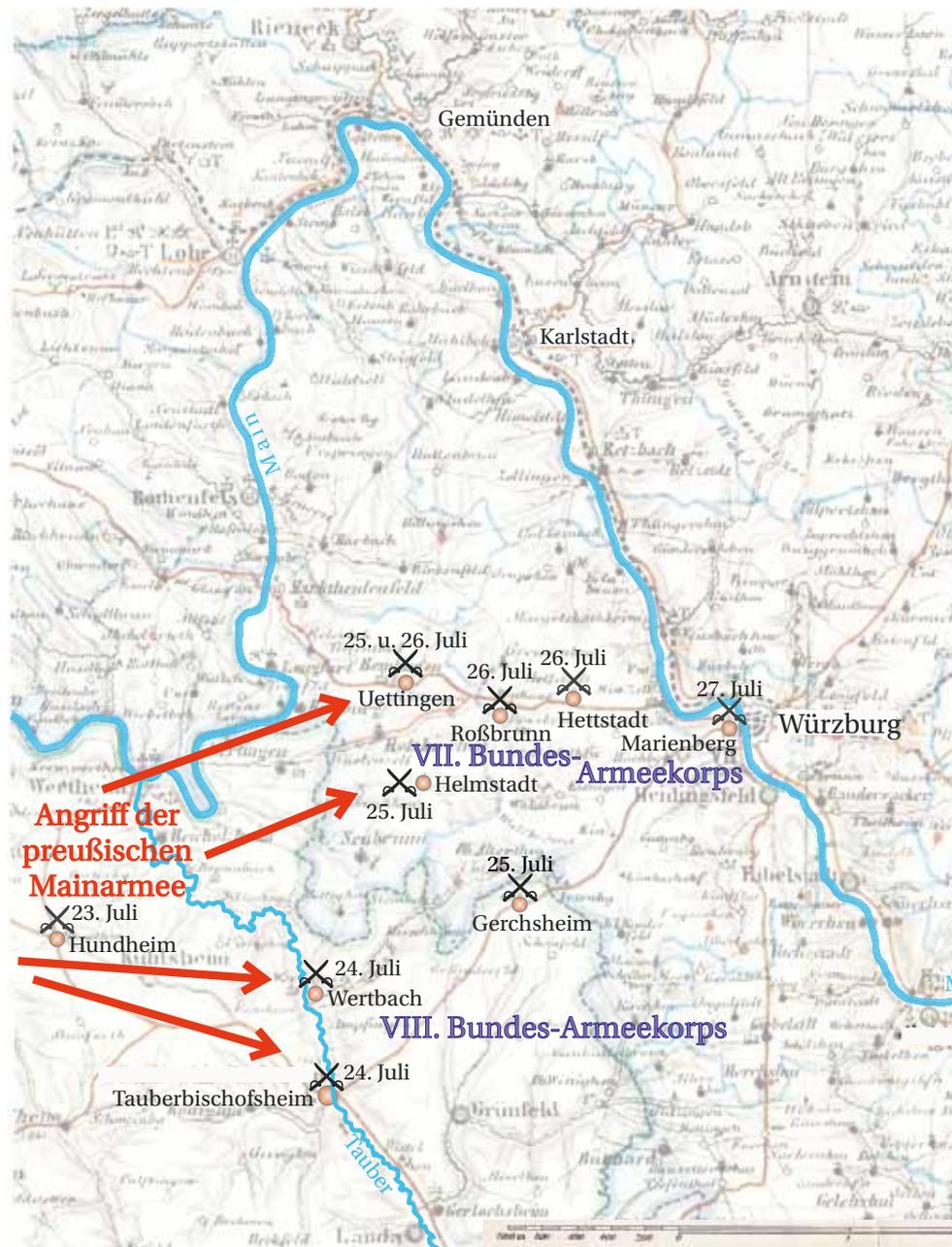
offenbar zu den Truppen, die Frankfurt am Main besetzt hatten, wo dieses Bild entstand.

Fotografie von Ph. Hoff, Frankfurt 1866
Wehrgeschichtliches Museum Rastatt, Archiv

Edwin von Manteuffel (1809-1885) Preußischer General

Manteuffel führte zu Beginn des Feldzugs eine preußische Division. In Frankfurt erhielt er seine Ernennung zum Nachfolger Vogel von Falckensteins als Oberbefehlshaber der preußischen Mainarmee.

Stahlstich von August Weger „nach einer Photographie“, Verlag der Dürr'schen Buchhandlung, Leipzig ca. 1867, 19,8 x 15,2 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. N 2052



Gefechte in der Mainschleife westlich von Würzburg, 25.-27. Juli 1866

Als sich die preußische Armee auf Frankfurt zu bewegte, zog es Alexander von Hessen vor, die Begegnung mit ihr zu vermeiden und sein Korps mit den Bayern bei Würzburg zu vereinen. Endlich sollten die beiden süddeutschen Korps gemeinsam operieren, wodurch sie ihre zahlenmäßige Überlegenheit hätten ausspielen können. Geplant war eine Offensive gegen die Preußen durch den Spessart. Dazu hatte Prinz Carl bereits große Teile seines Korps in nördlicher Richtung bei Lohr versammelt. Indessen waren die Preußen weiter im Süden dem Korps des Prinzen Alexander durch den Odenwald gefolgt und ergriffen wie gewohnt die Initiative. Für die Süddeutschen, deren Aufklärung wieder einmal versagt hatte, kam dieser Vorstoß überraschend.

Alexanders VIII. Korps versuchte vergeblich, den Preußen das Überschreiten der

Tauber zu verwehren. Nach mehreren Niederlagen zog es sich nach Würzburg zurück und rettete sich auf das östliche Mainufer. Dadurch wurde die linke Flanke des weiter nördlichen stehenden VII. Armeekorps des Prinzen Carl entblößt, das so in eine gefährliche Lage geriet. Carl hatte es unterlassen, der bedrohlichen Entwicklung im Süden die Aufmerksamkeit zu widmen, zu der er als Oberbefehlshaber eigentlich verpflichtet war.

Das bayerische VII. Korps erlitt in einer Reihe heftiger Gefechte mehrere Niederlagen und musste sich ebenfalls hinter den Main zurückziehen. Eine kurze Beschießung des Festung Marienberg durch preußische Feldartillerie beendete den Feldzug in Unterfranken. Ab dem 28. Juli herrschte Waffenruhe.



Katholischer Feldgottesdienst bei den Preußen

Drei der fünf preußischen Infanterieregimenter sowie das Kavallerieregiment der Division Beyer stammten aus dem Rheinland, enthielten also viele Soldaten katholischen Glaubens.

„Ertheilung der Absolution an katholische Soldaten der Division Beyer vor dem Gefecht bei Helmstadt am 5. Juli 1866“, Farblithografie von Ludwig Burger, aus: Erinnerungs-Blätter aus dem Feldzuge der Main-Armee 1866, Berlin o.J. Originalblatt, 29,5 x 38 cm Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 3151.21



Gefecht bei Helmstadt, 25. Juli 1866

In der Mainschleife westlich von Würzburg kam es ab dem 25. Juli zu einer Reihe heftiger Gefechte zwischen Preußen und Bayern. Gegen die konzentriert operierenden Preußen zogen die schlecht koordinierten bayerischen Verbände durchweg den Kürzeren.

„Aus dem Gefecht bei Helmstadt“, Kolorierte Lithografie von Anton Kraus, Verlag Max Ravizza, München 1866, 31 x 46 cm Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 1458



Verwundung des Prinzen Ludwig bei Helmstadt

An die Stelle des gefallenen Generalleutnants von Zoller an der Spitze der 3. bayerischen Division trat Prinz Luitpold, ein Onkel König Ludwigs II. Sein Sohn Ludwig, der spätere König Ludwig III., diente bei ihm als Ordonnanz-Offizier. In einem unübersichtlichen Waldgefecht wurde er von einer preußischen Gewehr- und Kugel in den linken Oberschenkel getroffen. Das Geschoss konnte nie operativ entfernt werden.

Lithografie nach einer Zeichnung von Marquard von Leoprechting, aus: Ders., Skizzen aus dem Feldzuge 1866. Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Carl in tiefster Ehrfurcht gewidmet. München 1866, ca. 22 x 31 cm. Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 195.b.14



Gefecht bei Uettingen am 26. Juli 1866

Bei Uettingen kam es zum Kampf um einen Waldrand. Waldränder boten einen guten Anhalt für eine Verteidigungsstellung. Wenn der Verteidiger aber seine Position räumen und zurückgehen musste, löste sich der Zusammenhalt seiner Verbände im Wald meist auf.

„Gefechte bei Üttingen am 26. Juli 1866“, Kolorierte Lithografie, Druck und Verlag von Reichard & Co., Frankfurt am Main, Blattmaß 36,5 x 51 cm, Bildmaß 23 x 34 cm Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 1564



Preußischer Säbel M/52

Im November 1852 führte man in Preußen einen einheitlichen Säbel für Dragoner, Husaren und Ulanen ein. Üblicherweise wies die Klinge eine breite Hohlkehle auf, wobei die Bandbreite der Sonderformen bei diesem Modell sehr groß war. Es gab sogar Kindersäbel, die bis auf die nicht geschliffene Klinge und die Größe mit dem Vorbild identisch waren.

Preußen, nach 1852,
Stahl, Holz, Leder, Gesamtlänge (mit Scheide)
105,5 cm, Klingenlänge 86,5 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. E 1542



Preußischer Dragoner-Helm

Die preußischen Dragoner waren als mittelschwere Kavallerie das Gegenstück zu den Chevaulegers in Bayern. Ihr Helm entsprach zu dieser Zeit noch dem der Infanterie. Erkennbar war er am besonders gestalteten „Dragoner-Adler“. Dieses Stück ist noch zusätzlich durch ein aufgelegtes „Landwehrkreuz“ als Helm eines Reserve-Offiziers gekennzeichnet.

Helm mit Spitze für einen Reserve-Offizier der Dragoner, Preußen um 1860, Leder, Messing
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. N 1078

Abbildung wegen Bildrechten
nur in der Printausgabe



Bayerische Chevaulegers gegen preußische Husaren bei Helmstadt

Bei Helmstadt kam es am 25. Juli 1866 zu heftigen Zusammenstößen zwischen mehreren Eskadronen des bayerischen 2. Chevauleger-Regiments und des 2. Rheinischen Husaren-Regiments Nr. 9, bei denen sich die Standarte dieses Regiments befand.

Dass es den preußischen Husaren gelang, ihre Standarte zu verteidigen, gab Anlass zu dem monumentalen Gemälde. Wäre

den Bayern die Eroberung des Feldzeichens gelungen, befände sich die preußische Standarte als Trophäe wohl heute im Bayerischen Armeemuseum.

Gemälde von Emil Hünten, 1869
Öl auf Leinwand, 125 x 188 cm
Wehrgeschichtliches Museum Rastatt,
Inv.-Nr. 007799

26. Juli 1866: Ehrenrettung der Kürassiere

Im Gefecht an den Hettstädter Höfen am 26. Juli 1866 schlug die schwere bayerische Kavallerie die preußische Reiterei in die Flucht.

Diese Attacke der bayerischen Kürassiere war psychologisch wichtig, um sich von dem Makel zu befreien, den ihr Zusammenbruch bei Hünfeld hinterlassen hatte.

Der Verlag hat die Darstellung nach Ort und Zeit falsch beschriftet.

„Kuirassier-Angriff im Gefechte bei Roßbrunn“
Kolorierte Lithografie von Anton Kraus, Verlag
Max Ravizza, München 1866, 31,5 x 46,5 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 1457



Beute: Zündnadelkarabiner M/57

Dieser Karabiner wechselte bei dem Kavalleriegefecht bei den Hettstädter Höfen am 26. Juli 1866 den Besitzer.

Die preußische leichte Kavallerie – Husaren und Dragoner – war mit dem Zündnadelkarabiner bewaffnet. Er hatte das gleiche Kaliber wie das Gewehr, doch war die Patrone schwächer geladen.

Dieser Karabiner trägt auf dem Kolbenblech den Truppenstempel des preußischen Husaren-Regiments Nr. 9. Diese Einheit wurde bei Hettstadt von bayerischen Kürassieren angegriffen und erlitt

dabei empfindliche Verluste. Tag und Ort des Gefechts sind auf dem Kolben eingraviert.

Preußen 1859, Einschüssiger Hinterlader für Patronen mit Papierhülse, Drehzylinderverschluss
 Hersteller: Nikolaus von Dreyse, Sömmerda
 Kaliber: 15.43 mm, Länge 81 cm
 Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. VF 837
 (Leihgabe des Vereins der Freunde des Bayerischen Armeemuseums)



Beschießung Würzburgs, 27. Juli 1866

Am 27. Juli beschossen die Preußen die Feste Marienberg bei Würzburg mit Feldartillerie. Wenn es auch gelang, das Dach des Zeughauses in Brand zu schießen, war es doch ausgeschlossen, der Festung mit leichten Feldgeschützen beizukommen. Die Aktion diente allenfalls der Einschüchterung.

„Beschiessung Würzburgs, am 27. Juli 1866“, Farblithografie von Ludwig Burger, aus: Erinnerungs-Blätter aus dem Feldzuge der Main-Armee 1866, Berlin o.J., Originalblatt, 29,5 x 38 cm
 Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 3151.25



Gefecht von Seybothenreuth, 29. Juli 1866

Als die Kämpfe westlich von Würzburg begannen, drang von Hof her ein weiterer preußischer Verband in Bayern ein, das neu formierte II. Reservekorps. Ihm konnten nur noch geringe bayerische Kräfte entgegengestellt werden. Bei Seybothenreuth in der Nähe von Bayreuth kam es zu einem kurzen Gefecht.

„Die II. Reserve-Armee. Gefecht bei Seybothenreuth, Rittmeister von Boddien sprengt mit Mecklenburgischen Dragonern ein Bairisches Carré, am 29. Juli 1866“, Farblithografie von Ludwig Burger, aus: Erinnerungs-Blätter aus dem Feldzuge der Main-Armee 1866, Berlin o.J., Originalblatt, 29,5 x 38 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 3151.27



Die Preußen in Nürnberg

Am 1. August 1866 erreichten die Preußen Nürnberg. Auf der Burg wehten jetzt die preußischen Farben Schwarz und Weiß. Als Burggrafen von Nürnberg hatten die Hohenzollern ihre große Laufbahn begonnen. Burgers Darstellung vermittelt eine romantisch-mittelalterliche Atmosphäre.

„Die Burg von Nürnberg im August 1866.“
Farblithografie von Ludwig Burger, aus: Erinnerungs-Blätter aus dem Feldzuge der Main-Armee 1866; Berlin o.J., Originalblatt 29,5 x 38 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 3151.29



Waffenstillstand auf der Mainbrücke

Unmittelbar nach der Beschießung Würzburgs trat eine Waffenruhe ein, die am 2. August in einen förmlichen Waffenstillstand überging. Die Feste Marienberg und das Mainviertel blieben von bayerischen Truppen besetzt, die Stadt rechts des Mains von den Preußen.

Preußische und bayerische Posten stehen sich auf Ludwigs Burgers Lithografie friedlich gegenüber.

„Auf der Mainbrücke in Würzburg während des Waffenstillstandes, August 1866“, Farblithografie von Ludwig Burger, aus: Erinnerungs-Blätter aus dem Feldzuge der Main-Armee 1866, Berlin o.J. Originalblatt, 29,5 x 38 cm Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 3151.26



Heimkehr der Kürassiere

Am 13. September 1866 kehrte das 1. Kürassier-Regiment in seine Friedensunterkunft zurück, die „Neue Isarkaserne“ in München.

Der Bau ist prächtig geschmückt, die Bürgerschaft begrüßte „die tapferen Fechter von Uettingen und Helmstatt“, die auch „mehrere erbeutete Pferde mit sich“ brachten. Bei Uettingen war das Regiment

allerdings gar nicht zum Einsatz gekommen.

Das Gebäude wurde 1953 für den Neubau des Deutschen Patentamts abgerissen.

„Rückkehr der k. bayr. Kürassiere vom Schlachtfelde“, kolorierte Lithografie, Verlag von Lucas Singer, München, 26 x 37 cm Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. E 3386

Die Sorge für die Verwundeten

Im Sommer 1864 lud der Schweizer Bundesrat zu einer internationalen Konferenz, um dort zu beraten, wie das Los der Verwundeten im Krieg erleichtert werden könne. Das sollte auf dreierlei Weise geschehen:

- 1) Unterstützung der Hilfsorganisationen.
- 2) Neutraler Status von Lazaretten und Sanitätspersonal.
- 3) Schaffung eines gemeinsamen Erkennungszeichens für das „Gesundheitspersonal aller Heere“.

Von den deutschen Staaten unterzeichneten zunächst nur Preußen, Württemberg und das Großherzogtum Hessen das am 22. August 1864 beschlossene Dokument.

Bayern hielt sich zunächst fern, weil das Königreich Italien zu den Unterzeichnern gehört hatte, das von Bayern noch nicht anerkannt worden war.

Nachdem dieses Hindernis entfallen war und 1866 der Krieg vor der Tür stand, hatte man es mit dem Beitritt allerdings sehr eilig. Am 30. Juni richtete Bayern einen entsprechenden Antrag an den Schweizer Bundesrat, der mit Schreiben vom 6. Juli 1866 die Zugehörigkeit Bayerns zum Kreis der Unterzeichnerstaaten bestätigte.

Das Rote Kreuz auch für Bayern

Als der Beitritt Bayerns zur Genfer Konvention im Regierungsblatt „zur allgemeinen Kenntniß gebracht“ wurde, befand sich das Land schon seit Wochen im Krieg. Die Bestimmungen der Konvention wurden allerdings bereits geachtet, wie das Tragen der Rot-Kreuz-Armbinde während des Feldzugs zeigt.

„Bekanntmachung, Uebereinkunft zur Verbesserung des Looses der im Kriege verwundeten Militärs betr.“, in: Regierungs-Blatt für das Königreich Bayern, Nr. 42, 18. Juli 1866, 23 x 43 cm
Bay. Armeebibliothek, Sign. PB 4200, 1866



Abbildung wegen Bildrechten
nur in der Printausgabe



Dr. Karl Lotzbeck (1832–1907), Bayerischer Militärarzt

Lotzbeck (ab 1881 Ritter von Lotzbeck) nahm am Krieg des Jahres 1866 als Stabsarzt teil. Er beendete seine Laufbahn als Generalstabsarzt der Armee und Chef der Militär-Medizinalabteilung im bayerischen Kriegsministerium. Das Bild zeigt ihn im Rang eines Generalarztes 2. Klasse, den er 1877 erreichte.

Fotografie von Lechleitner & Küster, München nach 1877
Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. IV, Kriegsarchiv, Inv.-Nr. P I_7057

Rot-Kreuz-Armbinde

Im Krieg von 1866 trug das Sanitätspersonal beider Seiten zum ersten Mal diese Armbinde. Ihre Träger galten als neutral, durften weder angegriffen werden noch sich selbst an Kampfhandlungen beteiligen. Diese Armbinde wurde von Karl Lotzbeck getragen; mit anderen persönlichen Erinnerungsstücken kam sie nach seinem Tode 1907 ins Bayerische Armeemuseum.

Bayern 1866, Baumwolle, 7 x 38 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 4760



Seelsorge und Verwundetenpflege

Das Foto zeigt einen katholischen Ordensgeistlichen mit Rotkreuz-Armbinde, dem neu gestifteten Militär-Verdienstkreuz und dem Armeedenkzeichen für den Feldzug 1866. In der Hand hält er eine militärische Kappe.

Fotografie, Bayern 1867, 9,1 x 5,2 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0006-2016



Erste Hilfe

In unmittelbarer Nähe der Kampflinie wurden Hilfsplätze angelegt, auf denen die Erstversorgung von Verwundeten stattfand. Das Sanitätspersonal trägt bereits das Rote Kreuz.

„Verbandplatz“, Lithografie nach einer Zeichnung von Marquard von Leoprechting, aus: Ders., Skizzen aus dem Feldzuge 1866. Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Carl in tiefster Ehrfurcht gewidmet. München 1866, ca. 22 x 31 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 195.b.16



Feldamputationsbesteck

Die Amputation war während des ganzen 19. Jahrhunderts eine der häufigsten feldchirurgischen Maßnahmen. Bei starken Gewebeerstörungen ohne Aussicht auf Heilung oder angesichts heftiger Infektionen blieb beim damaligen Stand der Medi-

zin oft keine andere Alternative, wenn das Leben des Verwundeten erhalten werden sollte.

Bayern um 1870. Hersteller: Katsch, München, 40 x 56 cm (geöffnet)
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. N 2066



Verwundetenpflege im Kissinger Kurpark

Der Arkadenbau am Kissinger Kurpark bot zahlreichen Verwundeten ein notdürftiges Obdach.

„Im Curgarten zu Kissingen den 12. Juli 1866“, Kreidelithografie von Cajetan Schweitzer, 26 x 33 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 2265



Verwundete im Kursaal zu Kissingen

Diese Darstellung zeigt bereits einen geregelten Lazarettbetrieb, wie er als vorbildlich gelten konnte: Jeder Verwundete hat ein sauberes Bett, und es steht ein ebenso zahlreiches wie aufmerksames medizinisches, aber auch geistliches Pflegepersonal zur Verfügung.

„Verwundete im Kursaal zu Kissingen“, Farblithografie von Ludwig Burger, aus: Erinnerungs-Blätter aus dem Feldzuge der Main-Armee 1866, Berlin o.J., 29,5 x 38 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 3151.10

Abbildung wegen Bildrechten
nur in der Printausgabe

Abbildung wegen Bildrechten
nur in der Printausgabe

Abbildung wegen Bildrechten
nur in der Printausgabe

Rekonvaleszenz

Nach den Kämpfen wurde aus der Kurstadt Bad Kissingen eine Lazarettstadt. 1.289 gezählte Verwundete wurden dort versorgt.

Fotografien (Reproduktionen) 1866
9,4 x 13,7 / 10,1 x 13,7 / 9,4 x 13,7 cm
Stadtarchiv Bad Kissingen, Sammlung
Josef Bötsch

Erinnerung

Die militärischen Auseinandersetzungen bewogen König Ludwig II. am 19. Juli 1866, einen Militär-Verdienstorden ins Leben zu rufen, mit dem besondere Kriegsverdienste gewürdigt werden konnten.

Die Auszeichnung war in fünf Klassen unterteilt und gliederte sich in Großkreuze, Großkomture, Komture, Ritter sowie die Militär-Verdienstkreuze. Diese Aufteilung entsprach in etwa den Führungsebenen im Heer mit den Generalen (Großkreuz und Großkomtur jeweils mit Stern), den Brigadekommandeuren und Angehörigen höherer Stäbe (Komturkreuz) sowie den übrigen Stabs- und Subalternoffizieren (Ritterkreuz). Die Verleihung des Ordens in einer bestimmten Klasse war somit an Stand und Rang des Beliehenen gebunden.

Da die ersten vier Klassen den Offizieren vorbehalten waren, wurden an verdiente Unteroffiziere und Mannschaften das dem Militär-Verdienstorden angeschlossene Militärverdienstkreuz ausgegeben.

Das am 25. August 1866 ebenfalls von König Ludwig II. gestiftete Armee-Denkzeichen wie auch das am 20. September 1866 vom preußischen König Wilhelm I. gestiftete Erinnerungskreuz für 1866 fallen unter die Kategorie Denk- und Erinnerungszeichen, da sie lediglich aufgrund der Teilnahme an den kriegerischen Ereignissen und unabhängig von persönlichen Verdiensten verliehen wurden.

Abbildung wegen Bildrechten
nur in der Printausgabe

Veteranen des Feldzugs

Die Gruppenaufnahme zeigt Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten eines bayerischen Jäger-Bataillons. Fast alle tragen das Armee-Denkzeichen von 1866, haben also am Krieg teilgenommen.

Wie meistens, sind Waffen und alle Arten von Ausrüstungsstücken um die Gruppe herum arrangiert. Pfeifen und Bierkrüge suggerieren eine entspannte Situation.

Der Major als Kommandeur des Bataillons ist von seiner Frau und drei Töchtern umringt; vielleicht wurde sein Geburtstag gefeiert.

Fotografie, Bayern ab 1867
Privatsammlung Stephan Benz



Ausgezeichnet

Schon im September des Jahres 1866 gab das Verordnungsblatt des bayerischen Kriegsministeriums die ersten Träger des soeben gestifteten Militär-Verdienstordens bekannt.

Verordnungs-Blatt Nr. 57, 11.9.1866
21,5 x 29,5 cm
Bay. Armeebibliothek, Sign. MX 1549, 1866



Ein ausgezeichnete Offizier

Das Bild zeigt Maximilian von Doenniges mit dem Ritterkreuz 2. Klasse des Militär-Verdienstordens und dem Armeedenkzeichen von 1866.

Den Orden erhielt er offenbar für sein tapferes Verhalten in den Gefechten bei Würzburg und Roßbrunn am 25./26. Juli 1866, wo er schwer verwundet wurde. Er hatte

am 20. Mai 1866 sein Patent als Unterleutnant beim 2. Infanterie-Regiment Kronprinz erhalten. Zum Zeitpunkt der Aufnahme 1869 war er Offizier im neu errichteten 9. Jäger-Bataillon

Fotografie von M. Pössenbacher, München 1869,
10,2 x 6,1 cm
Bay. Armeemuseum, PSlg.1199



Kreuz der Großkomture und Komture des Militär-Verdienstordens, Gold, Emaillé, 6,4 x 5,4 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. N 3165



Ritterkreuz 1. Klasse des Militär-Verdienstordens, Gold, Emaillé, 4,8 x 4,1 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. N 3085



Ritterkreuz 2. Klasse des Militär-Verdienstordens am Originalband in der für bay. Soldaten typischen Trageweise, Gold, Emaillé, ca. 9 x 4,1 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 1169-1980



Verdienstkreuz des Militär-Verdienstordens am Originalband, Silber, Emaillé, 10,4 x 3,8 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. N 3070



Preußisches Erinnerungskreuz in drei Varianten

Das preußische Erinnerungskreuz für 1866 gibt es in drei Ausführungen. Die Teilnehmer an der Schlacht bei Königgrätz erhielten das Ehrenzeichen mit einer gleichnamigen Aufschrift, desgleichen die Angehörigen der Main-Armee. Kämpfer, die weder an der Schlacht bei Königgrätz teilgenommen noch der Main-Armee angehört hatten, bekamen ein Kreuz mit der Aufschrift „Treuen Kriegern“. Das Trageband war für alle drei Versionen gleich. Hier handelt es sich um eine nicht zeitgenössische Zusammenstellung der drei Varianten an einem Bandabschnitt

Bay. Armeedenkzeichen für den Feldzug 1866 am originalen Band und in der für bayerische Soldaten typischen Trageweise, Bronze, 8,5 x 3,6 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 1168-1980

Preußen 1866
Geschützbronze, 3,4 x 3,41 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 1094-1996

Das besondere Armeedenkzeichen für Prinz Carl

Als Oberkommandierendem des VII. (bayerischen Korps) und der süddeutschen Bundestruppen wurde dem Prinzen Carl ein fast doppelt so großes Armeedenkzeichen als „besondere Auszeichnung“ von König Ludwig II. verliehen. Es handelt sich dabei um eine Einzelfertigung. Angesichts des für Bayern unglück-

lichen Ausgang des Krieges legte Prinz Carl dieses Ehrenzeichen jedoch niemals an.

Armeedenkzeichen 1866 (Probe), Bronze, 6,19 x 6,19 cm,
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. B 6901



Suche nach den Schuldigen

Nach der Niederlage sahen sich einige der militärischen Führungsfiguren heftiger Kritik ausgesetzt. Die in Jahrzehnten entstandenen strukturellen Defizite der süddeutschen Armeen fanden zunächst weniger Beachtung.

Der katholisch-konservative „Volksbote“ richtete seine Angriffe gegen Ludwig von der Tann, den Stabschef des Prinzen Carl:

„Wäre nicht der Mangel an militärischer Einsicht und Umsicht dort, wo man sie zu fordern berechtigt ist, grenzenlos gewesen, so hätte man niemals den wesentlichen Theil der Führung der Armee in die Hände eines Generalstabschefs legen können, für dessen Unfähigkeit zu solch' wichtigem Posten bereits die Erfahrung und öffentliches Zeugnis gedruckt vorlag, worum man sich aber wenig bekümmert zu haben scheint.“ Von der Tann verklagte den Herausgeber des „Volksboten“, Ernst Zander, wegen „Amtsehrenbeleidigung“. Zander, der die öffentliche Meinung auf seiner Seite hatte, wurde aber freigesprochen.

Die Niederlage verschlechterte die Beziehungen der süddeutschen Staaten untereinander. In Württemberg war man über die bayerische Leistung im Feldzug enttäuscht. Die Führung der badischen Division durch den Prinzen Wilhelm sah sich sogar dem Vorwurf der bewussten Sabotage ausgesetzt. Der „badische Verrat“ wurde zum geflügelten Wort und hinterließ in Bayern einen anhaltenden Groll. Während alle süddeutschen Staaten nach 1866 das preußische Zündnadelsystem einführten, beschritt Bayern 1869 mit dem Werdergewehr einen Sonderweg. Der badische Gesandte in München versuchte, Bayern davon abzuhalten und verwies auf die Vorteile einer einheitlichen Bewaffnung. Die Reaktion des bayerischen Kriegsministers zeigte, dass der Zorn über das Verhalten Wilhelms noch nicht verraucht war:

„Ich kann die Bemerkung nicht unterdrücken, wie es fast ironisch klingt, aus Baden, dessen Armeedivisions Commando bekanntlich am 25. Juli 1866 der zunächst gestandenen bayr. 3. Inf. Division jede erbetene Unterstützung verweigert hat, an die Vortheile gleicher Bewaffnung u. dadurch ermöglichten Munitions Austausches erinnert zu werden.“

Die bayerische Heerführung und der Chef des Generalstabes Generallieutenant Freiherr v. d. Tann vor den Geschworenen in der zehnstündigen öffentlichen Verhandlung des oberbayerischen Schwurgerichts vom 19. Oktober 1866 gegen den Redakteur des Volksboten Ernst Zander wegen „Amtsehrenbeleidigung“ (Vollständiger stenographischer Bericht), München 1866 Bay. Armeebibliothek, Sign. B 7, An 9



Actenmäßige interessante Enthüllungen über den badischen Verrath an den deutschen Bundesstruppen in dem soeben beendigten preußisch-deutschen Kriege, 2. Auflage, Wien 1866
Bay. Armeebibliothek, Sign. B 7/3, Ba 1



Mittheilung von Thatsachen zur Beleuchtung der angeblichen „Enthüllungen“ über den badischen Verrath, Karlsruhe 1866
Bay. Armeebibliothek, Sign. A 50444



Nochmals Der badische Verrath. Weitere Enthüllungen sowie Zurückweisung der wider die bekannte Broschüre erschienenen officiellen und officiösen Angriffe, Stuttgart 1866
Bay. Armeebibliothek, Sign. B 7/3, Ba 2



Badische Antwort auf das Pamphlet über den angeblichen bad. Verrath an den deutschen Bundesstruppen. Von einem Badener, Lahr 1867
Bay. Armeebibliothek, Sign. A 50260



„Bravourstück eines bayerischen Soldaten“

Dieses „Bravourstück“ zeigte, wie es eigentlich nicht gewesen ist. Durch Hervorhebung einer besonders „heldenhaften“ Einzelleistung sollte das für den Massengeschmack produzierte Blatt dem verwundeten bayerischen Stolz aufhelfen.

Kolorierte Lithografie, Verlag Ludwig Singer in München, 31 x 22 cm
Bay.-Armeemuseum, Inv.-Nr. G 2523

Preußen erreicht seine Ziele

Der Deutsche Krieg von 1866 führte zur Auflösung des Deutschen Bundes, und er verdrängte Österreich aus Deutschland.

Preußen annektierte die umstrittenen Elbherzogtümer Holstein und Lauenburg, das Königreich Hannover, das Herzogtum Nassau und das Kurfürstentum Hessen-Kassel sowie die Freie Stadt Frankfurt am Main. Die norddeutschen Länder schlossen sich im Norddeutschen Bund zusammen, der ein eigenes Parlament erhielt. Seine Verfassung nahm bereits die des 1870/71 begründeten Deutschen Reichs vorweg, und der Nordbund trug bereits dessen Farben: Schwarz-Weiß-Rot sollte die künftige deutsche Trikolore werden.

Die süddeutschen Staaten kamen glimpflich davon. Bayern musste einen kleinen Landstreifen im Norden abgeben. Vor allem aber mussten die Süddeutschen mit Preußen sogenannte Schutz- und Trutzbündnisse abschließen, mit denen sich Preußen die Verfügung über die militärischen Ressourcen des Südens im Kriegsfall sicherte.

Der Feldzug hatte die Überlegenheit der preußischen Heeresorganisation schlagend bewiesen, so dass alle süddeutschen Staaten daran gingen, ihr Heerwesen nach preußischem Vorbild zu reformieren.

Der „Eiserne Kanzler“

Franz von Lenbach malte Bismarck 1888 im Überrock eines Offiziers im Magdeburgischen Kürassierregiment Nr. 7. Mit dem Rang eines preußischen Generals der Kavallerie war Bismarck dem Regiment „à la suite“ zugeteilt, was ein reiner Ehrentitel war.

Sehr im Unterschied zu dieser militärischen Pose behauptete Bismarck als preu-

ßischer Ministerpräsident und später als Kanzler des Deutschen Reichs entschieden den Primat der Politik vor dem Militär

Gemälde von Franz von Lenbach, Öl auf Leinwand 1888, 108,5 x 81,5 cm.
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0202-1990





Siegmund von Pranckh Bayerischer Kriegsminister

Siegmund Freiherr von Pranckh (1821-1888) zog als Kommandeur des Infanterie-Leibregiments in den Krieg von 1866 und führte es am 10. Juli bei Nüdlingen. Am 29. Juli wurde er zum Generalmajor befördert und am 1. August zum neuen Kriegsminister ernannt. Er bekleidete dieses Amt bis 1875. In dieser Zeit leitete er zunächst die Reorganisation der bayeri-

schen Armee nach dem Vorbild Preußens und anschließend ihre Integration in das Heer des Deutschen Reichs. Das Foto zeigt von Pranckh als Oberst in der Uniform des Infanterie-Leibregiments.

Fotografie um 1865, moderner Abzug,
14,1 x 8,8 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0123-2016

Gewehrboom

Der Krieg von 1866 hatte gezeigt, dass die Zeit des Vorderladers endgültig vorbei war. Für die Konstrukteure und Fabrikanten von Militärgewehren begannen jetzt buchstäblich goldene Jahre. In wenigen Jahren rüsteten alle Staaten ihre Infanterie mit Hinterladern aus.

Dazu wurden die vorhandenen Vorderlader für Rückladung umgebaut oder gleich Gewehre völlig neuer Konstruktion eingeführt. Österreich und Bayern taten beides in kurzem Abstand nacheinander. Die anderen süddeutschen Staaten bauten ihre Gewehre für das preußische Zündnadelsystem um. Bayern wählte aus politischen Gründen ein anderes Verschlussystem, um den Abstand zu Preußen zu betonen.

Vor 1866 hatten viele Militärs Hinterladergewehre abgelehnt, weil sie einen übermäßig hohen Munitionsverbrauch im Gefecht befürchteten. In Umkehrung der bisherigen Maßstäbe wurde es nun zu einem der wichtigsten Kriterien bei der Beurteilung von Gewehren, wieviel Schuss in der Minute sie abfeuern konnten.

Das Jahr 1866 sah das Zündnadelgewehr auf dem Höhepunkt seiner geschichtlichen Wirksamkeit. Technisch war es zu diesem Zeitpunkt bereits dabei, zu veralten. Gewehre mit kleinerem Kaliber und Patronen mit Metallhülsen traten nach 1870 an die Stelle des Zündnadelsystems.



Gewehr M. 1858/67 I

Bayern 1867
Einschüssiger Hinterlader für Patronen mit
Papierhülse, Drehkolbenverschluss
Kaliber 13,9 mm, Länge 131 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. E 1300

Gewehr M. 1858/67 III (ohne Abb.)

Bayern 1867
Einschüssiger Hinterlader für Patronen mit
Papierhülse
Kaliber 13,9 mm, Länge 120 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. E 1295

Der bayerische Vorderlader wird ein Hinterlader

Die Umänderung musste in großer Eile geschehen, weshalb man am Prinzip der Patrone mit Papierhülse festhielt. Für die Entwicklung einer Metallhülse fehlte die Zeit. Die Unterschiede zwischen den drei Modellen der Podewilsgewehre blieben erhalten. Das Muster III, die Büchse, verlor allerdings den überflüssigen Stechabzug. Mit diesen Gewehren zog die bayerische Infanterie in den Deutsch-Französischen Krieg 1870/71.



Gruppenfoto bayerischer Infanteristen nach dem Feldzug

Das Gruppenbild zeigt Soldaten und Offiziere der bayerischen Landwehr-Infanterie; sie tragen Wings und dazu Achselklappen an der Schulter. Die meisten sind mit dem Armeedenkzeichen als Veteranen des Feldzugs von 1866 ausgezeichnet. Bemerkenswert ist die Mischung verschiedener Helme; zu erkennen sind Helme des Modells 1845, teils noch mit Beschlägen aus der Regierungszeit von Maximilian II., aber auch schon einige neue Stücke des

Modells 1868. Ihre Gewehre sind bereits für Rückladung „aptiert“.

Der Fotograf teilte die Soldaten in Gruppen auf, die er nacheinander vor seinem Atelier aufstellte. Durch Aneinanderfügen der Aufnahmen entstand ein panoramaartiges Gesamtbild.

Fotografie, „Fotograf'sches Atelier v. Hägele“,
nach 1868, 15,2 x 32,8 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0323-2015



Württemberg: Zündnadelgewehr M. 1857/67

Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt änderten nach 1866 ihre Vorderlader nach dem preußischen Zündnadelsystem in Hinterlader um. Dabei wurde das Kaliber von 13,9 auf 15,43 mm vergrößert. Die ballistische Leistung der Gewehre verschlechterte sich dadurch.

Für Preußen war die Annahme seines Gewehrsystems im Süden militärpolitisch wertvoll, denn mit dem Gewehr mussten

die süddeutschen Armeen auch die preußischen Ausbildungsvorschriften übernehmen.

Württemberg 1867
Einschüssiger Hinterlader für Patronen mit Papierhülse, Drehzylinderverschluss
Kaliber 15,43 mm, Länge 142 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. E 3834

Österreich: Gewehr M. 1862/67 „Wänzelgewehr“

Bei der Umänderung in Hinterlader erhielten die österreichischen Gewehre einen Klappenverschluss, der sich nach vorn öffnete.

Franz Wänzel verwendete für seinen Abänderungsvorschlag bereits Patronen mit Metallhülsen. Solche Hülsen boten große Vorteile: Sie verhinderten das Entweichen von Pulvergasen nach hinten und waren

gegen Witterungseinflüsse und Bestoßungen weit unempfindlicher als Papierhülsen.

Österreich 1867
Einschüssiger Hinterlader für Patronen mit Metallhülsen, Klappenverschluss
Kaliber: 13,9 mm, Länge 133,5 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. H 4082

Defensions-Zündnadelgewehre

1866 waren viele nahezu neuwertige Waffen der Kriegsgegner in preußische Hand gefallen, die für das Zündnadelsystem umgeändert wurden. Die Umbauten wurden an Suhler Betriebe übertragen.

Dabei kam nicht das lange Gewehrschloss, sondern das kürzere Karabinerschloss zum Einsatz, das nur die Verwendung der schwächeren Karabinerpatrone zuließ. Es waren wohl wirtschaftliche Gründe, die zu diesem Kompromiss führten, denn um das lange Schloss verwenden zu können, hätte die Waffe einen neuen Schaft erhalten müssen. Aufgrund ihrer geringeren ballistischen Leistung kamen diese Gewehre zur Bewaffnung der Feldarmee nicht in Frage. Sie waren für Sicherungsverbände im rückwärtigen Heeresgebiet oder für Festungsbesatzungen bestimmt.



Defensions-Zündnadelgewehr B/M (bayerisches Modell)

Nur 950 bayerische Gewehre wurden in Preußen mit einem Zündnadelsystem versehen.

Preußen 1869
Einschüssiger Hinterlader für Patronen mit Papierhülse, Drehzylinderschluss
Hersteller: Christoph Grüber & Co., Suhl
Kaliber 15,43 mm, Länge 12,5 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. E 1386



Defensions-Zündnadelgewehr Ö/M (österreichisches Modell)

Ca. 35.000 erbeutete österreichische Gewehre wurden für das Zündnadelsystem umgeändert.

Preußen 1867
Einschüssiger Hinterlader für Patronen mit Papierhülse, Drehzylinderschluss
Hersteller: Simson & Luck, Suhl
Kaliber: 15,43 mm, Länge 132 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. E 3559



Defensions-Zündnadelgewehr Na/M (nassauisches Modell)

Nassau wurde 1866 von Preußen annektiert, das dabei auch dessen gesamte Bewaffnung übernahm. Deshalb ist die Zahl umgeänderter Gewehre – 4.500 Stück – relativ groß.

Preußen 1868
Einschüssiger Hinterlader für Patronen mit Papierhülse, Drehzylinderschluss
Hersteller: Spangenberg & Sauer, Suhl
Kaliber 15,43 mm, Länge 135 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. E 1389



England: Gewehr Snider-Enfield Mk. III

Der Klappenverschluss des britischen Umänderungssystems öffnete sich zur Seite. Solche Gewehre entstanden nicht nur durch Umänderung vorhandener Vorderladergewehre, sondern wurden auch wie die hier gezeigte Ausführung Mk. III neu erzeugt. Sie fanden im ganzen Empire Verwendung. Die indische Armee führte sie bis in die 1890er Jahre.

Großbritannien 1869
Einschüssiger Hinterlader für Patronen mit Metallhülsen, Klappenverschluss
Hersteller: Birmingham Small-Arms
Kaliber: .577 Snider (14,8 mm), Länge: 140 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. H 2075



Russland: Gewehr M. 1856/69

Der einfach gebaute Verschluss war eine Erfindung des österreichisch-tschechischen Büchsenmachers und Waffenkonstruktors Sylvestr Krnka.

Nach dem in Russland gebräuchlichen Zollsystem wurden diese Waffen auch als „Sechs-Linien-Gewehre“ bezeichnet (1 Zoll = 10 Linien). Ballistisch waren diese großkalibrigen Gewehre den Konstruktionen der Zeit nach 1866 klar unterlegen.

Russland nach 1869
Einschüssiger Hinterlader für Patronen mit Metallhülsen, Blockverschluss
Hersteller: Kaiserliche Waffenfabrik Tula
Kaliber 15,24 mm, Länge 142 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. E 3734



Belgien: Gewehr M. 1853/67

Das neue belgische Infanteriegewehr mit einem Klappenverschluss nach System Albin-Braendlin entstand durch Umbau der vorhandenen älteren Waffen, wurde aber auch neu erzeugt.

In einem Brief an den Kriegsminister verlangte der belgische König im Juni 1866 die Modernisierung der Infanteriebewaffnung. Er begründete seine Forderung mit der Feststellung, in Europa herrsche das

Recht des Stärkeren. Da die vorhandenen Waffen im Kaliber 17,5 mm ballistisch völlig veraltet waren, vollzog Belgien bei der Abänderung auch einen Kaliberwechsel.

Belgien nach 1867
Einschüssiger Hinterlader für Patronen mit Metallhülsen, Klappenverschluss
Kaliber 11,5 mm, Länge 136 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. E 1324



Frankreich: Gewehr M. 1866, „Chassepotgewehr“

1866 war die französische Armee mit Vorderladergewehren des Kalibers 17,7 mm ausgestattet. Der Erfolg des preußischen Hinterladers hatte diese Bewaffnung entwertet. Um weiterhin eine bestimmende Rolle in Europa spielen zu können, musste Frankreich schleunigst moderne Gewehre beschaffen. Für die Entwicklung einer geeigneten Metallhülse fehlte die Zeit, so dass man das eigentlich schon veraltete Zündnadelsystem verwendete.

Die Verkleinerung des Kalibers auf 11 mm ergab eine ausgezeichnete ballistische Leistung, die für ca. 20 Jahre den Maßstab für Infanteriegewehre bildete.

Frankreich 1869
Einschüssiger Hinterlader für Patronen mit Weichhülse, Drehzylinderschluss
Hersteller: Manufacture Impériale de Metz
Kaliber: 11 mm, Länge: 131 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. N 1995



Schweden: Gewehr M. 1867

Der von Remington entwickelte Verschluss war von großer Einfachheit und dabei äußerst robust. Neben Schweden und Dänemark beschafften auch viele andere Länder, darunter Spanien und eine Reihe südamerikanischer Staaten, Remingtongewehre.

Schweden 1867
Einschüssiger Hinterlader für Patronen mit Metallhülse, Drehscheibverschluss
Hersteller: Remington, USA
Kaliber: 12,17 mm, Länge: 135,5 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. E 3857



Bayern: Gewehr M/69 „Werdergewehr“

Die Umänderung der Podewilsgewehre auf Rückladung war nur als Übergangslösung gedacht. Erst das Werdergewehr sollte der bayerischen Infanterie eine wirklich moderne Bewaffnung verschaffen.

Das Herz des Gewehrs war der Verschluss, den Ludwig Werder entworfen hatte, der technische Leiter der Maschinenfabrik Nürnberg. In beschränkter Zahl kamen diese Gewehre bereits im Krieg von 1870/71 zum Einsatz. Erst danach

wurde die bayerische Infanterie mit diesen modernen Waffen vollständig ausgerüstet. Das Werdergewehr war die letzte von Bayern in eigener Regie eingeführte Militärwaffe.

Bayern 1870
Einschüssiger Hinterlader für Patronen mit Metallhülsen, Drehblockverschluss
Hersteller: Gewehrfabrik Amberg
Kaliber: 11 mm, Länge: 132 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. E 1398

Denkmäler

Die Wunden, die der Krieg der Landschaft, den Dörfern und Städten geschlagen hatte, schlossen sich rasch. Zahlreiche Gräber und Denkmäler erinnern allerdings noch an die blutigen Ereignisse des Sommers 1866.

Die Gräber von Mannschaftssoldaten blieben fast immer anonym: Es gab noch keine Erkennungsmarken, weshalb die Identifizierung der Toten nur in Ausnahmefällen möglich war. Der sommerlichen Hitze wegen mussten die Gefallenen rasch beigesetzt werden, was oft an Ort und Stelle geschah. Viele der Grabkreuze haben sich in der Landschaft bis heute erhalten.

Offiziere erhielten meist individuelle Gräber, die oft repräsentativ ausgestaltet wurden. Regimenter und Bataillone errichteten Denkmäler, um für Angehörige und Nachwelt ein bleibendes Zeugnis ihrer Teilnahme an diesen Kämpfen zu stiften.

Dieses Bedürfnis ist typisch für die Zeit. Auch auf den Schlachtfeldern Böhmens, insbesondere bei Königgrätz, und wenige Jahre später auf den Schlachtfeldern des Deutsch-Französischen Krieges wurden zahlreiche Denkzeichen errichtet.

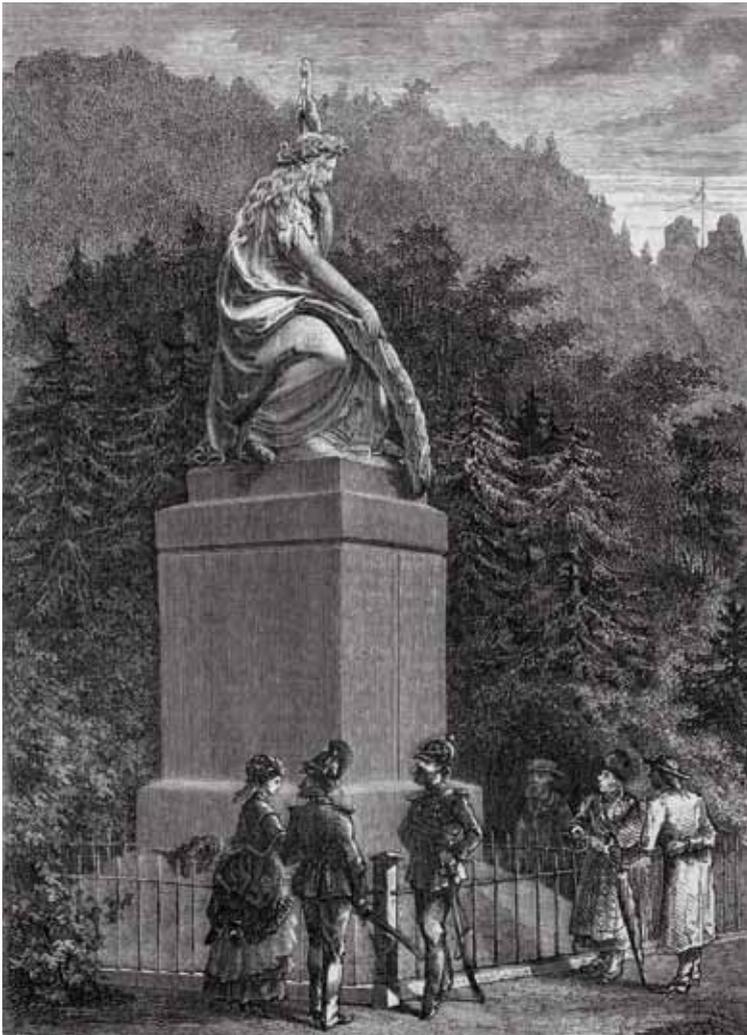
Gräber und Denkmäler sind nicht immer in gutem Zustand, und man möchte sich wünschen, dass ihnen die Nachwelt mehr Aufmerksamkeit zuteil werden ließe.



Orte des Kriegsgedenkens in Unterfranken

Diese Lithografie zeigt Kampffelder, Friedhöfe und Denkmäler Unterfrankens. Der Verkaufserlös des Blattes war für karitative Zwecke bestimmt.

Bayern „Erinnerung an das Kriegs-Jahr 1866. Gegenden von Unterfranken.“
Getönte, teilkolorierte Lithografie, 44,5 x 61,5 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. G 692



Trauernde Germania

Dieses Denkmal wurde 1869 gegenüber dem 1866 hart umkämpften Kissinger Kapellenfriedhof eingeweiht. Die Germania, Personifikation Deutschlands, trauert um die Opfer des Krieges, der allgemein als Bruderkrieg unter Deutschen empfunden wurde.

Die Skulptur wurde von dem Kissinger Bildhauer Michael Arnold entworfen. Der Stecher hat im Vordergrund einen bayeri-

schen und einen preußischen Offizier dargestellt. Sie verkörpern die zurückgekehrte deutsche Eintracht.

„Die trauernde Germania. Denkmal der bei Kissingen gefallenen Krieger“
Holzstich nach einer Zeichnung von C. Baum, um 1870, Bildmaß 24,5 x 16,5 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. 0183-2015



Heutige Ansicht der trauernden Germania

Foto: Dieter Storz, 2015



Denkmal für die Gefallenen des
preußischen Infanterie-Regiments
Nr. 19 auf der Passhöhe zwischen
Kissingen und Nüdlingen

Foto: Dieter Storz, 2015



Grabkreuz für einen unbekanntem
bayerischen Soldaten auf der
Feldflur bei Nüdlingen

Foto: Dieter Storz, 2015



Denkmäler auf dem Uettinger Friedhof

Nach den Juligefechten wurden auf dem Uettinger Friedhof zahlreiche Gefallene und an ihren Wunden Verstorbene in Massengräbern beigesetzt. Dazu besitzen wir den Augenzeugenbericht eines preußischen Soldaten:

„Von den hier befindlichen Verwundeten sowohl freundlicher als feindlicher Seits starben Massen und wurden von der Commune vor dem Dorfe große Löcher gemacht die 20-30 Leichen aufnahmen. Fortwährend schleppten die Krankenträger neue Insassen hinzu. Eine Schicht Leichen, eine Schicht Erde dann Kalk und sofort bis das Loch voll war; bei den letz-

ten hielt der Ortsgeistliche eine Grabrede ein Militär-Commando feuerte eine Salve ab über das Riesengrab und bald wölbte sich ein Hügel über Freund und Feind.“

aus: Das Kriegstagebuch des preußischen Gefreiten Albert Koch aus dem West- und Mainfeldzug des Jahres 1866. Herausgegeben, kommentiert und mit einem Nachwort versehen von Hartwig Stein, Frankfurt am Main, Berlin, Bern u.a. 2009, S. 63

Farb-Lithografie von Friedrich Mugler, Würzburg, 15 x 24 cm
Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. N 5072



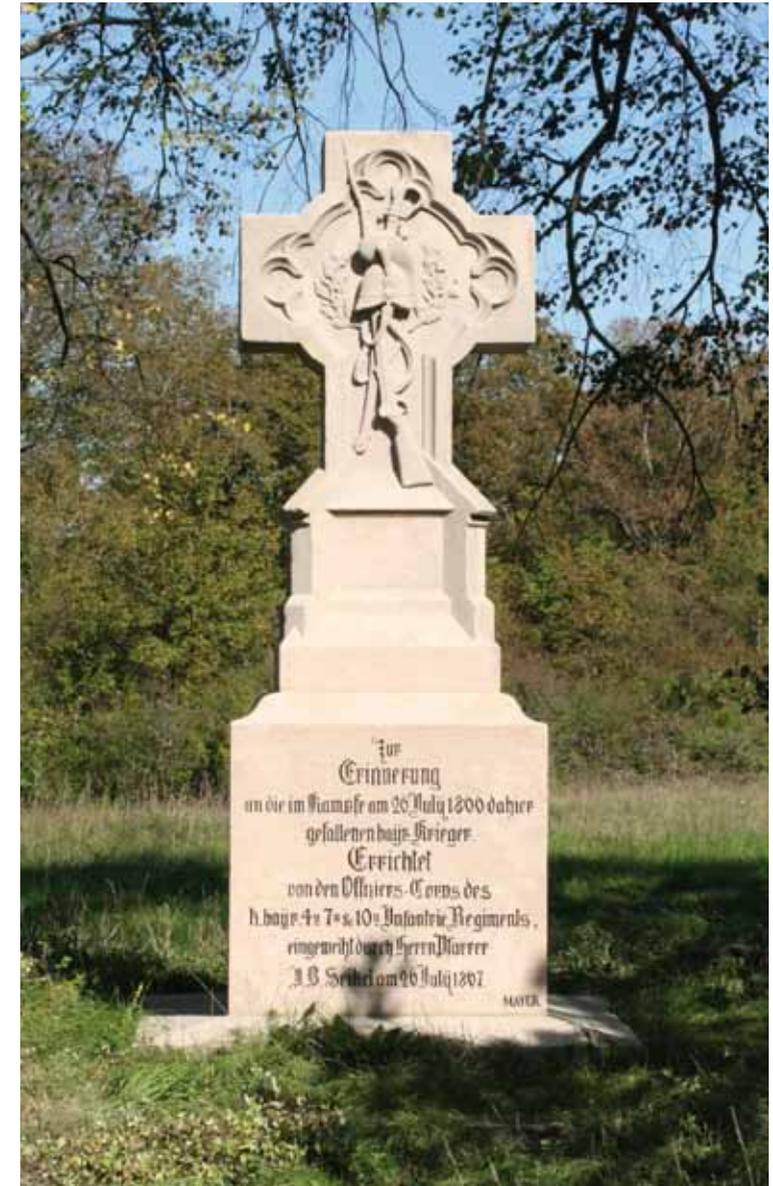
Heutige Ansicht des Uettinger Friedhofs

Foto: Dieter Storz, 2015



Helmstadt: Denkmal zur Erinnerung an die Verwundung des Prinzen Ludwig am 25. Juli 1866

Foto: Dieter Storz, 2015



Denkmal für die Gefallenen der bayerischen Infanterie-Regimenter Nr. 4, 7 und 10 auf dem Vogelsberg bei Roßbrunn

Foto: Dieter Storz, 2015

Abbildungsnachweis

- sofern nicht anders angegeben
Bayerisches Armeemuseum
- S. 10, 46, S. 76, 210, 212, 283, 375, 376, 377, 379, 380 und 381
(Objekte Bayerisches Armeemuseum)
Foto: Dieter Storz
- S. 84, 135, 183, 217, 222, 250, 267, 342, 343, 344, 345, 361, 362, 366, 367 und 371
(Objekte Bayerisches Armeemuseum)
Foto: Gert Schmidbauer
- S. 124
Germanisches Nationalmuseum,
Nürnberg
- S. 147, 152, 253, 310 und 320
Wehrgeschichtliches Museum, Rastatt
(Foto: Alexander Jordan)
- S. 150, 246 und 247
Heeresgeschichtliches Museum, Wien
- S. 211 und 240
Hauptstaatsarchiv Stuttgart
- S. 233
Wikipedia (gemeinfrei)
- S. 248
Deutsches Historisches Museum, Berlin
- S. 252
Stadtarchiv Schweinfurt
- S. 253
Sammlung Wolfgang Hanne
- S. 306 und 307
Bayerisches Landesamt für
Denkmalpflege, München
- S. 330
Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München
- S. 336 und 337
Stadtarchiv Bad Kissingen
- S. 338
Privatsammlung Stephan Benz
- Karten auf den S. 280 und 312
Wilhelm Birker
- Karten in den Umschlagseiten unterliegen
der GNU-Lizenz für Freie Dokumentation
(de.wikipedia.org).
Bearbeitung Wilhelm Birker

